UC-NRLF
$B 578 297

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Burschenschaftliches Handbuch für Politik

Im Auftrage

des Vaterländischen Arbeitsausschusses

der Deutschen Burschenschaft

herausgegeben von

Dr. Karl Hoffmann

1920

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Copyright 1920
by Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Druck: Roßberg'sche Buchdruckerei in Leipzig

JN3951
A4D47

Burschenschaft und politische Bildung.

Von Studienassessor **Hans Hauske.**
(Arminia-Berlin.)

Die Lösung des Problems der politischen Bildung des deutschen Volkes ist die Lösung seiner Schicksalsfrage. Mit diesem Urteil ist zugleich auch Wert und Bedeutung unserer Frage: Burschenschaft und politische Bildung gekennzeichnet.

Die politische Bildung der Studentenschaft und vornehmlich eines nicht unbeträchtlichen ihrer Teile: der deutschen Burschenschaft ist eine besondere Aufgabe der allgemeineren Zeitforderung der politischen Massen- und Volkserziehung. Von der Strömung, welche die politische Volksbildung fordert, wird auch der Gedanke der Politisierung der Burschenschaft getragen. Politische Bildung gilt insgemein heute als vornehmste Pflicht des Staatsbürgers. Ohne politische Bildung keine politische Tat! Nicht nur dem Volkspädagogen oder dem Staatsmann, jedem Einsichtigen erscheint sie als das einzige Mittel, um der Gefahr des Verfalls des Staates entgegenzuarbeiten: durch politische Bildung des ganzen Volkes kann die Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse zur Plutokratie nach der einen, zur Ochlokratie nach der anderen Seite aufgehalten werden. Beide Enden dieser Entwicklung wären das Unglück eines im Grunde seines Wesens, in seinem Volkscharakter durch die Verachtung des leeren Wortes und die Achtung vor der Leistung vornehm, aristokratisch gesinnten Deutschlands. Politische Bildung als ein Mittel der geistigen Aristokratisierung des deutschen Volkes erscheint so dem Deutschen, der mit bangem Blick in unseres Volkes Zukunft schaut, als das Reis, das den aufschießenden Baum der Demokratie, der Selbstregierung und zugleich der Freiheit des Volkes von allem Regiertsein, veredeln kann und veredeln muß durch die Weckung nationaler und sozialer, staatsaufbauender Gesinnung, völkischen und staatlichen Denkens und Wollens im Volk, sollen wir nicht an einer Demokratie, wie sie auch sein kann: an der Herrschaft der politisch unreifen Volksmasse zugrunde gehen. Und auch der eigentliche Aufbau des Staates, d. i. die Grundlegung und Ausgestaltung seines Machtwesens, seiner Weltgeltung,

die sich nicht ohne beabsichtigte und zielbewußte tätige Anteilnahme des Volkes vollziehen kann, muß sich auf einen Blick des einzelnen nicht bloß für die Nöte des Tages, sondern für das Zukünftige, muß sich auf sichere, einen Teil seines geistigen Wesens in natürlicher Weise ausmachende politische Instinkte und Fähigkeiten jedes einzelnen Volksgliedes gründen.

Man mag vielleicht dem deutschen Volke als staatlich wollender Volksmasse das politische Talent absprechen. Ist dann Bildung zu politischer Tat nicht um so heiligere Pflicht aller gebildeten Deutschen? Wenn es wahr ist, was Pestalozzi einmal sagt, daß das souveräne Volk ohne politische Einsicht wie ein Kind ist, das mit dem Feuer spielt und jeden Augenblick in Gefahr ist, das Haus anzubrennen, dann ist es Ehrenpflicht aller Gebildeten, dafür zu sorgen, nicht nur daß die Feuersgefahr beseitigt wird, sondern daß das deutsche Volk auch mit Feuer umzugehen lernt. Ernstes politisches Bildungsstreben und das Selbstgebot der Verpflichtung zu ehrlicher politischer Wirksamkeit sollte man als einen selbstverständlichen Besitz jedes gebildeten Deutschen voraussetzen können, so wie man ein Recht hat, von ihm ein anständiges, gesellschaftliches Benehmen zu erwarten. Politische Bildung würde dann nicht nur der eigenen Berufsarbeit des Gebildeten einen frischen Geist einimpfen, sein politisches Fühlen und Denken und Wollen könnte auch auf die geistige Verfassung der unteren Volksschichten von Einfluß werden, das Beispiel gebende Ethos eigener Lebensführung wie durch tausend feine Adern verteilt auf dieselben verpflanzen.

Im deutschen Studenten ist von jeher ein tiefes Gefühl der Verantwortlichkeit für die Zukunft des Volkes, als dessen Führer er heranwächst, lebendig gewesen. An ihn richtet sich daher mit eindringlichem Nachdruck die Forderung der Stunde nach politischer Bildung. Auch an uns Burschenschafter! Nicht um uns zu einem Beginnen zu ermuntern, zu dem wir noch nicht entschlossen wären, sondern um uns auf dem von uns beschrittenen Wege zu bestärken, um unsern Sinn zu festigen.

Blicken wir auf die Geschichte der Burschenschaft zurück! Die alte Burschenschaft setzte sich vor hundert Jahren für die erste deutsche nationale Bewegung mit der ganzen Kraft jugendfrischer Begeisterung ein. Gereifte Lebenserfahrung, vertiefte sittliche Erkenntnis, ernst entschlossenes Wollen kämpfte für eine edlere Lebensführung und für das politische Ideal der Einheit von Volk und Staat, für die auf innerem Werte beruhende Größe der Nation. Geschichte verpflichtet. Die Geschichte der Burschenschaft mahnt die Erbin ihres Guts, die heutige deutsche Burschenschaft, vernehmlicher denn je an ihre Verpflichtung zu politischer Tat.

So ist denn auch das Verlangen nach politischer Bildung, das sich heute wieder nachhaltig und stark aus ihren Reihen ankündigt, keine von außen an sie herangebrachte Forderung, sondern ein von innen kommender Ausfluß ihres Wesens. Aus ihrem Wahlspruch: Ehre, Freiheit, Vaterland und aus den Lebenstaten der Männer, die unter diesem Zeichen stritten, spricht eine ganze, in sich geschlossene Lebensanschauung. Es ist nicht leicht, sie in wenige Worte zu fassen. Ihr Grund- und Hauptgedanke scheint uns der zu sein, daß sie in den Mittelpunkt des Lebensstrebens das Ideal der zu nationalem, politischem Handeln befähigten und entschlossenen Persönlichkeit stellt. Lebensanschauung und Bildungsideal stehen in engster Wechselbeziehung. Das Ideal der Bildung, das sich nach dieser burschenschaftlichen Lebensanschauung formt, ist eine Bildung, die national und politisch zugleich ist. Die nationale Idee ist die treibende Kraft gewesen, welche die Burschenschaft ins Leben rief, sie ist in dem Jahrhundert ihrer Geschichte stets das Leitmotiv ihres Handelns und ihrer Erziehungsarbeit gewesen. In echter vaterländischer Gesinnung sieht die Burschenschaft die Quelle völkischer Leistungskraft: denn durch tiefstes Eindringen in den Gehalt und den Reichtum deutschen Wesens und Charakters vollzieht sich die bewußte, zu vaterländischer Tat zwingende Verflechtung des Einzelschicksals mit dem Schicksal der Nation. In dieser Bildung sollten gerade die mit leuchtendem Beispiel den Volksgenossen vorangehen, die weder Muße zeit noch seelische Einstimmung glauben aufbringen zu können für das Nachdenken und Nachempfinden der geistigen Edelwerte, die deutscher Geist in deutschem Wort geprägt hat. Durch die Tat der deutsch und politisch denkenden gebildeten Deutschen wird unser ganzes Volk zu wertvollem deutschen politischen Wollen emporerzogen werden. Vaterländische, politische Bildung in diesem ersten Sinn ist die aus der Geschichte und aus dem Wesen der Burschenschaft mit logischer Kraft sich ergebende Lebensaufgabe des Burschenschafters.

Doch wir wollen uns über Wesen und Inhalt dieser vaterländischen, politischen Bildung genauer nachher klar werden. Zuvor ein Wort über die Motive, kraft deren uns heute mit besonderer Eindringlichkeit und Klarheit Inhalt und Wert dieser burschenschaftlichen Lebensauffassung und dieses burschenschaftlichen Bildungsideals vor die Seele gerückt erscheint.

Der Student dieser Tage unterscheidet sich in seiner geistigen Einstellung in mancher Hinsicht von dem Studenten der Vorkriegszeit, der fröhlichen, seligen Burschenzeit. Der Student von heute ist durch die Schule des Krieges, des Lebensernstes gegangen. Mit scharfem Griffel haben erschütternde Erlebnisse ihm weltenwichtige Erkenntnisse in die Seele gegraben. Tiefste Spuren hinterließ in ihm das

Erlebnis des Vaterlandsgedankens. Wir kennen jetzt die Kraft unseres Volkes, wenn es in seinem Ziele einig ist. Wie ein Sturmwind riß in den Augusttagen von 1914 der Gedanke der nationalen Selbstbehauptung und Zukunftssicherung alle deutschen Herzen empor. Und dann standen wir bewußt und willig unter Hintansetzung dessen, was uns trennte, in Reih und Glied mit hoch und niedrig, reich und arm, mit deutschem Volk, in dessen Mitte wir uns auch heute wieder sehen, im Kampf der Geister, aus dem das Ziel unseres Lebens und Strebens, der Weg unseres Handelns geboren werden soll. Sollte der Geist der Einheit, den wir durch den Krieg als Seele eines leibhaftigen Volkskörpers fühlen lernten, unwiederbringlich dahin sein? Wer an seines Volkes Zukunft glaubt, der muß auch an die Möglichkeit einer inneren Sammlung der Geister, eines Wiederfindens jenes Geistes glauben. Er allein verbürgt unsern Aufstieg als Volk durch die Gewinnung einer Achtung gebietenden Stellung als Staat.

Man kann heute weniger denn je an die Zukunft des internationalen Gedankens oder auch nur des intereuropäischen Gedankens glauben als an den alleinigen Selbstzweck des geschichtlichen Werdens der Welt, der nach Nationen wie nach Individuen natürlich geschiedenen Menschheit. Am wenigsten der Deutsche! Denn trotz aller schönen Worte schließt uns das Ausland jetzt erst recht von der Gemeinschaft der Geister und Güter mit kalter Berechnung egoistischer, materieller Zwecke aus. Heute und in Zukunft handelt es sich um das Fortbestehen Deutschlands nicht nur als Staat, sondern als Staat gewordenes Volk, als nationaler Kulturkreis besonderer Eigenprägung, um das Leben einer durch gemeinsame geschichtliche Erlebnisse zusammengeschmiedeten Sprach- und Geschlechts-, Rechts- und Wirtschafts-, Lebens- und Geistesgemeinschaft, der alles geraubt ist bis auf den felsenfesten Glauben an ihren Eigenwert. Wir fühlen und wissen, wir ahnen, wir glauben, daß der innere Reichtum, die ewige Jugendfrische deutschen Geistes dafür bürgt, daß unser Volk allein in unserem engeren Kreise die wirklichen Werte der Menschheitskultur schaffen, allein in seinem natürlichen Boden wurzelnd die ewigen Gedanken der Vorsehung vollenden kann. In diesem Glauben an deutschen Geist und deutsches Wesen liegt unsere Zukunft beschlossen. Daß dieser Glaube einst Wunder wirke, muß er als *ein* Wollen wieder das ganze Volk durchziehen: nach einem Empor aus dem Elend, muß er als *ein* Geist aller Herzen beseelen: als der Geist opferbereiter Hingabe ans Vaterland als Kulturgemeinschaft, eine die Grenzen des Ich überschreitende, für das Wohl der Volksgemeinschaft zu wirken bereite deutsche Staats- und Nationalgesinnung. Wir sind in unserm Unglück ganz auf uns gestellt. Sollte uns kein anderer Gedanke veran-

Burschenschaftliches Handbuch für Politik

Im Auftrage des
Vaterländischen Arbeitsausschusses der Deutschen Burschenschaft

herausgegeben von

Dr. Karl Hoffmann

Groß 8°. Holzfreies Papier. Steif broschiert M. 26.—
(Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig)

Das „Burschenschaftliche Handbuch für Politik" ist nicht nur ein Spiegel der politischen Ideen und Kräfte, die heute beträchtliche Teile der Studentenschaft in ausschlaggebender Weise bewegen, sondern es ist zugleich wertvoll als Dokument der modernsten burschenschaftlichen Entwicklung. Es bedeutet eine nicht mißzuverstehende Absage an die liberalistischen Überlieferungen der Mitte des vorigen Jahrhunderts. In diesem Buche wird offenbar, wie die gegenwärtige Burschenschaft der Nachkriegszeit von jedem lähmenden Traditionalismus sowohl, als auch von der national-politischen Sattheit der Nach-Bismarck'schen Jahrzehnte sich freigemacht hat. Gleich der besten deutschen Jugend fühlt sie sich mit den lebendigen Problemen an, die durch den Zusammenbruch und die auflösenden Wirkungen der Revolution gestellt worden sind: mit den Fragen des Führertums durch staatsbürgerliche Erziehung, den Fragen der praktischen Sozialpolitik, der Selbstverwaltung, organischen Schichtung und berufsständischen Gliederung und der Kammer der Arbeit, sowie in besonders eindringlicher Weise mit den wirtschaftlichen Aufgaben und Drangsalen deutscher Notgemeinschaft. Andererseits läßt sich die deutliche Abkehr vom formalen Parlamentarismus und von der zentralistisch-unitarischen Auffassung des Einheitsgedankens nicht übersehen. Um so stärker tritt die großdeutsche Gesinnung und ein tätiges Interesse für das Deutschtum im Grenzland und Ausland hervor. Wenn die frühere Burschenschaft einmal „demokratisch" gewesen sein mag, so ist sie jetzt „völkisch". Unter den zehn Abhandlungen, die das Buch enthält, unterrichtet der hochschulpolitische Beitrag unmittelbar über den völkischen Geist der jungdeutschen Bewegung und die Stellung der Burschenschaft im Hochschulring deutscher Art.

lassen können, vaterländische Gesinnung zu hegen, so müßte es der Umstand sein, daß das Ausland einen Preis für die Anerkennung Deutschlands vor der Welt fordert, den ein ehrliebender Deutscher nimmermehr würde zahlen können: die Aufopferung, den Verrat deutschen Eigenwerts. Und wenn uns kein anderer Gedanke zu vaterländischer politischer Bildung veranlassen könnte, dann müßte es der sein, daß allein eine vaterländische politische Volksbildung das ganze deutsche Volk zu diesem festen Block zusammenschweißen kann, der die Abwehr innerer Zersetzung und Zerklüftung und damit der Vernichtung des deutschen Kulturkreises durch geistige Werkzeuge und Waffen gewährleistet.

Der Burschenschafter von heute, der durch die Schule des Krieges an die Tat gewöhnt ist und den nun auch der Anblick des Jammers unserer Gegenwart mit Naturgewalt zur Leistung treibt, läßt sich von keinem Lebensideal der Beschaulichkeit einfangen. Das Bildungsideal, das ihm vor Augen schwebt, seitdem er den grauen Rock ausgezogen hat, ist deshalb kein theoretisches, sondern ein praktisches. Aber, obwohl er mit begreiflicher Ungeduld nach einem Abschluß des Studiums, nach einem Leben verlangt, in dem er auf eigenen Füßen stehen kann, sieht er die Erfüllung dieses Ideals doch nicht in der Gewinnung einer Berufstüchtigkeit allein; sondern er strebt über die Enge der Berufsbildung hinaus nach einer für das ganze Leben, für sein Wirken im Volksganzen wertvollen politischen Bildung. Die Berufsbildung ist und bleibt zwar in unseren Kulturverhältnissen das Fundament individueller Existenz. An die Ersetzung der Berufs- und Fachbildung durch eine allgemeine, harmonische, alles menschliche Fühlen, Wissen und Können umfassende, wahre humane Bildung kann das Kind eines Zeitalters, das auf ein gewisses Spezialistentum in allen Zweigen des Lebens angewiesen ist, nicht denken. Aber ein jeder fühlt, daß, wenn sein Sinnen und Trachten nach innerer Volkseinheit nicht ein Spielen mit Worten oder Schwärmen in Gefühlen bleiben soll, er einen starken Unterbau praktischen Wissens und Könnens nötig hat auf dem großen, allen Berufen gemeinsamen Gebiet des Geistes und des Willens, auf dem der Akademiker Schulter an Schulter mit allen Volksgenossen steht, auf dem allein in die Tat umgesetzt werden kann, was sein urteilender Verstand als Lebensnotwendigkeiten erkannt hat, in dem Bereich der Fragen des staatlichen Wohlergehens, der Politik. Ein Hinausgreifenwollen also über den Beruf, ein Streben nach einer organischen Einreihung der Stellung des beruflich tätigen Menschen in den Zusammenhang des gesamten Volkslebens, das Ausschalten der engbegrenzten persönlichen Interessen und Sorgen, das Ausweiten des Blicks auf die Nöte des Volksganzen und der Wille zu praktischer Anteilnahme am öffentlichen Leben: das sind die Mo-

mente, die uns zu politischer Aktivität drängen und damit zu politischer Bildungsarbeit.

Aller Betätigungswille in politischen Dingen muß sich mit der landläufigen Politik der Parteien auseinandersetzen. Da ist es charakteristisch für die geistige Einstellung des neuen Studenten, wie er sich zu der sogenannten Parteipolitik, ihrer Theorie und ihrer Praxis stellt. Sie vermittelt ihm ja meist die erste Berührung mit der Politik. Aber mit einem gewissen Instinkt wird diese Parteipolitik mit ihren in Formeln geprägten Gedanken abgelehnt, mit ihren einseitigen praktischen Forderungen, ihrem Widerspruch zwischen Programm und Leistung, ihrer Bevorzugung des Parteiinteresses vor dem Staatsinteresse und ihrer Erstarrung zu festgefügten und unveränderlichen Organisationsformen. Im Anfang verkennt der Student vielleicht sogar Wesen, Aufgabe und Bedeutung der politischen Parteien und ihrer Politik: ein Radikalismus, der sich später von selber mildert oder auflöst. Ihn zwingt dazu seine ihm durch wissenschaftliche Arbeit anerzogene Objektivität, ohne daß er sich zunächst wohl über den Grund seiner Stellungnahme klar wird. Der wissenschaftliche Sinn führt ihn indessen bald weiter, und ein gesundes Streben nach Wahrheit und Klarheit im Wissen von den Kräften, die unser öffentliches Leben gestalten und ihm die Richtung weisen, leitet ihn zu den Quellen und in die Tiefe der wissenschaftlichen Politik, aus denen das Parteileben selbst Anregung und Befruchtung immer wieder empfängt.

In dieser Entscheidung äußert sich ein gesunder praktischer Verstand, aber auch noch mehr: es ist nicht nur der Wunsch nach Kenntnis und Verständnis zahlreicher Einzelheiten unseres öffentlichen Lebens oder seiner politischen Zustände, eines Einblicks in den Bau und in das Arbeiten der Staatsmaschine, damit er sich mit ihrer Hilfe in der Praxis des Lebens besser zurecht finde; sondern es ist in erster Linie das Streben nach einer Sättigung mit politischem Geist, eigener politischer Charakterbildung. Jene richtige Einschätzung der Äußerlichkeiten der politischen Welt des Tages führt zu dem nimmer rastenden Streben des Menschen, auf den Grund der Dinge auch in den Fragen der Politik zu sehen. Die gesamte politische Gedankenwelt will der Burschenschafter erfassen, nicht ihre Ausprägung in irgendeiner Form zu irgendeinem System, und nicht nur ihre Äußerungsformen, sondern den in ihnen waltenden Geist. Das Streben nach Weltanschauung schlechthin, das vor dem Krieg die Triebkraft des Bildungsstrebens unserer geistig regsamen Studentenschaft war, hat infolge der schweren Erschütterungen unseres Staats- und Volkslebens einem Ringen nach politischer Weltanschauung, wenn ich kurz so sagen darf, den Platz geräumt.

Die geistige Einstellung der heutigen Deutschen Burschenschaft auf das Ideal der zu vaterländischem politischen Handeln fähigen und gewillten Persönlichkeit ist eine unbestreitbare Einseitigkeit. Es ist nicht das Ideal einer Allseitigkeit der Menschenbildung, keine lückenlose Lebensanschauung. Es ist auch eine Lebensanschauung, wenn auch nur in gewisser und bewußter Beschränkung auf das Zeitnotwendige und Menschenmögliche. Sie erkennt das Persönlichkeitsideal an, die Notwendigkeit der Entfaltung des einzelnen zu höchstem und edelstem Menschentum durch Aufnahme Mensch und Welt umfassender Probleme, ihre innere Verarbeitung zu einem Gesamtbild der Welt und den inneren Zwang zu folgerichtigem Leben im Geiste dieses Ideals. Aber sie erkennt diesem Persönlichkeitsideal seinen vollen und höchsten Wert nur dann zu, wenn die Persönlichkeit nicht auf sich gestellt bleibt, sondern aus ihrem Ichstandpunkt heraustretend in dem Kreis der Gesellschaft, des Staates, der Nation Werte für die Volksgemeinde schafft. Das burschenschaftliche Lebensideal, wie wir es so fassen, verdankt seine Herausstellung und den Glauben an seinen Wert einer Zeit deutscher Not. Deswegen schlagen ihm auch heute wieder unsere Herzen besonders aufrichtig und innig entgegen. Und es muß einmal gesagt werden, daß wir heutigen Deutschen uns den Luxus eines individuellen, autarkischen Persönlichkeitsideals einfach nicht leisten können. Staat und Volk haben heut ein volles Anrecht, jedes Deutschen Lebenskraft und Leistungswillen für sich in Anspruch zu nehmen. In der Beschränkung auf das Ideal der zu vaterländischem politischen Handeln geschulten und gewillten Persönlichkeit als Lebensziel und Bildungsideal zugleich, in der Anerkennung dieses Ideals und in einem Leben in seinem Geiste liegt der Beitrag — und es ist nicht der geringste — zumindest der gebildeten Schichten unseres Volkes zum Wiederaufstieg Deutschlands aus Not und Elend.

In dem Wollen der heutigen Deutschen Burschenschaft, deren Stimmungen und Gedanken wir in diesen Feststellungen glauben erfassen zu können, ist eine mit Bewußtsein und Klarheit sich vollziehende Zurückdrängung der individuellen egoistischen Elemente ihres Menschen- und Bildungsideals und eine Hervorkehrung seiner sozialen Bestandteile unverkennbar. Ja, indem sie als die unerläßliche Vorbedingung Segen spendender politischer Tat eine ernsthafte vaterländische politische Bildungsarbeit als ihre nächstgelegene Aufgabe aufstellt und mit Ernst in Angriff nimmt, leistet sie dem deutschen Volke selbst eine nicht unbedeutsame soziale Tat.

* * *

Dies Streben der heutigen Burschenschaft ist kein Feuerwerk, das einmal auflodert und dann verpufft, sondern es ist eine unversiegliche Kraftquelle, der blutwarme und lebensfrohe Wille zum Leben in dem Geiste des Bismarckschen echtdeutschen Gedankens: patriae inserviendo consumor. Durch ihn gewinnt das Bildungsideal der Burschenschaft Form und Gestalt zielbewußter politischer Erziehungsarbeit.

So ersteht aus der Betrachtung des burschenschaftlichen politischen Bildungsideals, wenn man vor den aus ihr sich ergebenden Folgerungen nicht zurückschreckt, vor uns wie von selbst die pädagogische Aufgabe: die Schaffung einer burschenschaftlichen politischen Pädagogik. Für uns handelt es sich, da das Bildungsziel gesetzt ist als die zu vaterländischem politischen Handeln fähige und entschlossene Persönlichkeit, um die Lösung der methodischen Frage nach dem Wie der Verwirklichung des Bildungsideals durch die Aufstellung eines Bildungsprogramms, den Vorschlag eines Bildungsganges. Aber damit stellen wir uns eine gewaltige Aufgabe.

Wir Burschenschafter wagen trotzdem den Versuch planvoller Organisation vaterländischer politischer Erziehungsarbeit. Uns leitet das Bewußtsein tiefer Verantwortlichkeit gegen das Staats- und Volksganze. In der Durchführung dieses Bildungsprogramms sehen wir die Ausstattung der jungen Burschenschaft für ihre erb- und eigentümliche Sendung in der deutschen Studentenschaft und darüber hinaus im deutschen Volk beschlossen: hinzuarbeiten auf die Förderung staatsaufbauender Gesinnung und Kraft, auf die Sammlung der vaterländisch fühlenden und wollenden Geister zur Herbeiführung eines nach innen und außen geschlossenen, auf sich selbst vertrauenden, durch sich selbst die Kraft zum Aufstieg findenden deutschen Volkes.

Das allgemeine Ziel unserer Erziehungsarbeit steht also fest: die zu nationalem, überparteilichen, d. i. politischen Handeln befähigte und gewillte Persönlichkeit. Machen wir uns das Wesen dieser Erziehungsaufgabe ein wenig klarer. Ihre genauere Erkenntnis wird uns zur schärferen Erfassung des Geistes befähigen, den der hierzu geforderte Bildungsstoff enthalten soll, wird also geradezu als die Vorbedingung für die Stoffauswahl Bedeutung gewinnen, und wird zum Verständnis der Aufgabe wesentlich beitragen, die der in der Burschenschaft als studentischer Erziehungsgemeinschaft gegebenen Organisationsform der Bildungseinrichtung gestellt ist.

In dem oben angedeuteten Verlangen der akademischen Jugend unserer Zeit nach politischer Bildung liegt ein Zwiefaches unverkennbar ausgesprochen: der alte Gegensatz der Wissensmehrung und der Charakterbildung. Politische Belehrung, Aneignung politischer Kenntnisse heischt der Student, Wissen von Grundtatsachen politischen

Geschehens und Lebens, eigene politische Urteilsfähigkeit. Das ist das eine. Das andere ist ein Erfassen des Geistes, der in dem öffentlichen, außerberuflichen Leben unserer Zeit waltet und wirkt, der Gedanken, die unsere Welt, unsere Staaten, Gemeinden, Parteien tragen und ein Aufnehmen dieses Geistes in seinen Willen. Politisches Wissen und politisches Fühlen, Denken und Handeln wohnt dicht nebeneinander. Aber nur dann, wenn die Tatsachen des Wissens in das Verständnis des einzelnen wie durch eigenes Erlebnis aufgenommen sind, können sie durch sein politisches Fühlen befruchtend auf sein Wollen wirken. Bildung ist nicht Reichtum an Kenntnissen und Fertigkeiten, sondern die Kunst, mit ihnen recht zu schalten und zu walten. So muß unsere politische Bildungsarbeit in erster Linie ein Werk am Charakter der studentischen Jugend sein, eine Erziehung zu politischer Gesinnung. Diese Aufgabe ist nicht erfüllbar durch Vorträge von Phrasengebilden, die vielleicht die Oberflächlichen, oder von allgemeinen Gedanken, welche die tiefer veranlagten Freunde der Sache mit besten Absichten an die jungen Studenten heranbringen, sondern durch die Übermittlung von politischen Tatsachen, die behandelt und studiert werden als menschliche und historische Fragen, deren Grundabsicht und Zweck erkannt, deren geistiger Gehalt herausgearbeitet werden soll. Stoff und Geist sind die Charakterbildner: der Stoff als die Grundlage der Bildung als Wissenserweiterung, der Geist als der Wecker sittlichen Fühlens und Wollens. Den Geist kann niemand lehren. Und doch kann ihn nur das Wort wecken, freilich die Sprache von Herzen zu Herzen. Nicht die Aufnahme politischer Kenntnisse allein, sondern durch diese eine Sättigung mit politischem Geist, eine Befähigung zu politischem Selbstdenken und Selbsturteilen wird die Überzeugung schaffen von der Notwendigkeit selbstlosen Aufgehens des einzelnen im großen Ganzen und wird dann das Umbiegen egoistischer Interessen und Wünsche selbst vollziehen in die auf Volkeswohl und Gedeihen der Gemeinschaft gerichtete Gewöhnung der Selbstbescheidung und Selbsthingabe. Aber Stoff und Geist bedingen sich gegenseitig. „Vaterlandsliebe ohne politische Wissensbildung ist ein Luftschiff ohne Lenkbarkeit, sagt einmal Kerschensteiner, politische Wissensbildung ohne staatsbürgerliche Charaktererziehung ein lenkbares Luftschiff ohne geübten Steuermann." Also durch politischen *Unterricht*, durch die Untersuchung und die Erkenntnis der Grundlagen, auf denen unser gesamtes öffentliches politisches Leben beruht, und die Erfassung der Kräfte, die ihre Umgestaltung und Entwicklung bedingen, d. h. durch politisches Wissen und Denkenkönnen eine *Erziehung* zu politischem Fühlen und Wollen, zu politischen Fähigkeiten und Instinkten, eine *politische Charakterbildung*: das ist das, was uns zunächst als Aufgabe vorschwebt. Sie wird in-

dessen durch ein zweites Moment noch etwas genauer bestimmt. Unser Ziel ist im besonderen die nationale politische Charakterbildung. Die Durchdringung unseres Inneren mit dem Vaterlandsgedanken, ein nicht wegzudenkender Bestandteil des burschenschaftlichen Wesens, drückt auch der burschenschaftlichen politischen Charakterbildung den Stempel des Nationalen auf. Wenn unsere Politik, so wie wir sie uns denken, aufrichtig und ernst auf des ganzen deutschen Volkes Wohl und Aufstieg abgestellt ist, so muß die Grundlage des in diesem Sinne politisch tätigen Deutschen ein Charakter sein, dem nationales Fühlen und Denken eignet, „der alle politischen und überhaupt geistig-sittlichen Werte mit vollem Bewußtsein zu den Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes in eine ausschlaggebende Beziehung bringt." So ist das Ziel der Burschenschaft, ihre Erziehungs- und Bildungsaufgabe, wie wir sie fassen in dem Ideal des zu vaterländischem politischen Handeln gestählten Charakters, keine Äußerlichkeit: eine durch aufgepfropftes politisches Wissen schillernde intellektuelle Halbbildung. Sondern es ist die Herausbildung des innersten Wesens des Menschen zur höchsten Vollendung körperlich und geistig harmonischen, edlen Menschentums, zur Persönlichkeit, die ihren Wert erst ganz erfüllt, wenn sie ihr Leben bewußt gestaltet mit dem Blick auf die Beförderung des Gesamtwohles der Volksgemeinschaft.

Die Erziehungsmittel, die den Studenten hinanführen zu der Höhe dieses Menschenideals, sind die in der Burschenschaft als Korporation an und für sich liegenden Erziehungsmächte und die Bildungskräfte, welche in den Gedankenschätzen der Wissensgebiete schlummern, die das deutsch-völkische Fühlen und den Willen zu politischer Tat, die Hauptadern des burschenschaftlichen Gedankenkreises, begründen: die Deutschkunde und die wissenschaftliche Politik, die Bildungskräfte, deren Erwerbung und Auswirkung in ernster Selbsterziehung und deren Verwertung im tätigen Leben in getreuer Nachfolge des Bildungsideals die Angehörigen dieser Korporation erst zu Burschenschaftern, die Korporation selbst erst zur Burschenschaft machen. Politische Lehr- und Wanderjahre soll unsere Hochschulzeit in der Burschenschaft und mit ihr sein. Es versteht sich von selbst, daß der Leistungsfähigkeit der Burschenschaft in der Ausnutzung dieser zuletzt genannten Bildungskräfte enge Grenzen gesetzt sind. Denn die Burschenschaft kann eine Schule für vaterländische und politische Wissensmehrung und Verstandesbildung allein nicht sein. Sie ist und bleibt stets auf die Hilfe angewiesen, die ihr die Hochschule, die öffentlichen Bildungseinrichtungen und das öffentliche Leben selbst an die Hand geben. Daher fordern wir in Einmütigkeit mit vielen Bestrebungen in der Studentenschaft, daß sich unsere Universitäten auf diese ihre vornehmste Aufgabe heute wieder recht sehr besinnen möchten. Die Burschenschaft

kann sich heute, da die öffentliche Organisation der politischen Bildung noch in den Anfängen steckt, das Ziel vollkommener politischer Ausbildung nicht stellen. Bildung hat ihren unveräußerlichen Wert aber auch, wenn sie nicht gleichzeitig Ausbildung ist. Ausbildung ist immer ein ureigenes Werk des Individuums. Anstoß und Anregung, das Ziel politischer Bildung ins Auge zu fassen, das sich später vielleicht auswachsen mag zu dem Lebensziel politischer Ausbildung und Vervollkommnung, will die Burschenschaft dem jungen Studenten geben. Und das ist doch wohl ein erreichbares Ziel, daß wir in jeden der Unseren einen Funken politischen Geistes legen, der ihm das Leben hindurch als nie verlöschendes Feuer Kraft und Wärme zu politischem Handeln verleiht, so daß ihm die Forderung vaterländischer und politischer Bildung als eine Pflicht zur vollkommenen Menschwerdung erscheint.

Wenn wir uns also auch über die Leistungsmöglichkeiten der Burschenschaft im klaren sind, das Wesentliche der Burschenschaft bleibt, daß sie die Kräfte dieses charakterbildenden Wissensstoffes, der außerhalb der Burschenschaft immer nur auf den einzelnen seinen Einfluß ausüben wird, ausnutzt, verbreitet und vertieft durch die Gemeinschaftsarbeit im Innern der Korporation. Der Burschenschaft stehen ja, insoweit sie Korporation ist und solange sie als lebendiger Körper nicht verblödet unterm Alkohol oder verknöchert in Formalien, die lebendigen erzieherischen Kräfte der straff organisierten, auf Freundschaft, Waffenehre und Mannesmut eingestellten Lebensgemeinschaft zur Verfügung. Und es gibt wohl kaum einen unter uns, der, so sehr er auch eine rege, Werte schaffende Wirksamkeit der Burschenschaft über die Korporationsgrenzen hinaus in der Studentenschaft und im Volk wünschen möchte, nicht doch die dem Charakter des deutschen Studenten entsprechende Gemeinschaftsform der Korporation als die Grundlage des Daseins und des Wirkens der Burschenschaft anerkennte. Auf dieser Lebensform der Korporation beruht die innere Stärke der Burschenschaft. In der Arbeitsleistung für den Bund und im Geiste des Bundes in seinem Innern, in der Studentenschaft, in der Hochschule und im öffentlichen Leben liegt an und für sich schon ein hoher erzieherischer Wert. Aber der bedeutsamste kommt doch unstreitig der burschenschaftlichen Einrichtung zu, die jene in den vaterländischen und politischen Wissensstoffen wirkenden Erziehungsmächte und die durch die außerburschenschaftlichen Bildungseinrichtungen gebotenen Anregungen aufschließt und auswertet: dem „burschenschaftlichen Kränzchen", wie wir den politischen Vortrags- und Redeabend nennen. Alle den Charakter bildende Arbeit ist Einsamkeits- und Gemeinschaftsarbeit; durch die gemeinsame Arbeit an den alle einzelnen Deutschen gleicherweise angehenden deutschen Kulturgütern und den nationalen Lebensfragen der Politik wächst

die Burschenschaft erst richtig zur Geistes- und Wollensgemeinschaft empor und zusammen. Die wertvolle Übung in freier Wechselrede, das Mittel der Gemeinschaftsarbeit, ist hierbei nicht ohne Bedeutung. Aber sie bleibt uns doch nur ein Nebenzweck. Der Hauptwert des Kränzchens liegt uns in der Selbstbetätigung des jungen Studenten, in seiner geistigen Eigenarbeit. Anregung empfängt er und spendet er hier. Unaufhörlich ergänzen sich Einsamkeits- und Gemeinschaftsarbeit. Denken und Wollen wird hier in zerlegender Erörterung vor die Helle des Bewußtseins gerückt, mit wägender Kritik und prüfender Vernunft durchleuchtet, Unwertvolles und Unbrauchbares in Klarheit geschieden von dem, was Lebensrecht hat und Verwirklichung verdient. Frischer Eifer jugendlichen Forschersinnes beim Durchwandern des Neulandes schafft hier eine geistige Luft, in der die politische Arbeit zur ungetrübten Freude geistigen Wachsens, zu einem tiefen Gewinn für das Leben wird.

Hochschule und andere öffentliche Bildungsmittel, Wissenschaft und Literatur liefern der Burschenschaft den Wissensstoff, der historisch und systematisch faßbare burschenschaftliche Gedanke das vaterländische und völkische Ziel, die Korporation die Organisation der politischen Arbeitsgemeinschaft. So wächst in der akademischen Korporation burschenschaftlichen Gepräges, in der Burschenschaft, Arbeit an der organischen Entfaltung des Geistes durch Wissens- und Verstandesbildung mit der Erziehung zu völkischem und vaterländischen Wollen, zur politischen Tat zusammen, als in einer Fühlen und Denken, Wollen und Können, Charakter, Persönlichkeit bildenden Erziehungsgemeinschaft.

* * *

Wir haben versucht, das vaterländisch-politische Persönlichkeitsideal, Ziel und Organisation der Bildungsarbeit der heutigen Deutschen Burschenschaft in Kürze verständlich zu machen. Es bleibt uns nun noch übrig, den Bildungsstoff zu erörtern, der in dieser Tat- und Erziehungsgemeinschaft, immer und immer wieder zu wirkendem, neuen Leben entfacht, den Geist säet, die Gedanken hervorschießen läßt, deren Gesamtheit den geistigen Gehalt der Burschenschaft ausmacht.

Wir könnten aus den schlichten Worten der berühmten Beschlüsse vom 18. Oktober 1817 Aufschlüsse und Fingerzeige gewinnen: „Vor allem wollen wir uns als Studierende eines ernsten und besonnenen Lebens befleißigen, und der Wissenschaft treu und redlich dienen. Aber der müßigen Gelehrsamkeit, die keine Tatkraft hat und achtet, wollen wir nicht frönen. Mit besonderem Eifer wollen wir alle diejenigen Wissenschaften studieren, die den Geist über Volk und Vaterland und alle öffentlichen Verhältnisse aufklären und die Ge-

sinnung für Volk und Vaterland und alle öffentlichen Verhältnisse zu läutern und zu kräftigen vermögen: Moral, Politik, Geschichte." Der Geist redlicher Wissenschaftlichkeit, unbedingter Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit, entschiedener Bejahung des Lebens der Tat, wie wir es führen und dessentwegen wir jene Lebensdinge studieren, soll auch unsere burschenschaftliche Arbeit durchdringen. Und auch die Arbeitsgebiete, welche die Jünglinge von 1817 sich zu durchforschen vornahmen, werden wir, wenn auch in anderer Absolge, in unsern Plan aufnehmen können. Genauer wird sich der Bildungsstoff nach den beiden Ansichten des burschenschaftlichen Bildungsideals bestimmen: des vaterländischen und des politischen Bildungsziels. Danach umfaßt der eine Stoffkreis die Fragen und Gedanken, die geeignet sind, den vaterländisch-völkischen Sinn der akademischen Jugend zu wecken, zu fördern, zu vertiefen, und der andere das Wissen, das eine Erkenntnis der Grundlagen und der Probleme der wissenschaftlichen Politik und dadurch eine Einfühlung in den politischen Geist und die Gewinnung politischer Fähigkeiten vermittelt.

Wenden wir uns zunächst dem ersteren Stoffkreise zu. Der Deutsche überhaupt und im besonderen unserer Zeit neigt infolge eines unglücklichen Erbes seiner Volksgeschichte zu einer Verleugnung des deutschen Gedankens. Mit kalter Hand reißt er aus seinem Herzen die gefühlsmäßigen Bande, die ihn ans Vaterland ketten. Bei kühlem Kopf wischt er aus seinem Bewußtsein die Hochgedanken fort, die ihm Pflichten gegen die engere Volksgemeinschaft auferlegen, mit der ihn Bande des Bluts, angeborene Charakteranlagen, gemeinsam durchlebte Vergangenheit, allen Volksgenossen in gleicher Weise bestimmte Zukunftsaufgaben auf ewig verknüpfen. Wir sind das Volk der scharfen Gegensätze: so haben wir auf der andern Seite auch unter einer zu starken Gefühlsbetontheit, einer aufdringlichen Überschwenglichkeit der Vaterlandsliebe zu leiden, der zu einem religiösen Gefühl die Innerlichkeit und Aufrichtigkeit fehlt. In jeder Phrase, die im Gewande des Patriotismus gespreizt einhergeht, sieht mancher Deutsche gar zu leicht schon eine vaterländische Tat. Wir müssen uns von der patriotischen Schwärmerei und Rednerei freimachen. Echte Vaterlandsliebe muß die tragfähige Grundlage und Schranke zugleich all unsers politischen Handelns sein oder werden. Uns ist der nationale Gedanke kein parteipolitisches Mittel, kein mechanischer Gedanke der Machtexpansion oder Grenzerweiterung; uns ist er zunächst und vor allem ein Kulturgedanke: die Pflege der nationalen Güter dient der Höherentwicklung der Fähigkeiten und Leistungen unserer Volkskultur zum Zweck der Steigerung der Menschheitskultur. Deshalb kann der Patriotismus nicht fest genug in einer gefühlsmäßigen Vertiefung in deutsche Schöpfungen, deutsche Art und deutsches Wesen,

zugleich aber auch in einer verstandesmäßigen Erfassung der Werte und Zukunftsaufgaben unseres Vaterlandes verankert werden.

Wir müssen wieder fest mit dem vaterländischen Boden, dem Erbe unserer Ahnen verwachsen. Dies Schollengefühl, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit deutschem Ackergrund, Wiese und Wald wird in uns wachsen, wenn wir die geographischen Lebensbedingungen unseres Landes, in denen ein gut Teil unseres Schicksals beschlossen liegt, kennen lernen aus Buch und Bild wie aus lebendiger persönlicher Anschauung auf Reise und Wanderung. Das Studium der Geschichte, vor allem der Kulturgeschichte unseres Volkes führt uns ein in die Würdigung der Schicksale dieses Bodens, in das Wollen und das Werden des Wollens derer, die vor uns waren. Dann werden wir vielleicht klarer die Schäden und Gefahren der Gegenwart erkennen, deren gesamte geistige Strömungen und Stimmungen zu erfassen eine Selbstverständlichkeit ist. Geschichtliche Betrachtung wird uns auch ein richtiges Verständnis für die gesellschaftlichen Verhältnisse unseres Volkes erschließen, wird uns lehren, jedes ehrliche und tüchtige Glied unseres Volkes anzuerkennen, Gerechtigkeit zu üben gegenüber jedem berechtigten Streben des Nachbarn nach einer inhaltsreicheren, froheren Gestaltung seines eigenen Lebens. Zu einer deutlicheren Erfassung deutschen Wesens schließlich werden wir gelangen, wenn wir einen Einblick gewinnen in die Lebensanschauungen der deutschen Dichter und Denker, die immer und immer wieder befruchtend auf das Leben der Gegenwart gewirkt haben, der Großen in Kunst, Sprache, Wissenschaft und Bildung. Wir denken hierbei besonders auch an die Beschäftigung mit dem philosophischen Idealismus, der uns zu eben dem ethischen Idealismus führt, der in dem burschenschaftlichen Lebensideal zum Ausdruck kommt. Aus dem philosophischen Idealismus ist der burschenschaftliche Gedanke entsprungen und genährt, daß nur sittlich geläuterte, charakterstarke Persönlichkeiten das deutsche Volk zu Wiedergeburt und Aufstieg emporführen können. So wollen wir in uns den Glauben an unser Volk, seinen Gegenwarts- und Zukunftswert klären und festigen. Doch keine Einseitigkeit! Wir wollen uns bemühen, das richtige Verhältnis auch zum nationalen Gedanken zu gewinnen, indem wir den gegnerischen Standpunkt, den wir heute so oft verfechten sehen, zu verstehen versuchen. Die übernationalen und internationalen Gebilde und Gedanken, internationale Demokratie, Sozialismus, Kosmopolitismus, sollen dazu dienen, unsere nationalen Gedanken zu läutern. Wir werden dadurch zu rechtem Verständnis der Gebiete gelangen, die tatsächlich heute schon zwischenstaatlich sind und sein müssen; und das Eindringen in den Geist und Charakter der Nachbarvölker, mit denen unser Schicksal verknüpft ist, wird uns vor

aller Übertreibung des nationalen Egoismus bewahren, wird uns die Grenzen aller nationalen Leistung kennen lehren und uns zu richtiger Einstellung unserer Ziele, zur Erkenntnis des Möglichen und in der Weltpolitik Erreichbaren befähigen.

So dient die Einsicht in das, was wir Deutsche als Nation, Volk und Staat waren und sind, in das, was wir leisten und was uns fehlt, in das, was wir uns selber sind und was wir im Vergleich zu andern Völkern zu sein scheinen, der Einstellung unseres nationalen Wollens in Gegenwart und Zukunft. Auch der Blick nach innen gewinnt an Klarheit, wenn Einsicht sich mit Liebe zur Nation paart. Ein genaueres Sichhineindenken, ein tieferes Einfühlen in all das, was deutsch ist und sich als echtdeutsch bewährt hat, bildet den Schlüssel zu einer tieferen Beeinflussung des Charakters des Deutschen. Wir alle müssen wieder fest im deutschen Volkstum Wurzel fassen. Dann gewinnt die Liebe zum deutschen Volksgenossen in Süd und Nord, in Stadt und Land, die uns in der Not wirtschaftlicher Umwälzungen verloren zu gehen droht, einen wirklichen Sinn. Eint alle die Liebe zum deutschen Vaterland, dessen Bedeutung, Wert und Zukunftshoffnungen alle ahnend oder wissend in der Brust tragen, dann stellt sich auch die Unterordnung unter den Volksgedanken ein, dann ersteht durch ein gemeinsam erwachsendes Nationalgefühl und Nationalbewußtsein, durch einen berechtigten Nationalstolz eine wahre, die innere Einheit des deutschen Volks.

Mit dem Eindringen in das Verständnis des Wesens und der Eigenart der deutschen Kultur erfüllen wir indessen nur erst den *einen* Teil des politischen Bildungsprogramms, das wir entwerfen wollen. Diese nationale Bildung hat an und für sich ihren Eigenwert für sich. Uns ist sie Voraussetzung und Grundlage aller politischen Bildung. Als der eigentliche Mittler politischer Bildung hat der zweite Stoffkreis zu gelten: die politische Wissenschaft; auch sie nicht als reiner Wissensstoff, sondern als ein Mittel zur Formung und Prägung des inneren, geistigen und sittlichen Menschen.

Die Wissenschaft der Politik begreift voneinander sehr verschiedene Erkenntnisgebiete in sich. Wie bei anderen Wissenschaften könnte man auch von einer politischen Einleitungswissenschaft, die hier wie dort die Grundlagen für das Verständnis der Einzelfragen vermittelt, sprechen. Unerläßlich scheint es uns nämlich, daß der junge Student zu einer klaren Erfassung der Grundlagen der Politik, dessen, was ihm dunkel als Politik vorschwebt, gelange, zu einer klaren Einsicht in Umfang und Inhalt der Politik. Politik ist uns die auf genauester Kenntnis von Menschen, Völkern, Ländern und Zeiten beruhende Erkenntnis der aus dem Nachwirken der Vergangenheit und aus den Bedürfnissen der Gegenwart sich ergebenden Richtung der Gestaltung

staatlicher Gebilde in sich selbst und in ihren Verhältnissen zueinander. Politik ist Gestaltung der Zukunft von Staat und Nation, der Welt. Politische Wissenschaft ist die theoretische Erkenntnis von diesen kurz benannten Tatsachen, den Faktoren der Politik. Einsicht und Verständnis der allgemeinmenschlichen und ethischen Gedanken, der gesellschaftlichen, rechtlichen, staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Einrichtungen und Zustände, der Fähigkeiten und Bedürfnisse des Landes, der Geschichte und der Volkswirtschaft muß die Grundlage des Studiums der Politik bilden. Die enge Verbindung der praktischen Politik mit der Ethik und Psychologie, die nahe Berührung mit der Geschichte macht jedem Studenten, und gerade dem, der von Berufs wegen andere Wege zu gehen gewohnt ist, z. B. dem Techniker, die Beschäftigung mit solchen Gedankengängen zur Pflicht. Der an und für sich geschichtlich nicht Interessierte muß lernen, die vorhandenen Institutionen und bestehenden Verhältnisse des Tages nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als geworden zu verstehen. In der Vergangenheit liegt der Schlüssel für das Verständnis der Gegenwart, liegt zugleich auch der Keim für die Entwicklung der Zukunft. Umgekehrt darf auch der mehr historisch denkende Mensch die philosophische und auch die naturwissenschaftliche Seite der Grundlagen der Politik nicht vernachlässigen. Aus dem Studium der allgemeinen Gedankenkreise der Politik, der politischen Ethik z. B., der Theorie der Politik, der Geschichte und aus den Ergebnissen der Ethnologie, Geographie, Biologie wird der junge Student am ersten die großen, leitenden Gedanken erfassen, die das Geschehen in der Welt erklären, die Taten führender Geister aufhellen. Geschichtliches Denken, das sich am Durchforschen der Geschichte Deutschlands und der Welt übt, ist zu politischer Charakterbildung wie geschaffen. Ist doch die Geschichte die beste illustrierte Ethik. Hier lernen wir die sittlichen Triebfedern werten und schätzen, die aller wertvollen Arbeit für den Staat zugrunde liegen: Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein, Sinn für Gerechtigkeit und Billigkeit, Autoritätsglauben und Unterordnungswillen. An den Gedanken und Taten hervorragender Männer der Geschichte, an den Helden des Geistes und des Schwertes wird in rechter Weise wachsen, wer den Trieb zur Vervollkommnung und Veredlung des Wollens in sich fühlt: ein Gewinn, der höher und größer ist, als der Besitz von Kenntnissen staatspolitischer und wirtschaftstechnischer Einzelheiten. Im seelischen Verkehr mit diesen führenden politischen Persönlichkeiten wird sich dem Suchenden auch ein Einblick erschließen in die Politik als Staatskunst, die nicht lehrbar oder aufweisbar, sondern nur intuitiv zu erfassen ist, aber für die persönliche Wirksamkeit und die innere Entwicklung des einzelnen Staatsbürgers außerordentlich viel bedeutet.

Haben wir so die allgemeinen kulturellen und menschlichen Grundlagen der Politik umrissen, die Kräfte und Subjekte der Politik gekennzeichnet, so bleiben uns noch die Objekte der Politik, die heutigen Probleme der Politik kurz zu streifen übrig. Das sind die Lösungsversuche, die der menschliche Geist aufstellt, um das Gleichgewicht herzustellen zwischen den Bedürfnissen und Interessen von Gesellschaftsschichten, Berufskreisen, Interessenorganisationen in dem ewigen Auf und Nieder, in dem fortwährenden Wellengang des staatlichen und weltlichen Werdens und Geschehens. Es ist nicht möglich, daß ein Student, der während eines engbegrenzten Hochschulstudiums nur eine beschränkte Zeit für seine politische Arbeit aufbringen kann, in alle Einzelprobleme bis zu ihrem Fußpunkt hinabsteigt. Aber er muß Gelegenheit und Anregung erhalten, in möglichst viele sich hineinzufinden. Als letzter Teil des Bildungsganges schwebt uns also eine Übersicht über die Einzelfragen der Politik vor, wenigstens ihre Hauptprobleme. Die rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen Fragen, Fragen der inneren und äußeren Politik werden da im Vordergrund zu stehen haben; aber auch die rein kulturellen dürfen nicht außer acht gelassen werden. Das Ganze soll, um zusammenzufassen, was wir in aller Kürze hier nur andeuten können, eine Vorstellung von der Vielgestaltigkeit unseres staatlichen und völkischen Lebens gewähren.

Was leistet die Behandlung, die Durchdenkung und Erforschung dieser Einzelfragen — so fragen wir auch hier wieder — für unser Ziel der politischen Charakterbildung? Weil in diesen Einzelproblemen das konkrete Tatsachenmaterial am unmittelbarsten Verstand und Herz anspricht, scheint uns in ihnen der reichste Schatz charakterbildender Werte enthalten zu sein. Die Weckung praktischen politischen Sinnes, praktischer politischer Fähigkeiten, will uns als der Hauptgewinn dieser Arbeit erscheinen. An ihr wird man die Politik wieder als Kunst, wenn auch in etwas anderer Weise als vorhin, am deutlichsten erfassen lernen: als die Kunst, aus der Einsicht in die Verhältnisse des Staates und des öffentlichen Lebens die Maßstäbe für die Notwendigkeiten eines Einwirkens auf Staat und Öffentlichkeit zu entnehmen, das hohe politische Ziel, das Weltanschauung und Lebensethos stecken, vor Augen zu sehen und doch nur das im Augenblick Notwendige sich als Aufgabe zu stellen und lösen zu wollen.

Die Erfüllung unseres Bildungsprogramms, die Erreichung des Bildungszieles, das die Burschenschaft sich in jugendlichem Eifer, in der Erkenntnis vaterländischer Notwendigkeiten steckt als die Erweckung politischer Fähigkeiten und politischen Wollens in der zu vaterländischer Tat entschlossenen Persönlichkeit, und das erreichbar ist bei planvoller

Auswertung der in den gekennzeichneten Bildungsstoffen beschlossenen Bildungskräfte und bei gewissenhafter Ausnutzung der vorhandenen Bildungseinrichtungen, ist zu einem wesentlichen Teil an das Gelingen eines literarischen Bildungswerkes gebunden, das wir uns als politischen Wegweiser für die burschenschaftliche Einsamkeits- und Gemeinschaftsarbeit denken. Wir stellen uns eine Aufgabe, die vielleicht unerfüllbar dem erscheint, der selbst inmitten des Strudels der Wissenschaft steht und die zu lösen schon vielen eine Unmöglichkeit erschien.

Verdient nicht unser politisches Bildungswerk Rat und Unterstützung aller derer, die die gehäufte Kraft burschenschaftlichen Geistes nicht ungenutzt möchten verwehen sehen, schon deshalb, weil in der deutschen Burschenschaft als einer auf freier Übereinkunft beruhenden Organisation der Erziehung und Bildung ein Ansatzpunkt gegeben ist für die Erfüllung der unendlich wichtigen deutschen Bildungsaufgabe, welche die bewußte Verwurzelung des einzelnen im deutschen Volkstum und in der deutschen Volksgemeinschaft, die bewußte Vertiefung wahrhaft politischer Bildung in sich begreift, für die Verwirklichung echter deutscher Nationalerziehung? Weil die Grundlegung planvoller vaterländischer und politischer Eigen- und Gemeinschaftsarbeit unserer burschenschaftlichen Jugend ein vaterländisches Werk höchsten Wertes ist? Politische Arbeit, wie wir sie fassen, ist aber auch eine sittliche Tat. Denn sie dient nicht in blinder, egoistischer Weise dem Individuum, sondern der Volksgemeinschaft. So hat die heutige burschenschaftliche Bewegung für vaterländische, politische Bildung und Erziehung auch als eine sittliche Tat zu gelten. Mit vollem Recht konnte ein Redner des letzten Burschentages sagen: wir fühlen uns heut mehr denn je innerlich der Urburschenschaft verwandt. Ein sittliches Ideal war auch der Leitstern der Jünglinge vor 100 Jahren gewesen, das ihnen Mut gab, ein Leben hinter Kerkermauern zu wagen. In einem Kulturstaat wie dem unsrigen, in einer weltpolitischen und innerpolitischen Lage wie der unsrigen, ist die Grundbedingung unseres Fortbestehens und unseres Wiederaufstiegs als Nation und Staat die Erziehung des Nachwuchses unseres Volkes zur Bejahung und zur Verwirklichung einer hoffnungsvollen, zukunftsfreudigen Staats- und Nationalgesinnung, welche die Grundlage sein soll all unserer praktischen Lebensarbeit als Staatsbürger, im Beruf, in der Tätigkeit in politischen Parteien, in öffentlichen politischen Organisationen, im politischen Leben überhaupt. Diesen Geist will die heutige Burschenschaft selber pflegen und über ihre Grenzen hinaus im deutschen Volke, zu dessen lebendigem Körper sie als ein lebendiges Glied sich innig verbunden fühlt, stärken. Den Mut zu dieser schwersten Volksarbeit verleiht ihr der Glaube an unser Volk, die Liebe zu

deutschem Volkstum, der Jugendsinn, der Ziel, Weg und Gefahr gelassen ins Auge faßt und zu überwinden trachtet.

O Deutschland, herrlichstes von allen,
Deine Eichen stehn, du bist gefallen!

Was Theodor Körner beklagt, betrauern auch wir Nachfahren. Aber wenn unser Mut, unsere Liebe und unser Glaube so fest stehen wie deutsche Eichen, dann müssen wir auch den Weg aus dem Dunkel einer Zeit finden, die den Sinn für deutsches Wesen und die Hoffnung auf die deutsche Sendung verloren zu haben scheint. Aber macht Ernst mit eurem Wollen! Die Aufgabe, euer Ziel politischer Bildung, ist leichter gestellt, als das Leben, das zu diesem Ideal hinführt, sich leben läßt. Seid euch selber treu, ihr deutschen Burschen, dann wird euch das Streben nach diesem Ideal trotz Schweiß und Sorgen durch Freude und Segen gelohnt!

Die politische Stellung der deutschen Burschenschaft im ersten Jahrhundert ihrer Entwicklung.

Von Geh. Hofrat Prof. Dr. **Hermann Haupt.**
(Arminia-Würzburg, Germania und Frankonia-Gießen.)

Grimmige Empörung über den eisernen Druck der französischen Fremdherrschaft und todesmutiger Wille, dieses schmähliche Joch durch die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte brechen zu helfen, hatten in den landsmannschaftlichen Kreisen der mitteldeutschen Hochschulen schon vor der Katastrophe von Moskau die ersten Keime für den burschenschaftlichen Bund gelegt. Im Feldlager der Lützowschen Freischar gewannen Jahns Pläne der Errichtung einer alle Sonderverbindungen beseitigenden vaterländischen Gemeinschaft hinreißende Macht. Als die studentischen Freiwilligen wieder in die Hörsäle zurückkehrten, stand für sie der Entschluß fest, ihr von dem romantischen Zauber einer jahrhundertlangen Überlieferung umwobenes landsmannschaftliches Verbindungswesen dem vaterländischen Einigungsgedanken zum Opfer zu bringen. Im gleichen Augenblicke, in dem das erbärmliche Machwerk der deutschen Bundesakte die innere Zerklüftung Deutschlands dauernd festlegte, erklärte die junge Jenaische Burschenschaft in ihrer Verfassungsurkunde, daß „der Deutsche nur in dem Gedanken an ein gemeinschaftliches, allumfassendes Vaterland sich groß und zu jeder Heldentat entschlossen fühlen könne". Aufgabe der Burschenschaft sei es daher, „auf Belebung deutscher Art und deutschen Sinnes hinzuwirken, hierdurch deutsche Kraft und Zucht zu erwecken, die vorige Ehre und Herrlichkeit unseres Volkes wieder fest zu gründen und es so für immer gegen fremde Unterjochung und Despotenzwang zu schützen".[1]) Aus diesem Gedanken heraus erhoben die jungen Burschenschafter mit ihren geistigen Führern Jahn, Arndt und Luden auch einmütig die Forderung, die Rückgabe der Deutsch-

[1]) Über Entstehung, Wesen und politische Stellung der Urburschenschaft vgl. jetzt die erschöpfende Darstellung bei P. Wentzcke, Geschichte der Deutschen Burschenschaft (Bd. 6 der Quellen u. Darstellungen z. Geschichte d. Burschenschaft u. d. deutschen Einheitsbewegung, Heidelb. 1919) und die dort angeführten Quellen.

land geraubten Grenzmarken vom Elsaß bis nach Flandern durchzusetzen, in der gleichen Zeit, in der auf dem Wiener Kongreß auch die bescheidensten Erwartungen der deutschen Patrioten auf das bitterste enttäuscht, und Deutschlands wichtigste Belange durch die Schwäche und Uneinigkeit der deutschen Staatsmänner gewissenlos preisgegeben wurden. Auch in den breiten Schichten des deutschen Volkes hatte ja die Erhebung gegen die französischen Unterdrücker den heißen Drang nach Aufrichtung eines einheitlichen machtvollen deutschen Staatswesens auf volkstümlicher Grundlage ausgelöst. Aber nur allzurasch war das deutsche Bürgertum, als seine Staatsmänner sich der Erfüllung der nationalen Wünsche versagten, in mutlose Erschlaffung und stumpfe Gleichgültigkeit gegenüber den Fragen des staatlichen Lebens zurückgesunken. Diese Schlappheit der bürgerlichen Kreise trug aber nur dazu bei, das Selbstbewußtsein des trotzigen Burschentums zu stärken, das hochgemut die Verantwortung für die Durchführung des Kampfes um die Verwirklichung der nationalen Ideale nun allein auf sich nahm. Ungeschreckt durch die schon seit 1815 der burschenschaftlichen Bewegung offen entgegengebrachte Feindseligkeit der Staatsmänner Preußens, Österreichs und der meisten Einzelstaaten suchte die Jenaische Burschenschaft ihren Bund auch sofort auf die anderen deutschen Hochschulen auszubreiten. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung mit dem zur Feier des Reformationsjubiläums anberaumten Wartburgfest des Jahres 1817, zu dem die weitaus meisten Universitäten zahlreiche Vertreter entsandt hatten. Die beiden Hauptredner des Festes, der Mecklenburger Riemann und der Rheinländer Rödiger zeigten sich von ihrer leidenschaftlichen vaterländischen Stimmung so beherrscht, daß sie bei ihrer Würdigung Luthers alles Gewicht auf seine Bedeutung als des bahnbrechenden Vertreters deutscher und freiheitlicher Gesinnung und auf seine Einwirkung auf Deutschlands nationale Entwicklung gelegt haben. Der unselige Weltbürgersinn der Deutschen und der Eigennutz ihrer Fürsten haben nach Riemanns Darlegung des Reiches Herrlichkeit in den Staub gezogen und die Schmach der korsischen Gewaltherrschaft verschuldet. Aber auch die Hoffnungen, die man an die Erhebung des deutschen Volkes gegen die welschen Unterdrücker hatte knüpfen dürfen, sind in nichts zerronnen. Nur ein einziger deutscher Fürst, Karl August von Weimar, hat sein Wort, dem Volke eine freie Verfassung zu geben, zur Wahrheit gemacht. Um so dringlicher ist die Pflicht des jungen akademischen Geschlechtes, eine eherne Mauer zu bilden gegen die äußeren und inneren Feinde des Vaterlandes; auch der Glanz der Herrscherthrons darf es nicht abhalten, zu reden das starke freie Wort, wenn es Recht und Wahrheit gilt. Im Aufblick zu den im Freiheitskampfe gefallenen Helden und zu Gott, der das zertretene deutsche Volk aus den Fesseln der Zwingherrschaft

gerettet hat, gelobt Riemann für die Versammelten, daß dereinst im bürgerlichen Leben einzig und allein die Liebe zum einigen deutschen Vaterlande der Leitstern ihres Wirkens sein solle. Am Abend des 18. Oktobers, an dem zur Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht auf dem Wartenberge Siegesfeuer aufflammten, schilderte Rödiger, ein Schüler des Philosophen Fries, in hinreißenden Worten die Nöte des Vaterlandes, dem nach der Niederwerfung des äußeren Feindes die nationale Einheit und eine freiheitliche Entwicklung noch immer versagt bleibe. Er schilt auf die toten Formen der Gewohnheit, in denen nur faule, selbstsüchtige und kraftlose Geister atmen mögen, auf die papiernen Staaten ohne Seele, die das deutsche Herz erkalten lassen. „Wir sind nicht zusammengetreten, uns zu schmücken mit den Ährenkränzen zur Ruhe, sondern mit dem Eichenlaub zum Sterben, zum Kampf für die ewigen Ideen, daß wir sie nie aufgeben und für sie zeugen mit kühner, starker Rede und mit dem Herrlichsten auf Erden, dem Märtyrertod."[1])

Die verhaltene schwüle Leidenschaft und die düstere Glut der Ansprache Rödigers weisen bereits auf den starken Einfluß hin, den die Gedankenwelt der Gießener Schwarzen auf die ihr trotz engster geistiger Beziehungen doch in vieler Hinsicht wesensfremde Jenaische Reformbewegung auszuüben begonnen hatte.[2]) Die Gießener „christlich-deutsche Burschenschaft" war nicht wie in Jena aus dem Kartell der Landsmannschaften, sondern in schärfstem Gegensatz zu ihm aus dem Kreise der Renoncen erwachsen. Eine bis zur Askese und zum Verzicht auf Frauenliebe gesteigerte mystische Frömmigkeit, der als höchstes Ideal der freiwillige Opfertod vorschwebte, schwärmerische Begeisterung für „altdeutsche" Art und Sitte, aber auch ein auf die Einflüsse französischer Revolutionsideen hinweisender unbändiger Freiheitssinn und ein bis zum Fanatismus sich steigernder Drang nach praktisch-politischer Betätigung geben diesem Kreise sein scharf umrissenes Gepräge. Obwohl er sich aus einer Reihe hochbedeutender Köpfe zusammensetzte, stand er doch völlig unter dem dämonischen Einflusse Karl Follens, für dessen schrankenlosen Subjektivismus wiederum die eigene „Überzeugung" zum absoluten Maßstabe alles sittlichen Handelns wurde. „Er war wie ein Prophet unter seinen Jüngern, die ihm vertrauten fast wie einem, der nicht irren kann."

Von den 1814 ins Leben getretenen Arndtschen „Deutschen Gesellschaften", aus deren Kreis die Vereinigung der Schwarzen herausgewachsen war, hatten diese die Abhaltung von wissenschaftlichen, poli-

[1]) Vgl. H. Kühn, Das Wartburgfest am 18. Oktober 1817 (Weimar 1913); E. Müsebeck, Das Wartburgfest im Jahre 1817 (Hefte zur Hochschule, Nr. 1, 1917).

[2]) Vgl. H. Haupt. Karl Follen und die Gießener Schwarzen (Gießen 1907).

tischen und ethisch-vaterländischen Vorträgen und das gemeinsame Lesen philosophischer und vaterländischer Schriften übernommen — eine Einrichtung, die für die späteren burschenschaftlichen „Kränzchen" vorbildlich geworden ist. Schon frühzeitig aber sehen wir die Gießener Schwarzen auch mit praktisch-politischer Tätigkeit sich eifrig befassen. Enge Beziehungen hatten sie mit dem zu Anfang 1815 mit Wissen des preußischen Staatskanzlers gestifteten Hoffmannschen Geheimbunde verknüpft, der eine Einigung Deutschlands auf freiheitlicher Grundlage und unter preußischer Führung anstrebte. Die unglückliche Wendung der preußischen Politik nach dem Abschlusse der Heiligen Allianz hat alsdann die Schwarzen und ihre älteren Freunde in jähem Umschwung in die Bahn einer radikalen Richtung getrieben, für die die Gedankenwelt des Jakobinertums und des französischen Liberalismus maßgebend wurden. Als im Jahre 1818 die hessische Regierung durch einen Sturm von Bittschriften an die Einführung einer landständischen Verfassung gemahnt wurde, da war der ganze Kreis der Schwarzen an der Arbeit, für die Petitionen Unterschriften zu sammeln. Ebenso beteiligten sie sich an der Vorbereitung und Verbreitung der an den Bundestag gerichteten Massenpetition um die allgemeine Einführung ständischer Verfassungen in den deutschen Einzelstaaten; auch das Wartburgfest haben die Verbündeten der Schwarzen dazu benutzt, um die dort versammelten Burschen für die konstitutionellen Pläne zu gewinnen. Gleichzeitig arbeitete man im Gießener Kreise, dem die hessische Regierung durch scharfe Maßreglungen den Stempel des Märtyrertums aufgedrückt hatte, den Entwurf einer „Reichsverfassung" aus, der jede Anknüpfung an die bestehenden Verhältnisse ablehnt und sich auf „des Volkes rechtliche Allmacht und Alleinmacht" gründet. Hatte der erste Entwurf noch von der Volksvertretung zu wählende Landes-Fürsten und einen demokratischen deutschen Wahl-König zugestanden, so wurde 1818 durch einen Gegenentwurf Karl Follens auch damit aufgeräumt und die Aufrichtung eines nach französischem Muster in eine Vielheit von Gauen zerteilten deutschen Freistaats in Aussicht genommen. In dem seit 1819 von den Schwarzen weithin verbreiteten „Frag- und Antwortbüchlein über allerlei, was im deutschen Vaterland besonders not tut" ihres Genossen W. Schulz endlich hören wir auch schon sozialistische Töne in demagogischer Weise angeschlagen.

Unter den Nachwirkungen des Wartburgfestes hatte inzwischen die burschenschaftliche Bewegung auf fast allen deutschen Hochschulen festen Fuß gefaßt und zum Teil die bisherigen landsmannschaftlichen Kartelle völlig aufgesogen. Mit Recht konnte die im Oktober 1818 begründete „allgemeine deutsche Burschenschaft" den Anspruch erheben, als ein Idealbild ihres in Gleichheit und Freiheit geeinten Volkes zu gelten.

Dabei behauptet fast jede einzelne Universität ihre besondere Bedeutung für die weitere Entwicklung der Gesamtburschenschaft und durch ihre Sonderstellung zu den politischen Problemen damit auch für die deutsche Einheitsbewegung. Müssen wir nach dieser Richtung, angesichts des knappen Raumes, auf Wentzkes treffliche Darstellung verweisen, so sei doch wenigstens mit einem Worte an die durch die Burschenschaft bewirkte Gewinnung der noch 1814 durchaus dänisch gesinnten Kieler Studentenschaft für die Sache des Deutschtums erinnert. Gleich bedeutsam war die politische Arbeit, die die Burschenschaft an den katholischen, zum Teil aus alten Jesuitenschulen erwachsenen Universitäten Breslau, Würzburg, Freiburg sowie in Bonn mit der die konfessionellen und partikularistischen Gegensätze überbrückenden Zusammenfassung der dortigen Studentenschaften und mit deren Erziehung in freiheitlichem und deutschvaterländischem Geiste geleistet hat.

Die bekannte Verbrennung von undeutschen und sonst mißliebigen Büchern und von Wahrzeichen des verhaßten Gamaschendienstes, die beim Wartburgfeste außerhalb des offiziellen Rahmens der Feier vorgenommen worden war, hatte inzwischen die ersten Verfolgungsstürme über die junge Burschenschaft heraufbeschworen. Im Bewußtsein ihrer guten Sache, die das Licht der öffentlichen Meinung nicht zu scheuen brauchte, faßten die Führer der Jenaischen Burschenschaft, unter Mitwirkung des freigesinnten Historikers Luden, die in ihrem Kreise vertretenen Anschauungen zu einer „Grundsätze und Beschlüsse des 18. Oktober" betitelten Denkschrift zusammen.[1]) Sie fordert eine konstitutionelle Erbmonarchie, Ministerverantwortlichkeit, politische, wirtschaftliche und religiöse Einigung, Selbstverwaltung, Gleichheit vor dem Gesetze, einheitliches Recht, Rede- und Preßfreiheit, allgemeine Wehrpflicht und nach außen hin selbstbewußte Machtpolitik. Bei einem neuen Kriege soll das preußische Banner allen Deutschen voranwehen. Von einer Veröffentlichung dieses glänzenden, nationale Forderungen späterer Jahrzehnte in prophetischer Weise vorwegnehmenden politischen Programms hat man schließlich in Jena aus Gründen der Vorsicht absehen müssen. In zahlreichen Abschriften verbreitet, haben aber die „Grundsätze" auf die Gedankenwelt der Burschenschaft und durch diese mittelbar auch auf weite Volkskreise tiefgreifenden Einfluß gewonnen. Der in ihnen zutage tretende Geist abgeklärter Mäßigung behauptete sich auch siegreich gegenüber den Versuchen der Gießener Schwarzen, die breiten burschenschaftlichen Kreise Jenas ihrem politischen Radikalismus dienstbar zu machen. Wohl bürgerte sich das wissenschaftlich-politische Vortragswesen nach Gießener Vorbild auch in Jena ein, und der von den Schwarzen gestiftete „engere

[1]) Vgl. Wentzke, Quellen VI 236 ff.; Ehrentreich, Quellen IV 109 ff.

Bund" hat, wie an anderen Universitäten, so auch in Jena zeitweilig starken Einfluß auf die politische Erziehung und die Verfassungsentwicklung der Burschenschaft ausgeübt. Karl Follens gewaltsame Umsturzpläne aber wurden gerade von den bedeutenderen Köpfen unter den Führern der Jenaischen Burschenschaft als „auswendig gelernte Kindereien" mit Entschiedenheit abgewiesen. Nach wie vor war man in der Burschenschaft gewillt, nur vom Boden des geschichtlich Gegebenen aus an der Beseitigung der Mißstände des öffentlichen Lebens tapferen und besonnenen Sinnes und in frohem Jugendmute mitzuarbeiten.

Ein himmelschreiendes Unrecht war es daher, als die Führer der Reaktion die Bluttaten Sands und Lönings vom 23. März und 1. Juli 1819 dazu benutzten, die Burschenschaft als Ausgangs- und Mittelpunkt einer weitverzweigten jakobinischen Verschwörung hinzustellen.[1]) Der Schlag, den Metternich und seine Gesinnungsgenossen mit den Karlsbader Beschlüssen gegen die Burschenschaft führten, galt ja auch in Wirklichkeit in erster Linie der Unterdrückung jeder freien Regung in den deutschen Volkskreisen und sollte namentlich den Österreichs Vormachtstellung gefährdenden Bestrebungen auf Einführung konstitutioneller Einrichtungen in Preußen einen dauernden Riegel vorschieben. Welche verzweifelte Stimmung die Zerstörung ihres Bundes und die Knebelung der Geistesfreiheit gerade bei den Besten der Burschenschaft auslösten, läßt ein Tagebucheintrag des Gießener Burschenschafters Theodor Reh, des nachmaligen Präsidenten des Frankfurter Parlaments, vom 5. November 1819, dem Tage der Auflösung der Gießener Burschenschaft erkennen: „Wenn je ein Plan fürchterlich war, so übertrifft ihn bei weitem dieses große Gewebe von geheimer Tyrannei und Diplomatenwillkür. Ein kräftiges Volk, blühend in Wissenschaft, auf einer Stufe der Kultur, wie sie wenige Zeiten aufweisen, soll hinabgestoßen werden in die Nacht unkräftigen blinden Gehorsams. Die Quellen seines geistigen Wesens sind verstopft, selbst seine Hoffnung und sein Vertrauen auf die Jugend vernichtet. Oh, daß des Himmels Säulen feststehen, daß Gottes Blitze schlummern, daß die Natur ob diesem unerhört Gräßlichen, das alles Entsetzliche, was Menschenzungen zitternd nennen, in sich schließt, Martern, wie sie keine Hölle droht, sich nicht empört, sich nicht Schlünde gähnend öffnen, dies Gebäude zu verschlingen! Du Gott der Freiheit, wie lange wirst du noch ruhig diesem teuflischen Spiele zusehen, wie lange sollen wir uns die Knien blutig beten, wie lange zu dir jammern und schreien, daß dein Zorn erwache?"

---

[1]) Über Sand vgl. Wentzcke, Quellen VI 311 ff.; über Löning vgl. jetzt H. Schneider, Quellen V 153 ff.

Die Ausführung der Karlsbader Beschlüsse hatte wohl die verheißungsvolle Entwicklung der Burschenschaft zu einem die gesamte deutsche Studentenschaft umfassenden vaterländischen Bunde gestört, den burschenschaftlichen Geist in seinen Wurzeln aber doch nicht zu treffen vermocht. Unmittelbar nach der im Herbst 1819 an allen Hochschulen durchgeführten Auflösung der Burschenschaft, gewinnt diese in geheimen Verbänden neues Leben. Aber ihre Entwicklung zeigt jetzt doch wesentlich veränderte Züge. In das Dunkel von Geheimbünden gedrängt, gewinnen extreme Auffassungen verstärkte Kraft und führen vieler Orten zu einer Scheidung der Geister.[1]) In der romantischen Bewegung, aus der die Burschenschaft hervorgegangen war, und in deren „deutsch-christlichem" Wesen lagen ja bereits nebeneinander gebettet die Keime der künftigen politischen Gegensätze, der liberalen und der konservativen Parteirichtung. Künftige Vorkämpfer dieser beiden Parteien hatten in der Urburschenschaft noch Seite an Seite gestanden, ihre politischen Auffassungen hatten sich gegenseitig befruchtet und angeglichen. Der später hochkonservative Heinrich Leo, der leidenschaftliche preußische Royalist Hauptmann von Plehwe, die künftigen katholisch-konservativen Parteiführer Graf Bochholz, Ignaz Schwörer und Karl Bader hatten in engsten Beziehungen zu den Gießener Schwarzen gestanden. Auch Ernst Wilhelm Hengstenberg, Julius Stahl, Rudolf Stier, Aug. Fr. Christ. Vilmar, die Führer der preußischen Orthodoxie, des Pietismus und der konservativen Partei waren durch die Schule der Frühburschenschaft gegangen. Es wäre grundfalsch, ihre spätere extreme Parteistellung als Abfall von ihren einstigen burschenschaftlichen Grundsätzen anzusprechen, die doch die Entwicklungsmöglichkeit sowohl zur konservativen wie zur liberalen Richtung in sich schlossen, je nachdem man die Forderung einer volkstümlichen Selbstregierung oder das Romantisch-Christliche des burschenschaftlichen Staatsideals und das Ziel der nationalen Selbstbehauptung nach außen schärfer betonte. An verschiedenen Hochschulen, wie z. B. in Berlin, Leipzig und Würzburg haben sich in der Frühzeit der Burschenschaft gerade auch zahlreiche Söhne altadeliger Familien der Burschenschaft angeschlossen.

Mit Fug und Recht konnte die Jenaische Burschenschaft bei ihrer Selbstauflösung sagen, daß sie niedergerissen habe, was sie „mit arglosem, unschuldigem Glauben und mit dem frohen Bewußtsein, etwas Gutes zu tun", aufgebaut hatte. Es ist aber ohne weiteres begreiflich,

---

[1]) Über das Folgende vgl. G. v. Below, Die Anfänge einer konservativen Partei in Preußen, Internat. Wochenschrift f. Wissenschaft (1911) V 1094 ff.; derselbe, Recht u. Notwendigkeit der deutschnationalen Volkspartei (Berlin 1920) S. 5 ff.; Wentzcke, Quellen III 75, IV 237 f.

daß durch das rohe Zugreifen der Träger des absolutistischen Systems die große Mehrheit der jungen Burschenschafter in scharfe Gegnerschaft gegen das Legitimitätsprinzip gedrängt wurde, und daß man in ihrem Kreise jetzt erst recht die Schaffung freier Verfassungen als die notwendige Voraussetzung für die Erreichung des altburschenschaftlichen Ziels der deutschen Einheit betrachtete.

Über die Form dieser Einheit bestanden freilich die verschiedensten Meinungen.[1]) Wie geringe Wirkungen Karl Follens radikale Auffassungen ausgeübt hatten, zeigt die Tatsache, daß auch in dem von ihm gestifteten Jünglingsbunde der Gedanke einer deutschen Republik nirgends Fuß faßte. Bei der viel erörterten Wiederherstellung des Kaisertums dachte man meist an dessen Besetzung durch einen der konstitutionellen süddeutschen Fürsten. Neben unitaristischen Auffassungen begegnen wir in den burschenschaftlichen Kreisen der zwanziger Jahre bedeutsamerweise auch der Forderung eines Bundesstaates mit repräsentativer Verfassung und unter preußischer Führung, also der Wiederaufnahme der Gedanken des Hoffmannschen Bundes, an dessen Wiege neben dem preußischen Staatskanzler, Gruner und Gneisenau auch Führer der burschenschaftlichen Bewegung gestanden hatten. Einer von ihnen, der tapfere Darmstädter Advokat Heinrich Karl Hofmann, der Begründer der Heidelberger Burschenschaft, hat trotz seiner schmählichen Behandlung durch die preußischen Demagogengerichte, als ein treuer Eckart während der auf die Julirevolution folgenden Stürme immer wieder vor dem lockenden Rufe zum Anschluß an Frankreich und zur Republikanisierung des deutschen Westens eindringlich gewarnt und gleich dem ebenfalls aus dem burschenschaftlichen Lager hervorgegangenen Paul Pfizer einem militärisch starken und zugleich freiheitlich regierten deutschen Bundesstaate mit Preußen als Vormacht das Wort geredet.[2])

Bis in die zwanziger Jahre setzen sich auch, namentlich in Gießen, Heidelberg und Jena die heißen Kämpfe um den ausgesprochen christlich-germanistischen Charakter der Burschenschaft fort. Die Heidelberger unter der Führung des Hegelianers Carové hatten demgegenüber die Aufgabe der „Allgemeinen Burschenschaft" in der Zusammenfassung möglichst aller Studierenden zur Pflege unbedingter Gleichheit und geistiger Freiheit und zum Schutze der Rechte des einzelnen gesehen. Carovés Zwecksetzung der „allgemein menschlichen, vaterländischen, staatsbürgerlichen und rein persönlichen Bildung" wies

---

[1]) Vgl. H. Fränkel, Quellen III 241 ff.

[2]) Über H. K. Hofmann vgl. H. Haupt, Quellen III 327 ff., über P. Pfizers Einwirkungen auf den burschenschaftlichen Kreis in Tübingen vgl. W. Lang, Quellen III 114, 121, 151, 157 u. 161.

die von Gießen ausgehende Forderung der bewußt politisch-völkischen und christlichen Erziehungsaufgabe der Burschenschaft ab und gestand darum auch Juden und Ausländern den Eintritt in die Burschenschaft zu. Wie sich aber in der Verfassung der allgemeinen deutschen Burschenschaft vom Oktober 1818 die „christliche, deutsche Ausbildung zum Dienst des Vaterlands" durchgesetzt hatte, so siegte auch an den einzelnen Hochschulen die Gießener christlich-germanische Richtung und setzte 1819 auch in Heidelberg und 1820 auf dem Dresdener Burschentage die Ausschließung der Juden aus der Burschenschaft durch. Die in der Folge da und dort einsetzenden Versuche, diesen Ausschluß rückgängig zu machen, stießen auf zähen Widerstand. In Breslau scheiterten sie noch zu Beginn der dreißiger Jahre. Während man in den späteren arminischen Kreisen an dem christlichen Charakter der Burschenschaft wohl allgemein unverrückt festhielt, wurde im germanischen Verbande auf dem Bamberger Burschentage von 1827 in dem Grundsatze der „christlich-deutschen" Ausbildung das „christlich" gestrichen und damit auch die Abweisung der Juden aufgehoben.[1])

Einen ungemein anziehenden und lehrreichen Einblick in das innere Leben und den Betrieb der politisch-staatsbürgerlichen Erziehung der Burschenschaft zu Anfang der zwanziger Jahre gewähren uns die Aufzeichnungen Karl Hases[2]) und Ferdinand Herbsts aus ihrer Jenaischen und Leipziger Burschenschafterzeit.[3]) Hases „Reden an die Jünglinge der freien Hochschulen Deutschlands", zumeist in den Burschenversammlungen zu Leipzig gehalten, wo Hase zeitweilig Sprecher war, stehen auf einer erstaunlichen Höhe sittlicher und politischer Reife. Abhold allem finsteren, verbitterten

[1]) Vgl. Wentzcke, Quellen IV 98 ff., 115 ff. u. VI 147, 250, 308; Haupt, Follen S. 102 ff.; (Bach), Gründung und Entwicklung der Breslauer Burschenschaft (1867) S. 84, 134; Heer, Quellen IV 273 ff., 312; Br. Weil, Juden in der Deutschen Burschenschaft (1905); E. Dietz, Geschichte d. Deutschen Burschenschaft in Heidelberg (Heidelb. 1895) S. 24 und Bursch. Blätter, S.-S. 1894, Nr. 6 u. 7; H. Bender, ebenda, W.-S. 1896/97, S. 284 ff. Die Gegnerschaft der Burschenschaft gegen das Judentum ist durch die frech herausfordernde Schrift „Germanomanie" des Juden Saul Ascher bedeutend verstärkt worden. Man verbrannte sie 1817 beim Wartburgfeuer unter dem Rufe: „Wehe über die Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volkstum und Deutschtum spotten und schmähen!" Die wohl von Anfang an im burschenschaftlichen Kreise vorhandene ablehnende Haltung gegenüber dem Judentum hat sich aller Wahrscheinlichkeit nach unter dem Einflusse ihres geistigen Führers Fries verstärkt. Er verfaßte 1816 in Heidelberg eine kleine Schrift: „Über die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden", die damals viel Aufsehen machte (E. L. Th. Henke, Fries, Leipzig 1867, S. 157).

[2]) Vaterländische Reden und Denkschriften. 1. Abtlg. (1891), Werke XII, 1; Jugenderinnerungen (1890), Werke XI, 1.

[3]) Ideale und Irrthümer des academischen Lebens (Stuttg. 1823).

Verschwörertum und unter entschiedenem Einspruch gegen das direkte Eingreifen der akademischen Jugend in die politischen Vorgänge, behandelt der Redner die letzte Bestimmung der Menschheit, die Ziele des staatlichen Lebens, die Pflichten des einzelnen gegenüber dem Vaterlande und der Menschheit in geradezu klassischer Weise. In immer neuen Wendungen legt er seinen Zuhörern die Pflicht ans Herz, für den Kampf um die sittlichen und politischen Ideale der Burschenschaft durch wissenschaftliche und sittliche Selbstbildung und durch stetige Beschäftigung mit den Fragen des öffentlichen Lebens sich zu rüsten. „So allein, alle politische Wirksamkeit aufgebend, sind wir von hoher politischer Wichtigkeit. Denn wenn wir recht gebildet als hohe, freie und der Freiheit werte Männer einst eintreten in den Staat, wenn das alte Geschlecht vergangen ist, und Fürsten, Minister und Lehrer und Wortführer des Volkes aus unserer Mitte ausgegangen sind, dann steht's bei uns, rechtmäßig das Volks- und Staatsleben zu gestalten nach unserer Überzeugung." In gleich besonnenem Geiste äußert sich Herbst über die politische Aufgabe der Burschenschaft: „Festhalten am Ideale des Volkslebens in der Gesinnung und möglichst besten Darstellung desselben in den Verhältnissen der Burschenschaft, daß wir in den Jahren der Kraft eine Schule gewinnen für Charakterbildung, für Volksbildung." Ungemein bedeutsam sind die Forderungen, die Herbst für die Reform des akademischen Lebens auf der Grundlage der burschenschaftlichen Gedankenwelt erhebt, und die zum guten Teil noch für die Gegenwart ihren Wert behaupten: Ausgestaltung der Burschenschaft zur staatlich anerkannten allgemeinen Studentenschaft mit freiem Verhandlungs-, Wahl- und Verfassungsrecht, Beteiligung der Studentenschaft an der akademischen Gesetzgebung und Rechtsprechung, Einsetzung eines studentischen Ehrengerichts, amtliche Einführung des Turnens, Einrichtung einer studentischen Bücher- und Lesehalle und eines Burschenhauses als Mittelpunkt des geselligen Lebens, Herausgabe einer vaterländisch gerichteten akademischen Zeitung, Einrichtung von Übungen in öffentlicher Rede als Vorschule für die Tätigkeit in der Volksvertretung, Abhaltung akademischer Feste, um den Geist der Einheit unter allen Hochschulen zu befestigen. Wie wenig hat doch unsere heutige Hochschulreform-Bewegung diesen Vorschlägen zuzufügen. Und wie anders würde sich unsere gesamte geistige und politische Entwicklung gestaltet haben, hätte man diesen großzügigen, von vertrauensvollem Idealismus getragenen Forderungen zur Umgestaltung unseres akademischen Gemeinschaftslebens auf vaterländischer Grundlage stattgegeben!

Dem romantischen Geiste, der nach wie vor die burschenschaftlichen Kreise beherrschte, erwuchs noch vor den Pariser Vorgängen von 1830 eine gefährliche Gegnerschaft in dem Eindringen der westeuro-

päischen Revolutionsideen.[1]) Ein seltsames Verhängnis wollte es, daß ihre zersetzende Einwirkung auf die Burschenschaft hauptsächlich durch den einstigen Hauptvertreter des christlich-germanischen Gedankens, Karl Follen, gefördert wurde. In der Schweiz, wohin er als Mitwisser um Sands Bluttat hatte flüchten müssen, und von wo aus er enge Verbindungen mit den Führern der französischen und italienischen Geheimbünde pflegte, hatte er den Plan entworfen, eine Liga der unbedingten Demokraten aller Länder zu begründen, die allenthalben die republikanische Idee zum Siege führen sollte. Der Jenaische Burschenschafter von Sprewitz wurde bekanntlich 1821 von Follen durch phantastische Vorspiegelungen dazu angestiftet, an den deutschen Universitäten Anhänger für einen revolutionären „Jünglingsbund" zu werben. Sprewitz gelang es, gegen 150 Burschenschafter der verschiedensten Hochschulen in die Verschwörung zu verstricken. Als Zweck des Bundes war ihnen ganz im allgemeinen angegeben worden, durch Umsturz der bestehenden Verfassungen das Volk instand zu setzen, durch selbstgewählte Vertreter sich eine freie Verfassung zu geben. Ein Männerbund sollte die führenden deutschen Demokraten vereinigen und dem Jünglingsbunde Ziel und Richtung geben. Da dieser Männerbund ein Phantasiebild blieb und die Eröffnungen der angeblichen Oberen — auch Gneisenau wurde unter ihnen genannt! — von einem Bundestage zum anderen vergeblich erwartet wurden, so hatte sich der Bund tatsächlich schon längst aufgelöst, bevor der Verrat eines Mitglieds im Jahr 1823 die gerichtliche Untersuchung gegen die Bundesglieder herbeiführte. Es waren zum Teil die Besten des burschenschaftlichen Kreises, die als Opfer von Follens blinder Leidenschaft lange Jahre ihres Lebens im Kerker vertrauern mußten. Für die Burschenschaft aber wurde es verhängnisvoll, daß gar manche ihrer bedeutendsten Köpfe, zugleich Führer der innerhalb der Einzelburschenschaften bestehenden engeren Vereine, dem Jünglingsbunde beigetreten waren. So hielt der neue demokratische Geist, der sich auch rasch in den breiten Kreisen des deutschen Liberalismus niederschlug, aller Orten in burschenschaftlichen Kreise seinen Einzug. Seine Einwirkung war um so stärker, als die Burschenschaft sich damals bereits im Zustande allgemeiner innerer Gärung befand. Die Rivalität mit den neu erstandenen Landsmannschaften hatte tiefgehende Gegensätze hinsichtlich der Auffassung vom Duell und der Verbindungsverfassung hervorgerufen.[2]) Auf der einen Seite standen die Anhänger der „Allgemeinheit", die in erster Linie die sittlich-erzieherischen Auf-

[1]) Über das Folgende H. Fränkel, Quellen III 241 ff.; Th. Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen Deutschlands. Volksausg. (Berlin 1916) S. 106 ff.; R. Schwemer, Restauration und Revolution (Leipzig 1902).

[2]) Vgl. G. Heer, Quellen IV 246 ff.; W. Lang, ebenda VII 84 ff

gaben der Burschenschaft betonten, gleiche Rechte und möglichst wenige Pflichten für die Mitglieder, strenge sittliche Zucht, äußerste Einschränkung des Duells und Aufrechterhaltung des Verrufs gegen die Landsmannschaften forderten. Auf der anderen Seite die energischen Führer der engeren Vereine, die am liebsten den „Schwanz" der für ein straff geregeltes Verbindungsleben Untauglichen abgestoßen hätten, die ferner eine Verinnerlichung des Verbindungslebens und strengere Sittlichkeitsvorschriften ablehnten und die Burschenschaft als Waffenverbindung nach dem Muster der Korps, mit denen man ein Paukverhältnis anstrebte, umgestaltet zu sehen wünschten. Zu diesen Spaltungen gesellten sich nun auch die politischen Gegensätze, indem die Führer der für ein strammes und schneidiges Verbindungsleben eintretenden Richtung, vielfach unter der Nachwirkung des Jünglingsbundes, sich auch für ein tätiges Eingreifen in die Politik einsetzten. In Erlangen kommt es 1827, in erster Linie infolge von Streitigkeiten über das Verbindungswesen, zu einer dauernden Spaltung zwischen Arminen und Germanen, deren Namen in der Folge als Parteibezeichnung auch von den burschenschaftlichen Sonderverbindungen anderer Hochschulen übernommen werden. Unter dem Einflusse der in den süddeutschen Staaten entbrannten Verfassungskämpfe, an denen alte Burschenschafter stark beteiligt sind, erhielten die germanischen Burschenschaften der dortigen Hochschulen ein immer schärferes politisches Gepräge; radikale republikanische Strömungen gewannen in ihnen das Übergewicht. Die Arminen dagegen, von ihren Gegnern deswegen als „Philosophen" und „Christen" verspottet, lehnen es jetzt erst recht ab, sich auf ihren Kränzchen in erster Linie mit Politik zu befassen und bescheiden sich vielfach in zimperlicher Zurückhaltung mit der Erörterung philosophischer und wissenschaftlicher Fragen. Seitens überarministischer Elemente kommt es 1828 in Erlangen zur Gründung einer Teutonia von ausgeprägt religiös-mystischer Stimmung, die zu den germanistischen Stürmern und Drängern auch durch die Betonung ihres bayrischen Sonderpatriotismus in Gegensatz tritt. Und in Breslau ging der armineistische Eifer gar so weit, in der Burschenschaftsverfassung von 1828 das Streben nach gewalttätigem Eingreifen in die staatlichen Verhältnisse als „schlecht und gottlos" zu verfemen.

Die Germanen aber schritten in echt studentischer Schneidigkeit ihren gefährlichen Weg weiter. Der Ausmerzung des Wortes „christlich" aus dem Verfassungsgrundsatz der „christlich-deutschen" Ausbildung auf dem Burschentage von 1827 ist schon gedacht worden. Die durch die Julirevolution ausgelöste Erregung hat alsdann auch den letzten Widerstand gegen die Wendung zum Radikalismus beseitigt. Auf dem Frankfurter Burschentage vom Herbst 1831 entschied man sich für den in Jena aufgestellten Grundsatz der „praktisch-politischen Tendenz

der Burschenschaft" und für das „selbsttätige Eingreifen in die Verhältnisse des Vaterlands, wo, wann und auf welche Weise die Möglichkeit des selbständigen künftigen Wirkens gegeben ist". Eine Umgestaltung des burschenschaftlichen Lebens wurde für notwendig erachtet, „da die Zeit dringend fordere, daß die Burschenschaft als eine politische Assoziation gegen jedes illiberale Prinzip auftrete". Die einzelnen Burschenschaften sollten Burschenzeitungen burschenschaftlichen und politischen Inhalts untereinander austauschen und damit Anregungen für die Kränzchen geben. Aber auch durch Mitarbeit an Tageszeitungen sollten die Burschenschaften für Ausbreitung ihrer Ideen sorgen, sowie durch Bildung von Philistervereinen auf ihre ins bürgerliche Leben übergetretenen Mitglieder Einfluß auszuüben, damit diese mit der jungen Burschenschaft für deren politische Ziele zusammenwirkten. Als dann im Jahre 1832 die Wogen der demokratischen Volksbewegung immer höher gingen, wurden die burschenschaftlichen Kreise und zum guten Teile auch die arminisch Gesinnten widerstandslos mit fortgerissen. Man beteiligte sich geschlossen an den überall stattfindenden Volksfesten, so namentlich an dem Hambacher Feste vom 27. Mai 1832, wo die Fahne der Burschenschaft ihre Weihe als künftige Volks- und Freiheitsfahne erhielt, und der Sprecher der Heidelberger Burschenschaft, Brüggemann, eine begeistert aufgenommene Rede hielt. Auch die im Winter 1831/32 stattfindenden Polendurchzüge entfachten in den burschenschaftlichen Kreisen Stürme von Begeisterung für Völkerfreiheit und Völkerverbrüderung. Die zum Schutze der freien Presse begründeten Preßvereine fanden unter den alten und jungen Burschenschaftern starken Anhang auch dann, als nach dem drakonischen Verbote aller politischen Vereine der Preß- und Vaterlandsverein sich zu einem auf den gewaltsamen Umsturz der deutschen Bundesverfassung hinarbeitenden Geheimbund umgewandelt hatte. Die germanischen Burschenschaften ziehen schon zu Anfang 1832 die Auflösung ihrer Verbindungen und ein Zusammengehen mit gleichgesinnten Korps und dem liberalen Bürgertum in Betracht. Auf dem Stuttgarter Burschentag vom 26. und 27. Dezember 1832 geschah dann der letzte Schritt auf der abschüssigen Bahn. Man beschloß, da angeblich die Ideen der Revolution in der Majorität des Volkes Anklang gefunden, Vereinigung mit dem Vaterlandsverein und kräftige Unterstützung seines revolutionären Wirkens. Den Burschenschaften wird es anheimgestellt, sich aus Studentenverbindungen zu politischen, auch Nichtstudenten umfassenden Klubs umzugestalten. Das Mißlingen des Frankfurter Wachensturms vom 5. April 1833, bei dem etwa 30—40 Burschenschafter die Hauptstärke der Sturmtruppe bildeten, zeigte nur zu rasch, über welch lächerlich geringe Mittel die Frankfurter Rädelsführer (unter ihnen auch die Burschenschaftsphilister Bunsen und

Körner) verfügten, und wie gewissenlos man den Berserkerwagemut der jungen Burschenschafter mißbraucht hatte.[1]) Die nun einsetzenden erneuten Demagogenverfolgungen und Strafurteile von maßloser Härte haben dem studentischen Verschwörertum allenthalben ein rasches Ende gemacht. Da und dort glimmte allerdings revolutionärer Geist noch unter der Asche fort, wie in der Greifswalder, zum Teil aus Nichtstudenten bestehenden „Gesellschaft der Volksfreunde", der Fortsetzung der dortigen Burschenschaft, und der 1834 in Gießen nach Straßburger Vorbild von Georg Büchner begründeten „Gesellschaft der Menschenrechte", denen sich neben burschenschaftlichen Elementen auch Handwerker anschlossen.

Bei den Gießener Geheimbündlern zeigt sich bereits ein bedeutsamer sozialistischer Einschlag. Auch die nach der Schweiz geflüchteten zahlreichen Burschenschafter unterliegen in den Geheimbünden, in die sie dort verstrickt werden, starken kommunistischen Einflüssen.[2]) Dies gilt namentlich von dem als Zweig von Mazzinis „Jungem Europa" gegründeten, zeitweilig ganz unter burschenschaftlicher Leitung stehenden „Jungen Deutschland". Als Führer treten aus diesem Kreise besonders hervor der Bonner und Gießener Burschenschafter Eduard Scriba, ein Jünger Weidigs und Verfasser einer kommunistischen Brandschrift vom Jahre 1834, der alte Göttinger Burschenschafter Fein, der in der deutschen Arbeiterbewegung in der Schweiz eine bedeutsame Rolle spielte, ferner Jakob Venedey, früher alter Burschenschafter in Bonn und Heidelberg, das zeitweilige Haupt des in Paris gegründeten „Bundes der Geächteten", der in seiner Zeitschrift „Der Geächtete", der gesamten bisherigen Gesellschaftsordnung den Krieg erklärte, endlich Karl Schapper, einst Gießener Burschenschafter und Teilnehmer am Frankfurter Attentat, der als freiwilliger Proletarier in der Folge im „Bunde der Gerechten" und im „Kommunistenbunde" eine führende Stellung einnahm und als Mitunterzeichner des Kommunistischen Manifests von 1848 neben Marx und

---

[1]) Ed. Dietz, Das Frankfurter Attentat (Heidelb. 1906); Leininger u. Haupt, Quellen V 133 ff.: F. Ullmer, ebenda (im Druck); G. H. Schneider, Der Preß- oder Vaterlandsverein 1832/33 (Veröffentlichungen des Archivs f. d. Deutsche Burschenschaft, IV (Berlin 1897).

[2]) H. Schmidt, Die Deutschen Flüchtlinge in der Schweiz (Zürich 1899); O. Wiltberger, Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg (Berlin u. Leipzig 1910); A. Stern, Quellen III 228 ff.; Oppermann, Quellen I 240 ff.; F. Mehring, Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie I[5] S. 96 ff., 328 ff.; G. Adler, Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland (Breslau 1885); L. F. Ilse, Geschichte der politischen Untersuchungen (Frankfurt 1860); Hessische Biographien, hgb. von H. Haupt, Bd. 1 (Darmstadt 1912—18), (darin die Lebensbilder von E. Scriba, H. Wiener und der Brüder Soldan und Gladbach).

Engels einer der Mitbegründer des modernen internationalen Kommunismus geworden ist. Es gehört zur tiefsten Tragik unserer politischen Entwicklung, daß solche bedeutenden Köpfe und mit ihnen Hunderte von Burschenschaftern, die vor den Demagogenrichtern ins Ausland flüchteten, nicht unter der Zucht des burschenschaftlichen Bundes ausreifen durften, daß sie, statt sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, in fremdem Lande in irrlichternder Geheimbündelei oder als Teilnehmer an den Freiheitskämpfen der Griechen, Polen, Italiener, Texaner ihre Kraft verzettelten oder auf dem Boden der neuen Welt dem Angelsachsentum als wertvoller Völkerdünger dienen mußten.

* * *

Unter den Einwirkungen des brutalen Vorgehens der 1833 eingesetzten Bundeszentralbehörde und der Beschlüsse der Wiener Ministerkonferenzen von 1834, die in erster Linie den Liberalismus und den süddeutschen Konstitutionalismus treffen sollten, legte sich auf das geistige Leben, besonders an den Universitäten, ein Druck von bleierner Schwere. Nicht nur die germanischen Burschenschaften, sondern auch die an Zahl weit stärkeren politisch durchaus unverdächtigen arminischen Verbindungen lösten sich an allen Hochschulen auf; vieler Orten wurde damit die burschenschaftliche Tradition dauernd zerrissen. Aber auch dort, wo man sich, wie in Jena, Erlangen, Tübingen, im Laufe der dreißiger Jahre wieder in losen burschenschaftlichen Kreisen dauernd zusammenhielt, war eine irgendwie regere politische Ausbildung und Betätigung ausgeschlossen. „Unzählige zerbrochene Herzen," so kennzeichnet ein alter Burschenschafter, F. von Florencourt, die Lage am Ende der dreißiger Jahre, „erstarrte Gemüter, verdorbene Charaktere, verfehlte Bestimmungen, erstarrte, in ihrer Entwicklung gehemmte Bestrebungen bildeten damals die Bevölkerung unseres Vaterlandes — nicht einer, der nicht mehr oder weniger bewußt gehemmt worden wäre, der nicht Schaden genommen an seiner Seele".[1]) Bei der Eigenart der studentischen Psyche war das Bestreben, durch solchen maßlosen Druck die jungen Burschenschafter zu den Anschauungen des Metternichschen Systems zu bekehren, von vornherein aussichtslos. Die Gedanken des französischen Liberalismus, der weltbürgerlich gerichteten Demokratie und des zersetzenden philosophischen und religiösen Rationalismus gewannen in ihrem Kreise einen mehr und mehr beherrschenden Einfluß, leider auf Kosten der völkisch-religiösen Ideale der romantischen Frühzeit der Burschenschaft — eine Entwicklung, die auch durch die Entstehung von selbständigen Verbindungen christlich-germanischer

[1]) Blätter für literarische Unterhaltung (1843) Nr. 25.

Richtung, wie der „christlichen Burschenschaft“ Uttenruthia in Erlangen (1830) und der späteren Schwarzburg-Verbindungen, des Tübinger „Roigel“ (1831), des Wingolf-Verbandes (1840 ff.) und der katholischen Studentenverbindungen (seit 1844) gefördert worden ist. Zu der Bedrohung des inneren Wesens der Burschenschaft durch den politischen und philosophisch-religiösen Radikalismus gesellte sich vom Ende der dreißiger Jahre ab noch die äußere Gefahr der Sprengung der geschichtlichen Formen des studentischen Gemeinschaftslebens durch die sog. „Progreßbewegung“. Sie übertrug die politischen Forderungen der Freiheit und Gleichheit mit leidenschaftlichem Ungestüm auf die akademischen Verhältnisse, bekämpfte das studentische Mensurwesen, die akademische Gerichtsbarkeit, aber auch alle Eigentümlichkeiten des studentischen Lebens und strebte darnach, alle zwischen Bürger und Akademiker bestehenden Unterschiede zu beseitigen. Die Einzelverbindungen mit ihren Farben, Abzeichen und Sonderverfassungen sollten verschwinden und alle Angehörigen der Hochschule in einer ganz lose verbundenen Allgemeinheit, die dem einzelnen ein möglichst geringes Maß von Pflichten auferlegte, zusammengefaßt werden. Auch für die materialistische und freidenkerische Weltanschauung wurde in den politisch radikal gerichteten progressistischen Kreisen eifrig geworben.

Die Berührungspunkte einzelner Forderungen des Progresses mit dem Programm der Urburschenschaft, namentlich aber ihres arminischen Zweiges, haben zur Aussaugung der burschenschaftlichen Partei und zur völligen Preisgabe ihrer Eigenart an einer Reihe von Hochschulen geführt. Manche zur Führerschaft berufenen Glieder der Burschenschaft sind ihr während der Progreßbewegung verloren gegangen, ohne bei dem doch wesentlich zersetzenden und verneinenden Charakter des Progresses vaterländische und hochschulpolitische Arbeit von dauerndem Werte leisten zu können. Aber auch da, wo die Burschenschaft noch in mehr oder weniger festen Verbänden zusammenstand, hat sie vielen Orten tiefgehende Einwirkungen des Progreßgeistes nicht abzuwehren vermocht. Bezeichnend für diese Entwicklung, die wir hier nicht im einzelnen verfolgen können, sind die Verhältnisse namentlich in Jena, wo die Burgkeller-Burschenschaft seit 1840 den Forderungen des Progresses ein Zugeständnis nach dem anderen machte, um endlich im Jahre 1845 als „Verbindung auf dem Burgkeller“ auch den burschenschaftlichen Namen und Wahlspruch abzulegen. Der neue Burgkeller beseitigte den Unterschied zwischen engerer und weiterer Verbindung, den Turn- und Duellzwang und das Sittlichkeitsprinzip. Jedem Jenenser Studenten und Dozenten, aber auch Nichtakademikern wurde der Zutritt zu den allgemeinen Verhandlungen gestattet. Auch die Teilnahme an den wissenschaftlichen Kränzchen stellte man in das Belieben des einzelnen, Von geregelter politisch-

vaterländischer Erziehung ist keine Rede mehr.[1]) Als Beispiel einer ganz andersartig verlaufenden Entwicklung ist die des Breslauer burschenschaftlichen Kreises besonders lehrreich.[2]) Bis in die Zeit des Frankfurter Attentats wesentlich arminisch gerichtet und radikalpolitischer Betätigung widerstrebend, war die Breslauer Burschenschaft (seit 1835 nach ihrem Kneipwirt die „Ratschecks" genannt) von inneren Kämpfen in der Folge nicht bewahrt geblieben. An der Spitze der politisch Radikalen finden wir um 1834 den unter dem Namen „Kasematten-Wolff" — wegen seiner erschütternden Schilderung der proletarischen Breslauer Wohnungskasematten — später bekannt gewordenen sozialistischen Führer Wilhelm Wolff, als Haupt der politisch Gemäßigten den Grafen Eduard von Reichenbach. Diese inneren Gegensätze führten mehrfach zu Spaltungen und Absplitterungen und verschärften sich in der Folge durch die verschiedenartige Stellung der Mitglieder zur Literatur des jungen Deutschlands und zur Frage der sexuellen Sittlichkeit. Unter dem Einflusse Ronges, der den Ratschecks angehörte, nahmen manche von ihnen auch an der deutschkatholischen Bewegung führenden Anteil, während durch Wolff für den sozialistischen Gedanken starker Anhang gewonnen wurde. Im Jahre 1842 trat der schon damals durchaus revolutionär gerichtete Ferdinand Lassalle in diesen Kreis, von dem er starke Anregungen erhielt. Die Einrichtung der Kränzchen war damals sehr im Schwang; man unterhielt ein auch mit Tageszeitungen reich ausgestattetes Lesezimmer und debattierte über politische, philosophische und religiöse Fragen. Die Schriften Ludwig Feuerbachs, Hegels, Louis Blancs, Fouriers, George Sands, Venedeys, Herweghs sowie Ruges Hallische Jahrbücher standen im Mittelpunkt des geistigen Interesses. Von Lassalle, der bald das Orakel seiner Verbindungsbrüder wurde, wissen wir, daß er ihnen bis tief in die Nacht hinein Vorträge hielt, auch für das allwöchentlich für die Kränzchen herausgegebene „Journal für moderne Philosophie" Beiträge lieferte. Auch durch Graf Eduard von Reichenbach, der sich inzwischen zum entschiedenen Republikaner weiter entwickelt hatte und

---

[1]) H. Zeiß, Geschichte der alten Jenaischen Burschenschaft usw. (Jena 1903); G. H. Schneider, Die Burschenschaft Germania zu Jena (Jena 1897); (W. Liebenam), Festschrift zum 50jähr. Stiftungsfest der Burschenschaft Teutonia zu Jena (Jena 1895); F. Schulze u. P. Sstymank, Das deutsche Studententum (Leipzig 1910), S. 216.

[2]) (Bach), Gründung und Entwicklung der Breslauer Burschenschaft (Breslau 1867); Fr. Mehring, a. a. O. I[5] 329; H. Oncken, Lassalle, 3. Aufl. (Stuttg. u. Berlin 1920), S. 31 ff.; H. Nathan, Aus dem Leben eines Achtundvierzigers (Ed. v. Reichenbach), in der Zeitschr. des Vereins f. Geschichte Schlesiens, Bd. 48 (1914), S. 174 ff.; A. O. v. Terzi, Die Burschenschaft in Deutschlands trübster Zeit, Deutscher Burschenschafter, Jahrg. 29 (1919), S. 74 f.; A. Methner u. G. Lustig, Geschichte des Korps Borussia zu Breslau (Breslau 1919), S. 133 ff.

enge Beziehungen zu den Ratschecks unterhielt, wurden diese in radikalem Sinne beeinflußt. Schon vor 1848 hatte man mit kommunistischen Gesellenvereinen Verbindungen angeknüpft, und als dann der Sturm der Revolution losbrach, haben die Ratschecks an den Adressenstürmen, Arbeiter- und Volksversammlungen und der Bildung von Freikorps begeisterten Anteil genommen.

* * *

Das Jahr 1848 sollte der Höhe- und Wendepunkt der Progreßbewegung werden. Die meisten Burschenschaften und neuen Landsmannschaften, aber auch manche Korps waren inzwischen in den Gedankenkreis des Progresses gezwungen worden. So mochte es kaum mehr zweifelhaft erscheinen, daß der Sturmlauf zur Beseitigung der in der verhaßten Romantik wurzelnden Gebilde und Einrichtungen des akademischen Gemeinschaftslebens jetzt zum Siege auf der ganzen Linie führen werde. Wie wuchtig die Stoßkraft der Bewegung war, zeigt unter anderen die Tatsache, daß in Jena die 1845 in schärfstem Gegensatze zum Progreß begründete Teutonia im März 1848 durch politische Zwistigkeiten gesprengt wurde und sich in ihrer Mehrheit, wenn auch nur vorübergehend, dem Burgkeller anschloß. Auch in der Germania setzte sich im Sommer 1848 die progressistische Richtung durch; ihre Verfassung von 1849 legte dann auch das demokratisch-republikanische Prinzip für die politische Ausbildung fest. Wie hemmungslos die Jenenser burschenschaftliche Jugend den Impulsen des Augenblicks sich hingab, zeigt die Tatsache, daß man auf die Nachricht von der Pariser Februar-Revolution am 2. März 1848 die französischen Farben vom Burgkeller wehen ließ und unter Vorantragung einer blau-weiß-roten Fahne mit der Inschrift „vive la république" und unter dem Gesange der Marseillaise einen Umzug durch die Stadt unternahm, der in ein mit der Bürgerschaft zusammen auf dem Marktplatz gefeiertes Bankett ausklang. Am 11. März machte sich dann eine Schar von Studenten, meist Burgkelleranern, nach Weimar auf, verstärkte sich unterwegs durch bäuerlichen Zuzug auf 5—6000 Mann und erzwang die Ernennung des radikalen Advokaten v. Wydenbrugk, eines alten Burgkelleraners, zum Minister. Wie in Jena, so bildete sich auch in Heidelberg eine Studentenwehr aus allen Verbindungen, die im Frühjahr 1848 einen Gewalthaufen Odenwälder Bauern, die mit der Absicht des Plünderns in die Stadt eindrangen, entwaffnen halfen. Ein Jahr später aber traten in Heidelberg Progressisten und Burschenschafter in großer Zahl für die gewaltsame Durchführung der Reichsverfassung ein. Gar mancher von ihnen ist als Opfer des badisch-pfälzischen Aufstandes gefallen, während viele andere ins Ausland

flüchten mußten.[1]) In Kiel wurde durch den Kampf gegen die dänischen Unterdrücker eine Einheitsfront der studentischen Parteien geschaffen. Auf dem Schlachtfelde von Bau haben progressistische und konservative Burschenschafter 1848 Seite an Seite für die Heimat gekämpft und geblutet, wie später auch im Jahr 1864 die weitesten Kreise der Burschenschaft für die Teilnahme am Kampfe für die Befreiung der Elbherzogtümer bereitstanden. An der Berliner revolutionären Bewegung finden wir die dortigen burschenschaftlichen Kreise lebhaft beteiligt, aber in zwei feindliche Lager geteilt. Eine bedeutungsvolle Rolle spielte damals der in Berlin studierende alte Königsberger Hochheimer, Erlanger Bubenreuther und Heidelberger Wallhaller Karl Ludw. Agidi als Führer der gemäßigten konstitutionellen Partei der Studentenschaft. Durch seine Unerschrockenheit und glänzende Beredsamkeit hat er weite Kreise der Studentenschaft von der Teilnahme an der aufständischen Bewegung zurückgehalten. Aber auch als Haupt der radikalen Studentenpartei und als ihren Führer im Straßenkampfe vom 18. März finden wir einen Burschenschafter, den Schweizer Joh. Georg von Salis, der am 12. Juli 1848 seine Anhänger in der radikal gerichteten Berliner Burschenschaft Teutonia sammelte. Ihre Verfassung stellte das demokratische Prinzip und den Kampf gegen die „mittelalterlich-romantischen Institutionen" an die Spitze. Auch auf der studentischen Wartburgtagung vom Juni 1848 standen jene beiden Berliner Burschenschafter als Führer der konservativen und radikalen Partei einander gegenüber, wie denn auch die nach Eisenach entsandten burschenschaftlichen Vertreter sich auf die durch studentische und politische Gegensätze getrennten Parteien der Linken und Rechten verteilten. Auf der Seite der Rechten fanden Bubenreuther, Jenenser Germanen und Teutonen, Leipziger Germanen und Heidelberger Franken sich mit den konservativen Korps, dem Wingolf und den Uttenreuthern zusammen, während die Linke die progressistischen Burschenschaften, Korps und Landsmannschaften, die sonstigen Progreßverbindungen, die Wiener Vertreter und die Masse der Finkenschaft vereinigte. Auf die Verhandlungen der Wartburgtagung näher einzugehen, muß ich mir versagen. Hier nur so viel, daß es Agidis Schneidigkeit unter anderem gelang, auf eine von ihm beantragte streng konstitutionelle Adresse an die Nationalversammlung Hunderte von Stimmen zu vereinigen, weit mehr, als die republikanische Linke

[1]) Über Jena und Heidelberg vgl. die in Anm. 1, S. 40, genannten Schriften und E. Dietz, Die deutsche Burschenschaft in Heidelberg (Heidelb. 1895), über Berlin vgl. P. Börner, Erinnerungen eines Revolutionärs, Bd. 1 u. 2 (Leipzig 1920), M. Lenz, Geschichte der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, Bd. II 2 (Halle 1918) und Wendland. Bursch. Blätter, W.-S. 1897/98, S. 81 ff.

für ihre an Hecker gerichtete Adresse aufzubringen vermochte.[1]) Wie im Eisenacher Studentenparlamente, so haben ja bekanntlich auch in der Frankfurter Nationalversammlung die überaus zahlreichen, aus der Schule der Burschenschaft hervorgegangenen Mitglieder den Ton angegeben, so daß man diese Versammlung nicht mit Unrecht ein Burschenschafterparlament genannt hat. Allerdings haben auch hier die alten Burschenschafter, auf die verschiedensten Parteien verteilt und sich gegenseitig in glänzenden, aber unfruchtbaren Redekämpfen mattsetzend, realpolitische Arbeit von bleibendem Werte nicht zu leisten vermocht. Und doch wird es dem starken burschenschaftlichen Einschlage der Paulskirche und den Tausenden von alten Burschenschaftern, die sich in der vormärzlichen Zeit dem Dienste für die Freiheit und Einheit des Vaterlandes gelobt hatten zu danken sein, wenn durch die Beschlüsse der Paulskirche unserem Volke die altburschenschaftlichen Ideale: Volkseinheit unter einem starken Erbkaisertum und Selbstbestimmung durch einen aus freiem Wahlrecht hervorgegangenen deutschen Reichstag für alle Folgezeit als unverrückbare politische Hochziele vor Augen gestellt worden sind.[2])

* * *

Die grausame Enttäuschung, die der klägliche Ausgang der Volkserhebung von 1848/49 zur Folge hatte, hat weite Volksschichten zu völliger Abkehr vom politischen Idealismus bestimmt und vielfach materialistischen Auffassungen zugeführt. Auch auf die akademische Entwicklung hat die allgemeine Ernüchterung ihre Wirkung nicht verfehlt. Die große Masse der Studentenschaft zieht sich mutlos und verbittert von der Beschäftigung mit den politischen Problemen zurück; die Äußerlichkeiten des Verbindungswesens schieben sich wieder aufdringlich in den Vordergrund, und die demokratisch-progressistische Bewegung, die noch eben sich vermessen hatte, die Überlieferungen des akademischen Gemeinschaftslebens aus den Angeln zu heben, sieht sich bald auf einem toten Gleise. In dem unpolitisch gewordenen studentischen Kreise aber gelangen die von den staatlichen Behörden patronisierten Korps um so ungehinderter zu einer beherrschenden Stellung, als die burschenschaftlichen Verbindungen nach wie vor in der alten Zersplitterung verharren, dazu als Vertreterinnen des nun

[1]) G. H. Schneider, a. a. O. S. 288 ff.; Schulze u. Slymank, a. a. O. S. 222 ff.; (H. Wiegand), Geschichte der Erlanger Burschenschaft (1883), II 47 ff, 138 ff.

[2]) Vgl. H. Böttger, Handbuch für den deutschen Burschenschafter (Berlin 1912), S. 176 ff.; E. Dietz, Deutsche Burschenschafter in der Paulskirche, Bursch. Blätter 9. Jahrg., W.-S. 1894/95, S. 97, 129, 161; E. Haasler, Jahrbuch der deutschen Burschenschaft, 3. Jahrg. (1905), S. 139 ff.

abermals verfemten deutschen Einheitsgedankens dem äußersten Mißtrauen der reaktionären Regierungen, auch wiederholter scharfer Verfolgung ausgesetzt sind. Der 1850 von 19 progressistischen Burschenschaften und Verbindungen begründete „Allgemeine deutsche Burschenbund" löste sich schon nach zweijährigem Bestande wieder auf. Er hatte von seinen Gliedern „Streben nach politisch-vaterländischer Ausbildung", aber ohne praktisch-politische Tätigkeit gefordert. Eine mächtige Anregung des vaterländischen Gedankens und der Einheitsbewegung brachten die Schillerfeiern des Jahres 1859, unter deren Nachwirkungen in Breslau, Berlin, Leipzig und Würzburg neue burschenschaftliche Verbindungen erstehen. In dieser Zeit wird in dem Kampf- und Familienblatt der bürgerlichen Demokratie, der Gartenlaube, von deren Verleger Ernst Keil in Gemeinschaft mit seinen beiden Brüdern Robert und Richard Keil sowie dem langjährigen Herausgeber der Gartenlaube, dem alten Burgkelleraner Friedrich Hofmann, der Geschichte der Burschenschaft und dem Gedächtnis ihrer großen Führer und Märtyrer liebevolle Pflege gewidmet und damit der Verbreitung des burschenschaftlichen Gedankens in weite Volksschichten der Weg bereitet.[1]) Gleichzeitig hatten aber auch jene demokratischen Auffassungen, die vom Beginn der sechziger Jahre ab sich wieder hoffnungsvoll auf ein geeinigtes Deutschland unter freiheitlicher Verfassung richteten, weitreichenden Einfluß auf die burschenschaftlichen Kreise gewonnen.

Im besonderen Maße gilt dies von dem um 1855 entstandenen germanistischen oder norddeutschen Kartell.[2]) Zur Zeit seiner größten Ausdehnung (um 1861) umfaßte es gegen 9, meist nord- und mitteldeutsche Burschenschaften, in denen zum Teil Gedanken der Progreßzeit noch länger fortlebten. Das Kartell bezeichnete sich 1860 als einen Bund deutsch-demokratischer Burschenschaften, dessen Aufgabe es sei, unter seinen Mitgliedern die Überzeugung von der Notwendigkeit der politischen Einigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage durch allmähliche Erweiterung der Volksrechte zu verbreiten und sie zu befähigen, im späteren Leben für jene Einigung tätig zu sein. Auch auf eine demokratische Reform des Universitätswesens, namentlich auf Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit sollte hingearbeitet werden. Die Stellung zur Frage der Satisfaktion, ob bedingter oder unbedingter, überließ man der einzelnen Burschenschaft, nahm aber zum Mensurwesen, besonders zur

[1]) B. Rost, Friedrich Hofmann (Ilmenau 1913); K. Feißkohl, Ernst Keils publizistische Wirksamkeit (Stuttg. 1914).

[2]) Vgl. W. Hoffmann, Geschichte des norddeutschen Kartells, Bursch. Blätter 13. Jahrg., W.-S. 1903/04, S. 97 ff.; H. Schneider, Festschrift zum 50jähr. Stiftungsfest der Gießener Burschenschaft Germania (1901).

Bestimmungsmensur, im ganzen eine ablehnende Haltung ein. Die politische Erziehung wurde von den Kartellburschenschaften nach einheitlichem Plane durch Pflege der wissenschaftlich-politischen Kränzchen und Austausch von deren Niederschriften eifrig gefördert. Auch gründete das Kartell die „Akademische Zeitung", die von 1861—1866 unter der Leitung des Jenenser Germanen Dr. Bartholomäi erschien und in wirksamer Weise für die burschenschaftliche Sache eintrat. Nach Gründung des Nationalvereins (1859) wurde allen Angehörigen der Kartellburschenschaften die Erwerbung der Mitgliedschaft zur Pflicht gemacht; den Führer der preußischen Fortschrittspartei, Waldeck, ernannte man zum Ehrenmitglied und bedachte ihn mit Adressen. Dagegen stand man den preußischen Konservativen und dem Ministerium Bismarck in scharfer Gegnerschaft gegenüber und machte das Verbleiben in der Burschenschaft von dem Festhalten an den demokratisch-liberalen Grundsätzen abhängig. In religiöser Beziehung traten die germanistischen Burschenschaften gegen den Pietismus und für eine „unbefangene Weltanschauung" ein, worunter man mancher Orten freidenkerische oder materialistische Auffassungen verstand.[1]) Auch darin machte man mit dem demokratischen Gedanken Ernst, daß man enge Fühlung mit den breiten bürgerlichen Kreisen suchte, die Mitglieder zum Eintritt in die bürgerlichen Turner- und Schützenvereine anhielt und an den großen Turner- und Schützenfesten der sechziger Jahre, die in der Geschichte der deutschen Einheitsbewegung eine so bedeutsame Rolle spielen, sich geschlossen beteiligte. Die Burschenschaft von heute befaßt sich mit Recht eifrig mit der Frage, wie ihr Bund eine volkstümlichere Grundlage erhalten und wie er an der Stärkung des vaterländischen Gedankens in den breiten Schichten unseres Volkes wirksam mitarbeiten könne. Sie wird deshalb auch unbefangener und gerechter, als dies noch vor kurzem im burschenschaftlichen Kreise geschah, die nach jener Richtung von den germanistischen Burschenschaften vor einem halben Jahrhundert geleistete vaterländische Arbeit einzuschätzen vermögen. — Der Gang unserer nationalen Entwicklung in den sechziger Jahren hat schließlich die politischen Bestrebungen des norddeutschen Kartells auf Herstellung der „Einheit durch Freiheit" mattgesetzt. Aber schon vorher war es im Kartellverband zu manchen politischen Krisen gekommen. So führten in Gießen 1863 politische Streitigkeiten zum Austritt einer streng demokratisch gerichteten starken Minderheit, der die hohe Blüte der Germania knickte. Verhängnisvoll wurde 1862 der Austritt der von jetzt ab erfolgreich auf Bildung einer burschenschaftlichen

[1]) Über die Propaganda für den Materialismus bei den Ratscheds um 1862 vgl. die Allgem. akadem. Zeitung (1862), S. 414.

Mittelpartei hinarbeitenden Jenenser Germania. In ihrer unter der Einwirkung der Revolution von 1848 entstandenen Verfassung hatte sich bisher noch die Verpflichtung auf das „republikanisch-demokratische" Prinzip behauptet. Im Jahre 1862 merzte man das „republikanisch" aus und schied sich gleichzeitig, als die Ratschecks immer stärker auf praktisch-politische Betätigung im demokratisch-republikanischen Sinne hindrängten, auch vom norddeutschen Kartell. Zielbewußt und erfolgreich bemühte sich dieses in der Folge, dem 1863 begründeten Eisenacher Burschenbunde das Gepräge seiner eigenen politischen Richtung aufzudrücken. Während der Entwurf der Jenenser Germania nur ganz allgemein ein „patriotisches Prinzip" als Grundlage des Bundes vorgesehen hatte, entschied man sich auf Antrag des norddeutschen Kartells 1865 für die Forderung einer „von den einzelnen Burschenschaften geregelten Ausbildung ihrer Mitglieder auf politischem Gebiete, durch welche dieselben befähigt werden, dereinst einzutreten für die auf volkstümlicher Basis zu erstrebende Einigung Deutschlands". Eine aktive Beteiligung der einzelnen Burschenschaften an der praktischen Politik sollte hieraus allerdings nicht gefolgert werden. Die Behandlung der weiteren Geschicke des norddeutschen Kartells bis zu seiner wesentlich wegen Meinungsverschiedenheiten über die Genugtuungsfrage erfolgenden Zersetzung und endlichen Auflösung im Jahre 1872 liegt außerhalb der Grenzen dieser Darstellung. Für die spätere burschenschaftliche Entwicklung ist das Drängen des norddeutschen Kartells auf eine fest geordnete politisch-vaterländische Ausbildung der jungen Burschenschaft und die Ablehnung eines Burschenschaftsbundes auf rein waffenstudentischer Grundlage zweifellos von weittragenden Folgen gewesen. Auch durch die Aufnahme technischer und ostmärkischer Burschenschaften hat die germanistische Gruppe wichtige, neue Bahnen weisende Arbeit geleistet. Um so bedauerlicher ist es, daß das norddeutsche Kartell unter dem Einflusse progressistischer Hemmungen durch seine Haltung in der Waffenfrage und durch die Ablehnung eines strengeren Sittlichkeitsprinzips sich selbst den Weg zu einer stärkeren Politisierung des burschenschaftlichen Kreises verbaut hat.

In scharfem Gegensatz zu der progressistischen Richtung des Jenenser Burgkellers hatte sich aus diesem heraus im Februar 1845 die Burschenschaft Teutonia gebildet.[1]). Die trennenden Unterschiede waren im wesentlichen nicht politischer Art. Man wollte Herstellung einer straffen Verbindungszucht, unbedingte Genugtuung, ein strenges Sittlichkeits-

[1]) Für das Folgende vgl. Liebenam a. a. O.; Wiegand a. a. O.; Bursch. Blätter, W.-S. 1889/90, S. 166 ff.; (Mechs), Geschichte der Burschenschaft Germania zu Erlangen (1899); H. Haupt, Quellen, V, Heft 3/4 (1920).

prinzip. Aber auch für die politische Ausbildung durch die burschenschaftlichen Kränzchen und Anlegung einer Verbindungsbücherei wurde Sorge getragen. Die Teutonia sollte ein „schönes, ritterliches, durch burschenschaftliche Ideen geläutertes Studententum" verkörpern. In Erlangen vollzieht sich 1849 eine Loslösung der Germania aus dem Kreise der Bubenreuther, in erster Linie um den Grundsatz der unbedingten Genugtuung schneidiger durchzuführen und ein schlagfertiges Verhältnis mit den Korps herzustellen. Die gleichfalls in scharfem Widerspruch zu den Progreßgedanken 1855 gegründete Kieler Teutonia tritt auf Grund des studentisch-konservativen „Bubenreuther-Programms" von 1856 zunächst in ein Kartell mit der Bubenruthia, schließt sich aber in der Folge dem 1861 begründeten „süddeutschen Kartell" an, während die Bubenruthia mit der Jenenser Arminia 1862 den Grund zur Bildung des sogenannten Roten Kartells legt. Beide Kartelle vertraten von Anfang an, allerdings in verschiedener Ausprägung, in erster Linie studentisch-konservative Bestrebungen. Hinter diesen Zielen wird mit der Zeit bei einem Teil der verbündeten Burschenschaften, wie auch in manchen anderen burschenschaftlichen Kreisen, die politisch-staatsbürgerliche Erziehungsarbeit zurückgestellt. Bei den seit Beginn der sechziger Jahre einsetzenden burschenschaftlichen Einigungsbestrebungen prallen dann die als „altburschenschaftlich" bezeichneten Auffassungen der beiden konservativ gerichteten Kartelle mit denen des norddeutschen Kartells und seiner Anhänger heftig zusammen, wobei durch Einseitigkeit, Schärfe und Mißverstehen von hüben und drüben dauernder Schaden angerichtet wird. Erst in jüngster Zeit hat sich eine Synthese der verschiedenen, auch im Allgemeinen Deputierten-Konvent sich wieder herausbildenden burschenschaftlichen Richtungen zu vollziehen begonnen, für deren jede die Berechtigung ihrer in den Vordergrund gestellten Bestrebungen behauptet und aus der Gedankenwelt der Urburschenschaft abgeleitet werden darf, deren Einseitigkeiten aber manche, für die burschenschaftliche Parteigruppierung unserer Tage schadenbringende Nachwirkungen ausgelöst haben.

Dieser Gegenstand mußte um deswillen hier berührt werden, weil zweifellos die Stellungnahme der im Eisenacher D. C., später im Allgemeinen Deputierten-Konvent geeinten Burschenschaft zu der Regelung der politisch-vaterländischen Ausbildung der jungen Burschenschafter ohne Beachtung jener Kämpfe kaum richtig beurteilt werden kann. Allzulange hatte man sich eben ängstlich gescheut, wohl auch scheuen müssen, in die Rechte der Einzelburschenschaft durch die doch eigentlich selbstverständliche Einfügung von allgemein gültigen Bestimmungen über jene staatsbürgerliche Ausbildung einzugreifen. Wie manches Gute mag durch das Fehlen einer solchen einheitlichen An-

leitung, namentlich im Kreise der einer weiter zurückreichenden Überlieferung entbehrenden jüngeren Burschenschaften versäumt worden sein! Der Verfassung der Deutschen Burschenschaft von 1919 war es vorbehalten, für die vaterländische Ausbildung ihrer Mitglieder erstmalig feste Grundsätze zu schaffen. Gerade für unsere ernsten Tage wertvoll ist die Verfassungsbestimmung, wonach die Einzelburschenschaften gehalten sind, durch besondere Einrichtungen, namentlich durch regelmäßige Abhaltung von politischen und wissenschaftlichen Vorträgen und Anlegung von Büchereien an der staatsbürgerlichen Erziehung ihrer Mitglieder zu arbeiten und sie damit zu befähigen, als Führer ihrer Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Volkes in vorderster Linie mitzuwirken.

Wir kehren zum Ausgang der deutschen Einigungskriege und zur Zeit der Reichsgründung zurück, die die Burschenschaft vor besonders schwierige Aufgaben stellten.[1]) Gerade die Burschenschaften, die es mit der staatsbürgerlichen Schulung ihrer Mitglieder ernst genommen, hatten es nicht leicht, sich auf die neu geschaffene Lage einzustellen; gar manche hatten von dem großdeutschen zum kleindeutschen Gedanken, von der Demokratie zum Reichsgedanken Bismarckscher Prägung umzulernen. Diejenigen Bünde aber, die es bisher an vaterländisch-politischer Betätigung hatten fehlen lassen, sahen sich jetzt, wo die burschenschaftlichen Ideale Wirklichkeit geworden, vor die Frage gestellt, ob ihrer unpolitischen Eigenart nicht passendere Zukunftsmöglichkeiten in anderen waffenstudentischen Verbänden, besonders beim Kösener S. C. geboten würden. Nur für einige wenige Verbindungen ist jener Augenblick verhängnisvoll geworden. Die Burschenschaft als solche hat jene ernste Krise, die von unerfreulichen Erscheinungen der Verflachung und Veräußerlichung allerdings nicht frei war, ohne ernstere Schädigung zu überwinden vermocht. Aus der 1881 mit der Gründung des Allgemeinen Deputierten-Konvents vollzogenen endgültigen Einigung hat sie nachhaltige neue Kraft geschöpft.[2]) Im Anschluß an die Überlieferung der Urburschenschaft

[1]) Vgl. für das Folgende H. Böttger, Handbuch für den Deutschen Burschenschafter (Berlin 1912), S. 209 ff.

[2]) Auf die durch den alten Bonner Franken Konr. Küster 1883 ins Leben gerufene reformburschenschaftliche Bewegung kann mit Rücksicht auf den knappen Raum hier nicht eingegangen werden. Für den hier behandelten Gegenstand kommt diese auch kaum in Betracht, da sich der Sturmlauf Küsters und seiner Anhänger hauptsächlich gegen die Auswüchse des Mensurwesens und ähnlicher Schäden des inneren Lebens der Burschenschaft richtete. Der mangelnde nationale Einschlag der Bewegung bekundete sich nur zu bald in dem starken Überhandnehmen fremdstämmiger Mitglieder im A. D. B. und in dessen engen Beziehungen zum Freistudententum, die den Bund in der Folge zersetzenden Gedanken verschiedenster Art, wie sie aus der

wurde ihre deutsch-völkische Eigenart durch die in der Folge festgelegte Beschränkung der Aufnahme auf Angehörige deutschen Stammes wieder schärfer ausgeprägt.

Eine besondere Gunst des Schicksals hat die Burschenschaft in jenen entscheidungsvollen Jahren einen geistigen Führer von ungewöhnlicher Begabung und von hingebender Begeisterung in dem leider allzufrüh dahingegangenen Jenenser Germanen Gustav Heinrich Schneider († 1909) finden lassen.[1]) Der gesamten burschenschaftlichen Entwicklung in den beiden letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts ist der Stempel seines Geistes aufgedrückt. Schon an der Ausarbeitung der turmhoch über den bisherigen Einigungsformeln stehenden Grundsätze der Verfassung des A. D. C. hat er als junger Student führenden Anteil genommen, ebenso an den Vorbereitungen für die Schaffung einer burschenschaftlichen Verbandszeitschrift, ohne die ja eine gedeihliche Entwicklung des Bundes nicht denkbar war. Am 1. Januar 1887 konnte die erste Nummer der „Burschenschaftlichen Blätter" erscheinen, die Schneider während der zwölf Jahre seiner Schriftleitung zum Brennpunkt eines gesunden, lebhaft pulsierenden inneren Lebens der Burschenschaft zu gestalten wußte. Was uns hier zunächst berührt, ist die treue politisch-vaterländische Erziehungsarbeit, die von der neuen Zeitschrift geleistet wurde. Namentlich durch den verständnisvoll geleiteten Austausch und Ausgleich der vielfach noch recht ungeklärt durcheinander wogenden Auffassungen des damaligen burschenschaftlichen Kreises haben die „Blätter" sich um dessen geistige Festigung auf vaterländischer Grundlage hoch verdient gemacht. Wenigstens mit einem Worte muß auf Schneiders bahnbrechende Forschungen über die Geschichte der Burschenschaft und auf seine Bemühungen um die Schaffung einer Sammelstelle für burschenschaftlich-studentische Literatur und Quellenwerke hingewiesen werden, Bestrebungen, an die die Arbeiten der burschenschaftlichen historischen Kommission unmittelbar anknüpfen konnten. Eine für die politische Schulung der burschenschaftlichen Jugend höchst bedeutungsvolle Leistung ist auch Schneiders in verschiedenen Auflagen herausgekommenes, von H. Böttger später umgearbeitetes „Handbuch für den deutschen Burschenschafter", in dem er die in den „Burschenschaftlichen Blättern" von ihm und seinen Mitarbeitern gewonnenen Forschungsergebnisse zu einer ganz neue Auffassungen bietenden Gesamtdarstellung der burschenschaftlichen Geschichte zusammenfaßte, zugleich aber auch auf die Gegenwarts-

Progreßzeit in die Gegenwart noch herüber wirken, zugänglich gemacht haben. Die neuere Entwicklung läßt aber hoffen, daß jene Verbindungen sich mit der Zeit wieder auf den Boden wahrhaft burschenschaftlicher Auffassungen zurückfinden werden.

[1]) Vgl. Bursch. Blätter, S.-S. 1898, S. 1 ff., W.S. 1908/09, S. 180 ff.

und Zukunftsaufgaben unseres Bundes hinwies. Von Jahr zu Jahr hat die Burschenschaft durch Schneider neue Anregungen zur Vertiefung und Verinnerlichung des burschenschaftlichen Lebens erhalten, die zumeist auf fruchtbaren Boden fielen. In einer besonderen Denkschrift faßte er im Jahre 1893 seine Gedanken über die dringendsten Fragen der burschenschaftlich-vaterländischen Erziehung zusammen, deren Rückgrat der von ihm aufgestellte neue Leitplan der „Burschenschaftlichen Blätter" bilden sollte.[1]) In den Vordergrund stellt er die Rüstung des jungen Burschenschafters für den Kampf gegen alle Bestrebungen, die sich im Reiche gegen dessen Einheit und Sicherheit richten, besonders gegen die sozialistischen Umsturzideen; ferner die Verteidigung deutschen Volkstums im Auslande, besonders in Österreich; engeren geistigen Anschluß an die niederländisch-flämischen und skandinavischen Stammesgenossen; Befehdung alles Undeutschen, aber auch des Materialismus und Naturalismus im Volksleben, in Sprache, Kunst und Schrifttum; Streben nach Wiedererlangung der alten Volkstümlichkeit der Burschenschaft durch Vereinfachung des Stils des Verbindungslebens und durch enge Fühlungnahme mit den Regungen der deutschen Volksseele. In den einzelnen Bünden wie in den Alten-Herren-Kreisen haben Schneiders temperamentvolle, von einem hochgespannten Idealismus getragene Ausführungen starken Eindruck gemacht. An scharfem Widerspruch seitens bedächtig und konservativ Gestimmter hat es, wie zu erwarten war, nicht gefehlt. Doch erklärte sich der Burschentag von 1894 auf Antrag des Roten Verbandes mit Schneiders Leitsätzen mit einigen Einschränkungen für einverstanden. Zu einer einheitlichen Ordnung des vaterländisch-politischen Kränzchenwesens hat man sich allerdings aus den oben angedeuteten Rücksichten damals noch nicht entschließen können.

Die „Burschenschaftlichen Blätter" haben auch unter der neuen Schriftleitung, wie dankbar anerkannt werden muß, den vaterländischen Gedanken weiterhin verständnisvoll gepflegt und um die Erweiterung des politischen Gesichtskreises ihrer Leser wie um die zweckmäßige Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Erziehungswesens der Burschenschaft sich bemüht. Dem zeitweilig zum „Jahrbuch" gestalteten, von H. Böttger fortgeführten Handbuch für den deutschen Burschenschafter ist von einer Auflage zur anderen gerade nach dieser Seite reicher und wertvoller neuer Stoff zugeführt worden. — Als zweckvolles Hilfsmittel für die Kränzchen trat dem Handbuch und den „Blättern" seit 1900 die „Burschenschaftliche Bücherei" zur Seite, in deren

[1]) Bursch. Blätter, B.-S. 1893, Nr. 12; G. H. Schneider, Handbuch für den deutschen Burschenschafter, 4. Ausg. (Berlin 1897), S. 207 ff.; H. Haupt, Bursch. Blätter, B.-S. 1894/95, S. 199 ff.

Broschüren kultur- und wirtschaftsgeschichtliche, studentenpolitische und völkische Fragen in leichtfaßlicher Weise behandelt wurden.

Von Bedeutung für die politische Erziehungsarbeit der Burschenschaft wurden auch die Einrichtungen und Veröffentlichungen der 1909 ins Leben gerufenen Burschenschaftlichen historischen Kommission, einer Schöpfung, wie sie kein anderer akademischer Verband besitzt, und die von manchem außenstehenden Betrachter als ein bedeutsames Zeugnis für den in der Burschenschaft gepflegten Geist des Idealismus bezeichnet worden ist. Die von ihr herausgegebenen „Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung" (bisher erschienen 6 Bände, 1910—1920) deuten schon in ihrem Titel auf die untrennbare Verbindung zwischen der burschenschaftlichen Geschichte und der politischen Entwicklung unseres Vaterlandes hin. Wir dürfen hoffen, daß die Aufhellung der deutschen Einheitsgeschichte und des bedeutsamen Anteils, den die Burschenschaft an ihr genommen, auch als die beste Lehrmeisterin für die vaterländische Zukunftsarbeit der Burschenschaft sich erweisen wird. Die Zeiten des Niedergangs im Verlaufe der burschenschaftlichen Entwicklung, an denen es nicht gefehlt hat, kennzeichnen sich ja durchgehends dadurch, daß man jeweils den Zusammenhang mit der burschenschaftlichen Vergangenheit verloren hatte. Die Tiefpunkte einer solchen absteigenden Entwicklung wurden erreicht, wenn man urteilslos Strömungen des Tages sich hingab, wenn man, sei es durch unüberlegtes, progressistisches Reformertum, sei es durch Verflachung und Veräußerlichung des Verbindungslebens, dem eigensten Wesen sich entfremden ließ. So dürfen wir darauf vertrauen, daß die Stärkung des historischen Sinns unter den jungen Burschenschaftern, zumal in dieser Zeit des historisch-politischen Herostratentums, zugleich auch eine Stärkung der inneren Kraft unseres Bundes für seine Beteiligung an der Arbeit des vaterländischen Wiederaufbaues bedeuten wird.

Für die Zukunft verheißungsvoll ist auch die wachsende Anteilnahme, die die Alten Herren der Burschenschaft der inneren Entwicklung in den letztvergangenen Jahrzehnten entgegenbrachten. Der 1890 auf Betreiben von Theobald Fischer ins Leben gerufene Gesamtverband der Vereinigungen alter Burschenschafter hat mit der Zeit ganz Deutschland mit einem Netz von Ortsgruppen überzogen, auch die Burschenschafter im Ausland in örtlichen Vereinigungen gesammelt. Seit dem Jahre 1919 hat der Gesamtverband die Alten-Herren-Vereinigungen der drei früheren burschenschaftlichen Verbände in sich aufgenommen. Der Gedankenaustausch zwischen den Alten Herrn der Bünde der verschiedensten Richtungen, namentlich auch zwischen den früheren Angehörigen der Universitätsburschenschaften und der-

jenigen der Technischen Hochschulen, hat ungemein befruchtend und ausgleichend gewirkt. Der Gesamtverband hat durch seinen Vorort (1901 München, 1907 Dortmund, 1910 Magdeburg, seit 1918 Kassel) auch in steigendem Maße an dem Ausbau des inneren Lebens der Burschenschaft entscheidenden Anteil genommen. Hauptsächlich dem Einflusse der alten Burschenschafter ist es ja zu danken, daß es in den Jahren 1918/19 zu der allzulange vergeblich erstrebten, für unsere vaterländisch-politische Arbeit so vielversprechenden Verschmelzung der drei burschenschaftlichen Verbände gekommen ist. Aus der Einzelarbeit der Ortsgruppen ist die Veranstaltung gemeinsamer politisch-vaterländischer Vortragsreihen für junge und alte Burschenschafter hervorzuheben. Unmittelbar vor Kriegsbeginn ist auch mit Erfolg versucht worden, solchen Veranstaltungen unter Einbeziehung der benachbarten Universitäten einen weiter gespannten Rahmen zu geben, wie dies 1914 durch die in Essen für die rheinisch-westfälischen alten und jungen Burschenschafter veranstaltete Vortragsreihe ins Werk gesetzt worden ist. Hier ist wohl ein entwicklungsfähiger Keim für Unternehmungen vorhanden, die in der Linie der in Vorschlag gebrachten Gaueinteilung der Burschenschaft liegen und geeignet sind, landschaftlich zusammengehörende burschenschaftliche Kreise in dauerndem lebendigen Gedankenaustausch zu erhalten und zu vaterländisch-politischen Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen.

So mancher anderen vaterländischen Arbeit, die in der letzten Zeit vor dem Weltkriege hoffnungsvoll unternommen worden, ist durch unser nationales Unglück, wenigstens auf absehbare Zeit, Halt geboten worden: so der von der Burschenschaft geförderten Teilnahme an der Jugendpflege und an den Arbeiterbildungskursen, der Unterstützung der kolonialen Bestrebungen, des Alldeutschen Verbands, des Nordmarkenvereins usw. Durch die Einsetzung des vaterländischen Ausschusses ist indessen jetzt eine sachkundig geleitete Mittelstelle für alle gerade jetzt für die Burschenschaft in Betracht kommenden politischen Aufgaben geschaffen worden, die der Burschenschaft ein außerordentlich reiches Feld für ihre Betätigung eröffnet. In der ersten Reihe dieser Aufgaben steht neben der Verteidigung der Westmarken die Förderung des politischen Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich und der Schutz unseres Volkstums gegenüber dem Slawentum im Osten und Südosten. Die brennenden ostmärkischen Fragen hatten uns ja vor dem Kriege bereits beschäftigt. Durch die Unterstützung der Salzburger Hochschulkurse, des Schulvereins, die Gewährung von Stipendien für den Besuch der Prager Hochschule seitens reichsdeutscher Burschenschafter, durch gelegentliche Entsendung von Auswärtigen an ostmärkische Universitäten, hatte man damals

seine vaterländische Pflicht zu erfüllen gesucht. Gestehen wir es uns offen ein, daß weit mehr hätte geschehen müssen, daß manches auch von unserem Bunde versäumt worden ist. Das Dringendste ist jetzt die Niederlegung der trennenden Schranken zwischen uns und den Brüdern in der Ostmark, die Stärkung des großdeutschen Gedankens. An seiner Verwirklichung mitzuarbeiten, wird der deutschen Burschenschaft durch ihre Vergangenheit zur ernsten Pflicht gemacht. Ein erster Schritt dazu ist ja durch die Verschmelzung mit der ostmärkischen Burschenschaft getan worden, dem nun die Herstellung einer engen Geistes- und Arbeitsgemeinschaft zwischen den beiderseitigen Altherrnschaften folgen muß.

Meine Betrachtung des Anteils, den die deutsche Burschenschaft im ersten Jahrhundert ihres Bestehens an der politischen Entwicklung und den völkischen Aufgaben unseres Vaterlands genommen hat, konnte auf den wenigen mir zu Gebote stehenden Seiten den Gegenstand nicht annähernd erschöpfen, nur allgemeine Grundlinien andeuten. Hoffentlich gelang es auch so, den vaterländisch-politischen Charakter unseres Bundes klar herauszuheben. Kein Zweifel, daß die Burschenschaft, die im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens unserem Volke so recht eigentlich die Führerin aus dem Elend der dynastischen Kleinstaaterei zum deutschen Volksstaate gewesen, in ihrer späteren politischen Stellung, zumal seit den dreißiger Jahren, durch die starken Strömungen der öffentlichen Meinung mit fortgerissen, zeitweilig auch von der Verfolgung ihrer ursprünglichen Bahn abgedrängt worden ist. Als letztes Leitziel hat sich aber doch in allem Wechsel der politischen Anschauungen der Gedanke an Kaiser und Reich, an die Herstellung deutscher Einheit auf volkstümlicher Grundlage sieghaft behauptet. Festgehalten hat die Burschenschaft in allen Phasen ihrer politischen Entwicklung auch daran, daß sie die Verantwortlichkeit des einzelnen gegenüber dem Volksganzen zum Eckpfeiler ihres Verbindungslebens gemacht, daß sie die staatsbürgerliche Ausbildung und völkische Erziehung ihrer Mitglieder unter den Begriff einer sittlichen Pflicht gebracht hat. Hierin scheidet sie sich denn auch scharf von dem modernen Waffenstudententum, in dem manche schlecht Unterrichtete die Burschenschaft gerne aufgehen lassen möchten. So wird es denn für die burschenschaftliche Jugend außerordentlich heilsam sein, in die ruhmvolle, aber auch an ernsten Lehren so reiche Geschichte unseres Bundes sich zu versenken, die erste Entfaltung der burschenschaftlichen Idee in einer ähnlichen Zeit der Schmach, wie der von heute, die Triumphe, Martyrien und Verirrungen unserer Vorgänger im Kampfe um ihre vaterländischen Ziele und um die Reinigung des akademischen Lebens von seinen Schäden und Gebrechen innerlich mitzuerleben. In dem Gedanken, daß auch wir nur eine flüchtige

Welle des unaufhaltsam dahinflutenden Stromes der burschenschaftlichen Bewegung sind, wird uns erst so recht das Gefühl der Verantwortung aufgehen, die die Geschichte unseres Bundes, die von der unseres Volkes sich nicht trennen läßt, dem heutigen burschenschaftlichen Geschlechte auferlegt. Mit um so entschlossenerem Mute werden wir dann aber auch an der hohen vaterländischen Aufgabe der Burschenschaft mitarbeiten.

Hochschulfragen und Studentenpolitik.

Von **Edgar Stelzner.**
(Bubenruthia-Erlangen.)

„In den Zeiten der Not haben wir Gottes Willen erkannt und sind ihm gefolgt. An dem, was wir erkannt haben, wollen wir aber auch nun halten, solange ein Tropfen Blut in unseren Adern rinnt; der Geist, der uns hier zusammengeführt, der Geist der Wahrheit und Gerechtigkeit, soll uns leiten durch unser ganzes Leben, daß wir, alle Brüder, alle Söhne eines besseren und desselben Vaterlandes eine eherne Mauer bilden gegen jegliche äußere und innere Feinde dieses Vaterlandes, daß uns in offener Schlacht der brüllende Tod nicht schrecken soll, den heißesten Kampf zu bestehen, wenn der Eroberer droht, daß uns nicht blenden soll der Glanz des Herrscherthrones, zu reden das starke, freie Wort, wenn es Wahrheit und Recht gilt, daß nimmermehr in uns erlösche das Streben nach Erkenntnis der Wahrheit, das Streben nach jeglicher menschlichen und vaterländischen Tugend. Mit solchen Grundsätzen wollen wir einst zurückkehren in das Leben, fest und unverrückt als Ziel vor den Augen das Gemeinwohl, fest und unvertilgbar im Herzen die Liebe zum einigen deutschen Vaterlande." (Riemann auf dem Wartburgfest 1817.)

Das Wartburgfest des Jahres 1817 hatte die Einigung der deutschen Studentenschaft zu einer vaterländischen Gemeinschaft gebracht. Die Form der Einigung ist damals freilich nach wenigen Jahren unter dem Drucke der Reaktion zerschlagen worden, aber der Geist der studentischen und vaterländischen Gemeinschaft hat sich durch Not und Verfolgung, Absonderungen und Irrtümer hindurch in der deutschen Studentenschaft doch bis zum heutigen Tage erhalten. Manche spätere Versuche zur Einigung sind jedoch mißlungen. Im Jahre 1848 spiegelten das Wartburgfest und die Eisenacher Allgemeine Studentenversammlung nur zu sehr die Gegensätze zwischen dem studentischen Progreß und dem studentischen Konservativismus wider und bedeuteten zu wenig eine gerechte Wiedergabe der Stärke der beiden Strömungen, als daß sich eine dauernde Einigung hätte erreichen lassen. Auch die völkische Bewegung zu

Beginn der achtziger Jahre spaltete die deutschen Akademiker in zwei Lager, brachte die deutschbewußte Studentenschaft ohne ihre Schuld in das Gezänke der Parteien und zeigte schließlich, daß die Studentenschaft jener Jahre noch nicht frei war von einseitiger und engherziger Verbindungspolitik. Der dauernde Wert jener Bewegung liegt zweifelsohne nicht darin, daß sie eine Einigung der deutschen Studentenschaft gebracht hat, sondern darin, daß durch sie in den Vereinen deutscher Studenten eine neue wertvolle Form des vaterländischen, völkischen Verbindungsstudententums entstanden ist. Der Studententag zu Eisenach im Jahre 1905 brachte zwar einen Zusammenschluß weiter Kreise der deutschen Studentenschaft zum Verbande deutscher Hochschulen; dieser Zusammenschluß ging darum zugrunde, daß er einerseits die deutsche Studentenschaft einigen, sie aber andrerseits mit einer Gegnerschaft gegen die konfessionellen (katholischen) Verbindungen erfüllen wollte.

Es trat schon während des Bestehens des Hochschulverbandes klar hervor, daß die Voraussetzung eines dauernden Zusammenschlusses der deutschen Studentenschaft nicht nur eine Einigung der großen studentischen Verbände, sondern auch eine Einigung jeder örtlichen Studentenschaft sei. Wer vor dem Kriege an einem Zusammenschluß der Studentenschaft gearbeitet hat, weiß allerdings, wie schwer und wie unmöglich es manchmal war, einzelne studentische Gruppen zu einem Aufgeben ihrer vielfach nur auf engherzige Selbstsucht begründeten Ablehnung aller studentischen Gemeinschaftsarbeit zu bewegen. Erst der Krieg hat das Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Studenten auch dort gestärkt, wo es vorher verneint worden war.

Freilich mußten die Bestrebungen auf Zusammenschluß der gesamten deutschen Studentenschaft während des Krieges eben dadurch ohne Erfüllung bleiben, daß vielfach jene eben angegebene Voraussetzung noch nicht in die Tat hatte umgesetzt werden können. Schuld daran trug weniger das Fehlen des Willens, als das Fehlen der Männer, die im Felde standen und nicht in der Heimat waren. An den Frankfurter Vorbesprechungen am 24./25. Februar 1917 zur Gründung eines Studententages waren aus diesem Grunde nur 6 Studentenschaften vertreten; zwar nahmen auch viele studentische Verbände an der Tagung teil, doch hier wiederum nicht alle, beispielsweise nicht die Deutsche Burschenschaft. Die Frankfurter Besprechung konnte infolgedessen die Bezeichnung „Deutscher Studententag" nicht für sich in Anspruch nehmen, sondern übertrug die Vorbereitungen zur Gründung eines Studententages dem Ausschuß der Studentenschaft der Universität Berlin. Der Berliner Ausschuß berief für den 19./20. Januar 1918 eine Tagung der deutschen Studentenschaft

nach Jena ein; auch auf dieser Tagung konnte es noch zu keiner Einigung kommen, weil auch damals noch Krieg war und weil durch die nicht völlig geschickte Vorbereitungsarbeit des Berliner Ausschusses, welche natürlich auch wieder mit der Kriegszeit zusammenhing, ein gegenseitiges Mißtrauen der einzelnen Richtungen aufgekommen war.

Immerhin kam schließlich eine Einigung dahin zustande, daß nach Kriegsende ein allgemeiner deutscher Studententag abgehalten und die Studentenausschüsse Göttingen, Berlin und Stuttgart mit der Vorbereitung des Studententages beauftragt werden sollten. Die Revolution, der Verlust des Krieges hat die Entwicklung beschleunigt. Die Studenten strömten vom Truppenteil und Lazarett in die Hörsäle zurück. In tiefer Not schlossen sich die Studenten auch an denjenigen Hochschulen zusammen, an denen der Zusammenschluß vor dem Kriege nicht geglückt war; in tiefer Not erfolgte der Zusammenschluß der einzelnen Studentenschaften zur „Deutschen Studentenschaft".

Vom 17. bis 19. Juli 1919 tagte der „Erste allgemeine Studententag deutscher Hochschulen" in Würzburg. Von 23 Universitäten, 10 technischen Hochschulen, 2 tierärztlichen Hochschulen, 3 Bergakademien, 2 Forstakademien, 4 landwirtschaftlichen Hochschulen, 4 Handelshochschulen, 6 Lyzeen, 3 deutschösterreichischen Hochschulen, 3 sonstigen Hochschulen hatten die Studentenschaften Vertreter entsandt. Das Hauptwerk dieses Studententages war, der geeinten deutschen Studentenschaft eine Verfassung zu geben. Die Verfassung wurde vom Studententag einstimmig angenommen, nachdem Kämpfe um einzelne Streitfragen in den Sitzungen des „Verfassungsausschusses" während des Studententages ausgetragen worden waren. Man war sich freilich bereits damals darüber klar, daß die Verfassung, die binnen weniger Tage entstanden war, einer nochmaligen Überprüfung des nächstjährigen ordentlichen Studententages bedürfe.

Diese Überprüfung wird stattfinden und dabei werden manche Punkte der Würzburger Verfassung geändert werden.

Es ist hier nicht Ort und Raum, auf diese Auseinandersetzungen im Würzburger Verfassungsausschuß näher einzugehen; nur das fertige Werk, die Verfassung der Vertretung der deutschen Studentenschaft soll betrachtet und beurteilt werden. Allerdings wird bei dieser Beurteilung manchmal der Standpunkt vertreten werden, der auch im Verfassungsentwurf des Erlanger Studentenausschusses zum Ausdruck gekommen ist.

Die Verfassung versuchte zunächst die deutsche Studentenschaft als eine Organisation in Anlehnung an den Gedanken des

Einheitsstaates darzustellen. „Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes bilden die deutsche Studentenschaft." An die Spitze dieses Studenteneinheitsstaates wurde die Vertretung der deutschen Studentenschaft gestellt. Aber schon hier zeigte sich, daß der ganze Gedanke im Gegensatz zur Wirklichkeit stand, denn die Vertretung der deutschen Studentenschaft wird nach der Würzburger Verfassung gebildet aus der „Gesamtheit der einzelnen Vertretungen der deutschen Studentenschaften aller deutschen Hochschulen". Wenn man nur nach dem Wortlaut der Verfassung gehen wollte, hätte man in Würzburg nicht eine deutsche Studentenschaft, sondern einen Zentralstudentenrat geschaffen, noch dazu ohne eine gegenseitige Abgrenzung der Befugnisse der Gesamtvertretung gegenüber der einzelnen Vertretung. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten wird dieser Fehler allerdings in der neuen Verfassung geheilt sein, welche dem Studententag vom 23. bis 27. Juli in Göttingen vorgelegt werden wird. Es heißt in dem Entwurf der neuen Verfassung: „Die deutsche Studentenschaft besteht aus den Studentenschaften der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes. Diese Studentenschaften setzen sich aus den volleingeschriebenen Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit und denjenigen deutscher Abstammung und Muttersprache zusammen. Sie üben ihre Rechte in der deutschen Studentenschaft durch Organe aus, die aus allgemeinen gleichen Verhältniswahlen hervorgegangen sind."

Es muß bei aller Kritik der Würzburger Verfassung anerkannt werden, daß der großdeutsche Gedanke in ihr Raum gefunden hat. Dies ist nicht leicht gewesen, weil eine starke Strömung nur einen Zusammenschluß der reichsdeutschen Studentenschaften wollte und weil eine andere Gruppe wieder den Reichsdeutschen und sämtlichen Ausländern gleiche Rechte in der deutschen Studentenschaft geben wollte. Irrig ist freilich die Meinung, wie wenn durch die Würzburger Verfassung den studierenden Juden deutscher Staatsangehörigkeit die Gleichberechtigung auf den deutschen Hochschulen hätte entzogen werden sollen. Um deutscher Ehrlichkeit willen muß erklärt werden, daß daran im Würzburger Verfassungsausschuß nicht gedacht worden ist. Die deutsche Studentenschaft wie jede örtliche Studentenschaft braucht zu ihrer Arbeit für Volk und Studentenschaft bestimmte Mittel. Diese Mittel können dauernd und sicher auf keine andere Weise aufgebracht werden, als eben dadurch, daß jede örtliche Studentenschaft Zwangsbeiträge von ihren Mitgliedern erhebt, keine Regierung aber in Deutschland wird zu einer derartigen Zwangsbeitragserhebung ihre Genehmigung erteilen, wenn

nicht eben innerhalb dieser Studentenschaft die staatsbürgerliche Gleichberechtigung gemäß der Weimarer Verfassung gewahrt bleibt. Der außerordentliche Studententag im Mai 1920 in Dresden hat es infolgedessen auch in einem Beschluß (gegen 2 Stimmen bei 20 Enthaltungen) als selbstverständlich erklärt, daß diejenigen jüdischen Studenten, die vor dem Jahre 1914 bereits deutsche Staatsangehörige waren, gleichberechtigt mit den deutschen Studenten sein sollten.

Bezüglich derjenigen, die nach 1914 deutsche Staatsangehörige geworden sind, wurde ein Beschluß nicht gefaßt. Hier handelt es sich nicht nur um eine Judenfrage, sondern vielmehr um eine Ausländerfrage. Es müssen sich gesetzliche Maßnahmen schaffen lassen, durch welche die Naturalisationen, die seit dem Jahre 1914 ausgesprochen sind, geprüft und gegebenen Falles für nichtig erklärt werden. Die Gefahr der Überfremdung ist für unser ganzes Volk nicht nur für die Studentenschaft groß, besonders groß allerdings in Deutschösterreich, wo ein Ausländer durch die einfache Erklärung, Staatsbürger werden zu wollen, die deutschösterreichische Staatsangehörigkeit erwerben kann. Deshalb besteht auch Einstimmigkeit darüber, daß für die Zugehörigkeit zu den deutschen Studentenschaften Deutschösterreichs und der Sudetenländer nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die Volkszugehörigkeit maßgebend sein muß.

Die Würzburger Verfassung bezeichnet als Zweck der Vertretung der deutschen Studentenschaft, „in allen der gesamten deutschen Studentenschaft gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere in Bildungs- und wirtschaftlichen Fragen, Stellung zu nehmen und entsprechende Maßnahmen durchzuführen. Ausgenommen von der Beratung und Beschlußfassung sind Fragen des Glaubensbekenntnisses und der Parteipolitik." Dieser letzten Bestimmung wird man völlig beipflichten können. Es wäre nichts verkehrter, als wenn auch in der Studentenschaft der parteipolitische Hader groß würde, welcher unser Volk zerrissen hat und zerreißt. Umgekehrt läßt der Wortlaut der Würzburger Verfassung der deutschen Studentenschaft die Möglichkeit zu vaterländischer Arbeit. Tatsächlich hat der Würzburger Studententag in seinen Höhepunkten auch warmes und treues vaterländisches Empfinden bewiesen. Es sei an die glänzende Rede Dr. Sonnenscheins über die Wiedererringung der Volkseinheit und die soziale Aufgabe der Studentenschaft dabei erinnert. Aber es genügt für eine Verfassung der deutschen Studentenschaft nicht, die Möglichkeit zu einer vaterländischen Betätigung zu lassen, sondern es muß in der Verfassung der deutschen Studentenschaft klar zum Ausdruck kommen, daß die vaterländische Arbeit die vornehmste

Pflicht der deutschen Studentenschaft ist, eine Arbeit, die nicht in Schlagwörtern besteht, sondern die in Erziehung und Tat über allem Parteihaß und Neid und Hader hinweg für das ganze Volk, für das Volkstum tätig ist, geleitet von dem Grundgedanken der deutschen Seele, die eigene Arbeit in der Zukunft seines Volkes verewigt zu sehen, getragen von jener christlichen Liebe, die sich selbst, Meinung, Nutzen und Leben, für den Dienst an der Gesamtheit hingibt. Eine solche Arbeit wird schließlich doch zu einer Vereinigung der gegensätzlichen Kräfte unseres Volkes führen. Vielleicht hat erst der Dresdener Studententag innerhalb der deutschen Studentenschaft über diese Frage volle Klarheit geschaffen. Die deutsche Studentenschaft muß an den Aufgaben der Hochschule und der Volksgemeinschaft mitarbeiten, muß aus der Grundeinstellung einer immer engeren Verknüpfung der Hochschule und ihrer Bürger mit dem Volksganzen alle vaterländischen, sozialen und Kulturfragen behandeln, welche für sie von Bedeutung sind.

Die Würzburger Verfassung nimmt dann die rein schematische Gliederung der deutschen Studentenschaft in Kreise und die Zusammensetzung des Vorstandes aus je einem Vertreter der einzelnen Kreise vor (Geschäftsleiter der Kreisgeschäftsstelle), stellt an die Spitze des Vorstandes jedoch drei weitere Vertreter der Studentenschaft einer Hochschule. (Geschäftsführende Hochschule mit einer Hauptgeschäftsstelle.) Der Vorstand ist lediglich zur Durchführung der Beschlüsse der deutschen Studentenschaft befugt. Neben der Kreiseinteilung läuft noch eine Fachgruppeneinteilung. Die Fachausschüsse schließen sich zu Fachgruppen zusammen, die in Fachfragen selbständige Beschlüsse fassen und durchführen, hierbei aber auf die Unterstützung des Vorstandes der deutschen Studentenschaft Anspruch haben. Der Vorstand kann außerdem in allen Fragen, bei denen Fachangelegenheiten hereinspielen, keinen Beschluß gegen den Willen des hinzuzuziehenden Vertreters der betreffenden Fachgruppe fassen. Die Beschlußfassung der deutschen Studentenschaft geschieht entweder mündlich auf dem Studententag oder schriftlich durch Abstimmung der Studentenausschüsse. Jede Studentenschaft hat für jedes angefangene Tausend eingeschriebener deutscher Studierender eine Stimme. Der in einer solchen Abstimmung gefaßte Beschluß kann jedoch bei Einspruch von mindestens drei Hochschulen einer Neuabstimmung unterzogen werden, wobei auf jede Hochschule eine Stimme entfällt. Der ursprüngliche Beschluß wird nicht wirksam, wenn in der Neuabstimmung zwei Drittel der Hochschulen gegen ihn stimmen. Eine Bestimmung des Begriffes der Hochschule findet sich in der

Verfassung nicht. Nur in der Geschäftsordnung ist bestimmt, daß Vierfünftelmehrheit zur Entscheidung darüber notwendig ist, ob eine deutsche Lehranstalt als Hochschule zu betrachten ist. Es muß jedoch betont werden, daß die in Würzburg von einer Seite vertretene Ansicht irrig ist, für den Begriff der Hochschule sei nur der Lehrbetrieb maßgebend. Entscheidend muß immer nicht nur der Lehrbetrieb, sondern die Frage sein, ob die betreffende Anstalt wirklich der wissenschaftlichen freien Lehre und Forschung dient. Der neue Verfassungsentwurf enthält hier keine wesentliche Neuerungen, mit Ausnahme derjenigen, daß an einer Hochschule eine ständige Hauptgeschäftsstelle eingerichtet wird, mit deren Leitung der jeweilige Vorsitzer der deutschen Studentenschaft betraut wird und daß zu den bisher genannten Vorstandsmitgliedern noch 6 außerordentliche Mitglieder hinzutreten. Diese sollen auf Vorschlag des Vorstandes vom Studententag ernannt werden. In Betracht kommen dafür Akademiker, die sich in der studentischen Arbeit besonders bewährt haben. Zweifelsohne verdient dieser Gedanke des neuen Verfassungsentwurfes vollen Beifall und es sollte auch in den Verfassungen der örtlichen Studentenschaften Nachahmung finden.

Die Fragen der Hochschulreform haben auf dem Würzburger Studententag keine volle Klärung erfahren und stehen auf der Tagesordnung des diesjährigen Göttinger Studententages.

Es muß als Zweck der deutschen Hochschule betont und vertreten werden: sie soll der Wissenschaft und ihrer Lehre dienen; sie soll zur wissenschaftlichen Arbeit und zu akademischer Berufsbetätigung erziehen; sie soll ihre Schüler zu Persönlichkeiten, zu wahrhaft gebildeten sittlichen Charakteren heranwachsen lassen; sie soll die höchste deutsche Bildungsstätte sein. Daher muß das alte Wesen der deutschen Hochschule unbedingt gewahrt bleiben: Die organische Verbindung von Lehre und Forschung, die volle Freiheit der Forschung, der Lehre und des Lernens. Die Höhe der Vorbildung darf aus wissenschaftlichen Gründen nicht durch Minderung der sachlichen Anforderungen herabgedrückt werden. Dies muß bei der Neugestaltung des gesamten deutschen Bildungswesens unter allen Umständen berücksichtigt werden.

Die Neugestaltung ist durch die Reichsverfassung verlangt. (Artikel 146: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf.") Die Vorschrift der Reichsverfassung, daß innerhalb dieses Rahmens der Aufstieg der Begabten durch finanzielle Beihilfen des Reiches, der Länder und der Gemeinden für Minderbemittelte ermöglicht wird, muß unterstützt werden. Allerdings muß vor der Anschauung gewarnt werden, als ob die Begabung

eines jungen Menschen nur dadurch zur Ausreifung kommen könne, daß ihr Träger zur Hochschule geschickt wird. Auf das schärfste abzulehnen ist der Aufstieg nur der Meistbegabten, wie er in sozialdemokratischen Kreisen unter Hinweis auf das Beispiel des Aufstieges im Großen Generalstab gefordert worden ist. Umgekehrt verdient der Beschluß des Würzburger Studententages volle Billigung, daß die Fakultäten in Ausnahmefällen die Möglichkeit haben sollen, an Stelle formaler Allgemeinvorbildung durch eine im Beruf erworbene, ihnen nachgewiesene Sach- und Weltkenntnis als Vorbildung gelten zu lassen.

In diesem Zusammenhange ist auch die Frage Volksschullehrer und Hochschule zu betrachten. Hierbei muß allerdings unterschieden werden zwischen dem bisherigen und dem künftigen Bildungsgang des Volksschullehrers. Der bisherige Bildungsgang hat dem Volksschullehrer zweifelsohne nicht die volle wissenschaftliche Befähigung zu einem allgemeinen Hochschulstudium bei allen Fakultäten gegeben. Infolgedessen ist es unrichtig, wenn in einzelnen Ländern das Abgangszeugnis einer Lehrerbildungsanstalt dem eines Gymnasiums oder einer Oberrealschule gleichgesetzt wurde. Andrerseits muß allerdings den Volksschullehrern das Recht zuerkannt werden, eine Vervollkommnung ihrer beruflichen Bildung an der Hochschule zu erlangen.

Die Reichsverfassung schreibt für die Zukunft auch eine Neugestaltung der gesamten Lehrerbildung vor. (Artikel 143 Abs. 2: „Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln.") Dadurch wird also nach der Neugestaltung des Schulwesens die bisherige Lehrerbildungsanstalt verschwinden und der angehende Volksschullehrer nicht mehr in einer besonderen abgesonderten Anstalt erzogen werden, sondern eine der Arten der Einheitsschule durchlaufen. Hierbei wird allerdings am stärksten die noch zu schaffende deutsche Oberschule mit in Betracht kommen. Somit wird auch die Vorbildung des angehenden Volksschullehrers derart beschaffen sein, daß er völlig befähigt zum Hochschulstudium ist. Es soll hier nicht auf die Reichsschulkonferenz näher eingegangen werden, die sich mit gegenseitiger schärfster Befehdung der deutschen Erzieher oft als ein Fratzengesicht deutscher Bildung erwiesen hat; nur das soll herausgegriffen werden, daß auch bei der Frage der Lehrerbildung trotz aller Schimpfereien darüber Einstimmigkeit bestand, daß auch der Volksschullehrer nach der Neugestaltung des Schulwesens den Abschluß seiner pädagogischen und seiner fachlichen Ausbildung durch Hochschulstudium erlangen soll. Die Schwierigkeit liegt freilich darin, wie Anstalten an den bestehenden Hochschulen geschaffen werden können, durch welche dem angehenden

Lehrer die Übung der praktischen Erziehertätigkeit ermöglicht wird. Es läßt sich überhaupt noch nicht klar erkennen, wann bei der allgemeinen Lage unseres Vaterlandes die geldlichen Voraussetzungen zur Schulerneuerung gegeben sind.

Der Hochschulbetrieb selbst bedarf einer Ausgestaltung, wenn er den Aufgaben der deutschen Hochschule gerecht werden soll. Es ist eine alte studentische Forderung, die auch wieder vom Würzburger Studententag aufgenommen ist, daß Seminarübungen und Praktika eine stärker bevorzugte Stellung im Hochschulbetrieb einnehmen sollen, als wie es bisher der Fall war. Damit hängt aufs engste die Würzburger Forderung auf Vermehrung und Hebung der Assistentenstellung, auf Schaffung mehr besoldeter Lehrstellen zusammen. Besonders muß auch verlangt werden, daß die Staatswissenschaft durch Errichtung eigener Fakultäten stärker gepflegt wird und daß Lehrstühle für Politik, Soziologie und Auslandskunde aufgestellt werden. Vor allem muß auch nach Möglichkeiten gesucht werden, die Allgemeinbildung des Studenten zu heben. Literatur, Kunst, Geschichte, Staatsbürgerkunde sind Gebiete, auf denen vielen während ihrer Hochschulzeit keinerlei Bereicherung zuteil wurde. Man betrachte sich einmal die allgemeinen Abteilungen der Technischen Hochschulen! Aber auch auf den Universitäten hat es vielfach gefehlt. Zur Allgemeinbildung gehört auch die körperliche Ausbildung, die doppelt wichtig seit der Abschaffung der Wehrpflicht ist. Die Bestrebungen auf Ausübung eines Zwanges zu Leibesübungen verdienen trotz allen Wertes der akademischen Freiheit volle Unterstützung. In dieser Richtung bewegen sich die Anträge, welche die Studentenausschüsse Charlottenburg und Erlangen gestellt haben. Danach soll in Zukunft das Abgangszeugnis von einer Hochschule nur erteilt werden, wenn der Nachweis regelmäßiger Betätigung erbracht ist. Freilich muß letzten Endes ein Gesetz erstrebt werden, durch welches alle Deutschen bis zu einem bestimmten Alter zu Leibesübungen verpflichtet werden. Nur dadurch wird unser Volk wirklich gesund bleiben. Außerdem muß von den Hochschulen verlangt werden, daß überall hauptamtliche Hochschulturnlehrer angestellt, Hochschulspielplätze errichtet und bestimmte Übungszeiten eingeführt werden, welche frei von sonstigen Hochschulveranstaltungen sind.

In engem Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Hochschulbetriebes steht der Wunsch der Extraordinarien auf Gleichstellung mit den Ordinarien und der Wunsch des Privatdozenten auf Gleichberechtigung mit den Professoren in Prüfungsangelegenheiten und auf Mitwirkung bei Berufungsfragen. Dadurch würde tatsächlich die Freiheit der Wissenschaft besser gewährleistet und eine Erstarrung des Hochschulbetriebes hintangehalten.

Wie jegliche Bildung ihre Ausstrahlungen auf die Gemeinschaft des Volkes ausübt, so muß auch die Ausgestaltung der Hochschule mit deshalb erfolgen, daß der Akademiker durch seine Bildung wieder die Achtung, das Vertrauen und später einmal die Führung seiner Volksgenossen erringen kann. Freilich muß eine organische Verbindung oder Verschmelzung von Hochschule und Volkshochschule als unmöglich und schädlich verworfen werden. Es waren hauptsächlich linkssozialistische Gedankengänge, die solches verlangt haben. Hochschulen dienen vornehmlich der Wissenschaft und nur durch die Wissenschaft und neben dieser der Bildung. Volkshochschulen sind reine Bildungsanstalten. Sie sollen den werktägigen Volksteilen Bildung vermitteln und haben keinerlei wissenschaftliche Ziele. Die Arbeitsteilung zwischen Hochschule und Volkshochschule muß so vorgenommen werden, daß die Hochschule Mittel und Lehrer für die Volkshochschule bereitstellt und Lehrer hierfür erzieht. Dies braucht weniger durch Ausbildung besonderer Volkshochschullehrer zu geschehen als dadurch, daß die Hochschule ihren Studenten eben wirklich wahre Bildung, Klarheit der Erkenntnis und Reinheit des Wollens verschafft. In solcher Bildung liegt von selbst der Trieb zu weiterer Ausbreitung. Daneben wird es freilich in Zukunft Aufgabe der Hochschule werden, denen, die in der Volkshochschulbewegung Mitarbeiter sind — das werden nicht nur Akademiker sein — die Möglichkeit zur weiteren Vertiefung gerade in den Gebieten zu geben, welche sie in einer Volkshochschule lehren. Es ist schon betont, muß aber noch einmal klar gesagt werden, daß bei dem idealen Ziel der Volkshochschulbewegung die Verwendung besonderer hauptamtlicher Prüfer kaum in Frage kommt. Denn es muß bei dem Schüler der Volkshochschule gerade, weil er sich sehr oft in einer materiellen Lebensanschauung befinden wird, die Achtung vor der Idee schon dadurch erzeugt werden, daß er sieht, daß die Lehrer der Volkshochschule ihre Arbeit nicht um eines äußeren Nutzens, sondern der Sache willen vollbringen. Es hat allerdings vielfach bereits eine Mißachtung der Volkshochschulbewegung Platz gegriffen, weil die erhofften Erfolge oft nicht eingetreten sind. Von den Gründen für diese Mißerfolge ist der stärkste der, daß eine Unmenge von Stellen ein Nebeneinander und Durcheinander von Volkshochschulorganisationen geschaffen hat und daß bisher ein planmäßiger Aufbau der Volkshochschule weder vom Reich, noch von den Ländern unternommen worden ist. Außerdem ist zweifelsohne der Arbeiter heute vielfach so verhetzt, daß er als einzelner die Volkshochschule ablehnt. Es ist ein Prüfstein für den Wert der Sozialdemokratie, ob sie den Willen hat und durchsetzen kann, ihre Angehörigen zur Teilnahme an der Volkshochschule zu veranlassen. Zu warnen ist vor der Anschauung, daß man in der Volkshochschule mit nationalen Schlag-

worten nationalen Geist erzeugt. Die Methode der Volkshochschule muß eine andere sein. Sie muß ihre Schüler in kleinen Arbeitsgemeinschaften in die deutsche Sprache, in die deutsche Literatur, in die deutsche Kunst einweihen und einweisen, muß von dort den allmählichen Übergang zu sittlichen Problemen, zur Geschichte, zur Staatskunde und zur Naturwissenschaft finden, immer die Teilung in kleine Arbeitsgemeinschaften beibehaltend und dabei eine stets enge geistige Beziehung und schließlich ein Vertrauen zwischen Lehrer und Schüler erzeugend. Das ist gewiß ein harter, steiniger und oft auch vergeblicher Weg. Aber der geistige Wiederaufstieg unseres Volkes erfolgt nicht von heute auf morgen und nicht von Jahr auf Jahr, sondern nur langsam von Jahrzehnt zu Jahrzehnt und von Menschenleben zu Menschenleben.

Allerdings laufen heute die Hochschulen selbst Gefahr, ihre Aufgaben gegenüber Wissenschaft und Volk nicht mehr erfüllen zu können. Es fehlen an vielen Hochschulen die Mittel zur Vervollkommnung und Ergänzung der wissenschaftlichen Hilfsmittel und Werke. Das bedeutet eine schwere Schädigung, gegen welche das Reich mit aller Kraft arbeiten und spenden muß. In der Studentenschaft ist die Lage ähnlich. Es ist in der deutschen Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt, wie belastend schwer die Not des deutschen Studenten ist. Der Mittelstand, welcher bisher die Hauptquelle für den akademischen Nachwuchs gewesen ist, wird zerrieben zwischen dem Industriekapital und der Organisationskraft der Arbeiterschaft. Es bedeutet jetzt bereits ein Zeichen von Idealismus, wenn aus einem „Hause" des Mittelstandes ein Sohn zur Hochschule geschickt wird und kommt. Der Sohn des Arbeiters geht heute kaum zur Hochschule, weil er ohne Hochschule früher und mehr verdient als der Akademiker. Die Söhne von Kapitalisten werden zwar wohl teilweise zur Hochschule geschickt, aber sie bilden nicht den Typus des deutschen Studenten. Wie der Mittelstand verarmt, so verarmt der deutsche Student. Es ist aber eine vaterländische Forderung von höchster Bedeutung, gerade dieser Armut zu helfen. Sonst kommen in Zukunft nur noch reiche Studenten zur Hochschule, die nicht immer deutsch sind und die eine Entfremdung der deutschen Hochschule und des deutschen Volkstums herbeiführen. An der Besserstellung der sozialen Lage der Studentenschaft zu arbeiten, hierfür Mittel zu verwenden, ist fürwahr eine vordringliche Tat für die deutsche Art. Es geht letzten Endes darum, ob noch genug Jünglinge deutschen Stammes zur Hochschule gelangen können, um zu den geistigen Berufen, zur Mitführung in der Wissenschaft und im Volke erzogen zu werden. Für die Hebung dieser Not müssen alle Kräfte und Mittel in Anspruch genommen werden, staatliche, private, studen-

tische. Die Erweiterung der staatlichen Stipendienfonds, die Finanzierung studentischer Darlehnskassen durch den Staat muß erfolgen. Bayern ist hier vorangegangen, wo der Landtag fast einstimmig beschlossen hat, für die Gründung und Unterstützung studentischer Darlehenskassen 1920 und 1921 je 500 000 M. zu verausgaben. Einer Umgestaltung des ganzen Stipendienwesens, wie sie teilweise vorgeschlagen wird, stehen jedoch schwere Bedenken gegenüber. Die Studentenküchen müssen von der Studentenschaft derart ausgebaut werden, daß möglichst jeder Student in der Lage ist, billiges und ausreichendes Essen durch die Studentenküche zu erhalten. Gerade durch eine derartige Einrichtung kann der einzelne viel ersparen. Die Technischen Hochschulen sind mit der Gründung studentischer Einkaufsgenossenschaften vorangegangen, durch welche die Studenten gerade die Gegenstände des täglichen Bedarfs billiger erhalten können. Vorbildlich haben hier teilweise auch die akademischen Kriegsteilnehmerverbände gearbeitet. Eine Verbilligung und Verbesserung der studentischen Wohnungsverhältnisse ist durch die akademischen Wohnungsämter anzustreben. Aufgabe der akademischen Arbeitsämter wird es sein, Studenten freie Stellen, sei es zur Nebenbeschäftigung, sei es zur Arbeit während der Ferien zu vermitteln und die Arbeitsbedingungen zu regeln. Hier — wie in manch anderer Frage — wird sich ein enges Zusammenarbeiten mit dem Akademischen Hilfsbund als tunlich erweisen. Andrerseits könnte durch Übernahme der studentischen Unfallversicherung von den privaten Gesellschaften in eine gemeinsame Hochschulverwaltung für spätere Jahrzehnte Mittel für die Studentenschaft frei werden. Eine Abschaffung der Kolleggelder und akademischen Gebühren ist freilich nicht möglich. Der Staat kann jetzt die Mehrbezahlung für die Dozenten nicht aufbringen, die zum Teil in der gleichen wirtschaftlichen Notlage sind, wie die Studenten. Dagegen muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden, daß eine weitere nochmalige Erhöhung der akademischen Gebühren, insbesondere des Kolleggeldes ohne Gefährdung des notwendigen Zustromes an Studenten nicht mehr möglich ist. Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob das Kolleggeld nicht in Zukunft durch ein Hochschulgeld ersetzt werden soll, d. h. eine für jeden Studenten gleiche und höchstens nach Fakultäten abgestufte Gebühr, von welcher hernach jeder Dozent einen Anteil erhält. So wenig die Bedenken hingegen unbeachtet bleiben dürfen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß dadurch die vielfach eingerissenen für Studentenschaft und Dozentenschaft gleich unwürdigen Zustände beseitigt werden könnten. In Preußen besteht außerdem die Einrichtung der Stundung des Kolleggeldes über die Hochschulzeit hinaus. Den Fehlern dieser Einrichtung gegenüber muß wieder auf

Bayern hingewiesen werden, wo — allerdings bis jetzt nur für Bayern — „Honorarerlaß" gegeben wird, der je nach der Lage des betreffenden Studenten ganz oder teilweise ist. Ein jetzt aus Dozenten und Studenten bestehender Ausschuß trifft an jeder Hochschule die Entscheidung über die Gesuche. Der „Deutsche Hochschulverband", welcher im Gegensatz zum Hochschulverband von 1905 eine Vereinigung der Dozenten der Universitäten und Technischen Hochschulen Deutschlands ist und erst 1920 gegründet ist, hat sich auch bereits mit dem bayerischen Honorarerlaß befaßt. Die deutsche Studentenschaft hat das ganze umfangreiche Gebiet der sozialen Fürsorge noch nicht zusammenhängend planmäßig in Erledigung genommen, wenn auch anerkannt werden muß, daß der Würzburger Studententag wenigstens einen Überblick über den Fragenkreis gewährte und daß bei einzelnen örtlichen Studentenschaften schon hervorragendes geleistet werden konnte, besonders in der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer. Einem kommenden Studententag harrt hier zur Bearbeitung der Wirtschaftsfragen reiche Aufgabe.

Besondere Rücksicht muß dabei auf die Studenten aus dem besetzten Deutschland genommen werden. In gleicher Weise muß auch für die auslandsdeutschen Studenten die Fürsorge in Angriff genommen werden. Der geistige Zusammenhang zwischen dem deutschen Volk und den losgelösten Teilen des deutschen Volkes wird am besten durch die Jugend aufrecht erhalten. Diese Jugend muß zum Studium an den deutschen Hochschulen herangezogen werden. Die auslandsdeutschen Studenten müssen nicht nur in Rechten und Gebühren völlig gleich mit den Inlandsdeutschen sein, sie müssen auch für ihre Fahrten ins Reich von den deutschen Behörden besondere Erleichterungen zugebilligt erhalten, wie bei Paßgebühren und Zöllen. Darüber hinaus müssen gerade jetzt baldmöglichst durch Reich und Länder und private Mittel Stipendien für auslandsdeutsche Studenten zur Erleichterung des Studiums in Deutschland geschaffen werden. Diese Stipendien können freilich für die nächsten Jahrzehnte wegen der finanziellen Not unseres Reiches nur für Studenten aus den Teilen unseres Volkes in Betracht kommen, welche keine eigenen deutschen besitzen, wie Deutschpolen, Elsaß-Lothringen, Siebenbürgen. Erst später werden sich diese Stipendien auf das übrige Auslandsdeutschtum ausdehnen lassen.

Die Behandlung der übrigen ausländischen Studierenden ist von dem Gesichtspunkt der Fürsorge für die deutsche Studentenschaft zu betrachten. Der Würzburger Studententag hat im wesentlichen folgende Forderungen aufgestellt: Die Zahl der Ausländer darf 5 v. H. nicht übersteigen; Ausländer dürfen zum Hochschulstudium und zu Prüfungen in Deutschland nur zugelassen

werden, wenn sie die gleichen Vorbedingungen erfüllt haben, wie die deutschen Studenten, und wenn ihre Heimatstaaten Deutschen die gleiche Berechtigung gewähren und keine deutschfeindliche Haltung einnehmen; Ausländer dürfen Vorlesungen, Übungen und Plätze erst nach Berücksichtigung der deutschen Studierenden belegen; Ausländer dürfen als Assistenten an Hochschulen nur nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit zugelassen werden. Die Vorstandschaft der deutschen Studentenschaft hat diese Beschlüsse noch durch die Forderung ergänzt, daß nichtdeutsche Ausländer die sämtlichen akademischen Gebühren in Gold oder in einem Aufgeld zu entrichten haben, dessen Höhe der jeweiligen Entwertung der Reichsmark in Deutschland und der Krone in Deutschösterreich entspricht. Man mag gewiß unter Umständen zu der Meinung kommen, daß durch die Durchführung dieser Beschlüsse der alte Satz seine Geltung für die Welt verliere: Germania docet. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß die deutsche Wissenschaft ihre Aufgabe in der Welt nur erfüllen kann, wenn eben der deutschen Jugend durch Ausländer das Studium an den deutschen hohen Schulen nicht über Maß erschwert wird. Allerdings ist es Aufgabe der deutschen Studentenschaft, hier einmal volle Klarheit über die Zahl der Ausländer einschließlich der in den letzten Jahren staatsangehörig gewordenen zu schaffen.

Die Hochschulreform muß nicht nur nach der pädagogischen Seite hin betrachtet werden. Auch rechtlich ist eine Erneuerung nötig. Manche Fragen, wie die der Lehrfreiheit oder der Gleichberechtigung der Extraordinarien sind ja sowohl vom rechtlichen als auch vom pädagogischen Gesichtskreis aus zu betrachten. Für die deutsche Studentenschaft ist am vordringlichsten die Gestaltung des Studentenrechtes. Die alte, gerade auch zu wiederholten Zeiten vor dem Krieg erhobene Forderung auf freies Versammlungs-, Vereins- und Rederecht ist durch die Reichsverfassung jetzt endlich gewährleistet. Aber irgendeine gesetzliche Bestimmung über Zusammensetzung, Gliederung, Befugnisse der einzelnen Studentenschaft hat bisher so gut wie überall gefehlt, wenn man davon absieht, daß die einzelstaatlichen Unterrichtsministerien den Studentenschaften der einzelnen Hochschulen das stets widerrufliche Recht gegeben haben, Zwangsbeiträge zu erheben. Dieses Recht ist erst auf Grund eines Beschlusses des Würzburger Studententages überall zugestanden und ist immer davon abhängig, daß die Geschäfte der betreffenden Studentenschaft eine studentische Vertretung führt, welche auf Grund des allgemeinen, gleichen Verhältniswahlrechtes gewählt ist und meistens allgemeiner Studentenausschuß oder mit der scheußlichen Abkürzung „Asta" genannt wird. Der Würzburger Studententag hatte über das Studentenrecht im wesentlichen drei Beschlüsse gefaßt: daß die allgemeinen Studenten-

ausschüsse aus der gleichen, allgemeinen Wahl der reichsdeutschen Studenten hervorgehen müssen — ein Beschluß, der kleindeutsch war, aber durch die großdeutsche Eingangsbestimmung der Würzburger Verfassung geändert ist —, daß sie behördliche Organe ihrer Hochschule mit besonderer Zuständigkeit bilden und für diesen Aufgabenkreis selbständig neben den Senaten als den Vertretungen der Dozentenschaft stehen, daß die Anerkennung der auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht fußenden studentischen Vertretungen durch die Ministerien erreicht werden solle. Die tatsächliche Anerkennung für ihre Studentenausschüsse hatte sich die deutsche Studentenschaft bereits errungen. Es galt also nur, der tatsächlichen die rechtliche Anerkennung folgen zu lassen. Die Durchführung dieses letztgenannten Beschlusses des Würzburger Tages durch den Vorstand der deutschen Studentenschaft führte schließlich dazu, daß das preußische Unterrichtsministerium seinen „Entwurf über die Bildung von Studentenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen" erließ. In diesem Entwurf war die Anerkennung jeder Studentenschaften einer preußischen Studentenschaft „als Zusammenschluß aller an der Hochschule zugelassenen Studierenden" durch das Ministerium vorgesehen. Mit der Anerkennung sollte die Studentenschaft verfassungsmäßiges Glied ihrer Hochschule werden und Recht haben, Zwangsbeiträge zu erheben. Aber der Entwurf enthielt folgende Eigenheiten:

1. Den Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit stehen die vollimmatrikulierten Ausländer gleich, denen das Ministerium diese Gleichstellung ausdrücklich einräumt.
2. Von der Betätigung der Studentenschaft ausgeschlossen sind politische und religiöse Zwecke (damit also auch die vaterländische Betätigung).
3. Jede Studentenschaft wählt einen Vorstand, welchem die Allgemeine Studentenversammlung gegenübergestellt ist (die allgemeinen Studentenausschüsse sind in dem Entwurf selbst nicht erwähnt).
4. „Zur Unterstützung der Studentenschaft" wird ein Verwaltungsrat gebildet. Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden der Studentenschaft, einem vom Vorstand der Studentenschaft zu wählenden akademischen Bürger, einem vom Senat zu wählenden Dozenten und „einem vom Minister ernannten Vorsitzenden des Verwaltungsrates, bei dessen Auswahl der Minister nicht auf die Zugehörigkeit zu dem Lehrkörper oder der Beamtenschaft der Hochschule beschränkt ist".

6. Der Verwaltungsrat dient der Beaufsichtigung der Studentenschaft, deren sämtliche Organe ihm zur genauesten Auskunfterteilung verpflichtet sind.
7. In Ausübung der Beaufsichtigung können Beschlüsse und Maßnahmen der Studentenschaft beanstandet und dadurch vorläufig außer Kraft gesetzt werden
   a) durch besagten Vorsitzenden des Verwaltungsrates;
   b) durch den Rektor.

Gegen derartige Beanstandungen ist Einspruch an den Minister möglich. Fügt sich die Studentenschaft dem Entscheid des Ministers nicht, so kann der Minister den Vorstand seines Amtes für verlustig erklären, bzw. die Studentenschaft auflösen, d. h. ihr die satzungsgemäßen Rechte, insbesondere das Recht zur Beitragserhebung entziehen.

Die Eigenheiten des Entwurfes lassen sich also dahin zusammenfassen: die Ausländer wurden ohne Unterschied der Abstammung gleichberechtigt an den deutschen Hochschulen. Der Studentenschaft wurde das Recht zu vaterländisch r Betätigung abgesprochen. In den Mittelpunkt des studentischen Lebens wurden wie zu Metternichs Zeiten Kommissäre der Regierung gesetzt. Der ganze Entwurf wurde nun von der Hauptgeschäftsstelle der deutschen Studentenschaft mit dem Hinweis versandt, die Verordnung solle auf alle Länder ausgedehnt werden. Der Allgemeine Studentenausschuß Erlangen hatte zu gleicher Zeit — es war anfangs April — die Abhaltung eines außerordentlichen Studententages beantragt, um gegenüber allen Parteien Wahlforderungen der deutschen Studentenschaft aufzustellen. Der Allgemeine Studentenausschuß Erlangen kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die deutsche Studentenschaft auf die Ungeheuerlichkeiten des preußischen Entwurfes hingewiesen zu haben. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die deutsche Studentenschaft. Der außerordentliche Studententag sollte die Entscheidung der deutschen Studentenschaft über den Entwurf des Ministeriums bringen.

Der allgemeine Studentenausschuß Erlangen arbeitete sofort einen Gegenentwurf aus. Der Gegenentwurf Erlangen sah nur einen Zusammenschluß der deutschen Studentenschaft jeder Hochschule vor, gestand rechtliche Gleichstellung innerhalb dieser Studentenschaft nur den Studierenden deutscher Staats- und Volkszugehörigkeit zu, und schloß die übrigen Ausländer völlig aus. Er betonte, daß die Aufgabe der Studentenschaft auch die Stellungnahme zu vaterländischen Angelegenheiten unter Ausschluß von Fragen der Parteipolitik und des Glaubensbe-

kenntnisses ist. Dann behielt der Erlanger Entwurf den Allgemeinen Studentenausschuß bei, gab dem Verwaltungsrat eine völlig untergeordnete Bedeutung, strich vor allem jeden Einfluß des Ministers auf den Verwaltungsrat. Das Aufsichtsrecht über die Studentenschaft wurde im Erlanger Entwurf dem Minister übertragen, seine Ausübung jedoch vom Antrag des Akademischen Senats abhängig gemacht. Außerdem wurde die Befugnis des Ministers, einer anerkannten Studentenschaft die satzungsgemäßen Rechte zu entziehen, auf das laufende und folgende Semester befristet. Schließlich gab der Erlanger Entwurf der Studentenschaft noch die Berechtigung, gegen eine Entscheidung des Ministers sofortige Beschwerde an den obersten Verwaltungsgerichtshof zu ergreifen. Die Gesinnung des Erlanger Entwurfes war also die, die Studentenschaft von der parteipolitischen Aufsicht und Beeinflussung freizumachen und die letzte Entscheidung über Maßnahmen der Studentenschaft einem unparteilichen Gericht zu übertragen.

Auch der Vorstand der Deutschen Studentenschaft veröffentlichte nach dem Erlanger Entwurf einen eigenen Entwurf. Dieser unterschied sich vom Entwurf des preußischen Unterrichtsministeriums in folgenden Punkten:

1. Die Gleichberechtigung der Ausländer — auch der stammesdeutschen Ausländer — sollte vom Minister auf Vorschlag des Vorstandes der (örtlichen) Studentenschaft ausgesprochen werden.
2. Von der Betätigung der Studentenschaft sollten nur Fragen des Glaubensbekenntnisses und der Parteipolitik ausgenommen sein.
3. Ein Mitglied des Verwaltungsrates sollte vom Minister auf Vorschlag des Vorstandes der (örtlichen) Studentenschaft auf drei Jahre ernannt werden. Dem Verwaltungsrat blieb nur die Aufgabe, die Vermögensführung der Studentenschaft zu beaufsichtigen und zu unterstützen. Dem eben erwähnten Mitglied des Verwaltungsrates blieb jedoch die gleiche Befugnis wie dem Verwaltungsratsvorsitzenden im Entwurf des preußischen Ministers.
4. Die Befugnis des Ministers zur Rechtsentziehung wurde wie im Erlanger Entwurf befristet.

Auch andere Entwürfe erschienen noch. Der Dresdener Studententag (10. bis 18. Mai 1920) ließ schließlich durch einen besonderen Ausschuß einen Einigungsentwurf einer Verordnung über die Bildung von Studentenschaften ausarbeiten, der dann von der Volltagung bei 9 Stimmenthaltungen angenommen wurde.

Der Beschluß des Dresdener Studententages hat den Bedenken gegen den Entwurf des preußischen Ministeriums im weiten Maße Rechnung getragen. In Anlehnung an den Erlanger Entwurf, welcher noch vor dem Studententag vom Kreis Bayern der deutschen Studentenschaft übernommen war, wird die Studentenschaft einer Hochschule von den Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit sowie denjenigen deutscher Volkszugehörigkeit gebildet. Für Deutschösterreich und die Sudetenländer greift besondere Regelung Platz. Dort entscheidet nur die Volkszugehörigkeit. Der Zusammenschluß zu einer Studentenschaft erfolgt nach dem Dresdener Entwurf „insbesondere zur Erreichung folgender Zwecke:

a) Vertretung der Gesamtheit der Studierenden.
b) Wahrnehmung der studentischen Selbstverwaltung, vor allem auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für die Studentenschaft.
c) Teilnahme an der Verwaltung der Hochschule in studentischen Angelegenheiten, wie Zulassung zur Hochschule, Studiengestaltung, Prüfungsbestimmungen, Gebühren- und Stipendienwesen, Akademische Disziplin.
d) Einigung über die Parteien hinaus zur Mitarbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands.
e) Pflege des geistigen und geselligen Lebens zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Hochschulangehörigen.
f) Pflege der Leibesübungen.

Ausgeschlossen sind parteipolitische und konfessionelle Zwecke."

Wie durch das Wort „insbesondere" angedeutet ist, ist die Aufzählung nicht erschöpfend.

Die „Studentenschaft" wird vom Ministerium durch Genehmigung ihrer Satzungen, die nach Begutachtung des Senats erfolgt, anerkannt und damit verfassungsmäßiges Glied der Hochschule. Werden die übrigen Glieder der Hochschule Körperschaften des öffentlichen Rechtes, so wird dies auch die anerkannte Studentenschaft. Sie erhält damit das Recht zur Beitragserhebung. Ihr Vermögen gilt als Vermögen der Hochschule und genießt die entsprechendene Vorzüge. Die ausschließliche Verfügungsbefugnis der Studentenschaft wird dadurch nicht berührt. Die Satzungen der Studentenschaft müssen auf Grund der Verordnung gewisse allgemeine Vorschriften über die Mitgliedschaft zur Studentenschaft, ihre Einteilung, über ihre gesamte Geschäftsführung, über den Allgemeinen Studentenausschuß und der übrigen Organe und die Abgrenzung der Befugnisse gegenüber der allgemeinen Studentenversammlung und der Vertreterversammlung, dem „Parlament", welches

an einigen der größten Hochschulen an die Stelle der Studentenversammlung getreten ist. Die Wahlen zum Allgemeinen Studentenausschuß erfolgen auf Grund des Verhältniswahlrechtes. Der „Verwaltungsrat" wurde durch einen „Vermögensbeirat" ersetzt. Er hat die Unterstützung der Studentenschaft in Vermögensfragen, der Aufsicht über die Kassenführung, der Genehmigung des Haushaltplanes und gegebenen Falles der Vertretung des Allgemeinen Studentenausschusses in Finanzfragen zur Aufgabe. Gegen die Beschlüsse des Vermögensbeirates steht der Studentenschaft der Einspruch an den Rektor, gegen dessen Entscheid die Beschwerde an das Ministerium und gegen das Ministerium die Berufung an das Oberste Verwaltungsgericht offen („sofern ein solches besteht"!). Der Vermögensbeirat besteht, soweit die Satzungen nicht ein anderes bestimmen:, aus dem Vorsitzenden der Studentenschaft oder einem von ihm zu bestellenden Vertreter; einem von dem Asta zu wählenden Mitglied der Studentenschaft, das nicht zugleich Mitglied des Allgemeinen Studentenausschusses zu sein braucht, und das in der Lage ist, dem Vermögensbeirat möglichst längere Zeit anzugehören; einem vom Allgemeinen Studentenausschuß zu wählenden früheren akademischen Bürger, zwei von der Dozentenschaft zu wählenden Vertretern des Lehrkörpers der Hochschule.

Beschlüsse und Maßnahmen der Studentenschaft und ihrer Organe einschließlich des Vermögensbeirates können bei Verstoß gegen die Satzungen vom Rektor beanstandet und damit vorläufig außer Kraft gesetzt werden. Dagegen steht der Studentenschaft das Recht zu, Einspruch an das Ministerium und dagegen Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht des betreffenden Landes zu. Der Minister kann im Falle des unberechtigten Widerstandes der Studentenschaft Neuwahlen des Allgemeinen Studentenausschusses anordnen, aber nicht der Studentenschaft irgendwelche Rechte entziehen. In diesem Punkt ist also der Dresdener Studententag weit über den Entwurf des Erlanger Studentenschaft hinausgegangen. Inzwischen hat bereits ein Vorstand des Deutschen Hochschulverbandes beschlossen, den Senaten der deutschen Hochschulen zu empfehlen, der Bildung von Studentenschaften auf Grund des Dresdener Entwurfes zuzustimmen. Mit dieser Zustimmung wird ein starkes Band des Vertrauens um Dozentenschaft und Studentenschaft gelegt sein. Bereits vor dem Dresdener Tag hat außerdem der bayerische Unterrichtsminister dem Erlanger Entwurf seine grundsätzliche Billigung gegeben. Das preußische Unterrichtsministerium gedenkt auch das preußische Studentenrecht auf Grund des Dresdener Studententages zu regeln. Es scheint also freie Bahn für die Entwicklung der deutschen Studentenschaft geschaffen.

Unerledigt ist bis jetzt noch die Beteiligung der Studentenschaft an dem akademischen Senate. Viele Vorschläge sind aufgetaucht. Bis auf wenige linkssozialistische Ansichten lehnen sie mit Recht eine Beteiligung der Studentenschaft an der Berufung von Dozenten und auch sonst eine Mitwirkung der Studentenschaft in reinen Dozentenangelegenheiten ab. Im übrigen ist die Frage sehr schwierig zu lösen. Reine Studentenangelegenheiten sind vom Studentenausschuß zu erledigen. Fragen, welche Dozentenschaft und Studentenschaft gemeinsam betreffen, werden zweifelsohne besser geregelt, wenn zwischen beiden Faktoren getrennte Beschlußfassung stattfindet, für die Studentenschaft im Allgemeinen Studentenausschuß, für die Dozentenschaft im Senat oder in der Dozentenversammlung, und wenn dann auf Grund der gegenseitigen Beschlüsse eine Erledigung erfolgt, als wenn im Senat eine Minderheit von studentischen Senatoren mitstimmt. Aber unbedingt ist anzustreben, daß beauftragte Vertreter der Dozentenschaft jederzeit im Allgemeinen Studentenausschuß und Vertreter des Studentenausschusses jederzeit im Senat gehört werden. Gerade dadurch wird das gegenseitige Vertrauen und die Möglichkeit der gemeinsamen Arbeit wesentlich gemehrt werden. Bei den sonstigen Behörden und Ausschüssen, wie Lesezimmerausschüssen, Stipendienausschüssen, also bei all den Einrichtungen, welche nicht reine Dozentenangelegenheiten sind, wird durch den Dresdener Studententag die Beteiligung der Studentenschaft gefordert. Besonders muß noch auf die Mitwirkung der Studentenschaft in den akademischen Disziplinargerichten hingewiesen werden. In der Neuordnung des Disziplinarrechtes muß dies bereits zum Ausdruck gebracht werden. Mit aller Entschiedenheit muß eine baldige Erledigung dieser Neugestaltung gefordert werden. Die Bestimmungen der alten Disziplinarrechte sind teilweise ungeheuerlich. Die Beteiligung der Studentenschaft an der Neuordnung ist notwendig. Auch hier wird dem Göttinger Studententag reiche Arbeit harren.

In engem Zusammenhang mit dem Disziplinarrecht steht das Ehrengerichtsrecht. Gerade hier muß bei aller Wahrung des eigenen Standpunktes die Gleichberechtigung aller ehrenhaften deutschen Studenten durchgeführt werden, wie sie nun auch in ihrer Überzeugung zur Genugtuung mit der Waffe stehen mögen. Das ist eine vaterländische, sittliche Pflicht, eine Grundvoraussetzung für dauernde, ersprießliche Arbeit der Studentenschaft für Deutschland. Die Gleichberechtigung kann aber auf keine andere Weise in die Tat umgesetzt werden als dadurch, daß eine Genugtuung mit der Waffe dort nicht in Frage kommt, wo ein Gegner dieser Genugtuung beteiligt ist. Umgekehrt muß aber die Möglichkeit bestehen, unstudentisches Verhalten

zu bestrafen, auch wenn es von Nichtinkorporierten verübt wird. In verschiedenen Hochschulen hat man deshalb auch bereits allgemeinstudentische Ehrenordnungen eingeführt, die sich bewähren. Hierbei ist vor allem stets eine Entziehung der studentischen Ehrenrechte als Strafe möglich und wirksam. Die Errichtung solcher allgemeinstudentischen Ehrenordnungen an allen Hochschulen ist eine Notwendigkeit.

Daß wahre vaterländische Arbeit Pflicht der deutschen Studentenschaft ist, ist erst auf dem Dresdener Studententag weiten Kreisen der deutschen Studentenschaft klare Erkenntnis geworden. Auf Antrag des Allgemeinen Studentenausschusses Erlangen beschloß der Studententag nahezu einstimmig, gewisse Wahlforderungen an die Parteien zu stellen. Diese Forderungen, deren Erfüllung die Parteien, einschließlich der S. P. D., zugesagt haben — die U. S. P. wurde nicht angegangen — lauten: Schutz der Verfassung gegen gewaltsame Änderung. Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Arbeit; Einrichtung von Orts- und Zeitfreiwilligenwehren, in ausreichendem Maße, die allen Schichten der verfassungstreuen Bevölkerung offenstehen müssen; Schutz des guten Namens und der Ehre der deutschen Studentenschaft vor verleumderischen Nachreden; Erlaß gesetzlicher Entscheidungen und Verfügungen erst nach Zustimmung der Hochschulen und Studentenschaften zu den in Betracht kommenden Fragen. Diesem Beschluß ist freilich bereits vor dem Studententag eine lebhafte Auseinandersetzung vorausgegangen. Es ist von seiten der sozialistischen Studenten betont worden, die deutsche Studentenschaft müsse frei von aller „Politik" sein und sich nur mit wirtschaftlichen und kulturellen Fragen befassen. Es ist weiter die Befürchtung ausgesprochen worden, durch derartige Anträge würde die Einigkeit der deutschen Studentenschaft gesprengt. In Wirklichkeit hat der Dresdener Studententag die politische Einigkeit der deutschen Studentenschaft bis auf wenige Außenseiter erbracht und selbst diese wenigen haben unter dem tiefen Eindruck dieses einheitlichen Wollens gestanden. Erst außerhalb des Studententags haben manche von ihnen wieder zur giftausströmenden Feder gegriffen, sei es in der Tagespresse, sei es in den Studentenzeitungen. Deshalb müssen diese Angriffe kurz zurückgewiesen werden.

So sehr die Notwendigkeit der Fürsorge für die deutsche Studentenschaft anerkannt wird, so muß doch gesagt werden, daß ein Zusammenschluß der deutschen Studentenschaft geistlos wäre, ohne tiefen sittlichen Inhalt, wenn sein Zweck nur in der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der Studenten liegen würde. Diese ausschließliche Zweckbestimmung würde nur materiell sein und die deutsche Studentenschaft zum Materialismus erziehen. Aber selbst

bei solch einer materiellen Frage spielen politische Gesichtspunkte herein. Der Beweis mag in diesen ganzen Ausführungen gefunden werden. Er wird dem noch klarer sein, welcher weiß, daß die sozialistischen Studentengruppen die Ausdehnung der ohnehin unzureichenden wirtschaftlichen Fürsorge auf die Ausländer fordert. Auch für die kulturellen Gebiete muß eine „politische" Zielsetzung vorhanden sein. Es gibt keine Kultur, die sich nicht auf einem Volkstum aufbaut. Gerade die deutsche Bildung ist im deutschen Volke verwurzelt. Wer von deutscher Bildung beseelt ist, ist durch sein Gewissen sittlich verpflichtet, für sein Volk und sein Volkstum zu arbeiten und dieser Arbeit alles Eigene unterzuordnen. Nur durch solche Arbeit für das Volk wird die Menschheit gefördert. Arbeit für das Volk und das Vaterland ist unter Hintanstellungen aller Parteimeinungen und Eigenvorteile aber jetzt mehr denn je eine Notwendigkeit. Aus dieser Notwendigkeit heraus hat die deutsche Studentenschaft, unbeeinflußt von einer Partei und gegenüber jeder Partei, ihre Wahlforderungen aufgestellt und damit gleichzeitig ein politisches Bekenntnis abgelegt. Auch dies war notwendig. So wenig die Urburschenschaft einen Einfluß auf unser Volk gewonnen hätte, wenn sie immer wieder nur ihre Vaterlandsliebe beteuert und sich nicht zu dem Ziel eines einigen, freien Deutschlands aus Vaterlandsbegeisterung heraus bekannt hätte, so wenig könnte sich heute die deutsche Studentenschaft Gehör verschaffen, wenn sie nur von ihrer vaterländischen Gesinnung sprechen würde und nicht den Mut finden würde, das zu bekennen, was sie als vaterländische Notwendigkeit erachtet. Schutz der Verfassung vor Gewalt ist aber nötig, weil sonst das Reich zerfällt, verfassungstreue Wehren sind nötig, weil sonst die radikale Gewalt das Reich zerbricht. Auch die Achtung des Namens und der Ehre der deutschen Studenten ist eine vaterländische Forderung. Kein Volk kann tiefer sinken, als daß es die beschimpft, welche für das Vaterland ihr Leben einsetzen.

Die vaterländische Aufgabe der deutschen Studentenschaft soll ja, wie schon erwähnt, in der neuen Verfassung der deutschen Studentenschaft zum Ausdruck kommen. Aber die Ausübung der Verfassung wird immer noch abhängig sein von dem Geiste der deutschen Studentenschaft, auf den Einflüsse verschiedenster Art einwirken wollen. An ihm zur Verinnerlichung des Gemeinschaftsgedankens, zu der Versittlichung der vaterländischen und völkischen Idee zu arbeiten, ist die vordringlichste Aufgabe, eine Aufgabe, welcher ihr Ziel nicht in der Studentenschaft, sondern im Volk gesetzt ist. Kraft ihrer Überlieferung, Verfassung und Gestaltung hat die Deutsche Burschenschaft die Pflicht, gerade an

dieser Aufgabe mit ganzen Kräften mitzuarbeiten. Die Burschenschaft ist eine deutsche Erziehungs- und Tatgemeinschaft. Sie hat als erste Pflicht die Erziehung ihrer eigenen Mitglieder zu wehrhaften, deutschen Persönlichkeiten. Aus dem Grundwesen dieser Erziehung ist die Deutsche Burschenschaft aber von selbst in die studentische Gemeinschaftsarbeit und in die Arbeit für das Deutschtum hineingewachsen. Es geht nicht darum, daß die Burschenschaft die Führung in der deutschen Studentenschaft ergreift, sondern es handelt sich darum, daß die Burschenschaft sich mit allen denjenigen Gruppen und Richtungen innerhalb der deutschen Studentenschaft zu gemeinsamer Arbeit zusammenfindet, welche gleicher Gesinnung gegenüber Volk und Vaterland sind. Wie unser Reich heute nur eine Form der Einheit ist, innerhalb welcher die Schichten und Klassen des deutschen Volkes schier unüberbrückbar gegenüberstehen, so ist auch trotz des Zusammenschlusses zur örtlichen Studentenschaft, trotz des Zusammenschlusses der örtlichen Studentenschaften zur deutschen Studentenschaft, trotz Würzburg und Dresden, diese nur ein deutscher Studentenstaat, welcher zwar hohe Aufgaben hat, aber in welchem das deutsche Studentenvolk zerspalten ist. Vor hundert Jahren hat die Urburschenschaft in heiligem Willen dem deutschen Volke das Vorbild einer einigen vaterländischen Gemeinschaft gegeben. Auch heute muß die deutsche Studentenschaft unserem Volke das Beispiel einer vaterländischen Einheit werden, beseelt von dem Geiste des Deutschtums. Wenn dieses Ziel erreichbar sein soll, müssen sich aber alle studentischen Richtungen zusammenfinden, welche deutschbewußt sind und die Verinnerlichung und Einigung zur deutschen Volksgemeinschaft in Studentenschaft und Volk erstreben. Nicht eine „Verbrüderung", ein Aufgeben berechtigter Eigenarten muß stattfinden, sondern die gemeinsame deutsche Art muß betont werden und die innere Grundlage der Einigung bilden. Aus dieser Erwägung heraus hat die Deutsche Burschenschaft die deutschen studentischen Verbände zu einer Aussprache über das gemeinsame Zusammenarbeiten eingeladen. Aus der gleichen Erwägung beteiligen sich die Burschenschaften an den Hochschulringen deutscher Art. Der erste Hochschulring deutscher Art ist im Spätherbst 1919 in Berlin gegründet worden. „Er will Korporationen und nicht korporierte Studenten zusammenfassen zu einem festen Block für deutsche Art und deutsches Wesen gegen die zerstörenden Kräfte des Internationalismus jeder Färbung." Sein Ziel ist die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft. Er lehnt irgendwelche Eingriffe in das innere Leben der angeschlossenen Vereinigungen ab, sondern sieht seine Aufgabe lediglich darin, ein Stoßtrupp des deutschen Gedankens zu sein. Der Hochschulring lehnt

deshalb mit Recht die Aufnahme von Juden ab, weil jüdische Art nicht deutsche Art ist und als fremde Art nicht für das deutsche Volkstum tätig sein kann. So ist der Hochschulring zugleich eine Form, in welcher sich innerhalb der einzelnen Studentenschaft die völkischen Elemente zusammenfinden können. In unserem Reich wie in der Studentenschaft ist eine Entrechtung aller Juden eine Unmöglichkeit. Eine Ausschaltung des jüdischen Einflusses ist dagegen notwendig, ist zu erreichen und zu erstreben. Die beste Art, diese Ausschaltung durchzuführen, ist die Erziehung zum Deutschtum, zur deutschen Persönlichkeit. Für diese Erziehung hat jede deutsche studentische Gemeinschaft zunächst in ihren Reihen in gegenseitiger Arbeit tätig zu sein. Darüber hinaus wird der Zusammenschluß gleich eingestellter Gemeinschaften — wie ihn der Hochschulring deutscher Art darstellt — eine wertvolle, gegenseitige geistige Beeinflussung im Sinne deutscher Erziehung bedeuten. Das Ziel deutscher Erziehung und ebenso die Urkraft deutscher Art ist echte Sittlichkeit, welche nicht beherrscht wird von dem niederen sinnlichen Triebe und der Sucht nach äußeren Vorteilen, sondern beseelt ist von der Reinheit des Gewissens, der Freiheit des Willens, von dem Drang nach Erkenntnis der Wahrheit, und welche kraft ihrer ewigen Bestimmung alle Selbstsucht überwindet und ihre Erfüllung in dem Dienste für die Gemeinschaft erstrebt, in welche sie Gott gestellt hat. So liegt im Wesen des Hochschulringes, daß er über sich hinaus in der Gemeinschaft der deutschen Studentenschaft und der Gemeinschaft des deutschen Volkes für das deutsche Volkstum erzieht und Taten tut.

Besonders wertvoll ist am Hochschulring noch die Heranziehung der Nichtinkorporierten. Die Arbeit, welche der Hochschulring und durch ihn die deutsche Studentenschaft für Volk und Vaterland zu leisten hat, ist so groß, daß dafür die Kräfte der studentischen Verbände nicht ausreichen, daß es dazu auch der tätigen Mithilfe der Nichtinkorporierten bedarf.

Schon bisher haben sich bei den Nichtinkorporierten verschiedene Strömungen gezeigt, welche eine Einwirkung auf die akademische Gemeinschaft erstreben. Die bedeutungsvollste Bewegung in den letzten Jahrzehnten ist die „freie Studentenschaft" gewesen. Sie begann mit der Gründung der Leipziger „Finkenschaft" im Jahre 1896, breitete sich von dort auf andere Hochschulen aus und führte zur Gründung der „Deutschen Freien Studentenschaft" im Jahre 1900. Die „Freie Studentenschaft" jeder Hochschule wollte ursprünglich den Zusammenschluß aller Nichtinkorporierten darstellen. Sie bezeichnete ihr Organ als die Vertretung der Gesamtheit der Freistudenten. Ihr Hauptziel war, die Hochschule wieder zu einer

Gemeinde zu machen, welche in Lehr- und Lernkörper geschieden ist, und in dieser Gemeinde reine Wissenschaft auf jeden Studenten zu dessen voller Ausbildung wirken zu lassen. Sie glaubte durch Betonung des Wissenschaftlichen unbedingt neutral gegenüber „Politik", Religion, Rasse und Volk sein müssen. Aber gerade dieses pädagogische Ziel war bei vielen Nichtinkorporierten der innere Grund dafür, daß sie die willkürlich entstandene „Vertretung aller Nichtinkorporierten" nicht als ihre Vertretung anerkannten. So mußte die „Freie Studentenschaft" schließlich das Zugeständnis machen, daß sie nicht die Personen, sondern nur die Interessen aller freien, d. h. nicht inkorporierten Studenten vertrete. Die Politik der unbedingten Neutralität führte auch noch dazu, daß sich von der „Freien Studentenschaft" Gruppen absonderten, welche einen Zusammenschluß auf Grund von Weltanschauungen erstrebten. Es war eine logische Folge, daß die neuen Gruppen zur Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Verbindungen oder Verbindungsstudenten gelangten. Heute hat die „Freie Studentenschaft" nur an wenigen Orten noch etwas stärkeren Einfluß. Ihr altes pädagogisches Ziel der Hochschulgemeinde und der unbedingten Neutralität hat sie beibehalten. Bei gerechter Würdigung kann allerdings nicht bezweifelt werden, daß sich die „Freie Studentenschaft" mit ihrem sozialen Ziele, der Fürsorge für die Studentenschaft in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, damals gute Arbeit geleistet hat.

Aus der freistudentischen Bewegung heraus sind die „Freischaren" entstanden, die Verbindungen mit gewissen freistudentischen Grundsätzen sein wollten. Sie haben besonderen Einfluß auf die Entwicklung der freideutschen Jugendbewegung ausgeübt. Die freideutsche Jugendbewegung verdankt ihren Ursprung dem „Wandervogel". Dieser wurde 1896 in Steglitz von Karl Fischer gegründet und war zunächst eine lose Vereinigung von Schülern, welche aus der Großstadt heraus in die freie schöne Gottesnatur strebten und an Sonntagen, und bald auch in den Ferien weithin durch das deutsche Land wanderten. Die Wandervogelbewegung verbreitete sich 1913 weithin über Deutschland aus. In ihren Anhängern wurde durch das stete Wandern die Liebe zur deutschen Heimat und Sprache, zum deutschen Volke und seinem Lied geweckt und gestärkt. Gleichzeitig entstand durch das Wandern auch Streben nach einfachem, natürlichen Zusammenleben. Wie die einzelnen Wandervögel nun über die Schülerjahre hinauswuchsen, so kamen schließlich auch Studenten zum Wandervogel. Im Jahre 1906 wurde nun die erste „akademische Freischar" in Göttingen gegründet. Ähnlich wie die im Jahre zuvor gegründeten Hamburger Wandervereine, erstrebte sie eine Umgestaltung der

Lebensführung der großstädtischen Jugend, ohne sich über dieses Ziel noch recht klar zu sein. Sie versuchte jedoch von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße auf die Wandervogelbewegung Einfluß zu gewinnen. Zunächst wandte man sich gegen Nikotin und Alkohol und erreichte dadurch eine Sprengung des „Wandervogels" in verschiedene Bünde. Durch die von gleicher Seite künstlich der Wandervogelbewegung eingepflanzte Forderung, daß „Rauch- und Rauschgift" nicht nur auf den Wanderfahrten, sondern überhaupt gemieden werden müsse, wurde gerade in den Jahren vor dem Krieg der Verlust vieler guter deutscher Wandervögel erreicht, die diese Forderung nicht befolgen wollten. Zu den Freischaren und ihren Anhängern mit ihrem unklarem Programm einer Lebensreform war bereits im Jahre 1906 Wynekens „Freie Schulgemeinde Wickensdorf" hinzugetreten. Wyneken erstrebte eine Erziehung in voller zuchtloser Freiheit, unter Ausschaltung auch der elterlichen Autorität und Ablehnung allen Schulzwanges. Mit der Zeitschrift „Der Anfang" suchte er mit Geschick die Wandervogel in seinen Plänen zu beeinflussen. Vor allem richtete sich Wynekens Haß gegen die „Eltern- und Freundesräte", aus welche der Vorstand jeder Wandervogelgruppe gebildet wurde. Eine Menge anderer irgendwie ähnlich wie Wynekens oder die Freischaren gesinnter Gründungen erfolgte noch, bis am 11. und 12. Oktober 1913 der „erste freideutsche Jugendtag" auf dem Hohen Meißner von den Wandervogelbünden und allen den erwähnten Vereinigungen stattfand. Das Fest auf dem Hohen Meißner führte zum Bekenntnis der freideutschen Jugend in der Formel: „Die freideutsche Jugend will aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten." Das Wort „deutsch" wurde in der ganzen Formel vermieden. Zwei Richtungen blieben sich trotz der Einigungsformel gegensätzlich: die alte Wandervogelrichtung, eigenwüchsig voll Liebe zum deutschen Volk und Land, zum Teil sogar sehr stark antisemitisch, und die Wynekenrichtung mit dem Gedanken einer „Kulturerneuerung" und der wachsenden Lust zum verlierenden Problematisieren über den eigenen Menschen und die menschliche Gemeinschaft und einem internationalen und revolutionären Einschlag. Zur Wynekenrichtung fühlten sich bald auch jüdische Elemente hingezogen. Durch den Krieg minderte sich naturgemäß der Einfluß der Wandervogelrichtung auf die jungen Wandervögel, während die Wynekenrichtung auf das junge Geschlecht gerade in den letzten Kriegsjahren immer stärker wurde. So kam es, daß Wandervögel der Wynekenrichtung nicht mehr ins Feld rücken wollten und an der Revolution und dann sogar an der Münchener Räterepublik teilnahmen. Von

der vaterländischen Richtung aber waren inzwischen viele der Besten gefallen. Die Eltern wurden durch die Wynekenrichtung allmählich völlig aus dem Wandervogel hinausgeekelt. Zur letzten großen Auseinandersetzung kam es auf dem Führertag zu Jena an Ostern 1919. Die Linksradikalen, welche den Bolschewismus verherrlichten, die Sozialisten, die nur von der Menschheit sprachen, ohne an das Deutschtum zu denken, und die Völkischen, welche durch die Arbeit für das deutsche Volk an der Menschheit arbeiten wollten, standen sich gegenüber. Dazu hatte man Führer der proletarischen Jugendbewegung geladen, welche in erregten Worten zum Kampf für das Proletariat aufforderten. Nach vielem Reden und Problematisieren ging man auseinander, die einen um für, die anderen um gegen die Räterepublik zu kämpfen, die dritten unklar abseits stehend. Die Freideutsche Jugend und mit ihr der Wandervogel war innerlich zerfallen.

Aber schon hatte sich mit frischer Kraft eine deutsche Bewegung entfacht, der Jungdeutsche Bund. Die alte Wandervogelrichtung und vieles, was ihr nahe stand, fand sich in ihm wieder. Am 4. und 5. August 1919 fand der jungdeutsche Tag auf Burg Lauenstein statt. Klar sind gegenüber dem freideutschen Problematisieren und Internationalisieren die jungdeutschen Ziele gezeichnet:

„Wir Jungdeutschen wollen aus der Kraft unseres Volkstumes eigenwüchsige Menschen werden.

Unter Überwindung der äußeren Gegensätze eine wahrhafte Volksgemeinschaft aller Deutschen schaffen.

Und ein Deutsches Reich als Grundlage und Gestalt unseres völkischen Lebens aufbauen helfen."

Das sind Ziele, die jeder Burschenschafter bekennen und unterstützen kann. Tatsächlich haben an dem jungdeutschen Tag auch Burschenschafter und Angehörige manch anderer vaterländischer Verbindungen teilgenommen. Jungdeutsche waren es auch, die durch die Gründung der „Fichte-Hochschulgemeinde" eine wirksame Beteiligung der Nichtinkorporierten am Berliner Hochschulring erreichen konnten. Gewiß sind die Hochschulringe nicht die einzigen nationalen parteifreien Zusammenschlüsse auf den deutschen Hochschulen. Es sei nur an den Bund zur Hebung des nationalen Gedankens, den ein Burschenschafter gegründet hat, an die nationalen Arbeitsgemeinschaften erinnert. Aber alle diese Strömungen sollen während des Göttinger Studententages einheitlich zusammengefaßt werden. Ein hohes Ziel scheint näher gerückt, durch Hochschulring und Jungdeutschen Bund die Einigung der vaterländischen, völkischen Studentenbewegung mit der gesamten übrigen völkischen Jugendbewegung: eine einzige deutsche Jugend.

Leider schiebt sich jedoch zwischen die Einigung der Studentenschaft eine unnatürliche Organisation störend hinein: der „Allgemeine deutsche Waffenring".

Der „Allgemeine deutsche Waffenring" geht zurück auf das „Marburger Abkommen", welches im Jahre 1914 zwischen der Deutschen Burschenschaft, dem Kösener S. C., der Turnerschaft und der Landsmannschaft mit zunächst zweijähriger Gültigkeit geschlossen wurde. Dieses Abkommen bezweckte lediglich die Aufhebung der gegenseitigen Verrufe und die Bekämpfung von Tatbeleidigungen. Auf Grund des Abkommens erfolgte an den einzelnen deutschen Universitäten die Gründung von „Waffenringen" oder „Lokalkartellen", mit dem ausschließlichen Zweck der Erledigung von Ehrenangelegenheiten. Der „Studententag" im Januar 1918 zu Jena ließ nun infolge seiner ungeschickten Vorbereitung und eines Rattenkönigs von Mißverständnissen die Meinung entstehen, es sei ein Kampf gegen die genannten vier Verbände geplant. So entstand unter den anwesenden Vertretern der Waffenringe der Wunsch nach einem Zusammenschluß zu einem allgemeinen deutschen Waffenring auf der Grundlage des Marburger Abkommens, d. h. nach einem dauernden Zusammenschluß der Verbände zur gemeinsamen Erledigung von Ehrenangelegenheiten. Durch eine Fühlungnahme mit anderen studentischen Richtungen erwies sich jedoch der in Jena entstandene Eindruck, als sei ein Kampf gegen das Waffenstudententum geplant, als irrig. Den burschenschaftlichen Vertretern auf dem sogenannten „Waffenstudententag" in Jena am 25. und 26. Mai gelang es, die Zurückziehung aller weitergehenden Pläne und die Einsetzung lediglich eines Arbeitsausschusses zu erreichen, welcher mit dem Sitz in Berlin aus Vertretern der einzelnen Verbände bestehen sollte und die Aufgabe hatte, eine Stellungnahme der Verbände zur Frage des Allgemeinen deutschen Waffenrings herbeizuführen. Die Deutsche Burschenschaft teilte dem Berliner Arbeitsausschuß auf Grund der Burschentagsbeschlüsse vom 28. Juli 1918 mit, daß die Deutsche Burschenschaft endgültige Stellung erst auf dem ordentlichen Burschentag nach dem Krieg nehmen könne, sich aber grundsätzlich für einen Zusammenschluß aller auf dem Boden der unbedingten Genugtuung stehenden Verbände nach den Richtlinien des Marburger Abkommens, d. h. zur gemeinsamen Regelung von Ehrenangelegenheiten, und für die Bildung eines Ausschusses durch die Verbände ausspreche, welcher dieser Regelung dienen und über den örtlichen Waffenringen stehen solle. Der Berliner Ausschuß schenkte dieser Stellung der Deutschen Burschenschaft keine Beachtung und schlug im Januar 1919 entgegen einem Einspruch der Burschenschaft die schriftliche Gründung eines „Allgemeinen deutschen Waffenrings

(A. D. W.)" aus den örtlichen Waffenringen unter Ausschaltung der Verbände mit der Zuständigkeit auch zur Behandlung studentisch-politischer Fragen vor. Für die Zugehörigkeit zu einem örtlichen Waffenring sollte in Zukunft unbedingte Genugtuung, Bestimmungsmensur und Farbentragen maßgebend sein. Die Gründung kam durch die Ablehnung von seiten der Burschenschaft nicht zustande. Nun gab der Berliner Ausschuß am 13. Juni 1919 einen neuen Satzungsentwurf für den A. D. W. aus, nach welchem Mitglied des A. D. W. jeder örtliche Waffenring werden konnte, „der sich ausschließlich aus solchen Verbindungen zusammensetzt, welche auf dem Standpunkte der unbedingten Genugtuung stehen". Als Zweck des A. D. W. wurde in einer äußerst dehnbaren Fassung bezeichnet: „Aufrechterhaltung der alten Bräuche und eines honorigen Tones an den deutschen Hochschulen", insonderheit „Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen all derjenigen Studenten, die bereit sind, Angriffen auf ihre Ehre mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten". Der Zweck konnte durch Beschluß des A. D. W. mit Dreiviertelmehrheit geändert werden. Außerdem sah der Satzungsentwurf Bestrafung des einzelnen Waffenrings von der Geldstrafe bis zur Ehrenstrafe des dauernden Ausschlusses vor. Die Deutsche Burschenschaft lehnte auf dem Burschentag vom 3. bis 6. August 1919 die Beteiligung an einem A. D. W. einstimmig ab, welchem dieser Satzungsentwurf zugrunde liegen würde. Sie beschloß, ein Abkommen aller unbedingte Genugtuung gebenden Verbände zur Regelung von Ehrenangelegenheiten vorzuschlagen, das die Einsetzung eines Ausschusses aus je einem Vertreter der beteiligten Verbände als eines obersten Schiedsgerichtes zur Erledigung von Streitigkeiten zwischen den beteiligten Verbänden und den Waffenringen vorsah. Das Abkommen sollte sich nur auf die Gegenstände des Marburger Abkommens erstrecken. Der „Waffenstudententag" in Jena am 7. August lehnte den Vorschlag der Deutschen Burschenschaft ab und beschloß die Gründung eines „A. D. W." auf Grund des Berliner Junientwurfes. Die Deutsche Burschenschaft lehnte die Teilnahme ab. Auch der Weinheimer S. C. der Korps an den Technischen Hochschulen beteiligte sich damals nicht. In neuen Verhandlungen, welche der A. D. W. im Frühjahr 1920 mit der Deutschen Burschenschaft geführt hat, schlug er vor, die Strafbestimmungen fallen zu lassen und neben den örtlichen Waffenringen den Verbänden eine gleiche Anzahl Stimmen im A. D. W. zuteilen zu wollen.

Grundsätzliche Erwägungen sprechen gegen den A. D. W. und hindern die Deutsche Burschenschaft daran, an ihm teilzunehmen. Es geht aus der Vorgeschichte des A. D. W. hinreichend klar hervor,

ist überdies wiederholt mündlich und schriftlich von den Anhängern des A. D. W. zum Ausdruck gebracht worden, daß der Zweck des A. D. W. „Betätigung auf dem Gebiete allgemein-studentisch-politischer Fragen materieller wie ideeller Natur" ist. In allen diesen Fragen kann der A. D. W. Beschlüsse mit bindender Kraft fassen. Die Deutsche Burschenschaft strebt nach dem Zusammenschluß aller wahrhaft Deutschen zur Rettung aus der schweren völkischen Not und als einer Vorbedingung für diesen Zusammenschluß wiederum nach dem Zusammenschluß aller vaterländischen Studenten zu gemeinsamer deutscher Arbeit. Deshalb die Anregung an die studentischen Verbände zu gegenseitiger Aussprache und Anregung, deshalb die Mitarbeit in den Hochschulringen! Durch den A. D. W. aber werden innerhalb der vaterländischen Studentenschaft neue abschließende Schranken errichtet. Große studentische Richtungen, wie Schwarzburgbund und Wingolf, über deren vaterländische, völkische Gesinnung völlige Klarheit besteht, müssen außerhalb des A. D. W. verbleiben, weil sie die Genugtuung mit der Waffe aus Überzeugung ablehnen. Erst recht ist dem A. D. W. ein Zusammenarbeiten mit den nationalen Nichtinkorporierten unmöglich. Statt einer Einigung der deutschen Studentenschaft, bringt der A. D. W. eine neue Spaltung in Waffenstudent und Nichtwaffenstudent, während die einzige Trennung auf Deutschlands Hochschulen nur deutsch oder undeutsch, national oder vaterlandslos sein darf. Gemeinsam ist den Burschenschaften, Korps, Landsmannschaften, Turnerschaften allein nur die Bestimmungsmensur. So wenig die Bedeutung der Bestimmungsmensur als eines Mittels zur Bildung der Persönlichkeit, zur Stählung des Willens verkannt werden kann, so sehr muß es doch abgelehnt werden, die Bestimmungsmensur als Maßstab für den sittlichen, den vaterländischen Wert eines einzelnen oder einer studentischen Bewegung anzunehmen. Niemand in der Burschenschaft denkt an eine Abschaffung der Bestimmungsmensur. Aber es ist erfreulich, daß die Burschenschaft erkannt hat, daß es nicht die Bestimmungsmensur und nicht die unbedingte Genugtuung waren, durch welche sie schon einmal auf die Entwicklung des deutschen Volkes tief eingewirkt hat. Der Gedanke der Bestimmungsmensur, der Gedanke des „Waffenstudententums" ist keine Idee, auf welche man die deutsche Studentenschaft und das deutsche Volk einigen kann. Die Idee, auf welche sich die Einigung der deutschen Studentenschaft und des deutschen Volkes allein aufbauen kann und muß, und das Ziel all dieser Einigung ist Volkstum und Vaterland.

Ihnen muß alle Arbeit gelten, vor ihnen müssen alle Vorurteile weichen. Gewiß, es muß lange und hart gearbeitet und gekämpft

werden, bis das Ziel der Einigung unseres Volkes zu einer deutschen Gemeinschaft erreicht ist und bis der Einheit des deutschen Volkes die machtvolle Einheit eines großen, deutschen Reichs entspricht, und manchen mag wohl Verzagen befallen. Aber wir Burschenschafter glauben an das Deutschtum, sehen die Arbeit unseres kurzen, menschlichen Lebens in der Zukunft unseres Volkes verewigt. Wir stehen nicht allein mit Glauben und Arbeit. Folgen wir der Stimme des Gewissens. Kämpfen wir gemeinsam mit allen gleicher Gesinnung gegen die Not für die Einigung und Verinnerlichung des Deutschtums! Dann nahet aller Nacht zum Trotze doch der Tag!

Reichseinheit und organische Staatsgesinnung.

Von Dr. **Karl Hoffmann.**
(Germania-Jena.)

Auf einem frommen Bekenntnis zur deutschen Einheit beruht das Wesen der Burschenschaft. Aus diesem Gedanken ging sie hervor, und aus harten Bemühungen um seine Wahrheit und Wirklichkeit besteht ihre Geschichte und ihr gegenwärtiges Leben.

Aber für das heutige Bewußtsein wird die Frage der deutschen Einheit dadurch vervielfältigt, daß zwei verschiedene Probleme sich in ihr kreuzen und miteinander verknoten, nämlich das Problem des gegensätzlichen Verhältnisses zwischen Reichseinheit und Föderalismus und das Problem des gegensätzlichen Verhältnisses zwischen Zentralisation und Selbstverwaltung. Man kann diese Doppelheit der Fragestellung nicht leichthin vereinfachen und auf einen einzigen Gegensatz zurückführen, indem man wieder zwei geschlossene Begriffskreise annimmt, etwa „Unitarismus durch strenge Zentralisation der Verwaltungskräfte als nationale Staatseinheit" auf der einen und „ungehemmte Selbstverwaltung in freiem Föderalismus als unnationale oder national unzulängliche Reichsform" auf der anderen Seite. Man kann es deswegen nicht, weil der unitarische Gedanke zentralistischer Einheit seiner Herkunft nach ein französisch-demokratischer, jedenfalls undeutscher und somit im tieferen Sinne unnationaler Staatsbegriff ist, während die wesentlich deutsche Gemeinschaftsgesinnung sich gerade aus dem Triebe zur Selbstverwaltung ergibt, aus dem für die zusammenbindenden Kräfte des nationalen Gesamtlebens nur recht lockere bündische Verpflichtungsverhältnisse hervorgehen würden.

Zentralisation und Unitarismus kommen überein, da sie sich wechselseitig bedingen. Sie setzen beide in der Vorstellung die Idee einer absoluten Allmacht des Staates voraus. Diese Idee der Staatsallmacht aber wurde in ihrer vollkommenen Absolutheit hervorgerufen von der französischen Revolution, welche die Allmacht des souveränen Volkes auf den Staat an und für sich, der die Volkssouveränität gleichsam autoritativ darstellt, übertrug. Das wirkliche Gemeinschaftsleben, das aus einer solchen Art vom Staatsgedanken entsteht, muß sich auf

eine vorwiegend verstandesmäßige, mechanistisch eingestellte Geisteshaltung abstimmen. Denn die Mittelpunktsidee „Staat an und für sich" ist ein begrifflich hingesetztes Abstraktum, dem als Träger der Allmacht auch wieder bloß eine Denkbarkeit oder Fiktion, eben die Fiktion des souveränen Volkes, d. h. die gedachte Summe sämtlicher einzelner, zugrunde liegt; und die tatsächlichen gemeinschaftsbildenden Kräfte werden aus dieser abstrakten Idee heraus sozusagen nachträglich durch die logische Verkettung von Grund und Folge und durch den Mechanismus zahlenmäßiger Wirkungen in schematischen Vollziehungsweisen abgeleitet: durch das formale Schema des Gesetzgebungsapparates im Parlament, das nach einem rechnerischen Wahlverfahren die bloße Denkbarkeit der Volkssouveränität handgreiflich vertritt, und durch das formale Schema des Verwaltungsapparates, der die rechnerisch hergestellten Gebote dieses parlamentarischen Wesens als vermeintlichen „Willen des Volkes" ausführt, in der inneren Gliederung des Gemeinschaftslebens vorhandene Unterschiede und Abstufungen grundsätzlich nicht anerkennt und statt dessen von einem einzigen Ausgangspunkte als Zentralstelle aus von oben nach unten gleichartig vorgeht.

Jedoch im Selbstverwaltungsgedanken entfalten sich die gemeinschaftsbildenden Kräfte von unten nach oben. Auf Grund von naturhaften Gegebenheiten, wie z. B. Familie, Stand, Gemeinde, Gau oder Landschaft, Stammesverband usw., findet eine Gliederung von körperlichen Selbstverwaltungseinheiten statt, woraus sich im schichtweisen Aufbau erst als letztes Ergebnis das Ganze des Staates oder Reiches einstellt. Ein organismusartiges inneres Gefüge tritt an die Stelle der formalrechtlichen mechanischen Gleichförmigkeit der äußeren Staatsgewalt. Dieser organische Staats- und Gemeinschaftsgedanke hatte sich in den politischen Gestaltungen des deutsch-germanischen Mittelalters, im Stufenbau der Lehnsverfassung des älteren Reiches sowohl wie im körperschaftlichen Standesleben der späteren Jahrhunderte, am ursprünglichsten bewahrheitet. Bei ihm ist das leibhaftige Gemeinschaftsgefühl des tatsächlichen Daseins unmittelbar stärker, während in der mechanistischen Staatsidee und durch sie das politisch-vernunfthafte Einheitsbewußtsein sich kräftiger entwickeln läßt. Hierin sitzt vielleicht der tiefste Kern des Problems.

Bei näherem Hinsehen war der absolute Staatsbegriff kein freies und selbständiges Erzeugnis der revolutionären Demokratie, sondern diese hatte ihn vom absolutistischen Staate her beibehalten und weitergebildet. Es liegt schon in der Bezeichnung der Wörter. Im Bereiche der abendländischen Kultur entdeckte der Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts die Idee „reiner Staat", da der absolute Monarch durch seine Person den Gedanken vom unbedingten Staate versinn-

lichen und umgekehrt die Absolutheit dieses Staates den Monarchen mit seiner schrankenlosen Macht rechtfertigen sollte. Die Bedeutung der französischen Revolution hat zum entscheidenden Teile mit darin beruht, daß sie den Monarchen als ausschließlichen Inhaber einer solchen objektiven Geltung des Staatsbegriffes beseitigte und statt seiner die Volkssouveränität einsetzte. Jedoch den objektiven Staatsbegriff selbst mit der Anlage seiner Verwaltungseinrichtungen fand sie bereits vor. Durch diesen objektiven Staatsbegriff aber, wie er mit dem monarchischen Absolutismus entstanden war, wurde überhaupt erst der öffentlichrechtliche Charakter des staatlichen Lebens geschaffen. Das bedeutete einen unerhört wichtigen Vorgang. Denn die organische Auffassung vom Staate und der Gemeinschaft, die bis dahin vorgeherrscht hatte, kannte noch gar keinen Unterschied zwischen privatrechtlichen und öffentlichrechtlichen Geltungen.[1]) Sie vermochte beides nicht voneinander zu trennen. So war z. B. die Lehnsverfassung des Mittelalters, das Gerippe des damaligen Staatslebens, im Grunde genommen ein treppenartig gefügter Aufbau von persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen, der in der höchsten Person, im Kaiser und deutschen König, seinen Gipfel erreichte, oder modern ausgedrückt: ein aufgeschichtetes System von privaten Arbeitsverträgen.

Gerade diese innere Ungelöstheit in entgegengesetzte Begriffe macht das eigentümliche Wesen der alten Gemeingefühle im organischen Sinne aus. Hieraus vor allem ergibt sich ihre stoffliche Lebendigkeit, ihre Unmittelbarkeit und seelische Intensität, mit einem Worte: die Innigkeit des Lebens in der Gemeinschaft. Denn der Umstand, daß zwischen privatrechtlichen und öffentlichrechtlichen Werten nicht unterschieden wurde, bedeutete gleichzeitig, daß auch Recht und Pflicht noch nicht voneinander gesondert waren. Es galt vielmehr ein überaus enges wechselseitiges Bedingungsverhältnis von Pflichten und Rechten. Während durch die mechanistische Staatsidee zwischen beiden eine Spaltung stattgefunden hat in der Art, daß die Rechte des einzelnen, als seine eigenen Ansprüche an das Gemeinwesen, und seine Pflichten, als die Ansprüche des Gemeinwesens an ihn selber, sich gegenüberstehen, um bestenfalls nachträglich aneinander abgemessen werden zu können, blieb die organische Sinnesart stets der Wahrheit gewärtig, daß bestimmte Pflichten ohne weiteres, d. h. gleichzeitig und mit Notwendigkeit, entsprechende Rechte in sich enthalten und bestimmte Rechte entsprechende Pflichten. Pflicht und Recht waren wesentlich gleichbedeutend, und der einzelne geriet kaum auf den Einfall, beides auseinanderzunehmen, da sein persönliches Dasein und sein Leben in

[1]) Von grundlegender Bedeutung für die hier entwickelten Fragen ist das Buch von Ernst Krieck: „Die deutsche Staatsidee", 1917 erschienen bei Eugen Diederichs in Jena.

der Gemeinschaft sich unauflöslich miteinander verbanden. Beispielsweise wäre es einem mittelalterlichen Meister unmöglich gewesen, seine private Wirtschaftsexistenz und die Art seiner Daseinsführung und Arbeit aus den Lebensbedingungen der Zunft oder Gilde, in die er hineingestellt blieb, irgendwie herauszuheben. Er lebte durch seine Gilde oder Zunft, Stadt und Staatlichkeit, indem er zugleich *für* sie lebte. Dies aber, diese zusammengewachsene Verflechtung von Pflichten und Rechten und die aus dem Vollen der Person geschehende Leistung für die Gemeinschaft um deren Selbsttätigkeit willen, ist nichts anderes als Selbstverwaltung oder ihre tragende Kraft; und auf der Verwurzelung der Persönlichkeit im Gemeinwesen oder engeren Verbande beruht die „Freiheit" des Selbstverwaltungsgedankens. Durch ihr Walten in der Gemeinschaft ist die Persönlichkeit frei, weil hierdurch, durch ein solches Sicheingliedern aller und ihr tätiges Mitwirken, die Gemeinschaft zu einer *freien* Körperschaft wird, die „sich selber verwaltet".

Diese Ineinswirkungen des organischen Empfindens wurden von der mechanistischen Staatsauffassung zerstört. Besonders hat sie der absolute Staatsgedanke zerstört, indem er für sich den öffentlichrechtlichen Charakter erfand. Was er hierdurch an Genauigkeit und begrifflicher Bestimmtheit des staatlichen Wesens gewann, das büßte er mindestens ebenso sehr an stofflicher Fülle und Unmittelbarkeit, an seelischer Intensität der Gemeinschaftsgefühle im tatsächlichen Leben ein. Nun aber hat die französische Revolution den objektiven Staatsbegriff erst vollkommen ausgeführt, erst ganz objektiv, abstrakt und rein denkbar gemacht, da sie beim Träger dieses Begriffs die bloß gedachte Volkssouveränität für den absoluten Monarchen eintauschte. Denn mit der Entfernung der monarchischen Person wurde von ihr alles beseitigt, was immer noch im Absolutismus zur Unterlagerung der Monarchie an stofflich bestimmten oder ständisch gehaltenen Resten übriggeblieben war: die Dynastie, klassenhafte Betonungen zu ihrer Stützung und eingeborene landesständische Formen in der Gebietseinteilung des Staates. Hiermit jedoch hat die französische Revolution die Trennung zwischen öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Geltungen und die Unterschiedlichkeit von Pflichten und Rechten bis zum polaren Gegensatz angespannt und so die innere Auflösung der organischen Gemeingefühle vollendet. Nichtsdestoweniger wollte sie die politische Freiheit herstellen, obwohl die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der *Selbstverwaltungsfreiheit* von ihr selber unmöglich gemacht worden waren. Folglich mußte sie einen neuen Freiheitsbegriff schaffen. Sie schuf ihn im *republikanisch-parlamentarischen* Freiheitsbegriff.

Er bedeutet: In der Theorie bekommt jeder einzelne als gedachter

punktueller Teilhaber der Volkssouveränität die Summe aller staatlichen Rechte überwiesen, die er aber sofort an die reine Staatsidee als solche oder an die Staatsgewalt wieder abtreten muß, so daß sie für ihn — als tatsächlichen einzelnen — durchweg zu Pflichten werden; und wie nun die reine Staatsidee auf der gedachten Grundlage des souveränen Volkes durch das Parlament einen sinnbildlichen Ausdruck erhält, ebenso erhält die gedachte Teilhaberschaft des tatsächlichen einzelnen an der Staatssouveränität durch ein besonderes Recht, das sich auf dieses Parlament bezieht, einen sinnbildlichen Ausdruck: das Wahlrecht. Das Wahlrecht vertritt für den einzelnen seinen Anteil an der Gesamtheit der Staatsrechte, wie das Parlament die Summe sämtlicher einzelnen vertritt, welche wieder die logische Vorbedingung für einen souveränen Inbegriff der Staatsrechte ist. Hieraus ergibt sich: Die Wirklichkeit der Gemeinschaft im Staatswesen wird in die kreuzweise verlaufenden Züge einer Begriffshandlung auseinandergelegt oder durch diese, wenigstens für den seelischen Bau des privaten Empfindens, kunstmäßig hergerichtet; und dem einzigen politischen Rechte zur Wahl steht für dieses private Empfinden im unaufhörlichen Verwaltungsschematismus eine geschlossene Macht an Bekundungen der Staatsautorität gegenüber, die nur als etwas innerlich Lebloses, Feindseliges und Fremdes, als „Bureaukratie" gefühlt werden kann. Der parlamentarische Freiheitsgedanke ist rauschartige Illusion eines seltenen Tages neben ständiger Unterordnung, während der Freiheitsgedanke der Selbstverwaltungsidee eine frei-willige Einfügung in die sinnvollen Bindungen eines gegliederten Ganzen ist, damit dieses Gestalt werden möge.

Eines aber hat die Wirkung mechanistischer Auffassungsweise gegenüber der organischen Sinnesart dennoch voraus. Die schaffende Kraft der organischen Gemeingefühle liegt zuletzt darin, daß sie auf unerklärliche Weise und wie durch die innere Bedingtheit eines natürlichen Ereignisses Gemeinschaft erzeugen. Gemeinschaft ist einfach da und entwickelt sich, indem sie als vorhanden und als notwendig vorhanden erlebt wird. Sobald indessen die selbstverständliche Stärke dieses Erlebnisses, das unmittelbare Innewerden von etwas Gemeinsamem, nachläßt oder mehr und mehr aufhört, lassen auch die gemeinschaftsbildenden Kräfte nach und hören mehr und mehr auf. Je weiter die Kreise der Einheit, die gezogen werden sollen, ansteigen und sich zerdehnen desto matter wird die seelische Intensität, bis sie an einer unbestimmten Grenze allmählich versiegt. Das Verbindende läßt sich dann gleichsam nur noch erdenken und durch Überlegung ersichtlich machen. Hingegen die mechanistische Staatsidee arbeitet ohne weiteres durch einen verstandesmäßigen Zwang, den sie auf begriffliche Überlegungen ausübt. Sie besteht aus diesem begrifflichen Zwang. Daher richtet sie gewisser-

maßen in den höheren Lagen der Einheitsbildung leichter etwas aus, womit der Fall eintreten kann, daß sie nachzuhelfen hat oder daß überhaupt hinter jener Grenze die organischen Empfindungen von ihr ersetzt werden müssen. Die bloße Begriffsaufstellung des reinen Staates erhöht sich somit zu einer politisch positiven, gedanklichen Kraft.

Es ist daher nicht zu leugnen, daß auch für die wirksame Energie der deutschen Einheit ein lebhaftes Einströmen von Elementen der mechanistischen Sinnesart förderlich und gradweise notwendig sein würde. Doch muß zugleich festgehalten werden an der Erkenntnis, daß der parlamentarisch-demokratische Gedanke und der körperschaftliche Selbstverwaltungsgedanke zwei grundverschiedene politische Freiheitsgedanken sind; es wäre ein Widerspruch in sich selbst, echte Selbstverwaltung durch parlamentarisch-demokratische Formen erwirken zu wollen. Aus einem solchen Mißverständnis, besser gesagt aus dem Irrtum, als ob parlamentarisch-demokratische Freiheit gleichbedeutend sei mit politischer Freiheit überhaupt und an sich, entstand nun bei uns in Wechselwirkung mit einer richtigen Einsicht in jene Notwendigkeit im vorigen Jahrhundert das „unitarische Ideal" eines zentralistischen Einheitsstaates auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage: das Ideal der absolut durchgeführten deutschen Staatseinheit in Freiheit und Gleichheit. Mit anderen Worten: Da man in den mittleren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der Weltmode längst die politischen Freiheitswerte des Selbstverwaltungsgedankens vergessen und jedes Gefühl für die deutsch-germanischen Werte organischer Gemeinschaft eingebüßt hatte, so erlagen damals die Extremisten in gewissen Kreisen der deutschen Einheitsbewegung, die gleichzeitig extremistische Vertreter der demokratisch-parlamentarischen Bewegung der Weltmode waren, den Eindrücken ihres Vorbildes in Frankreich, um glattweg die französische Staatsidee mit dem Ideal der einen unteilbaren Republik zu übernehmen und auf das deutsche Ziel anzuwenden. Das ist sozusagen der geistesgeschichtliche Fußpunkt des deutschen Unitarismus, dessen letzte Folgerichtigkeiten weder von den bureaukratisch-zentralistischen noch von den demokratisch-parlamentarischen Formen der mechanistischen Denkart getrennt werden können.

In der Gegenwart und für die Zukunft — worauf es allein ankommt — verhält es sich folgendermaßen. Die dazwischenliegende Zeit der neueren Reichsgeschichte hat mit ihrer unwillkürlichen Erweckung volkstümlicher Triebe, gewissermaßen einfach durch ihre naturgemäßen Charakterwirkungen, dem deutschen Nationaldasein die Werte eines organisch eingestimmten Gemeinsinnes allmählich wieder zum Bewußtsein gebracht. Daraus haben sich veränderte Gesinnungsarten entwickelt. Und dann wurde neuerdings das politische Seelenleben der

Deutschen durch die Folgen der Revolution in seinen letzten Tiefen aufgerührt, wodurch die Selbstverwaltungsinstinkte, bloßgelegt und durcheinandergeschleudert, in den mannigfachsten Äußerungsweisen an die Oberfläche gelangten: zunächst als Rätegedanke, der in verschiedenen Formen sich offensichtlich von seiner russischen Abstammung freimachen will, um freilich an anderen Stellen von einem eingeflößten „Parlamentarismus" überwältigt zu werden (z. B. Betriebsrätegesetz, Elternbeiräte), ferner in den Bildungen der Arbeitsgemeinschaft der Industrie, in den Bestrebungen zur Kammer der Arbeit und berufsständischen Vertretung, in der Bewegung des Landbundes und in der teilweise eigenstaatlich gerichteten Stammesbewegung, die nicht immer und jedenfalls nicht ohne weiteres mit „Separatismus" gleichgesetzt werden darf. In allen solchen Erscheinungen haben wir ein dumpfes Sichoffenbaren der gestalterischen Anlagen im politischen Charakter unseres Volkes zu sehen, von denen das unitarische Ideal der Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht mehr oder noch nicht etwas wußte. Gerade für die Problemlage der heutigen Zeit wird damit eben die allgemeingültige Idealhaftigkeit dieser Idee recht eigentlich in Frage gestellt. Wollte man nichtsdestoweniger unbeirrt an ihrer Zweifelfreiheit und allgemeingültigen Bedeutung festhalten und sie politisch durchzudrücken versuchen, indem man jene beiden Begriffskreise, die eingangs gekennzeichnet wurden, starr ausführt und einander gegenüberstellt als den allein maßgebenden Gegensatz, so würde das nichts anderes heißen als dies: Die Aufgabe der deutschen Einheit habe sich zu erfüllen durch eine gänzliche Ausschaltung des Selbstverwaltungsgedankens und überhaupt der organischen Triebkräfte, somit habe sie sich in einer Weise zu erfüllen, die dem natürlichen Gestaltungsverlangen des deutschen politischen Charakters durchaus widersprechen müsse, während die volle Auswirkung und Sättigung dieses uns volkstumhaft angeborenen Charakters niemals zu einer haltbaren und ausreichenden Einheitsform unseres nationalen Lebens hinführen könne.

* * *

In der Tat hat die innere Tragik der deutschen Geschichte zum wesentlichen Teile darin ihren Grund, daß die Erarbeitung der nationalen Aufgabe schon auf ihrer ersten bauenden Stufe, die eine bestimmte und herbe, gebieterische Einheitsform des staatlichen Lebens schafft, und ein hemmungsloses Befolgen der eingeborenen gemeinschaftssinnigen Veranlagung zueinander im Widerspruch stehen. Das triebhafte Wachsen der politischen Gefühle und die pflichtmäßige Staatsgesinnung geraten in Hader und widerstreiten sich. Nun aber ist der Wille zur Erfüllung der nationalen Einheitsaufgabe am Ende

nicht bloß ein Ergebnis mechanistischer Auffassungsweise, sondern in seiner feinsten seelischen Stärke und Kraft ist er ein sittliches Gebot, das Forderungen stellt, und darum ebenso eine Notwendigkeit, wie der drängende Hang, dem angeborenen Wesen gemäß ein eigentümliches Leben zu bilden, eine Notwendigkeit ist. Zwischen diesen beiden Notwendigkeiten, der sittlichen und der natürlichen, zwischen Pflicht und Neigung oder Talent muß ein Ausgleich und eine Einigung erfolgen. Wir haben diesen Ausgleich in der bundesstaatlichen Entwicklung zu sehen. Schon hieraus ergibt sich, daß die bundesstaatliche Entwicklung mit dem absoluten Föderalismus nicht schlankweg übereinstimmt, eigentlich nicht ganz übereinstimmen kann und mit ihm nicht verwechselt werden darf. Denn die Einigung läßt sich eben deshalb, weil sie das Unauflösliche eines ideellen Gegensatzes zu bewältigen hat, überhaupt nicht mit Eindeutigkeit in zu Ende geführten ideellen Formen vollziehen, weil dann kein wirklicher Ausgleich stattfände. Sie kann nur durch das praktische Handeln der Politik geschehen, im tatsächlichen Verlauf und als tatsächliche Leistungen. Solche Leistungen setzen lebendige, innerlich positive Staatskräfte voraus, die es irgendwo, zum mindesten in einer Art Vorbildung, bereits geben muß, damit sie sich im Hinblick auf die „Reichseinheit" und die nach innen gewendete „Freiheit" entfalten oder auswerten lassen. Das bedeutet mehr als die unversehrte Idealität jener sich entgegenstehenden Normen.

Die bundesstaatliche Bewegung ist geschichtlich eingestellt und fühlt sich dadurch bedingt. Sie erzeugt Geschichte und bringt sie vorwärts, während sie zugleich immer in Abhängigkeit bleibt von den Daseinsbeständen, die sie Akt für Akt vorfindet in der Hinterlassenschaft der gerade versinkenden, zur Vergangenheit werdenden Zeit. Dieses Bedingtsein durch den Gang der Geschichte unterscheidet den echten bundesstaatlichen Sinn nicht allein von der unbiegsamen Begriffshärte des zentralistisch-unitarischen Einheitsgedankens, sondern abermals von den lose gelagerten Einbildungen des reinen Föderalismus. Denn statt richtige geschichtliche Anschauung zu haben, nistet der Föderalismus mit Vorliebe in Empfindsamkeiten, wobei er gern das „Naturgemäße" und das „Historische" miteinander verquickt — wohlverstanden: nicht das Geschichtliche, sondern eben das Historische, d. h. das unwiederbringlich Gewesene, das längst tot ist und zum fortlaufenden „Geschehen" keine Fühlung mehr hat. Keineswegs aber trifft die unbehinderte organische Vorausbildung etwa möglicher politischer Gemeinschaften, die es auf natürliche Weise geben könnte und in ferner Vorzeit vielleicht einmal gab, stets mit den tatsächlichen Gliederungen zusammen, wie diese durch die Geschichte sich nun wirklich entwickelt haben. Für die jüngere Vergangenheit, aus der wir hervorgehen, und für die Gegenwart, deren Verhältnisse uns heute die nationale Auf-

gabe stellen, klafft beispielsweise bei den staatlichen Gliedteilen einer irgendwie durchgebildeten Reichseinheit das geschichtlich Gegebene und das von Natur wegen „organisch" Gegebene schroff auseinander. Man müßte erst die alten organischen Stammesverbände, die zum Teil schon in Aufregung geraten sind, mit einiger Künstlichkeit staatlich abformen und zu diesem Zweck von der Geschichte hinterlassene oder dargebotene Staaten auflösen. Dies wäre jedoch wieder eine unorganische Handlung. Gewiß hätte es in höherer Bedeutung einen organismusschaffenden Sinn, sobald daraus einheitsvollere Gebilde entstehen. Es liefe aber jeder produktiven Vernunft von Grund aus zuwider, wollte man sich allen Ernstes daran machen, der Phantasietätigkeit einer halb urtümlichen und halb naturwissenschaftlichen Schrulle zuliebe lebensfähige größere Gemeinwesen zu zerstören und auseinanderzuteilen, die positiv wirksame, lebendige Staatskräfte enthalten und deren Staatskräfte dem geschichtlich entwickelten und sich weiter entwickelnden Reichsgedanken förderlich sind und darum nötig sein müssen. Echte Bundesstaatlichkeit kann so etwas nicht wollen. Denn ihr Grundgedanke bleibt sich ständig seiner Verhaftung in die Lebenswirklichkeiten bewußt und voller Verantwortungsgefühl und Ehrfurcht gegenüber dem Geist der Geschichte.

Darum war die Bismarcksche Leistung nicht bloß eine mangelhafte oder betrügerische Abschlagszahlung an ein „Ideal" der Reichseinheit, sondern sie war politisch selbstverständlich gerade in ihrer Begrenzung und eine sittliche Notwendigkeit. Die Revolution hat sich über die Bismarcksche Leistung hinweggesetzt, um sie für immer ungültig zu machen. Ob ihr das ganz gelingen konnte, mag eine künftige Geschichtsschreibung entscheiden. Aber unter allen Umständen hat die Bismarcksche Reichsform ihre Bedeutung eines sachlichen Zwanges auf die Tatsachen verloren; denn sie ist nicht mehr da, und andere Auffassungen von der Reichseinheit haben die neue Verfassung bestimmt oder toben weiter in den Gemütern. In dieser mannigfaltigen Bewegung, die fortgeht und nicht im entferntesten daran denkt, sich bei der Weimarer Verfassung beruhigen zu wollen, sind nun für die deutsche Einheitsauffassung *vier Grundtypen* auseinanderzuhalten. Denn neben dem eigentlichen Föderalismus und dem alten Unitarismus gibt es gegenwärtig nicht eine, sondern *zwei bundesstaatliche* Gesinnungsarten, die zu unterscheiden sein würden. Diese beiden bundesstaatlichen Gesinnungsarten lassen sich allerdings in ihrer verschiedenen Selbständigkeit vielleicht am schwersten bestimmt einfangen und anschaulich machen. Überhaupt kommen die vier Grundtypen fast nirgends völlig unverletzt und ohne Mischungen vor. Ihre Zwischenstadien und Vermischungsverhältnisse überwiegen sogar für den oberflächlichen Eindruck. Dennoch ist es wichtig, sie herauszufinden und in den Hauptmerkmalen grund-

sätzlich zu sondern, weil ohne sie keine Klarheit in der Übersicht erbracht werden könnte.

Auch heute können wir die unitarische Idee des vorigen Jahrhunderts wiedererkennen, obwohl es einen reinen Unitarismus ohne Beeinträchtigung, als theoretisch ausgeführtes Programm, jetzt nicht mehr gibt. Es gibt ihn nur noch als maßgebende Denkweise: in der Empfindungswelt der entschiedenen Demokratie, in der sog. Reichstreue des Parteisozialismus, soweit dieser mit der Regierung zu tun hat, und in der Erzbergerschen Richtung. Doch überall zeigt sich das widerwillige Verständnis, daß es nötig sei, den heftigen Selbstverwaltungsbedürfnissen entgegenzukommen — vielleicht nur, um sie parlamentarisch einzukapseln. Erzberger ist ein wilder Unitarist. Aber er hat den sittlichen Ernst, der im unitarischen Gedanken steckt, mißbraucht zur Ausübung der von ihm gelenkten Diktatur einer mit der Straße verbrüderten Demokratie: Demokratie in der mechanisierenden, das mannigfache Leben einwalzenden Form; Diktatur durch die Allgewalt des parlamentarischen Regierungssystems, das seiner persönlichen Schlauheit gehorchte. Im sozialdemokratischen Bekenntnis zur vereinfachten Reichseinheit trifft das Klasseninteresse der Arbeiterpartei mit den starren bureaukratischen Regelungen zusammen, die sich aus dem Zentralismus ergeben. Oder genauer gesagt: das Parteiinteresse gleitet in diese Regelungen hinein, um sich durch sie zu befriedigen. Denn die parlamentarisch-bureaukratische Regierungsmethode bietet eine vorzügliche Handhabe dar, damit die Arbeiterpartei, sobald ihr die „Demokratie" erst einmal den Ausschlag zuspielte, eben im Namen der parlamentarischen Demokratie eine Einerleiheit zwischen Parteiamtlichkeit und Regierungsamtlichkeit einzurichten und so ihre programmäßige Einerleiheit überhaupt durchzuführen vermag. Unter den Parteidemokraten mag der Sinn für Selbstverwaltung noch am ehrlichsten sein. Das ließ der anfänglich geplante, allerdings nicht eingehaltene Grundgedanke des ersten Verfassungsentwurfes von Hugo Preuß deutlich merken, jener im Entwurf selbst schon aufgegebene Versuch einer straffen zentralistischen Reichsmacht für die staatstechnische und formalrechtliche „Zivilisation", die mit einer Sicherstellung des inneren Rechtes auf Selbstverwaltung in den Dingen der geistigen „Kultur" parallel gehen sollte.[1]) Nichts aber beweist so schön den konstruktiven Charakter der unitarischen Denkart, wie es diese begriffsfreudige Ehrbarkeit tut.

Der absolute Föderalismus tritt gegenwärtig als „großdeutsch-bündischer Gedanke" weit reiner und — in der nackten Idee — entschlußkräftiger auf. Er bleibt sozusagen in seine eigene Absolutheit ver-

[1]) Vgl. meine Schrift „Das Doppelgesicht der Revolution", S. 47—52, Leipzig 1919, bei Fr. Wilh. Grunow.

liebt. Und darum hat er auf die Wirksamkeiten der Politik doch nur einen geringfügigen Einfluß. Sobald er emportaucht aus der Geräuschlosigkeit bloßen Vereinslebens, wird er als Verschwörertum und Partikularismus beurteilt; viele wissen gar nichts davon, daß er eine zusammenhängende Bewegung[1]) ist, die über große Teile Deutschlands reicht, gemeinsame Bestrebungen hat und sich von einer neuen Bildung des Reiches ganz bestimmte Vorstellungen macht. Diese Vorstellungen entsprechen ziemlich genau einer gleichsam vegetativen Ausfaltung der organischen Gemeinschaftsgefühle der Deutschen, wie ich sie ab und zu anzudeuten versuchte. Die Bewegung ging vermutlich vom Hannöverschen aus, wo sich das dynastische Welfentum und das niedersächsische Stammesempfinden zu einer einheitlichen Stoßkraft verbanden; dann griff sie auf Süddeutschland über, wo sie Anhänger in Baden und Württemberg hat und die forscheren Gedankengänge des bayerischen Dr. Heim in ihr etwas Verwandtes erkannten; die Bewegung, der ohnehin altchristlich-mittelalterliche Züge eigen sind, traf gleichfalls mit den staatskatholischen Sonderbestrebungen im Rheinland zusammen, und heute hat sie ihren organisatorischen Hauptsitz in Hessen. Kassel scheint der Mittelpunkt des „Deutschen Föderalistenbundes" zu sein, dessen einzelne Mitglieder darüber hinaus in ganz Deutschland verstreut sind. Insgesamt ist dieser Bund nicht mehr und nicht weniger als ein organisierter Ausdruck der deutschen Stammesbewegung. Er erstrebt nach seinen Flugblättern „eine stammesgemäße Neugliederung Deutschlands unter Berücksichtigung des Volkswillens einzelner Stämme zu gemeinsamer Staatenbildung". Es wäre voreilig, in den Anhängern dieses Gedankens ohne alle Umschweife Verräter an der Reichseinheit zu erblicken (denn die Führer unter ihnen sind guten Willens und haben ein tief durchgebildetes deutsches Gefühl), wie es nachlässig wäre, wollte man die Gefahr unterschätzen, die im Programm des Föderalistenbundes — es enthält eine Art besonderer Reichsverfassung — für die Lebenskraft der tatsächlichen Reichseinheit liegt.[2]) Es überbietet die innere Berechtigung und organische Notwendigkeit der Selbstverwaltung weit über die Grenze hinaus, wo sie aufhört, wirkliche Selbstverwaltung zu sein, indem es den Gliedstaaten „ihre Selbständigkeit und Hoheit auf den Gebieten der Gesetzgebung" und der „Rechtspflege und ihres Rechtes" zurückgibt. Solch ein Föderalismus hätte den Bundesstaat in einen Staatenbund umzuwandeln. Er ist in Wahrheit „real-

[1]) Diese Bewegung hat durch die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 in der „Christlich-föderalistischen Liste" wenigstens ungefähr eine entsprechende parlamentarische Vertretung gefunden.

[2]) Im Januarheft 1920 der Monatsschrift „Die Tat" (herausgegeben von Eugen Diederichs in Jena) steht dieses Programm mit 30 Paragraphen zu lesen.

tionär". Er schraubt die Nation zurück und löst sie wieder auf. Denn er betrachtet es (wörtlich) als größten Vorzug der Deutschen, ein „Volk von Völkern" zu sein.

Zwei Frontstellungen hat dieser Föderalismus. Seine eine Frontstellung richtet sich, wie es folgerecht ist, gegen die unitarische Zentralisierung, und die andere richtet sich gegen die Bismarcksche Tat. Schon das Stichwort „großdeutsch-bündisch" läßt eine altösterreichische Blickwendung bemerken. Hierdurch, mit diesem bewußten und gewollten, ja geradezu haßerfüllten Gegensatz gegen die Bismarcksche Reichsform wird nicht nur von neuem die Verschiedenheit des reinen Föderalismus vom bundesstaatlichen Gedanken bestätigt, sondern es tritt damit auch die ganze Einfalt einer wirklichkeitsfremden Ideologie hervor, welche meint, mit Leichtigkeit eine volle Geschichtsperiode überspringen zu können, die es kurz vorher gegeben hat, die stark einwirkte auf die Lebensart der Nation und die weiter wirken muß, weil es sie eben gegeben hat. Das führt zur dritten Hauptlinie in der deutschen Einheitsauffassung, welche am richtigsten als Bismarcksche Orthodoxie zu bezeichnen sein würde. Ohne Frage gibt es eine solche Strömung bei uns, wenn auch nur ungefähr, in ausschlaggebenden Stimmungen und in einer allgemeinen Sinnesrichtung und vielleicht nicht als festgelegtes, scharfes Programm. Sie kommt nicht über den Gedanken hinweg, daß es das beste wäre, wenn alles wieder genau so werden könnte, wie es einst war. Hier ist nun der Punkt, wo eine andere, ebenfalls bundesstaatlich verlaufende Richtung von diesem orthodoxen Verhalten zur Bismarckschen Reichsform getrennt werden muß.

Es wäre falsch, diesen vierten Grundtyp mit der inneren Anlage der Weimarer Verfassung — mit deren rechtlicher Geltung er sich einstweilen abfinden mag — schlankweg zu verwechseln, wie es noch falscher sein würde, in seinem Verhältnis zu Bismarck auch nur die geringste Spur irgendeiner Art von Gegensätzlichkeit erkennen zu wollen. Er trifft vielmehr mit jener Rechtgläubigkeit darin überein, daß er sich durchaus zu dem Wert der Schöpfung Bismarcks bekennt. Trotzdem aber bleibt er daneben selbständig und entwickelt sich weiter, weil er seine eigene bundesstaatliche Gesinnung entwicklungsmäßig versteht. Gemeinsam mit der Rechtgläubigkeit ist ihm die Abkunft: beide stehen bewußt, breit und sicher auf dem Boden des Bismarckschen Reiches. Doch die besondere eigenartige Bundesstaatlichkeit dieser vierten Gattung verharrt nicht dabei, sondern sie will die Bismarckschen Werte, die sie anerkennt, gerade damit bewahrheiten, daß sie durch praktische Politik sie geschichtlich verarbeitet. Der Glaube an die mythische Gestalt Bismarcks ist ihr eine seelische Grundlegung und keine dogmatisch bindende Norm. Auch ihr ist im letzten Innern der Gedanke vertraut, es wäre das beste gewesen, wenn alles sich so hätte entfalten können,

wie Er es schuf. Aber sie will über diesen Gedanken hinweg, weil sie weiß, daß es ohne ihr Zutun notwendig wurde, daß man darüber hinwegkommt. Denn ihr politischer Wille wird von dem Bewußtsein erfüllt, wie allseitig und durchdringend die Unmöglichkeit ist, geschehene Ereignisse — und sei es selbst eine zerstörerische Revolution — wieder rückgängig zu machen. Schließlich gilt es einem solchen Wissen um die Gewalt der Tatsachen dem Grundsatze nach gleich, ob man mit seinen Vorstellungen oder Urteilsmaßstäben unlustig und unbeweglich in den Zuständen der siebziger Jahre befangen bleibt oder ob man diese Bestrebungen und Vorstellungen schon an die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts anheftet.

Dieser Unterschied der beiden bundesstaatlichen Auffassungsweisen tritt mit einer gewissen äußeren Deutlichkeit in ihrer Stellung zur *großdeutschen Idee* hervor, soweit sie besonders die Frage des österreichischen Anschlusses betrifft. Während die Bismarcksche Orthodoxie sich hier etwas kühl zeigt und an manchen Stellen vielleicht sogar ausweicht, stimmt die vierte Richtung klar und zielfreudig zu. Sie teilt diese Zustimmung sowohl mit dem absoluten Föderalismus wie mit den unitarischen Lehrsätzen. Dennoch darf ihre Zustimmung zum Anschluß mit diesen beiden anderen nicht wesentlich gleichgesetzt werden. Denn gerade hier nehmen die beiden anderen bloß wieder Vorstellungen der Mitte des vorigen Jahrhunderts auf, um sie ungestört fortzuführen, und zwar der Unitarismus von den damaligen republikanischen Theorien aus, während die Föderalisten sich träumerisch in die bequemen „bündischen" Verhältnisse unter der ehrwürdigen Obhut Österreichs zurückdenken. Die bundesstaatliche Richtung in der vierten Hauptform des heutigen Einheitsgedankens urteilt indessen von der Gegenwart aus und auf Grund der sich entwickelnden Lage. Sie hat nämlich den einfachen Umstand begriffen, daß der kleindeutsche Gedanke allein deshalb, weil seine politische Voraussetzung (das Habsburgische Reich) nicht mehr vorhanden ist und darum nicht mehr gilt, durch den natürlichen Lebensbedarf der Nation aus deren eigenem Innern hervor sich mit Notwendigkeit ins Großdeutsche erweitert: Großdeutsch und Kleindeutsch seien keineswegs Gegensätze, sondern gewissermaßen nur zwei verschiedene Phasen eines und desselben Entwicklungsvorganges. Wie die kleindeutsche Form aus ihren veränderten Verhältnissen gleichsam erst jetzt die großdeutsche Idee lebendig hervorbringe, so nehme diese die wirksamen Kräfte der kleindeutschen Geschichtswahrheit in sich auf.

* * *

Überhaupt hat der vierte Grundtyp mit den drei anderen immer etwas gemeinsam und ist doch in seinem eigentümlichen Charakter von allen dreien verschieden. Wie er mit der Bismarckschen Orthodoxie

durch das geschichtliche Bekenntnis zur Bismarckschen Leistung vereinigt wird, so steht er in seiner starken Hingabe an die Idee der Reichseinheit nicht im geringsten hinter unitarischen Gedankengängen zurück, und mit dem Föderalismus verbindet ihn eine tiefe Innigkeit der Selbstverwaltungsgefühle. Aber das Besondere und ihm Eigentümliche, was ihn von den drei anderen Richtungen stets unterscheidet, ist dies. Er kennt keine Abhängigkeit von rein ideellen oder historisch gewendeten Bestimmungen, von Normen und Dogmen, sondern er läßt sich lediglich vom Wesen der Entwicklung bestimmen. Er führt diese von den Tatsachen her, um ihnen einen lebendigen Inhalt zu geben. Damit ist am Ende seine eigene Bundesstaatlichkeit entwicklunghaft bedingt und keiner absoluten Auffassungsart unterworfen. Sie waltet in der Wirklichkeit, um diese zu gestalten, und das eben auch jetzt. Sie begreift somit sich selbst nicht als unantastbare Allgemeingültigkeit, sondern als entwicklungsorganischen Vorgang, als Gesetzmäßigkeit der Zusammenhänge in der Bewegung.

Man darf mit einigem Recht sagen, diese vierte Strömung *entwicklungsbewußter Bundesstaatlichkeit* habe gegenüber der schroffen Einstellung auf die Bismarcksche Reichsform vor allem das eine voraus, daß sie gleichzeitig dem *Unitarismus* und dem *reinen Föderalismus mehr Verständnis* zuwende. Mit klarerem Sinn und tiefer dringt sie in die schaffende Gefühlsmacht des Selbstverwaltungsgedankens ein und schärfer auch erfaßt sie die Festigkeit und Bedeutung der Einheitsidee, als es zur Zeit Bismarcks überhaupt möglich sein konnte. Denn *Bismarcks Schöpfung* geschah mitten im 19. Jahrhundert und war angewiesen auf eine wesensgemäße Verwendung der Beschaffenheiten und Kräfte, die damals tatsächlich in ihrer Geltung bestanden. Damals aber bestanden die dynastisch begründeten Einzelstaaten Deutschlands noch mit ungebrochener Lebensenergie weiter, so daß sie sich einer entschiedeneren Bildung der Reichseinheit heftig genug widersetzt hätten; und da im übrigen das allgemeine politische Denken des 19. Jahrhunderts ganz überwiegend von der mechanistischen Staatsauffassung beherrscht war, so würde man eine unerschrockene Verwertung der versteckten organischen Gemeinschaftsgefühle — für die Bismarck persönlich eine starke Neigung empfand — auf jeden Fall schief verstanden und in verkehrtem Sinne ausgenutzt haben. Bismarck sah sich noch darauf verwiesen, „auf der Spitze eines Blitzableiters zu balancieren", wie er selbst einmal sagte. Er hat seine eigene Reichspolitik eingespannt in ein wechselseitiges Gegeneinander: Er beließ dem Reichsgedanken, den er teilweise der alten demokratischen Bewegung entnahm, seinen parlamentarisch-unitarischen Ausdruck und faßte ihn trotzdem im Kaisertum als etwas „Organisches" auf, als art-

gewollt, empfindungsschwanger und urtümlich-geschichtlich, um mit den organischen Lebensinstinkten des Volkes eine seelische Intensität der Reichseinheit wachrufen und diese gegen den mechanisierten Besund der widerstrebenden Einzelstaaten ausspielen zu können; und er tat dies, indem er zugleich das Beharrungsvermögen dieser einzelnen Staaten trotz ihrer mechanisch eingewöhnten Struktur ebenfalls zu etwas „Organischem", zum berechtigten Anspruch auf Selbstverwaltung ausstattete, um einerseits ihre dauerhafte Haltbarkeit gegen die innerlich zerlösenden Wirkungen der unitarischen Demokratie auszuspielen und sie andererseits durch den Zusammenschluß im Bundesrat zu einer Vernietung für die Reichseinheit selber zu machen. Das war freilich eine staatsmännische Kunst, die zuletzt vom Genie des einzelnen Mannes abhing. Doch Bismarcks Einsicht in die Vielfältigkeit der inneren deutschen Lage war so haarscharf und fein, daß er absichtlich jeden schnurstracks darauf losgehenden Weg vermied, von dem er wußte, wie leicht ein solcher von der Geschichtslinie unseres Volkes wegirren könnte.

Fast ist es ein Wunder, daß während und trotz der Revolution der Zusammenhang des Reiches doch einigermaßen hielt. Lag das an den fortgesetzten Wirkungen der von Bismarck eingerichteten Form dieses Reiches oder an der inneren Wesenhaftigkeit der Nation? An beidem lag es. Der durch Bismarck verlebendigte Reichsgedanke hat sich imstande gezeigt, über seinen eigenen Formenkreis hinaus die innere Wesenhaftigkeit der Nation so stark zu erwecken und durchzuprägen, daß ihr Einheitserlebnis — gleichsam unbewußt — eben in dieser Gestaltungsbahn wie von selbst weitergeht. Das sind die weiterwirkenden Werte der Bismarckschen Tat, die sich nicht ausrotten lassen. Da aber mit den Folgen der Revolution durch eine schäumende Gärung die tiefer ursprünglichen oder gedankenhaft spitzeren Kräfte in den politischen Umtrieben der Deutschen zu einem noch ungeklärten Bewußtsein kamen, so sollte es naheliegen, sie zu reinigen, stärker auszuwerten und für jene Gestaltungsbahn nutzbar zu machen.

Wir sagten schon, daß die entwicklungsartige Bundesstaatlichkeit zum mindesten ebenso wie der absolute Föderalismus des schöpferischen Sinnes in der Selbstverwaltungsidee und im organischen Gemeinempfinden inne geworden sei. Gerade deswegen, weil der vierte Grundtyp sich der wesentlich schaffenden Bedeutung dieser Innenmacht im letzten noch schärfer bewußt bleibt, entgeht er der anderen Gefahr, in eine ideologische Einseitigkeit auszugleiten. Damit unterscheidet er sich für die Praxis von der föderalistischen Richtung in dreierlei Hinsicht. Zunächst beschränkt er sein Verständnis nicht auf die Probleme der Staatsform, auf die Bildung der Gliedstaaten und ihr Verhältnis zum Reich, sondern er

erfaßt das Selbstverwaltungsverlangen vielleicht noch lebhafter im Wirtschaftswesen und im ständischen Leben, um es hier ohne Schaden für den Gedanken des Reiches und völlig innerhalb dieses Gedankens sich eigentätig stillen zu lassen. Zum zweiten erkennt er der landesstämmisch gerichteten Einstimmung bei der Abgliederung von Bundesstaaten nur dann einen Wert zu, wenn gegen früher ein wirklicher Fortschritt erreicht werden würde. Um es an einem drastischen Beispiel zu veranschaulichen: die Entstehung Groß-Thüringens erscheint ihm förderlich, während er die berüchtigte Zerschlagung Preußens nicht zugeben könnte. Und schließlich würde er bei den rechtlichen Abmessungen im Verhältnis der Gliedstaaten zum Reich mit bestimmter Sicherheit jene Grenze einhalten, wo die Selbstverwaltung aufhört, Selbstverwaltung zu sein, und sich wieder in staatliche Selbständigkeit, in Staatssouveränität der Außenwelt gegenüber verwandelt. Der Bundesstaatsgeist des vierten Grundtyps müßte die bildende Fähigkeit haben, daß es ihm gelänge, die organische Charakterhaltung bei den Einzelstaaten nach innen zu spannen und sich dort in der Echtheit von bloßen Selbstverwaltungsenergien auswirken zu lassen; nicht aber dürfte er diesem organischen Lebenstriebe gestatten, daß er sozusagen nach außen schlage, um in die Befugnisse der Reichsobergewalt einzudringen. Läßt man hierin jene eigenmächtige Ausbildung der korporativen Wirtschaftseinheiten und berufsständischen Gruppen einströmen, so könnte sich als innere Gestalt der Nation die schichtweise verschachtelte Durchgliederung eines organisch entfalteten Selbstverwaltungsgefüges ergeben, das am Ende in die gedankenkräftige Strenge und in die sittlichen Bindungen der Einheitsidee hineinwächst und somit in den „Unitarismus" einbiegt. Wie ist das zu verstehen?

Mit dem Unitarismus hat der bundesstaatliche Entwicklungsgedanke die Idee der Reichseinheit gemein, und zwar in ihrer absoluten Bedeutung. Der grundlegende Unterschied zwischen beiden aber ist dieser. Die Idee der Reichseinheit gilt dem Unitarismus als ein staatsrechtlich maßgebender, zu Anfang hingesetzter Begriff, der als ohnehin wirksam, gewissermaßen als bereits verwirklicht gedacht wird und aus dem, indem er gedacht wird, die verfassungsmäßigen Einrichtungen und Zustände im Reiche oder Staate glatt zu erfolgen haben. Eigentlich wird die Durchführung der schrankenlosen Reichseinheit selbst schon als vorhandene Einrichtung angenommen. Es findet eine Verwechslung statt zwischen der Tatsächlichkeit des Bestehenden und einem theoretischen Lehrbegriff, der vermöge übereilter Denkvorgänge für diese Tatsächlichkeit geltend sein soll, ohne daß sie mit ihm übereinstimmt. Dagegen für den Entwicklungsgedanken ist die Reichseinheit kein von vornherein gültiger Begriff, dem man mehr oder weniger willkürlich

eine unterbauende Tragkraft für die wirklichen Zustände beimißt, sondern er erschaut sie als Ziel. Stets hält er sich die uneingeschränkte Reichseinheit als ein letztes Ziel gegenwärtig, das erst verwirklicht werden soll, obwohl die endgültige Vollkommenheit dieses Ziels vielleicht unerreichbar sein würde. Seine lebendige Macht offenbart es, indem es das staatliche Handeln nötigt, sich ihm immer wieder, nach und nach, schrittweise und stufenartig annähern zu wollen. Es wäre etwa dasselbe, was die Mathematiker als asymptotische Annäherung bezeichnen: die bedingungslose Ineinsbildung der völligen Reinheit der unendlichen geraden Linie mit dem Verlauf des tatsächlichen Geschehens entfernt sich ständig von neuem und tritt niemals ganz ein, so daß die Annäherung selber in das Unendliche geht. Damit schafft sich die Einheitsidee aus einem staatsrechtlichen Lehrbegriff von selbst um in einen immerwährenden Entwicklungsvorgang, der sich nach einem Ziele richtet, in einen unaufhörlichen Verwirklichungsprozeß, der ein Streben ist und zweckhaft bestimmt bleibt. Dadurch aber wird sie, die Idee der Reichseinheit, nun erst wahrhaft zu einer „Idee", die als vollkommenes, als ein stetes ewiges Vorbild für das Leben in der Wirklichkeit erarbeitet werden soll. Und hiermit, indem der Einheitsgedanke in diesem Sinne zu einer Idee wird, erhebt er sich erst jetzt zur verpflichtenden Forderung eines Sittengesetzes, das dem praktischen Handeln Aufgaben stellt. Nicht in der staatstechnischen Zentralisation, sondern in der Unbedingtheit einer sittlichen Aufgabe, um die man zu ringen hat, beruht der absolute Charakter dieses Einheitsgedankens.

In der Tat könnte eine solche innere Versittlichung des Einheitsgedankens, die ihn gleichzeitig durch die Wirklichkeit der Entwicklungsverläufe in die Praxis der Politik umsetzt, eine Art von Synthese zwischen den Gesinnungsarten der mechanistischen Staatsidee und den organischen Gemeinschaftsgefühlen ergeben. Sie würde ergeben, was manchmal von anderen — die von dem Worte „Demokratie" nicht loskommen mögen — ungefähr eine sinnvoll gewordene und „organische" Demokratie mit dem Inbegriff der Aristokratisierung eines vergeistigten Sozialismus genannt worden ist. Das bedeutet: Halb bewußtlos, dunkel und trächtig an schaffenden Möglichkeiten entwickelt die treibende Gliederung in ihren geschmeidigen Unterschieden, Lagerungen oder Verzweigungen letzten Endes das „Volksganze", das durch sein Gedachtwerden im formalen Staatsbegriff entsteht als eine sittliche Idee seiner selbst; und hiermit schaltet es sich zu einer formgebenden Gedankenmacht um, wodurch die lose Biegsamkeit seiner Erscheinungsarten von oben her etwas Verfestendes, einheitliches Dasein, ein Bewußtsein der Verbindlichkeit in den Wechselverhält-

nissen und das Pflichtgefühl höchster Verantwortungen bekommt. Aus dem Volksganzen, das ein bloßes Ergebnis war oder eine Entfaltung, wird die staatliche Ganzheit und das bewußte Leben der leibhaften Volksgemeinschaft.

Wir dürfen uns vorstellen: Gleichsam rücklaufend fließen die zwingenden Bindungen aus der Ideenkraft „Staat an und für sich" in die organisch wachsenden Gestaltungstriebe hinab, um sie zu durchhärten und davor zu bewahren, daß ihre gemeinschaftsbildende Stärke im Steigen und in der Erweiterung an Säften verliert und ermattet. Umgekehrt schießt das Organismushafte, das nicht von außen her, sondern von innen herauf bindet und die wundervolle Vielgestaltigkeit des Lebens erzeugt, bis in die trockensten Formen des Staatsmechanismus hinaus, um ihre Einerleiheit abzustellen, um ihnen das Bureaukratische, das Kühle, Fremde und seelisch Feindliche zu nehmen und sie warm und herzlich zu machen. Aus einem natürlichen Aristokratismus in den Gemeinschaftsbildungen wird die verfeinerte staatsbewußte Gesinnung, und durch die Staatsgesinnung wird aus dem unmittelbaren Gemeinschaftsgefühl ein Bewußtsein sozialer Verantwortlichkeit bis zum letzten. Beides aber ergibt sich aus der Idee der Nation.

Soziale Zeitfragen.

Von Dr. **Arthur Fischer-Breslau.**
(Rugia-Greifswald.)

Sozialismus ist nicht „der Niederschlag der modernen sozialen Bewegung", wie Sombart in zu weiter Definition verwirrend sagt, sondern eine universalistische Anschauung, die eine Änderung der bestehenden Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung zum praktischen Ziele hat. Schon seit Plato und Aristoteles müht man sich ab, zu ergründen, welche Form des Zusammenlebens am besten geeignet ist, allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft die vollkommenste wirtschaftliche Versorgung zu geben. Solange man dabei einen Rechtszwang in irgendeiner Form als selbstverständlich voraussetzt, bleibt man im Gegensatz zum wissenschaftlichen Anarchismus — nicht zu verwechseln mit dem Anarchismus der Tat! —, der jeden Rechtszwang verwirft und die Möglichkeit des schrankenlosen Waltens jedes Einzelindividuums erstrebt, ohne Staat oder Gesellschaft oder das Recht des Rechts anzuerkennen.

So haben wir zwei Wirtschaftsformen herausgeschält: die eine mit Rechtszwang, die andere ohne Rechtszwang. Die erstere trennt sich nun wieder je nach der Behandlung des Eigentums in die individualistische, bei der das Privateigentum als Grundlage der Ordnung beibehalten wird, und die kollektivistische, die vom Gesamteigentum alles Heil der Menschheit erwartet. Aber auch bei der kollektivistischen Wirtschaftsform ist die Behandlung des Eigentums verschieden. Wird nur das Privateigentum am Grund und Boden verworfen, dagegen am Kapital und beweglichen Sachen beibehalten, so spricht man von Agrarsozialismus. Wird neben dem Gesamteigentum am Grund und Boden auch noch Gesamteigentum an allen Produktionsmitteln verlangt, d. h. an allen wirtschaftlichen Gütern, die zur Erzeugung neuer Güter erforderlich sind, also auch an Bergwerken, Fabrikanlagen, Maschinen, Rohstoffen, Halbfabrikaten, Werkzeugen, so hat man es mit Sozialismus in unserem Sinne zu tun. Er kennt mithin nur persönliches Einkommen aus körperlicher oder geistiger Arbeit, keinen Kapitalbesitz und keine Möglichkeit, sich ein Vermögen zu ersparen.

Doch läßt er ein Privateigentum an verbrauchbaren Sachen, wie Kleidern oder Büchern, zu. Auch dieses Konsumtibilieneigentum negiert der Kommunismus. Er verlangt also Gesamteigentum nicht nur an den Arbeitsmitteln, sondern auch an den Produkten aller Arbeit. Die Gesamtheit hat jedem, sogar möglichst gleichmäßig, ohne irgendeinen Unterschied nach seiner Mitarbeit an der Entstehung des Arbeitserzeugnisses die erforderlichen Genußmittel zuzuweisen!

Der Weg, um vom Individualismus zum Sozialismus zu gelangen, ist die Sozialisierung der bestehenden „kapitalistischen" Wirtschaftsordnung. Ihre Durchführung ist das wirtschaftliche Endziel der an sich rein politischen Partei der Sozialdemokratie. Sozialist und Sozialdemokrat wird oft gleichbedeutend gebraucht, es sind aber ganz verschiedene, voneinander völlig unabhängige Begriffe. Wohl ist jeder Sozialdemokrat auch Sozialist, aber noch lange nicht jeder Sozialist zugleich Sozialdemokrat. Denn manche Gelehrte haben sich dafür ausgesprochen, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft werden müsse oder infolge fortschreitender Entwicklung von selbst dem Gemeindeeigentum weichen werde, ohne doch politisch auf dem Boden der Sozialdemokratie zu stehen. Es genüge, an Rodbertus-Jagetzow oder Fichte zu erinnern. Richtig ist auch nicht die Erklärung des Anarchisten Proudhon: „Sozialist ist jeder, der nach der Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände strebt." Sonst gäbe es wohl kaum einen Menschen, der nicht Sozialist wäre!

Zur Klärung der Begriffe muß ferner der Staatssozialismus kurz gestreift werden. Er hält am Privateigentum der Produktionsmittel grundsätzlich fest, gesteht aber dem Staat weitgehende Eingriffsrechte da zu, wo sich in Einzelfällen grobe Mißstände zeigen, namentlich zum Zwecke der Schaffung besserer Lohnbedingungen oder genügenden Arbeiterschutzes. Die als Verunglimpfung gedachte Bezeichnung dieser Sozialreformer mit „Katheder-sozialisten" ist zu einem ehrenvollen typischen Kennwort für die Träger dieser Idee geworden, zu denen Adolf Wagner, v. Schmoller, Conrad, Lexis, Held u. a. gehören.

Nach der Begründung und Rechtfertigung der sozialistischen Systeme scheidet man sie in zwei Hauptgruppen: erstens in den älteren sogenannten „rationellen" oder „ideologischen" und zweitens in den jüngern sogenannten „wissenschaftlichen" Sozialismus. An ersterem war das Allbeherrschende „der Glaube an die Aufklärung, an die Macht des Wissens vom Guten". Welt und Menschheit waren an sich gut, und erst durch die verkünstelte Organisation der Gesellschaft ist das Unglück für den Menschen hereingebrochen. Zurück zur Natur, zur Belehrung und Bekehrung der Widerstrebenden; die soziale Frage ist eine Frage des Wissens, der Erkenntnis. Die Vernunft muß siegen, nicht Politik oder

Klassenkampf oder Gewerkschaftsmacht. Wegen dieser Überschätzung der Vernunft, der ratio, ihr Name. Da sie die gemeinen Triebfedern des Lebens, Selbstsucht und Eigennutz, völlig verkennen, sind ihre Folgerungen nicht zu verwirklichen, d. h. Utopien. Man faßt diese Campanella (civitas solis), Morelly, Cabet, Babeuf, Fourier, Saint Simon, Bazard, Enfantin, Considerant, Owen, Bellamy (Rückblick aus dem Jahre 2000) deswegen und nach dem Werke des ersten von ihnen, Thomas Morus, „de optimo reipublicae statu deque nova insula Utopia", auch als Utopisten zusammen.

Trotz ihrer oft großen Gedanken — praktisch versucht wurden die „Arbeitsaustauschbank" und die heute noch blühenden „Konsumvereine" — hatten sie, da sie wenig greifbare Vorteile boten, kaum einen Einfluß auf die Kreise der Arbeiterschaft, die erst Ferdinand Lassalle mobil zu machen verstand. Er predigte einen strengnationalen Sozialismus unter dem Schutze eines starken Staates, „der die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln hat" und „das heilige Vestafeuer der Kultur hütet". Bismarck sagt von ihm, „seine Idee war das deutsche Kaisertum; seine Gesinnung war monarchisch durch und durch". Obwohl er als der Vater der Sozialdemokratie gilt, hat sich diese doch von allen seinen Lehren entfernt.

Die moderne Sozialdemokratie steht einzig auf dem Boden von Karl Marx und Friedrich Engels. Mit Recht sagt Bovensiepen: „Sozialdemokratie ist angewandter praktischer Marxismus." Viele seiner Lehren, von denen der historische Materialismus, die Klassenkampftheorie, die Wert- und Mehrwerttheorie, die Konzentrationstheorie, die Akkumulationstheorie, die Verelendungstheorie, die Krisen- und Zusammenbruchstheorie besonders hervorgehoben seien, sind durch die Entwicklung zum großen Teil widerlegt worden und erscheinen unhaltbar, schon weil sie allein das „Kapital" (seine Hauptschrift), nicht aber auch den Grund und Boden in Rechnung ziehen. Aber Marx bleibt doch einer der größten „Anreger und Bahnbrecher der Wissenschaft und noch mehr der ganzen Menschheitsgeschichte" (Bovensiepen). Denn auf ihm baut sich der internationale Sozialismus auf und die ganze moderne Arbeiterbewegung.

Die „utopistisch-revolutionäre Weltanschauung", wie sie sich besonders in seinem „Kommunistischen Manifest" dartut, hat Marx später überwunden zugunsten einer „evolutionistischen realistisch-historischen". Auf jener Anfangsstufe aber basieren die Russen Lenin und Trotzki und ihr Bolschewismus, den die deutschen Spartakisten „mit einer ans Pathologische grenzenden Genauigkeit nachäffen" (Sombart). Ihr politisches Grundgesetz ist die Diktatur des Proletariats, ihr wirtschaftliches die rascheste Sozialisierung von

Banken, Großindustrie, Grund und Boden, Abschaffung des Geldes durch „regelmäßige Verteilung des Produktes auf Grundlage einer Registration der Bedürfnisse und Vorräte“ (unser Kartensystem!), entschädigungslose Enteignung der Hausbesitzer, Aufhebung der Einzelhauswirtschaft, Verstaatlichung des auswärtigen Handels. Das Ergebnis ihres zum großen Teil durchgeführten Programms ist die Vernichtung der blühenden russischen Volkswirtschaft, die Verelendung des ganzen Volkes.

Man sollte daraus lernen, daß sich der Sozialismus nicht mit Gewalt, sondern nur in langsamer Entwicklung einführen läßt und daß manche seiner Forderungen heute mehr denn je „Utopien“ bleiben müssen. Eine Industrie, die in den letzten Zuckungen liegt, bringt den sie verstaatlichenden Arbeitern keinen Fortschritt und ein ausgepowerter Acker keine Lebensmittel! Erst gilt es durch angestrengten Fleiß sie wieder auf eine rentable Höhe zu bringen, ehe ihre Sozialisierung dem an sich idealen Traum des Sozialismus Leben einzuhauchen vermag.

Doch ein tragisches Geschick sucht uns heim. Denn noch ehe die Begriffe „Sozialismus“ und „Sozialisierung“ wissenschaftlich bis in ihre äußersten theoretischen Möglichkeiten durchdacht waren, bürdete uns die wirtschaftliche Revolution praktische Versuche auf. Der Zusammenbruch der Throne, der Verlust des Krieges, die Unglaublichkeiten des Friedensvertrages, das Fehlen der Rohstoffe, der Mangel an Lebensmitteln, die Pein des Hungers — alle diese Erscheinungen hätten die Überzeugung hervorrufen müssen, daß nur durch zähe, zielbewußte Arbeit Hilfe vor dem Untergang gebracht werden könnte. Und es war wie eine Erlösung das Wort: „Sozialismus ist Arbeit!“ Leider erwies es sich als ein Irrlicht. Die Arbeitshand scheint „verdorrt“, die Arbeitsfreude erloschen zu sein. Denn es kam eine Beschränkung der Arbeit nach der andern: der Achtstundentag, die Akkordablehnung, andauernde wirtschaftliche und politische Streiks, die Arbeiterausschüsse, das Betriebsrätegesetz! Freie Bahn sollte dem Tüchtigen geschaffen werden. Aber kann sich jemand als tüchtiger als ein anderer erweisen, wenn nicht seine Leistung, sondern nur die Zeit bezahlt wird, wenn der Faule genau soviel Lohn erhält wie der Fleißige, der Kluge genau so hoch bewertet wird wie der Dumme?! Wie soll da überhaupt ein Streben nach höherwertigen Leistungen gedeihen können? Stets führte bisher in der Welt die Faust mit ihrer Kraft aus, was der Kopf mit seinem Verstande ersann — mit einem Male soll die Umkehrung aller Werte eine Aussicht auf Erfolg haben? Allen Vernunfteinwänden wird mit dem Schlagwort des „Existenzminimums“ entgegengetreten: soviel und soviel muß der Mensch haben, um leben zu können. Der Magen spielt die entscheidende Rolle. Die Arbeiter müssen sich doch endlich einmal sagen, daß es

auch ein Existenzminimum für ihre Arbeitgeber gibt, unter das sie nicht herabgehen können, ohne besser zu tun „die Buden still zu stellen". Was aber dann, wenn die Industrie völlig aufhört und die Millionen Arbeiter auf der Straße liegen? Ihr Gegenwartsstaat hat nur Zukunftsversprechungen, aber keine Existenzmittel für sie; und selbst wenn er mit Unterstützung wahnsinnig schnell arbeitender Notenpressen ihnen noch mehr schmutzige Lappen als Erwerbslosenunterstützung in die Hand drückt — sie bekommen doch nichts dafür. Denn unsere Mark löst nur ein sadistisch-mokantes Lächeln bei unseren Siegern, aber keine Gegenleistung aus! Quousque tandem? fragt man sich bang, wenn man mit wirklich sozialem Herzen der Arbeiterschaft gegenübergetreten ist; wenn man mitgearbeitet hat, daß der Sozialismus im guten Sinne zu seinem Recht kam, und wenn man Hoffnungen und Entwürfe in sich barg, die dem Ziele der Brüderlichkeit aller Volksgenossen näher bringen sollten!

Es lohnt sich schon, einige Augenblicke zu rasten, um an sich vorüberziehen zu lassen, was der alte „verrottete" Staat auf dem Gebiete des Sozialismus geschaffen hat, und sich zu überlegen, wie man diese Einrichtungen den heutigen Anforderungen entsprechend ausbauen und durch neue ergänzen kann. Eine erstaunliche Fülle sozialer Zeitfragen harrt der Lösung. Vielleicht gelingt es diesen wenigen Zeilen, recht viele zur Mitarbeit anzuregen!

Geht man davon aus, daß das Wesen der Sozialpolitik den Schutz der Klassen bedeutet, die sich selbst nicht genügend schützen können — das waren bisher immer die Arbeiter —, so hat die Revolution eigentlich eine weitere Beschäftigung mit dieser „Arbeiterfrage" überflüssig gemacht. Denn aus den schutzbedürftigen Arbeiterklassen sind die herrschenden geworden. Die ganze Gesetzgebung dient nur noch dazu, ihre „Errungenschaften" zu sichern, soviel Rechte auf den Arbeiterstand zu übertragen, wie nur irgend angängig. Aber diese Politik ist nur scheinbar sozial! Sie ist Klassenpolitik im ärgsten Sinne des Wortes. Und warf man auch dem alten Regime — nicht immer mit Unrecht — Klassenpolitik vor, so ist doch unbestreitbar, daß das Gewissen der Vorrevolutionszeit sozialen Regungen eher zugänglich war als das heutige.

Man hatte geglaubt, die Schützengrabenkameradschaft würde einen Freundschaftsbund fürs Leben gestalten, der Kopf- und der Handarbeiter würden danach trachten, die Harmonie im Raume zu erhalten, wo man bisher gar zu leicht aneinander stieß. Aber hat man schon eine einzige Regung verspürt, den Kopfarbeitern, die nicht, wie der größte Kreis der Angestellten, den Handarbeitern nahe stehen, insonderheit den Akademikern als solchen ein Existenzminimum zu schaffen? Trostlos blicken wir in die Zukunft — Bildung erscheint ein nutzloser

Ballast, von dem man mehr und mehr über Bord wirft, um das sinkende Schiff über Wasser zu halten. Und doch nicht ganz so! Denn unbestreitbar ist der Bildungshunger der großen Masse ungeheuer stark. Die Schulreorganisation, Einheitsschule und Begabtenauslese, die Volkshochschulen, die „Demokratisierung der Universität", sie sind ein lebendiger Beweis dafür. Nur ist der Bildungstrieb noch zu einseitig. Er beschränkt sich auf die Materien, die leicht realisierbar sind, die Handbewegungen in Geld umwandeln. Hier gilt es einzusetzen für den wahrhaft „geistig" Schaffenden. Nicht überstürzt und hastig, sondern mit überlegener Ruhe, Bildung um der Bildung willen! Unter diesem Leitstern wird unser Volk wieder seine alte Stellung in der Welt erringen. Wenn erst einmal die Wahnnebel abgezogen sind, die die innerlich gesunde Seele unseres Volkes krankhaft verdüstern, dann wird es auch wieder klar erkennen, was es seinen geistigen Arbeitern verdankt. Namentlich sobald auch hier der Mangel klar hervortreten wird. Denn viele Akademiker werden es vorziehen, in das Ausland zu gehen, wo ihnen ein besseres Fortkommen winkt. Auch hier wird ein „Ausverkauf" in unahnbaren Grenzen vor sich gehen. Aber viele können gar nicht abwandern, so gern sie es vielleicht täten. In uns hierbleibenden Akademikern muß ein philosophisches Überlegenheitsbewußtsein durch die augenblickliche Entbehrungszeit erstehen. Das Sklavenjoch, das uns im Augenblick drückt, darf unsere Schaffenskraft und unseren Schaffenstrieb nicht lähmen, unseren Stolz nicht brechen. Bildung macht frei! Das tröste uns in der schweren Übergangszeit.

Gewiß müssen die meisten Menschen ihr ganzes Leben in der Fron um das tägliche Brot hinbringen; sie haben nicht noch Muße, sich der Arbeit für die Allgemeinheit, der Hebung des Volksganzen hinzugeben. Es ist deshalb eine der ersten sozialpolitischen Forderungen, daß die Besitzenden, die ohne viel Arbeit leben können, ihre arbeitslose Zeit gemeinnützigen Bestrebungen widmen. Hier aber liegt wieder ein Angelpunkt für den modernen Sozialismus: Es darf eben kein arbeitsloses Einkommen geben. Kapitalzins ist Diebstahl an der Gesamtheit! Privateigentum ist Verbrechen! Doch diese Lehren halten vor der modernen sozialistischen Praxis nicht stand. Schafft sich nicht sogar auch der moderne Kommunist „Privateigentum", indem er, was ihm gefällt, einfach stiehlt? Ehrlich erworbenes Privateigentum hat unangetastet zu bleiben. Das schließt aber nicht aus, daß man den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern und Schiebern mit allen Mitteln den warmen Pelz abjagt, den sie sich aus Wucherfellen haben herstellen lassen. Das schließt ferner nicht aus, daß die Gewinnung und Bearbeitung solcher Produkte der Erde, die der Allgemeinheit möglichst billig zugute kommen müssen, aus den Händen

bloßer Privatpersonen genommen und körperschaftlicher Verwaltung übertragen werden. Ich denke dabei insbesondere an die Kohle und sonstige unterirdische Schätze. Solche Fundgruben dürfen ihrem Zufallsbesitzer nicht allein Gewinn abwerfen. Hier ist ein systematisch fortschreitender Sozialismus am Platze. Immer aber unter Schonung historischer und wohlerworbener Rechte, ähnlich wie die Verstaatlichung der Post und Eisenbahn erfolgte.

Eine grundsätzliche Enteignung von Grund und Boden zugunsten des Staates und der Kommunen ist jedoch ein Unding und ein Rückwärtsdrehversuch des Rades der Entwicklung. Wir haben in der Urzeit diesen Zustand gehabt, wo der Grund und Boden dem Volksstamm gemeinsam zustand und den einzelnen Familien nur zur Benutzung zugeteilt wurde. Als dann der Nomadisierungsperiode die Seßhaftigkeit auf der Scholle folgte, wurde alsbald auch diese Scholle, die der einzelne sich durch Urwaldrodung kulturfähig machen mußte, mitsamt dem zur Bebauung notwendigen Geräte, seinen Waffen und Schmuckgegenständen und dem Vieh, Privateigentum. Aber freilich, wenn durch Zuzug von außerhalb und durch Geburtenüberschuß in der Gemeinde allmählich die Häuserzeilen sich weiter und weiter vorfühlen, dann wird der oft unfruchtbare Sandstrich ein kostbarer Bauplatz und steigt und steigt im Werte. Oder eine stille Wohnstraße im alten Zentrum wird langsam eine Häufung von Geschäftspalästen, und hieraus ergibt sich wieder eine gewaltige Steigerung des Grund- und Bodenpreises. Ist es gerecht, daß diese Rente, die nicht eigener Arbeit, sondern der Entwicklung der Allgemeinheit ihr Wachsen verdankt, nur dem zufälligen Besitzer zugute kommt? Nein. Hier setzt mit Recht ein Sozialismus ein und verlangt die Unterscheidung der „Rente von gestern" und der „Rente von heute" zugunsten der Kommune. Es geht nicht länger an, daß wie in Berlin 99 v. H. der Bevölkerung zur Miete wohnen und nur 1 v. H. die Grundrente allein genießt! Das Problem der Bodenreform hat seine soziale Berechtigung, gerade in unserer Zeit, wo so viele Kriegsbeschädigte nach eigenem Herde hungern, weil sie wohl noch ein Stück Land bestellen, aber in der Industrie sich nicht mehr durch eigene Arbeit ernähren können. Hier wird sich auch ein Ausgleich anbahnen müssen gegenüber der Latifundienwirtschaft, die zum Teil doch durch „Legen" von Bauerngütern entstanden ist. Die Mittel dazu bieten die Kapitalabfindungsgesetze. Der Schwerverletzte wird in seinem Kriegerheim bei der Bebauung der eigenen Scholle von bangem Grübeln abgelenkt und durch die allmähliche Erstarkung seines Willens zu Anpassung und Gewöhnung an seinen Verlust geführt. So läßt sich auch der ihm verbliebene Arbeitsrest noch wirtschaftlich verwerten zum Wiederaufbau der Heimat.

Wenn das verarmte Deutschland sich seine alte Wohlhabenheit langsam wieder erarbeiten soll, dann muß freilich dem müheloſen Erwerb ohne Arbeit eine gewisse Grenze gezogen werden. Hierzu wäre ein Kapitalabgabengesetz wohl geeignet, solange es nicht dazu führt, den Arbeitsfleiß überhaupt lahm zu legen. Ein zweites, dauernde Einnahmen garantierendes Mittel ist die Erbschaftssteuer. Denn auch Erbschaften sind arbeitsloſer Erwerb für den Erben. Namentlich bei Riesenerbschaften an Geld oder Land hat man oft das Gefühl, es liegt etwas Unsittliches in solchem Zufallserwerb. Nun geht aber das Bestreben jedes Vaters dahin, seinen Kindern ein besseres Leben zu schaffen als es ihm selbst blühte; die Kinder sollen nicht so schwer wie er zu arbeiten nötig haben. Sittlich gleichstehend dem Nietzscheschen „nicht fortpflanzen, sondern hinauspflanzen“ oder dem Goetheschen, „daß der Sohn ein Besserer sei als der Vater“, erregt dieser Standpunkt doch manche Bedenken, wenn man ihn wirtschaftlich betrachtet. Denn das Ebenen der Wege für den Neugezeugten läßt vielfach dessen eigenen Arbeitstrieb verkümmern oder gar nicht erst zur Entwicklung kommen. Aber es ist nun einmal der Anreiz zu großer Kraftanstrengung und bedarf deshalb der Sanktionierung dadurch, daß bei Heimfall an Kinder die Abgabe klein zu bemessen ist und zu steigen hat mit dem Grade der Entfernung der Verwandtschaft. Wem durch den Zufall weitläufiger Verwandtschaft mühelos und unverhofft eine große Erbschaft in den Schoß fällt, der muß gehörig zugunsten der Allgemeinheit davon abgeben, um den Sporn zu eigener Arbeitsanstrengung nicht zu verlieren. Tatsächlich bleiben ja große Vermögen selten länger als drei Geschlechter beieinander, weil das sittliche Moment eigener Leistungspflicht dekadiert. Dem wird durch die Abgaben vorgebeugt. Die Abstiegstufenfolge: Erwerber, Ererber, Verderber wird hintangehalten!

Arbeiten kann man jedoch nur, solange man arbeitsfähig ist. Die Arbeitsfähigkeit aber wieder hängt ab von Vererbung, Entwicklung, Erziehung, Ernährung und Verwertungsmöglichkeit. Welch eine Fülle sozialer Zeitprobleme lassen diese wenigen Worte vor unserem Auge erstehen! Geschlechtsleben, Wohnungselend, Haus und Schule, Großstadt und Land, hygienische und sanitäre Forderungen, Unterernährung und schmarotzendes Schiebertum, Schleichhandel, Valutafrage, Ausverkauf, die Löcher im Westen und Osten, Kohlenknappheit und Rohstoffmangel als Grund der daniederliegenden Industrietätigkeit und die schwere Frage der Arbeitslosenhilfe! — Nicht alle können hier besprochen werden — aber denke jeder nach, wie man der Lösung näher kommen könnte. Einige seien besonders betont.

Gleich zuerst die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die eine

scharfe Geißel für unser Volk bilden, da die geschlechtliche Verseuchung erschreckend zugenommen hat. Wir wissen, daß Syphilis und Gonorrhöe fast noch ärger am Marke unseres Volkes zehren als Alkohol und Tuberkulose. 200000 Kinder werden jährlich in Deutschland infolge Tripper der Eltern nicht geboren, und da diese 200000 doch auch für die Weitererzeugung ausfallen, wird der Zuwachsverlust für unsere arg gelichtete Bevölkerungsziffer geradezu unheimlich. Die Mehrzahl der Insassen unserer Blindenanstalten hat ihr Augenlicht im Moment der Geburt infolge Ansteckung durch die eigene gonorrhöekranke Mutter verloren, und unsere Irrenhäuser erzählen von den Spätfolgen der Syphilis! Nur angestrengteste Selbstzucht und weitestgehende Aufklärungsarbeit können hier helfen. Jeder muß nach seinen Kräften mitsorgen, daß die ethischen Ziele der Verordnung vom 11. Dez. 1918, an deren Stelle demnächst ein umfassendes Gesetz treten soll, durchgreifend in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Man versucht schon durch ein immer dichter werdendes Netz von „Beratungsstellen" den Hilfesuchenden kostenlos Rat und Behandlung zu geben, man plant eine Umgestaltung in der Überwachung der durch den langen Krieg gewaltig gestiegenen Prostitution, und eine Nutzbarmachung der Lebensversicherungsanstalten zum Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten. Die Forderung der geschlechtlichen Enthaltsamkeit, das vielgeschmähte Keuschheitsprinzip, schreit geradezu nach Erfüllung. Jedenfalls gebe kein Vater seine Tochter einem Manne zum Weibe, der sich weigert, ein ärztliches Gesundheitsattest vorzulegen!

Der geradezu mustergültige Kampf gegen die Lungentuberkulose, den zweiten Todfeind unseres Volkes, muß im alten Umfange wieder aufgenommen werden, da sie durch den Krieg und die mit ihm verknüpften Entbehrungen sich wieder ungeheuerlich verbreitet hat. Denn seit man durch Robert Kochs Entdeckung des Krankheitserregers diese Volksseuche als heilbar erkannt hatte, war es gelungen, in Deutschland von 1892 bis 1913 die Sterblichkeit daran von 25,9 auf 10000 herabzudrücken auf 14,3! Eben hier aber bildet die Wohnungsnot ein arges Hindernis. Oft in elenden Ställen menschenunwürdig zusammengepfercht, wird einer vom andern angesteckt, während doch die Tuberkulose gerade „eine Krankheit der Wohnung und eigentlich des Schlafzimmers" ist, die besser durch den Schutz der Bedrohten als die Behandlung der Erkrankten zurückgedrängt werden kann. Die Wohnungsnot aber wird sich erst mit Erfolg beheben lassen, wenn die Materialien genügend billig beschafft werden können und der Baulohn auf ein erträgliches Maß zurückgeht.

So stößt man immer wieder im Kreislauf der Untersuchungen auf die Frage der Verbilligung des Arbeitslohnes, der Erhöhung des Rohstoffvorrates, der Hebung der Industrie. Sie hängen eng zusammen,

eins folgt aus dem andern, und doch, wie schwer ist der Anfang. Ich sehe einen Erfolg erst winken, wenn wieder fleißig mehr als 8 Stunden, und vor allem im Akkord gearbeitet wird. Akkordarbeit schafft fraglos mehr als Zeitarbeit, und trotz des höheren Akkordlohnes ist das Endprodukt doch billiger als bei Zeitlohn. Fördern wir genügend Kohlen und ergänzen wir in den Reparaturwerkstätten schneller unser Beförderungsmaterial, so vermögen wir eher Rohstoffe einzutauschen und unsere Industrie voller zu beschäftigen. Liefert uns diese dann wieder die Produkte, die wir zur Bestellung unserer zurückgegangenen Landwirtschaft benötigen, so ergibt dies mehr Lebensmittel. Haben wir mehr Lebensmittel, so werden diese billiger. Haben wir billigere Lebensmittel, so sinken die Preise dafür. Braucht der Arbeiter nicht mehr soviel für das nackte Leben, dann kann an einen Abbau der Löhne gedacht werden. Mit den niedrigeren Löhnen werden alle unsere Erzeugnisse billiger. Können wir im reellen kaufmännischen Sinne billigere Waren anbieten, dann schaffen wir uns Auslandswerte. Haben wir Auslandswerte, hebt sich unsere Valuta. Dieser logische Gedankengang aber ist zu hoch für unser Volk, das so weit nicht zu denken vermag, das nur das übersieht, was es von der Hand in den Mund führt. Die Revolution hat's bewiesen, da sie in ein unleidliches Lohngezänk ausgeartet ist. Die Regierung selbst sieht vielleicht die Richtigkeit des Weges ein, aber sie ist zu schwach, um dem Schreien der jungen, unreifen Mehrheit in den Gewerkschaften Stillschweigen aufzuerlegen. Die älteren erfahrenen Familienväter fühlen schon lange, daß wir so dem Abgrund zueilen, aber die Jungens sind ihnen über den Kopf gewachsen, die Hand des Vaters fehlte bei der Erziehung. So kann also die Besserung nicht von den Arbeitern allein kommen; die Arbeitsgemeinschaften müssen die Erleuchtung bringen.

Hoffentlich kommt sie bald, sonst bricht unsere gesamte Wirtschaft zusammen und in dem bolschewistischen Tohuwabohu verschwindet dann auch unsere Sozialversicherung, auf die alle Völker der Welt bisher mit Neid schauten. Wollte ich hier ausführen, was auf diesem Gebiete von Deutschland geleistet worden ist, so würde ein Bände füllendes Werk erstehen. Aber bedauerlich ist, daß über diese Materie noch viel zu wenig auf unseren Universitäten und Hochschulen gelesen wird, daß ihre gewaltigen Erfolge im Auslande besser bekannt sind als bei unseren „Gebildeten". Denn der Arbeiter, der zwar oft über sie schimpft, weiß genau, was er mit ihr vor seinen Kollegen im Auslande voraus hat! Jedoch der Jurist, der Volkswirtschaftler, der Mediziner, die alle daran das größte Interesse haben sollten, stehen der „vielleicht schönsten Errungenschaft modernen deutschen Geistes", mit geringen Ausnahmen, unwissend gegenüber. Deutscher Arbeiter-

schutz und deutsche Sozialversicherung sind aber ein mustergültiger Lösungsversuch der „Arbeiterfrage" und bahnbrechend für die ganze Welt gewesen. Ein kurzer Abriß mag genügen. An ihn müssen sich dann einige Ausbaufragen anschließen.

Als im Altertum Sklaven, im Mittelalter Hörige die Lohnarbeiten verrichteten, kannte man eine „Arbeiterfrage" überhaupt nicht. Erst nachdem das in den Zünften für den freien Handwerkerstand erblühte patriarchalische Verhältnis niedergegangen, durch die Gewerbefreiheit zu einem reinen Vertragsverhältnis gleichberechtigter Personen umgewandelt war, und als schließlich mit der Entwicklung zu kapitalistischen Großbetrieben, der Massenverwendung von Maschinen, der Arbeitsteilung und der durch den Konkurrenzkampf der Unternehmer untereinander einsetzenden Lohndrückerei die Arbeiter reine Erwerbsinstrumente geworden waren, die man durch Verlängerung der Arbeitszeit, Einführung der Nachtschicht, Ersatz durch billigere Frauen- und Kinderarbeit, Vernachlässigung aller Forderungen betr. Gesundheit und Sittlichkeit immer tiefer in ein niedrig geartetes Dasein herabdrückte, regte sich wieder im Gewissen die Frage, wie man diesem Raubbau mit seinen ökonomischen, moralischen, sozialen und politischen Mißständen abhelfen könnte. Die mannigfachsten privaten Bestrebungen setzten ein, besonders durch Produktivgenossenschaften und Konsumvereine, Arbeiterwohnungsbau, Vorschuß-, Unterstützungs- und Sparkassen, Bibliotheken, Kleinkinderbewahranstalten, Haushaltungsschulen, Mädchen-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, Arbeiterbildungsvereine und vieles dgl. So segensreich diese Bestrebungen auch waren, eine durchschlagende Änderung trat erst ein, als der moderne Kulturstaat scharfe Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit vornahm. Diese staatlichen Maßnahmen faßt man zusammen unter dem Begriff „Arbeiterschutz". Der Arbeiterschutz setzte bei den Personen ein, die sich selbst am wenigsten zu schützen vermochten, den Kindern und Jugendlichen, griff dann über auf die Frauen in den Industriezweigen, wo die ärgsten Mißstände zutage lagen, um sich allmählich auf alle Fabriken auszudehnen und so schließlich auch den erwachsenen Männern zugute zu kommen. Aus einer Fabrikgesetzgebung wurde eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung, wie wir sie vor allem in der Gewerbeordnung, aber auch im Handelsgesetzbuch, Bürgerlichen Gesetzbuch und den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften finden. Diese Maßnahmen schützen den Arbeiter aber nur, solange er noch arbeiten kann. Sobald er seine Arbeitskraft durch irgendeinen Wechselfall des Lebens verliert, ist er auf seine eigenen Mittel angewiesen. Diese reichen aber in den meisten Fällen nicht aus, um ihn vor Verelendung zu bewahren. Er versuchte es zunächst durch eigene Versicherung in privaten Kassen,

Digitized by Google

doch ohne den gewünschten Erfolg, bis allmählich die Anschauung aufkam, daß alle Bewohner desselben Landes gewissermaßen eine Familie, den Staat, bildeten und eben diese Staatsfamilie ihre zu eigenem Unterhalt unfähig gewordenen Mitglieder schützen müsse. Der zunächst ungeheuerliche Gedanke der Sozialzwangsversicherung gewann Leben.

Ausgebildet ist bisher die Versicherung gegen Krankheit, Alter, Invalidität, Unfall, die der Witwen und Waisen, und in allerneuester Zeit durch die Erweiterung der Kriegsansätze im Mutterschutz auch noch die Wochenhilfe. Mit der Einführung dieser Arbeiterzwangsversicherung tat Deutschland einen Schritt ins Dunkle, den vor ihm noch kein Volk gewagt hatte. Noch nie hatte man daran gedacht, Millionenmassen von Arbeitern zwangsweise zu versichern, zumal bei der Mangelhaftigkeit der vorhandenen Statistiken die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen dieses Vorgehens nicht zu übersehen waren und ganz neue Rechtsanschauungen damit Geltung finden mußten. Die deutsche Sozialversicherung, „ein Riese neben den Zwergen", steht an führender Stelle und sie wird vermutlich das Moment werden, das die Völker wieder zusammenführt. Denn alle anderen streben noch danach, etwas Ähnliches für sich in ihrem Staat zu erreichen als „eine herrliche Einrichtung, die Hunderttausende und vielleicht Millionen vor einer unermeßlichen Summe von Elend bewahrt hat und für die die ganze zivilisierte Welt Deutschland zu Dank verpflichtet ist!" (Lloyd George.) Sieht doch auch unsere neue Verfassung im Art. 162 zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter vor, die für die gesamte arbeitende Klasse der Menschheit ein allgemeines Mindestmaß der sozialen Rechte erstrebt. Und dabei vergesse man nie, daß die deutsche Sozialversicherung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten eingeführt worden ist, die fürchteten, damit eines ihrer besten Agitationsmittel gegen den „Kapitalismus" zu verlieren! Heute freilich möchte kein Sozialdemokrat sie mehr missen; haben doch die Versicherten $4^3/_4$ Milliarden Mark mehr ausgezahlt erhalten, als sie insgesamt beigetragen haben!

Deutschland wird bestrebt sein, wenn nur die wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt es dazu gelangen lassen, seine Sozialversicherung weiter auszubauen, so schwer diese Mehrbelastung auch bei der Konkurrenzfähigkeit gegenüber solchen Völkern ins Gewicht fällt, die eine Sozialversicherung in diesem Umfange nicht besitzen. Gedanken Vorüber bewegen die Sozialpolitiker nicht erst seit gestern; viele dararbeiten sind schon vor dem und während des Krieges geleistet worden. Allerdings ist hier nicht der Ort, sie wissenschaftlich-technisch auseinanderzusetzen. Nur die Gebiete, auf denen sie sich bewegen, müssen, um Anregung zu geben, bezeichnet werden. — Der Krieg hat selbst-

verständlich manche Lücken klaffender gemacht und ihre Verkittung durch vorläufige Verordnungen läßt eine durchgängige Revision und Umgestaltung der „Reichsversicherungsordnung" unvermeidlich erscheinen. Dabei werden dann auch gleich die Verbesserungen eingeführt werden, von denen man einen Fortschritt in dem „schadenverhütenden Wirken der deutschen Sozialversicherung" erhofft. Gewisse Richtlinien gibt unsere neue Verfassung, die im Art. 161 zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens ein umfassendes Versicherungswesen unter „maßgebender Mitwirkung der Versicherten" verlangt. Vor allem werden die Änderungen und Ergänzungen auf bevölkerungspolitischem Gebiete liegen. Das in Deutschland immer mehr Platz greifende Übel des Einkindschaftssystems hat wohl seine Hauptwurzel in der Wohnungs- und Erziehungskostenfrage. Hier wird eine Bevorzugung der Vielkinderfamilien durch eine versicherungsrechtliche Wohnungsfürsorge einsetzen und die Wochenhilfe wird zu einem umfassenden System von Säuglingsschutz- und Mutterschaftsversicherung werden müssen. Dabei muß auch das Problem der „Ziehkinder" gelöst werden. Die soziale Not der unehelichen Säuglinge wird noch viel zu wenig zum Gegenstand der Erörterung gemacht. Unser dezimiertes Volk braucht aber jeden neugeborenen Weltbürger. Wieviele kräftige und gesunde Kinder sterben jedoch eines elenden, jammervollen Todes unter den Händen von Engelmacherinnen, die sie der Mutter als Ziehkinder abnehmen, weil diese, alleinstehend, nur auf ihrer Hände Arbeit angewiesen, sich bald von ihrem Kinde trennen muß, da es ihr ein Hemmnis bei der Arbeit ums tägliche Brot ist. Würde man die Gelder, die solche bedauernswerte Mutter für ihr Kind als Kostgeld zahlen muß, an eine öffentliche Erziehungsanstalt abführen lassen, — viel hilfloses Wimmern und sprachloses Seelenleid wäre aus der Welt geschafft. Noch in verstärktem Maße trifft das auf die armen Wesen „diskreter" Geburt zu. Jedes standesamtlich gemeldete Kind, von dem sich die Mutter trennt, müßte von Gemeindewegen in ein solches Institut übernommen werden. Gewiß ist Erziehung in einer Anstalt kein Ersatz für ein Aufwachsen in einer Familie. Aber hier kommt es doch in erster Linie auf die Erhaltung des jungen Lebens an! — Verbesserungsbedürftig ist auch unsere gesamte Jugendfürsorge. — Die Kriegsverletztenfürsorge gedenkt man den Berufsgenossenschaften zu übertragen, deren dornenvollen Vorarbeiten auf dem Gebiete des Heilverfahrens und der Wiedererertüchtigung Schwerbeschädigter ja so mancher Vaterlandsverteidiger die Möglichkeit verdankt, den ihm verbliebenen Rest an Arbeitsfähigkeit noch auszunutzen. Auch die schon vor zehn Jahren

angeregte „Arbeiterlebensversicherung“ in engstem Anschluß an die Invalidenversicherung taucht in diesem Zusammenhang erneut auf und hat trotz der Sozialisierungsabsichten bei der gesamten Privatversicherung, wie das ständige Zunehmen der „Volksversicherungen“ beweist, ihre wachsende Berechtigung. Und endlich harrt das schwere Problem der Lösung, wie man den Krebsschaden der Erwerbslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung umwandeln könnte.

„Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ So steht es sehr schön in Art. 163 der Verfassung. Aber in der Praxis sieht es ganz anders aus. Von der sittlichen Pflicht zur Arbeit spürt man bei den Handarbeitern nur wenig; denn die hohen Sätze der Erwerbslosenunterstützung ziehen geradezu eine Arbeitsscheu groß; sie verführen den Arbeiter dazu, nicht den reell verdienbaren Lohn, sondern nur die Differenz zwischen ihm und der Erwerbslosenunterstützung in Betracht zu ziehen, und wenn diese Differenz nicht groß genug ist, lieber erst gar nicht zu arbeiten! So kam es, daß wir Ende April 1919: 947211 Erwerbslose zählten, die von Staat und Gemeinde nach den bestimmten Sätzen der Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge in einer Weise unterstützt werden mußten, die auf die Dauer einfach finanziell nicht mehr getragen werden kann. Um diese Last abzubauen oder womöglich ganz zu beseitigen, muß eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werden. Eine ganze Reihe von Vorschlägen ist schon veröffentlicht, die die Arbeitslosenversicherung anlehnen teils an die Gewerkschaften, teils an die Krankenkassen oder Berufsgenossenschaften oder Landesversicherungsanstalten, teils an die paritätischen Facharbeitsnachweise, teils an die Gemeinden. Auch die Regierung hat bereits einen Entwurf ausgearbeitet, der sich an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung anlehnt und vom 16. Lebensjahre ab eine Versicherung vorsieht, die nicht nur die Gewährung von Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, sondern auch die Bereitstellung von Mitteln zur Verhütung von Arbeitslosigkeit im Auge hat.

Die Arbeitsfreude heben soll auch das Betriebsrätegesetz! Aber diese „Verankerung des Rätesystems“ in Form einer „Parlamentarisierung der Wirtschaft“ wird leider wohl das Gegenteil erzeugen. Jedenfalls haben wir an Rußland ein abschreckendes Beispiel, wohin die Fesselung der Industrie führen kann, wenn die Arbeiterschaft ohne

Schulung und Kenntnis des tausendfach ineinandergreifenden Räderwerks eines größeren Unternehmens sich selbst das Recht dazu gibt, es zu leiten oder zu bestimmen, wie es geleitet werden soll. Soweit geht ja Gott sei Dank die Befugnis der Betriebsräte bei uns nicht; sie haben nur die Aufgabe, die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen; ein Eingriff in die Betriebsleitung steht ihnen nicht zu und kann ihnen auch durch die Instanzen nicht zuerkannt werden. Aber sie haben unter gegebenen Umständen das Recht auf Sitz im Aufsichtsrat, auf Einsicht in die Lohnbücher und alle zur Durchführung von Tarifverträgen erforderlichen Unterlagen, auf einen vierteljährlichen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und die Leistungen des Betriebes und auf Vorlegung einer Betriebsbilanz und einer Betriebsgewinn- und Verlustrechnung. Freilich ist für vertraulich bezeichnete Angaben und für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Schweigepflicht vorgesehen und ihr Bruch mit Strafe bedroht. Aber welcher Betriebsunternehmer ist sicher, daß die nicht hohe Strafe wirklich sein mühsam aufgebautes Werk schützt?! Muß nicht jede Initiative gelähmt werden, wenn er verpflichtet ist, Untergebenen einen so genauen Einblick in alle seine Pläne und ureigensten Entwürfe zu geben?! Aber gerade hierin liegt der Angelpunkt des Sozialismus. „Die Arbeitnehmer sollen aus willenlosen, des Betriebszweckes nicht bewußten Gliedern des Produktionsprozesses zu verantwortungsfreudigen Mithelfern der Produktion erzogen werden!" Zu solchen Erziehungsversuchen ist der Augenblick jedoch recht schlecht geeignet. Unsere deutschen Unternehmungen waren durch den Unternehmungsgeist ihrer Leiter allein groß geworden; sie hätten auch jetzt wieder ihre ganze Kraft eingesetzt, das auf dem Weltmarkt verlorene Gebiet einzuholen. Allerdings wäre dazu zugleich angestrengteste Arbeit ihrer Angestellten und Arbeiter erforderlich gewesen. Statt dessen wird durch Sitzungen, Versammlungen und Sprechstunden viel kostbare Arbeitszeit verloren gehen und statt Friedenspredigten werden agitatorische Hetzreden an der Tagesordnung sein! Denn die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind nur Mindest- und Rahmenforderungen, die es durch weitere Gesetze und Abmachungen zu ergänzen und höher hinaufzuschrauben gilt! Das Betriebsrätegesetz ist nur der erste Schritt zur Erfüllung des Art. 165 der Verfassung. Gesetze für Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat stehen in Aussicht.

Neben der Förderung der Betriebszwecke liegt dem Betriebsrat noch die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter sowohl wie Angestellten) gegenüber dem Arbeitgeber ob. Hier ist der Konfliktsstoff noch größer. Gewiß wird jeder heute in seinen Untergebenen erwünschte Mitarbeiter am Wiederaufbau des Vaterlandes erblicken, aber auf der anderen Seite ist der

Trieb, mehr Rechte zu erlangen, als mit den übernommenen Pflichten vereinbar sind, doch unverkennbar. Und hier bildet der Betriebsrat die Krönung der fortschreitenden Sozialisierung. Während nach der alten individualistischen Rechtsgrundlage nur der einzelne Arbeiter als Gegenpartei im Arbeitsvertrag anerkannt wurde, sah dieser bald, daß er nur als Glied einer größeren Gemeinschaft den von ihm gewünschten Einfluß gewinnen könne. Der Arbeiter wollte, wie die Denkschrift zum Betriebsrätegesetz sagt, „nicht mehr nur als Arbeiter an der Arbeitsstelle mit gebundenen Arbeitsaufgaben ohne Ausblick auf das wirtschaftliche Ganze leben und sterben, es drängte ihn, über die Arbeitsstelle hinaus das wirtschaftliche Ganze zu sehen, seine Sachkunde und Erfahrung dafür fruchtbar zu machen und an der produktiven Entwicklung mitzuschaffen. Alte Bestrebungen mischen sich mit neuen Lebenstrieben und führen eine die gesamte Arbeiterschaft aufwühlende geistige Bewegung herbei, deren Fruchtbarkeit von der Gesetzgebung anerkannt werden muß, soll sich die Bewegung nicht über alle Formen hinaus gewalttätig und chaotisch Bahn brechen."

Die Betriebsräte sind das öffentlichrechtliche Vertretungsorgan der Gewerkschaften. Alle Gewerkschaftskonkurrenzkämpfe werden dadurch in den Betrieb hineingetragen. Was die Gewerkschaften bisher sozialpolitisch und wirtschaftlich erstrebten, sollen nun die Betriebsräte verwirklichen helfen. Sie sind gewissermaßen die lange ersehnten Arbeiterkammern. Gewiß haben die Arbeiter wie jeder andere Stand das Recht auf besondere Vertretungsorgane, wie wir ja schon lange Handels- und Handwerkskammern haben. Aber unser niedergebrochenes Wirtschaftsleben ist kein geeigneter Boden für sozialistische Experimente. Dazu wäre Zeit genug gewesen, wenn wir erst wieder in einer geregelten Arbeits- und Schaffensperiode gestanden hätten.

Man kann nur wünschen, daß unsere Industrie, die sich den gewaltigen Anforderungen des Weltkrieges gewachsen gezeigt hat, auch diesem Ansturm standzuhalten vermöge. Die Arbeiterschaft jedenfalls nimmt ihre Aufgabe in den besonnenen Elementen sehr ernst; sie hat in den Großstädten bereits „Räteschulen" eingesetzt, deren Lehrstoff nur Achtung einflößen kann. Gebe ein gütiges Geschick, daß diese Schulen auch die Achtung vor der ehrlichen Arbeit wieder großziehen, daß die Arbeit wieder Freude macht um der Arbeit willen. Denn möglichst viel Geld verdienen, ganz gleichgültig, wo es herkommt, ist doch keine Lösung der sozialen Frage und widerspricht selbst dem extremsten Sozialismus!

Alle sozialen Fragen werden sich lösen lassen, wenn mit dem nötigen Ernst an ihre Lösung herangegangen wird und der sieghafte Wille ersteht, sie wirklich sozial zu lösen! Aber es kommt auf den Geist an, mit dem dies versucht wird. Mit Überstürzung in klassenbewußtem

Radikalismus auf der einen, mit Überſpannung des Herrenſtandpunktes auf der anderen Seite wird nichts zu erreichen ſein. Jeder Deutſche muß ſich als Werkzeug fühlen, wieder ein ſtarkes, lebensfähiges Deutſchland zu ſchaffen, zu dem wir uns mit Stolz und nicht blutenden Herzens als zu unſerem Vaterlande bekennen dürfen. Der freie Blick auf das hohe Ganze darf durch das eigene Ich nicht behindert werden. „Immer ſtrebe zum Ganzen, und kannſt du ſelber kein Ganzes werden, als dienendes Glied ſchließ an ein Ganzes dich an!“

Kammer der Arbeit und berufsständischer Gedanke.

Von Dipl.-Ing. **Kurt Riccius.**
(Primislavia-Berlin.)

Die innere Möglichkeit unserer nationalen Wiedererhebung liegt in der Lösung des Problems der Arbeit, d. h. in einer Steigerung der Erzeugung bis zur größten Leistungshöhe. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein Zusammenfassen und tätiges Ausnutzen aller produktiven Kräfte Bedingung. Wir stehen also vor der Notwendigkeit einer neuen Wirtschaftsordnung.

Arbeit und Wirtschaft dürfen nicht mehr Privatsache sein, sondern sie müssen Sache der Gemeinschaft des ganzen Volkes werden. Die schrankenlose Freiheit des Produzierens, die unbeschränkte innere Beweglichkeit der Wirtschaft, dieses vegetative Wuchern einzelner Kräfte, muß aufhören. Die freie Verfügung über Material und Arbeitskraft muß an die sittliche Forderung größter Wirtschaftlichkeit gebunden sein. Wer diese Forderung nicht erfüllt, vergeudet Volkskraft und schädigt den Staat. Das gleiche gilt von der Ausnutzung der Werke und ihrer Arbeitsmöglichkeiten. Stillegen von Betrieben wegen egoistischer Interessen, möge es sich dabei um Privatpersonen, Wirtschaftsgruppen oder ganze Klassen handeln, darf es nicht mehr geben. Zugleich müßte eine vollkommene Durchorganisation des technischen Betriebes der deutschen Wirtschaft in Angriff genommen werden.[1])

Für die Durchführung der neuen Wirtschaftsordnung könnte zunächst nach den aufgestellten Bedingungen die Form einer straffen Zentralisation als geeignet erscheinen. Es ist aber schon gezeigt worden,[2]) daß diese Form unsere natürlichen organischen Lebenskräfte, die nach deutscher Eigenart mehr zu bündisch vegetativem Wachsen drängen, durch das Mechanisierende in ihrem Charakter zu vernichten droht. Man kann freilich bei einem derartigen Riesenbetriebe, wie ihn die deutsche Wirtschaft darstellt, den verpflichtenden Zwang nicht völlig entbehren, sonst beginnen die einzelnen Kräfte zu wuchern

[1]) Siehe Abhandlung von Dipl.-Ing. Fr. Jähne, „Grundlagen und Ziele deutscher Wirtschaftspolitik", S. 149.

[2]) Siehe Abhandlung von Dr. Karl Hoffmann, „Reichseinheit und organische Staatsgesinnung", S. 87—89, 92.

und tragen nicht die notwendige Frucht. Wir brauchen daher aus Notwendigkeit und Eigenart eine Bindung dieses Gegensatzes von Pflicht zur Einordnung und natürlichem Recht auf Selbständigkeit, und zwar derart, daß eine zentrale Spitze auf einen organisch aufgewachsenen Unterbau gesetzt wird. Dies ergäbe das Bild, daß der zentrale Zusammenschluß aller von unten her gegliederten Kräfte der Erzeugung in einer Vertretung der gesamten Wirtschaft, dem Reichswirtschaftsrat als der „Kammer der Arbeit", vor sich gehen würde. Sie müßte für ihre Körperschaft die Rechte der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung erhalten, d. h. die ihr zugehörigen Aufgaben, die sonst dem Staate zufielen, sind selbsttätig aus eigenem Recht, zugleich aber im Sinne des Staates durch sie zu lösen.

* * *

Die einzelnen Wirtschaftskreise haben die Notwendigkeit eines solchen Zusammenschlusses zur gemeinsamen Regelung ihrer Angelegenheiten längst begriffen und den Weg der Selbsthilfe beschritten. Wenn jedoch diese Selbsthilfe nicht schon merkbare Erfolge gezeigt hat, so hat dies seinen Grund darin, daß sie durch die jetzige parlamentarische Staatsform gelähmt wird. Die eigentliche Entscheidung über die Fragen der Wirtschaft liegt gegenwärtig in der Hand des Reichstages. Dieses Parlament aber ist auf parteipolitische Gesichtspunkte eingestellt und nach formaldemokratischen Grundsätzen gebaut. Auf das Leben der Wirtschaft können diese mechanisch-politischen Einrichtungen nicht übertragen werden, denn das Wesen der Wirtschaft spottet ihrer. Im Betriebe der Arbeit entscheiden nicht Agitation und Stimmenmehrheit, sondern Befähigung und Sachlichkeit. Darum ist erste und unbedingte Notwendigkeit: Befreiung der schaffenden Arbeit von der Politik der Parteien.[1]) Das parlamentarische System ist nicht in der Lage, die Fäden der Wirtschaft zu entwirren, sie bis in die letzten Feinheiten aufzudecken oder gar zu höchstem Nutzen zu verknüpfen. Es kann nicht regelnd und produktiv fördernd in das Wirtschaftsleben eingreifen. Somit kann die Form einer wesensgemäßen Vertretung der Arbeit auch nicht die eines formaldemokratisch gewählten Parteiparlaments mit einem entsprechenden Verhandlungsverfahren sein.

Die Kammer der Arbeit würde vielmehr so gestaltet sein müssen, daß sie die wirtschaftliche Struktur unseres Volkes wiedergibt und verkörpert. Die Grundlage, auf der sie errichtet wird, hätte die Idee der Gemeinschaft der Arbeit zu sein, weil die Interessen aller

[1]) Vgl. Dr. Friedrich Freundt, „Kein Wirtschaftsparlament!" in der Zeitschrift „Stahl und Eisen", 1919 Nr. 50.

produktiven Kräfte in der Arbeit zusammenlaufen. Während die parlamentarische Welt stets nur in der Ungleichheit von Mehrheit und Minderheit lebt, ist das Lebensgesetz der neuen Wirtschaft in dem heilsamen Gleichgewicht der wirkenden Kräfte zu suchen, das allein die Bedingung der Sachlichkeit erfüllen könnte. Der Geist und die Energie des Unternehmers, der Fleiß und die Geschicklichkeit der Arbeiter sind in gleicher Weise für einen Betrieb notwendig. Beide haben den gleichen funktionellen Wert für die Wirtschaft, so verschieden auch die Zahlen derjenigen, die Unternehmer oder Arbeiter sind, immerhin sein mögen. Daher müssen beide Faktoren, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in den körperschaftlichen Gebilden des Wirtschaftslebens ihrem positiven Wert nach gleichberechtigt vertreten sein. Eine Entscheidung kann nur gemeinsam zustande kommen, wenn eben beide Teile dafür sind.

Jener Zusammenschluß in der Wirtschaft ging nun so vor sich, daß einerseits die Arbeitnehmer ihre Gewerkschaften weiter ausbauten und die Arbeitgeber sich in Reichsverbänden organisierten, andererseits beide — zuerst in der Industrie — sich zu solchen „Arbeitsgemeinschaften" zusammenfanden, um trotz der vorhandenen Gegensätze zu einer einheitlichen Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu kommen.

Die Gewerkschaften, welche die berufliche Vertretung der Arbeitnehmer darstellen, hatten bisher nur sozialpositive Arbeit geleistet. Dagegen waren sie für die wirtschaftliche Erzeugung negativ geblieben. Die Arbeiter versuchten dann, außerhalb der Gewerkschaften und allein aus eigener Kraft nach politisch-russischem Rätemuster die Wirtschaft zu übernehmen. Der Mißerfolg war vollkommen. Jetzt haben sie sich wieder durch ihre Gewerkschaften zur positiven Zusammenarbeit und so auch zur Mitverantwortung, wenigstens dem Grundsatze nach, entschlossen. Die Arbeitgeber hingegen, von deren Seite die Anregung zur Arbeitsgemeinschaft ausgegangen war, haben die souveräne Abgeschlossenheit der Leitung verlassen. Denn ihre führenden Köpfe haben klar erkannt, daß die Lösung der großen Aufgaben der gesamten Wirtschaft, welche die Richtlinien für die verschiedenen Wirtschaftszweige festlegen sollen, nur durch Zusammenarbeit in einem gegenseitigen Vertrauensverhältnisse von Arbeiter und Unternehmer möglich sein würde. Man kann demnach bei einer Gestaltung des Baues der Vertretung der Wirtschaft von schon Errungenem ausgehen.

Der Ausbau der „Kammer der Arbeit" muß von unten her, aus dem Werkorganismus des einzelnen Betriebes aufwachsen. Die Grundlagen müssen „Werkgemeinschaften" sein, stets nach dem Grundsatz der Parität zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeit-

geber gebildet. Das hätte nicht zu bedeuten, daß die Arbeiter nun eine Kontrolle des Betriebes übernehmen, sondern es soll ihnen Einblick in das Gefüge der Arbeit gegeben werden, damit sie die Verantwortung für den Betrieb mitempfinden, Interesse an dem Werk nehmen und nicht nur im Betrieb, sondern auch an ihm mitarbeiten. Der Zusammenhang mit der Arbeitsstätte mag außerdem noch durch andere Maßnahmen ausgebaut werden, die hier nicht behandelt werden können. Es soll nur auf den vielleicht etwas einseitigen ideellen Versuch von Ernst Abbe im Karl-Zeiß-Werk zu Jena,[1]) der leider fast vereinzelt blieb, hingewiesen sein.

Hiernach möge das Betriebsrätegesetz, das vor kurzem der Wirtschaft aufgenötigt worden ist, etwas näher betrachtet werden. § 1 des Gesetzes lautet:

„Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebszwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten."

Zwar sollen die Betriebsräte auch den Arbeitgebern hilfreich zur Hand gehen. In der Praxis verhält es sich aber so, daß nicht die Erfüllung der Betriebszwecke, d. h. größte Wirtschaftlichkeit, sondern klassenkämpferische Parteigesichtspunkte maßgebend sind. Durch dieses Hineinziehen von Parteipolitik wird das tiefste Grundgesetz der Wirtschaft, nämlich die Sachlichkeit, untergraben, fortwährende Unruhe in das Werk gebracht und die Produktion tatsächlich gehemmt. Die Arbeitgeber erblicken daher in den gesetzlichen Betriebsräten kein Arbeits-, sondern ein Kontrollorgan für ihre Leitung. Auch die Gewerkschaften, welche doch die Berufsorganisation zur wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer sein sollen, fühlen sich getroffen und beiseite geschoben. Denn an sich würde es das Gegebene sein, daß die Arbeitnehmerschaft eines Werkes nur Untergruppen ihrer beruflichen Gesamtgewerkschaften bildete und daß die Berufsgewerkschaften im Weiterbau sich zu einem Gewerkschaftsbunde zusammenschlössen, der dann die berufliche Interessenvertretung der gesamten Arbeitnehmerschaft darstellen würde. Endgültige Entscheidungen in wirtschaftlichen und sozialen Fragen würden jedoch ebensowenig bei ihm allein liegen dürfen, wie bei den Reichsverbänden der Arbeitgeber.

Soll aber auf den Betriebsräten statt dessen ein Reichsarbeiter-

[1]) Literatur: Ernst Abbe, „Sozialpolitische Schriften", Bd. III. (1906); Felix Auerbach, „Das Zeißwerk und die Karl-Zeiß-Stiftung", (4. Aufl. 1914). Beide im Verlag Gustav Fischer in Jena.

rat aufgebaut werden, der später auch Befugnisse für Entscheidungen bekäme, so wäre er weiter nichts als das Parlament einer Klasse, das reine Arbeitnehmerfragen den Gesamtwirtschaftsfragen gleichsetzen würde. In großen Debatten würde dieser Reichsarbeiterrat politische Klassenkampfinteressen verfolgen, sachliche Arbeit dadurch vernichten und die zur Existenz notwendige Produktion stören. Ein solcher Irrweg der auf parlamentarisches Denken eingedrillten Geister kommt von einer Verkennung des tieferen Wesens im Rätegedanken. Nach östlichem Muster wird darunter freilich die Diktatur einer Klasse verstanden. In Wirklichkeit ist aber seine der deutschen Art eigentümliche Richtung geboren aus einem Drange zur Mitarbeit und Mitverantwortung.

Das Betriebsrätegesetz wird also von beiden Seiten, von Unternehmern und Gewerkschaften, als Fremdkörper empfunden, den das parlamentarisch-formaldemokratische System in die Arbeitsgemeinschaften einschiebt, um deren Weiterbau zu verhindern. Denn die Formaldemokratie befürchtet mit Recht, daß sachliche Arbeit soviel Frucht tragen könnte, daß daneben ihre eigene, mehr formelle Arbeitsleistung minderwertig erscheinen müßte. Damit würde der Einfluß des Parteiparlaments immer mehr ausgeschaltet zugunsten der entstehenden „Kammer der Arbeit", oder im Parteiparlament fände ein innerer Umbau statt, indem über die Parteien hinweg die Vertreter der Berufsstände sich von selber zu Arbeitsgemeinschaften zusammentun.

Doch zunächst wollen wir den Bau einer Verkörperung der schaffenden Arbeit weiterverfolgen. Auf den „Werkgemeinschaften", paritätisch gebildet aus den verantwortlichen Führern der gewerkschaftlichen Betriebsuntergruppen und der Leitung des Unternehmens, müßten sich Bezirks- oder Ortsarbeitsgemeinschaften aufbauen. Dort würde Einblick in die besonderen Verhältnisse der verschiedenen Arbeitsreviere, der engeren Heimat, gegeben und Mitwirken an ihrer Regelung verlangt. Ein Beispiel möge erläutern: Die Bezirksarbeitsgemeinschaft eines Industriereviers vereinbart mit dem benachbarten Großgrundbesitz die Lieferung von Lebensmitteln mit der Genehmigung der zentralen Oberstelle. — Diese Genehmigung ist notwendig zur ausgleichenden und gerechten Verteilung der gesamten Erzeugung und des Verbrauchs. — Die Lebensmittel sind schnell, in guter Verfassung, ohne langen Transport und billig, da Zwischenhandel ausgeschaltet, zur Stelle. Überverdienst des Großgrundbesitzes wird durch die Mitbestimmung der Landarbeiter verhindert.

Die nächsthöhere Stufe hätten die Reichsarbeitsgemeinschaften der verschiedenen Produktionsgruppen, z. B. Metallindustrie, Textilindustrie, Baugewerbe, Transportverband, zu bilden, die sich nach

den Hauptzweigen der Wirtschaft wieder zu Zentralarbeitsgemeinschaften der Industrie und Landwirtschaft, des Handwerks, Verkehrs und Handels zusammenschließen. In den Reichsarbeitsgemeinschaften könnten beide Teile lernen, daß sie unter dem gleichen Zwange der wirtschaftlichen Gesetze stehen. Die Arbeitnehmer bekämen hier Kenntnis von den inneren Zusammenhängen der Wirtschaft, von der Lage der deutschen Wirtschaft im Vergleich zu der der übrigen Welt und von den Verhältnissen des inneren Marktes. Die Arbeitgeber und Betriebsleiter erhielten Einblick in die inneren und äußeren Ursachen der großen sozialen Bewegungen.

In den Reichsarbeitsgemeinschaften sind oft schon mehrere Fachberufe zusammengefaßt. Es sind in der Metallindustrie z. B. Schlosser und Tischler beschäftigt, Berufe, die wieder auch im Baugewerbe und Verkehrswesen vorkommen. Es müßten also noch nebenher Facharbeitsgemeinschaften bestehen, in denen die allgemeinen, das eigentliche Berufsfach betreffenden Fragen behandelt werden. Dort gäbe es beispielsweise gemeinsames Wirken an der Vervollkommnung der Technik eines Berufes, oder an der Verbesserung des Arbeitsschutzes bei gefährlicher Gütererzeugung. Die Facharbeitsgemeinschaften würden sich mit den Reichsarbeitsgemeinschaften zum Teil kreuzen, zum Teil gegenseitig überdecken. Für die Landwirtschaft würde Fach- und Reichsarbeitsgemeinschaft dasselbe bedeuten.

Die Reichsarbeitsgemeinschaften insgesamt haben endlich den Reichswirtschaftsrat zu bilden, die „Kammer der Arbeit". In ihrem Aufbau würden demnach die einzelnen Gewerbe und Berufe ständisch zusammengefaßt und organisiert sein.

* * *

Nun sieht Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung die Bildung eines Reichswirtschaftsrates vor. Die betreffende Bestimmung lautet:

> „Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Beide sind so zu gestalten, daß die wichtigsten Berufsgruppen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung nach darin vertreten sind."

Durch diesen Artikel könnte, wie bei der Frage der Betriebsräte gezeigt worden ist, die Arbeitsgemeinschaft ausgeschaltet werden, zumal dann, wenn Bezirks- und Reichswirtschaftsrat von der Regierung willkürlich berufen und besetzt werden dürfen. Damit würden gleichzeitig die in mühsamer Arbeit aufgebauten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgeschaltet sein. Der Artikel 165 der

Verfassung enthält aber über das Wahlverfahren und die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates keine ausdrückliche Bestimmung. Es besteht somit die Möglichkeit, daß der Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft, die paritätische Besetzung, auch auf diese Körperschaften angewendet wird.

Wäre der Reichswirtschaftsrat, die „Kammer der Arbeit", gemäß dem gezeigten Aufbau der Arbeitsgemeinschaften aus den einzelnen Betrieben herausgewachsen, so gäbe er tatsächlich die wirtschaftliche Struktur unseres Volkes wieder, er würde diese selbst darstellen. Eine solche Versammlung der Sachverständigsten dürfte jedoch nicht nur als Beirat aufgefaßt werden, sondern als der Kopf, der die Entschlüsse faßt und somit auch das Recht zur Entscheidung, zur Gesetzgebung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen hat. Weil indessen diese Kammer der Arbeit zugleich den ganzen wirtschaftlichen Organismus darstellt, so wäre sie auch die Hand, welche die Beschlüsse sofort durchführen könnte. Bei ihr würden also die Kraft und das Recht der Selbstverwaltung sein, d. h. die Verteilung der Aufgaben — zwischen dem Zentralkörper und seinen einzelnen organischen Gliedern — und ihre Durchführung. Das ist ein weiterer großer Vorzug gegenüber dem formaldemokratischen System, wo die beiden Rechte der Gesetzgebung und der Verwaltung durch Reichstag und Regierung getrennt sind. Es wäre damit letzten Endes der Zustand des natürlichen Lebens wieder hergestellt, wo Kopf und Hand in einem Organismus vereinigt sind, zusammen arbeiten und dadurch einen hohen Wirkungsgrad gewährleisten. Ferner gibt es keinen einzigen Arbeitsvorgang, wo bloße Zahlengrößen allein den Ausschlag hervorrufen. Dies setzt völlige Gleichartigkeit voraus, die in der Natur nirgends vorhanden ist. Die Rechnung der mechanischen Mehrheit ist darum falsch, weil sie nur relative Größen verwendet. Im berufsständischen System dagegen wirkt nicht die Zahl allein, sondern mit ihr ist der Wertbegriff eingeführt. Damit werden absolute Größen geschaffen, und so wird auch hier der natürliche Zustand wieder erreicht.

Jedes Mitglied der Kammer der Arbeit wird getragen durch das Vertrauen der Organisation, die es als ihr fähigster Kopf verkörpert. Andererseits hat es vor ihr, die das Recht der Abberufung hätte, die Verantwortung für seine Arbeit zu übernehmen. Die Arbeit der Kammer würde mit dieser Verantwortung und infolge des Ausgleichs der wirkenden Kräfte durch die Parität von Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter dem Zwange größter Sachlichkeit stehen. Mit den fähigsten Persönlichkeiten und mit sachlicher Arbeit ist aber die Möglichkeit zur notwendigen Höchstleistung gegeben. Das Arbeitsverfahren würde sich derart gestalten, daß dem Plenum nur die Verteilung

der Aufgaben und die letzten Entscheidungen zufallen. Die wirkliche Bearbeitung der Aufgaben wäre Sache der Untergruppen, in denen die Einzelheiten geklärt werden müssen.

* * *

Bisher sind beim Aufbau des berufsständischen Systems nur die Kräfte der Erzeugung ins Auge gefaßt worden. Es bleibt noch die Frage, wie die Verbraucher vertreten sein sollen. Der Artikel 165 der Reichsverfassung spricht beim Reichswirtschaftsrate von „der Mitwirkung sonst beteiligter Volkskreise", und in dem von der Regierung eingesetzten provisorischen Reichswirtschaftsrat sind außer Arbeitnehmern und Arbeitgebern die reinen Verbraucherorganisationen, wie die Konsumvereine, die Verbände der Landgemeinden und Landkreise und der deutsche Städtetag in einer besonderen Gruppe vertreten. Aus ihnen ist gewissermaßen ein Stand künstlich gemacht worden. Hiergegen wird eingewendet, daß sie an der Produktion nicht verantwortlich beteiligt seien und der Reichswirtschaftsrat den reinen Produktivkräften vorbehalten sein solle; die Vertretung der Verbraucherinteressen möge der Reichstag übernehmen. Die Lösung dieser Frage ist keineswegs so schwierig und dringend, denn die produktiven Kräfte sind ja gleichzeitig ohne Ausnahme auch Verbraucher. Es soll zwar vorgekommen sein, daß einzelne Arbeitsgemeinschaften der Produktion egoistische Politik gegenüber dem Verbrauch getrieben haben. Durch die zentrale Bindung in der Kammer der Arbeit würde dies jedoch leicht unterbunden werden können.

Dagegen fehlen noch die Produktivkräfte der rein kulturellen Gebiete und die Erhaltungskräfte der Verwaltung, die freien Berufe und die Beamtenschaft. Auch hier wird das berufsständische Prinzip fruchtbringend und fördernd wirken. Denn diese Berufe lassen sich ebenfalls zu Arbeitsgemeinschaften aus allen Schichten ständisch zusammenschließen. Der Ausgleich der Kräfte zum Zwecke einer Einigung in Sachlichkeit könnte vielleicht durch Hinzuziehung des Staates als arbeitgebenden Faktor gewährleistet werden. Lehrer, Oberlehrer und Hochschulprofessoren haben ein gemeinsames Interesse an der Erziehung der Jugend, der Staat desgleichen. Ihre Zusammenarbeit würde bessere Frucht bringen als die Beschlüsse der größeren Zahl sachunkundiger Parlamentsmitglieder. Wie Wertvolles könnte, im weiteren Beispiel, die Arbeitsgemeinschaft der Beamten bei dem Kampf gegen den Bureaukratismus und die Korruption leisten.

Die Aufgabe einer Verkörperung oder „Vertretung" dieser kulturellen Kräfte hätte der Reichstag zu übernehmen. Ihre Arbeitsbedingungen liegen nicht so sehr auf rein fachtechnisch handwerks-

mäßigem Gebiete. Außerdem soll die Wirtschaft im Reichswirtschaftsrat in sich geschlossen bleiben. Es würde sich daraus ergeben: Die Parteiungen der Klasseninteressen und der Programme werden durch die ständischen Arbeitsgemeinschaften vernichtet. Die Parteien der Weltanschauung werden bleiben. Ob nun Weltanschauung oder Kulturberufsstand Grundpfeiler und bindender Bogen sein werden, wäre eine Entwicklungsfrage. Aus beiden wird der Bau, die Krönung des Ganzen, geschaffen werden müssen. Dann würde der Reichstag die wahre Arbeitsgemeinschaft der deutschen Kulturkräfte darstellen. Regieren werden dann nicht mehr die Funktionäre der Parteien und Interessengruppen, sondern die Sachkundigen, die Persönlichkeiten, die Führermenschen.

* * *

Die gewaltige Entwicklung unserer Wirtschaft brachte die Teilung der Arbeit in weitestem Umfange mit sich. Vor 100 Jahren konnte der Handwerker seine Arbeit von der Erfindung bis zum fertiglaufenden Mechanismus verfolgen. Heute steht an der Drehbank 28 der Arbeiter Nr. 211 und dreht tagaus tagein immer denselben Bolzen, dessen Verwendung er nie sieht. Der Arbeiter hat sich so innerlich immer mehr von seiner Arbeit gelöst. Der Glaube an den Wert des eigenen Schaffens ging dabei verloren. Er selbst sank zur Nummer, zur menschlichen Maschine herab, und er empfindet dies als etwas tief Unwürdiges. Denn es ist die Unterdrückung des Wertvollsten in ihm, der Persönlichkeit. Die Lösung des Problems — das weit über die deutschen Grenzen hinausreicht —, den Arbeiter wieder zum lebensbewußten Teil des Ganzen zu machen, ihn wieder seelisch mit der Arbeit zu verbinden, liegt im berufsständischen System. Außer den sozialen, sollen gerade auch die wirtschaftlichen Fragen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer entschieden werden. Aus den Reichsarbeitsgemeinschaften dringt die Kenntnis der allgemeinen wirtschaftlichen Gesetze, das Wissen um das Verhältnis der Wirtschaft des eigenen Volkes zu der der ganzen Welt in die Kreise der Angestellten und Arbeiter; in den Facharbeitsgemeinschaften treten die Fragen des Berufs und seiner weiteren Entwicklung an den einzelnen heran; in den Bezirken wirkt er am Betriebe der engeren Heimat mit, und in den Werkgemeinschaften ist er an dem Schaffen seiner Arbeitsstätte mitbeteiligt. Dadurch ist der durch die Arbeitsteilung hervorgerufene Abstand vom Endwerk überbrückt. Der Arbeit ist wieder eine Seele gegeben und ihre sittliche Kraft zurückgewonnen. Wenn aber die Seele dahinter lebt, wenn mit Lust und Liebe an der Sache, an der eigenen Sache, gearbeitet wird, dann ist auch Gewähr für die Erringung höchster Leistungen vorhanden.

Noch fehlt der letzte Schlußstein im Ausbau. Die vollendetste Form für die Gemeinschaft in der Arbeit nützt nichts, wenn der Geist nicht in den Menschen lebt. Der Geist der Arbeit ist da, wenn er auch zeitweise durch Unruhe und Verbitterung verdeckt wird. Wir sind ein fleißiges Volk. Der Geist der Gemeinschaft muß erst zu vollem Leben geweckt werden.

Zur Grundlegung des Seins ist eine gewisse Materie notwendig, das muß klar festgestellt werden. Es sind daher überall materielle Interessen vorhanden. Aber wenn diese Interessen einseitig von einzelnen Gruppen oder ganzen Klassen so gesteigert werden, daß die anderen Teile dadurch Schaden erleiden, so werden die Träger der einseitigen Interessen schließlich selbst nach kürzeren Erfolgen in denselben Schaden hineingezogen. Denn die Teile eines Organismus hängen unlöslich zusammen. Die Atomkultur des Egoismus — der Partikularismus — ist eine Vergeudung bedeutender Kräfte, die sich ein Unternehmen — auch der Staat oder die Deutsche Burschenschaft ist ein Unternehmen — nur eine Zeitlang gestatten kann, wenn es nichts anderes als bloße Beschäftigung zu leisten hat, d. h. nicht beansprucht wird. Wenn es sich aber in dem Augenblick, wo eine Beanspruchung eintritt, nicht sofort zur aktiven Gemeinschaft umstellt, so geht es zugrunde. Der wahrhaft soziale Gedanke der Gemeinschaft, diese Notwendigkeit für die Existenz unseres Volksganzen, muß erst allen Teilen eingeimpft sein. „Schaffen wir wirtschaftliche Erziehung und Aufklärung!“[1]) Dann wird das Bewußtsein der Notwendigkeit in das Volk gepflanzt werden.

Der Gedanke der Gemeinschaft ist vielfach schon lebendig, aber trotzdem klaffen noch die alten Gegensätze. Das rührt daher, daß die Gründe der Vernunft nicht ausreichen. Es müssen die Mächte des Gefühls hinzukommen, um wahre Gemeinschaft zu begründen. Wie liegen denn die Verhältnisse auf beiden Seiten?

Zuerst die da oben, die Arbeitgeber: In manchen Fällen ist noch dieselbe Generation hier am Werk, die aus dem Nichts in langer Lebensarbeit das Werk schuf und selbst sich zuerst die Arbeiter auswählte und anlernte. Der Arbeitgeber teilte sich zwar mit den Leuten, die er sich heranzog, in die Aufgaben, doch die Führung, die Verantwortung für das Gedeihen des Betriebes war ganz in seiner Hand. Sie blieb es auch, als die Masse der Arbeiter ins Unübersehbare wuchs. Die formellen Umwandlungen der Firma rührten daran nicht, konnten es gar nicht. Es sind schlichte, harte Menschen, die von allen, die sie in der Arbeit kennen, geachtet werden. Aus diesem

[1]) Vgl. Dr. A. Ringleb, „Zur Kammer der Arbeit“ in der Zeitschrift „Die Grenzboten“, 79. Jahrg. Nr. 15.

ursprünglichen Typ kommen noch am ehesten jene willensstarken machtvollen Wirtschaftsgestalten, deren innere Beschaffenheit sie vor allem für die Führung zur neuen Ordnung fähig macht.

Und dann die folgende Generation, die nach 1888. Sie wurde schon in Wohlhabenheit geboren, hat also materielle Sorgen nicht kennen gelernt. Sie wurde in einer leichten Ästhetik erzogen. Das sind Leute, die arbeiten, auch manches leisten können und doch nicht den inneren Zusammenhang mit der Arbeit und ihren Werkleuten finden. Sie kommen und werben ehrlich, ihre Gedanken sind gut und richtig; alle Vernunft verheißt Besserung. Aber der Erfolg bleibt aus, — weil die Arbeiter instinktiv das Gefühl haben, der da ist einer, der nie den Kampf um die erbärmliche Existenz gekämpft hat, der uns darum als Menschen nicht versteht. Er mag auch ein Kämpfer sein, ein oft erprobter, ein größerer, aber dieses Ringen um das Grau des Alltags, das kennt er nicht. Auf den Gedanken, diesen Kampf zu studieren, ist er niemals gekommen. Und dieses eben ist dasjenige, was gegen alle Vernunft trennt, das Nichtverstehen. Dieses Nichtverstehen läßt auch die von oben die Kraft oft falsch ansetzen, so daß die Entwicklung eines guten Kerns nicht gefördert, sondern dadurch zerstört wird.

Schließlich sind noch die Händlernaturen da, die Wucherer an der Gesamtheit. Sie haben nie das Gefühl von Nation und Gemeinschaft. Sie wecken die Gier und richten neben dem Elend die Verschwendung auf. Sie kennen und nutzen das Umgehen von Recht und Moral. Sie brachten den Geist der Korruption und das Mißtrauen in unser Volk, sie nehmen ihm den Glauben an Ehrlichkeit. Denn sie reden vom Adel, vom Ethos der Arbeit, und denken dabei Geschäft. Sie drängen sich zur Führung der Massen und betrügen sie. Sie schüren den inneren Kampf im Staate, denn die Schwäche des Zwiespaltes schafft ungehinderte Nährung den Parasiten. Der feiste Erfolg dieser artfremden Naturen macht Schule in unseren Reihen. Das ist die größte Gefahr. So kam auch die innere Verlogenheit in unsere Wirtschaft: nur nicht das innere Wahre, seine Sorgen kund tun, sondern stets bloß auf äußeren Effekt eingestellt sein! Es gibt Kommerzienräte, die nicht wissen, ob sie am nächsten Tag noch einen Pfennig besitzen; aber das Auto, die luxuriöse Villa bleibt. Denn die Aufmachung, die doch gerade die Arbeiter aufreizt, erhält den Kredit.

Und nun die da unten, die Massen der Arbeitnehmer. Die Masse hat ihre eigenen psychischen Gesetze. Ihr intellektuelles Niveau ist immer dem einzelnen gegenüber gesenkt, ihr Geist ist blind. Der Glaube an das Anonymsein des einzelnen in ihr nimmt die Hemmung von den tierischen Instinkten und läßt diese frei gewähren.

Sie toben sich aus. Das Empfinden der Macht der Menge läßt das Selbstbewußtsein bis zum Größenwahn und das Gefühl bis zum Glaubensfanatismus sich steigern. Man muß Mitleid mit der Masse haben. Sie wird immer unten sein. Das ist Naturgesetz, das ist die Tragik ihrer Individuen. Zur Höhe reicht es trotz inneren Wollens nicht, zum Kampf um Seele und Geist, nur zum Ringen um die nackte Existenz allein. Die eintönige Last dieser Mühe um die materiellen Fragen erscheint geringfügiger, weil sie ethisch minderwertiger ist, und drückt doch schwerer, weil sie den Menschen innerlich herabstimmt. Von oben kennen die Massen nur die Schale, was sich am meisten vordrängt, das Protzentum, das sie bei aller Wut doch belachen, und das, was sie am meisten verletzt, die kühle Zurückhaltung, — sie sagen Borniertheit. Sie können es nicht verstehen, daß der Unternehmer nüchtern rechnen, sachlich eingestellt sein muß, naturgemäß ein Skeptiker wird. Sie kennen nicht die Gefahr und Kühnheit großer Entschlüsse. Die Verhetzung der Parteien und Klassenkämpfer will sie nicht sehen lassen, daß die Leistung der Leiter nicht nur einen tatsächlichen Arbeitswert hat, sondern auch die Frucht eines Lebenskampfes ist, der sich jenseits von Profit und Welt abgespielt hat. Errungene Erkenntnis wird durch Verleumdung möglichst schnell ins Üble gewendet. Und doch wird die Erkenntnis sich durchsetzen.

Das berufsständische System wird uns dazu verhelfen. An die Stelle der hemmenden, horizontalen Schichtung nach Klassen, setzt es die vertikale Nebeneinanderordnung der Arbeitsstände und verhilft damit dem natürlichen Auswachsen, der organischen Entwicklung zu ihrem Recht. Die Oberen wurzeln wieder in den Urkräften der Tiefe, der Muttererde. Den Unteren ist der Weg zu Höherem offen. Und wenn er auch der Masse Sehnsucht bleiben muß und nur von einzelnen, den Tüchtigen, beschritten werden kann, so gibt die Möglichkeit des Aufstieges doch eine gewisse Zufriedenheit und Freude am Leben und damit die Grundlage zum Gemeinschaftsgefühl. Man wird die Vorurteile, die Hemmungen des eigenen Kreises überwinden.. Ein Ausgleich der Schichtungen wird eintreten. Kein gönnerhaftes Wohlwollen oder Mitleid mit den Menschen, kein Klassenhaß mehr, sondern gegenseitiges Verstehen! Dann gibt es auch wahre Kameradschaft in der gemeinsamen Arbeit.

Nur mit dem Zusammenwirken von fähigsten Köpfen, sachlicher Arbeit und seelischem Interesse ist die notwendige größte Leistungshöhe zu erringen. Wenn dann der soziale Ausgleich durch gegenseitiges Verstehen uns noch die wahre Volksgemeinschaft wiedergibt, so können wir ruhig an den Ausbau unseres Vaterlandes, an die deutsche Zukunft glauben.

Grundlagen und Ziele deutscher Wirtschaftspolitik.

Von Dipl.-Ing. **Fritz Jähne.**
(Rugia-Berlin.)

Schule und Beruf erziehen den Techniker zur Sachlichkeit und Kürze. Verzichten wir daher auf jede Einleitung theoretischer, philosophischer oder geschichtlicher Art, und treten wir gleich mitten in die Sache.

Drei Fragen stellen sich vor uns hin, wenn wir jetzt nach dem Kriege von „deutscher Wirtschaftspolitik" sprechen: Was war die deutsche Wirtschaft vor dem Kriege? Wie steht es jetzt um sie? Was soll daraus werden?

* * *

Was war die deutsche Wirtschaft vor dem Kriege?

Sie war eine Wirtschaft, die auf wachsender Volkszahl beruhend und von ihr getrieben in glänzendem Aufstieg begriffen war. Zwar all zu mechanistisch nur die wachsende Volkszahl als Grundlage unseres Aufstiegs zu werten, wäre falsch. Denn auch in Rußland wohnte ein wachsendes Volk. Seine Bevölkerung nahm fast in gleichem Maße zu wie unsere. Während in der letzten Zählperiode bei uns die Volkszahl stieg um 854000 ≙ 1,46%, stieg sie im gleichen Zeitraum in Rußland um 1,586 Millionen = 1,31%. In den Balkanstaaten gar war die Zunahme prozentual noch viel stärker als bei uns.

Serbien	nahm	zu um	39173 = 1,51%
Rumänien	„	„ „	110088 = 1,94%
Bulgarien	„	„ „	58273 = 1,50%

Die stärkste prozentuale Zunahme von den großen Wirtschaftsgebieten wies Amerika auf. Dort wuchs die Volkszahl um 1,14 Millionen = 1,89%.

Wenn wir diese Zahlen mit der Wirtschaftsentwicklung der betreffenden Völker vergleichen, dann fällt sofort ein Unterschied in der Entwicklung in die Augen. In Deutschland und Amerika wachsende Volks-

zahl und glänzender Aufstieg, in Rußland und den Balkanstaaten wachsende Volkszahl und politische Gärungen, ewige Zuckungen und schließlich Kriege.

Dabei hatten diese Völker weit mehr Platz auf ihrem Heimatboden als wir. Denn während im Deutschen Reiche auf 1 qkm 112 Einwohner kamen, betrug diese Zahl in Serbien nur 55,66, in Rumänien 45,35, in Bulgarien 41,89 und in Rußland gar nur 5,85. Wir mußten also eine ganz andere Volkszahl auf der gleichen Grundfläche ernähren als diese Völker. Aber diese Menschen bedeuteten bei uns auch noch etwas ganz anderes. Ihre Bedürfnisse, zu leben, sich zu kleiden, sich zu bilden, waren ganz andere als in jenen Staaten. Das bedeutete, daß bei uns auf der gleichen Daseinsgrundlage, das ist nun einmal der Boden, ein Vielfaches mehr an Menschen ernährt, gekleidet und gebildet werden mußte als bei jenen Völkern.

Wenn die wachsende Volkszahl bei jenen Staaten zu gewaltsamen Ausbrüchen im Innern und nach außen führte, wenn bei uns der Wille des ganzen Volkes nach friedlicher Entwicklung drängte, dann mußte ein tiefliegender Unterschied diese Entwicklung mehr beeinflussen als die bloße Zahl.

Dieser Unterschied lag einmal auf staatlichem Gebiete. Denn eine kraftvolle Wirtschaft kann sich nur in politisch starken Staatsgebilden entwickeln. Ein schwacher Staat kann eine starke Wirtschaft nicht oder sicher nicht auf die Dauer tragen. Und so können wir von einer kraftvollen deutschen Wirtschaft erst nach der Schaffung eines starken Staatsgebildes, des Deutschen Reiches, reden.

Zum andern lag der Unterschied in den unserem Volke besonders eigentümlichen Eigenschaften. Hier drängt sich der Vergleich mit Amerika wieder auf. Ein starker Staat mit kraftvoller Wirtschaft und steigender Volkszahl wie bei uns. Ein Wachsen aller Einzelbetriebe und der Gesamtwirtschaft bis zu „unbegrenzten Möglichkeiten". Und doch auch hier ein starker Unterschied. Dort in Amerika unermeßliche Räume, ein Reichtum an Land, der unerhört ist. Auf einem Quadratkilometer wohnen kaum mehr als 8 Menschen gegen 112 bei uns. Ein Reichtum an allen Urstoffen der Produktion, an Kohlen, Eisen, allen Metallen, der noch unübersehbar ist. Und Ernten an Nahrungsmitteln, die uns staunen machen. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen: 1913 betrug die Kohlenförderung in 1000 Tonnen in Amerika 450 000, in Deutschland 190109; die Roheisengewinnung in Amerika 31462, in Deutschland 19312; die Ernte an Körnerfrüchten in Amerika 1916 40730, in Deutschland 30464.

Dagegen bei uns enge Räume, Urstoffe in nicht gar großer Menge, Metalle fehlen fast ganz. Wenn wir bei so ungleichen Kampfmitteln im Wirtschaftsringen bestehen konnten, so mußten wir außer dem

gleichen Triebmittel der wachsenden Volkszahl noch etwas Besonderes vor den Amerikanern haben, das die Ungunst des Raumes und Stoffes zu unseren Gunsten ausglich. Da macht uns die letzte Zahl der Erntemengen nachdenklich. Bei so großem Unterschied der Räume war dieser Unterschied nicht so sehr groß. Und wir rechnen und finden, daß wir auf der Flächeneinheit an Körnerfrüchten mehr als das Doppelte erzielen als der Amerikaner. 1913 wurden an Körnerfrüchten in 100 kg je Hektar geerntet in Amerika 10,3, in Deutschland 21,7. Dahinter steckt einmal unser größerer Arbeitsfleiß und zum anderen unsere eigenartige Begabung, die gesamte praktische Wirtschaftsarbeit mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung zu durchdringen.

Fassen wir zusammen: Wir sehen die Grundlagen des Aufstiegs unserer Wirtschaft in der wachsenden Volkszahl, im starken Staatsgebilde mit den noch ausreichenden Urstoffen der Produktion, in unserem Arbeitsfleiß und der uns besonders eignenden Fähigkeit, Wissenschaft und Technik zu verbinden.

Wenn wir durch diese Betrachtungen die Gefahr vermieden haben, allzu mechanistisch in der rein zahlenmäßigen Zunahme der Menschen in unserem Vaterlande die Grundlage für unsere Wirtschaft vor dem Kriege zu sehen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß diese Zunahme in stärkster Weise unsere ganze Entwicklung als politisches und als Wirtschaftsvolk beeinflußt hat.

Wir waren ein wachsendes Volk. Was bedeutet das?

Das bedeutet zunächst, ganz allgemein betrachtet, wachsende Bedürfnisse. Mehr Menschen brauchen mehr Nahrung, mehr Kleidung, mehr Wohnung, mehr Kulturgüter.

Hier zwingt uns das Ineinandergreifen von Bedürfnissen und Bedarfsdeckung, diese unabsehbare Wechselwirkung zwischen Verlangen und Befriedigung, das Gebiet zu gliedern und Richtpunkte herauszustellen, damit wir uns nicht verlieren, obgleich wir uns bewußt sind, daß dadurch gerade die Aufhellung der unendlich reizvollen Wechselwirkung der einzelnen Gebiete aufeinander notleidet. Bei dieser Gliederung in die großen Gebiete der Landwirtschaft, von Industrie und Bergbau und Handel und Verkehr fragen wir uns: Wie waren die Menschen darin verteilt? Welche Mengen oder Werte schafften sie?

* * *

Die Landwirtschaft.

Wir waren ein wachsendes Volk. Aber dieses Wachstum war nicht bei allen Gliedern gleichmäßig. Es war schon so, daß die ganze Gestalt unseres Wirtschaftslebens unter diesem ungleichmäßigen Wachstum

litt. Wenn man sich in groben Rissen ein Bild davon machen will, so sieht das folgendermaßen aus:

1816 betrug die landwirtschaftliche Bevölkerung 18,5 Millionen, die nichtlandwirtschaftliche 6,3 Millionen.

1855	18,5	gegen	17,6	Millionen	
1895	18,5	„	33,5	„	
1907	17,7	„	42,9	„	(s. Abb. 1).

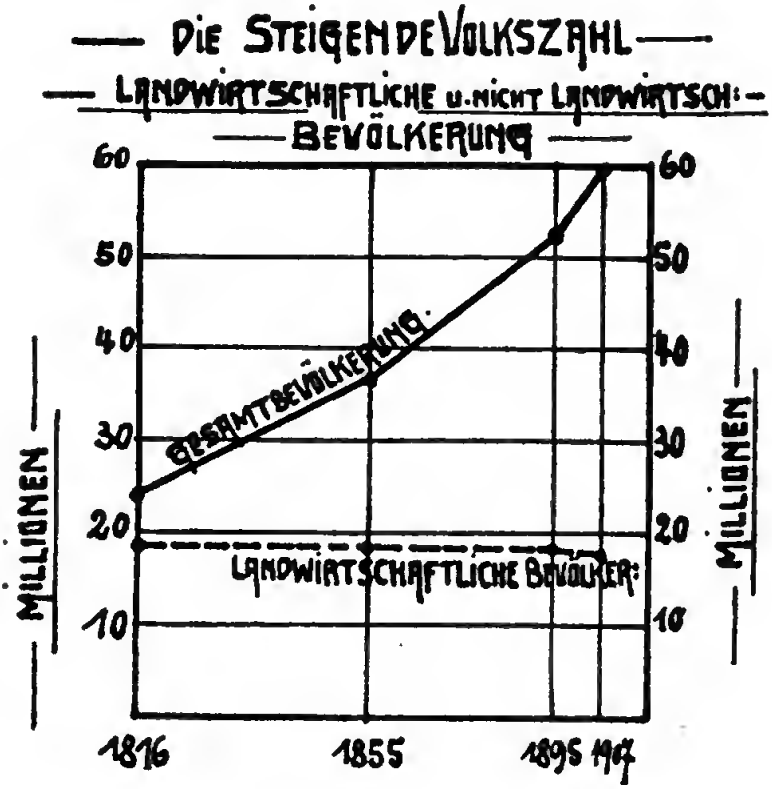

Abb. 1.

Das heißt, zahlenmäßig bleibt die landwirtschaftliche Bevölkerung stehen und beginnt sogar 1907 abzunehmen. Die nichtlandwirtschaftliche nimmt stark zu. Damit nimmt der prozentuale Anteil der Landwirtschaft stark ab, von 51% 1855 sinkt er 1907 auf 25%. Das bedeutet, während 1855 ein Landwirt einen Nichtlandwirt miternähren mußte, hatte er 1907 insgesamt für 4 Menschen Nahrung zu schaffen.

Wie hat die Landwirtschaft diese Aufgabe gelöst?

Im wesentlichen hat sie unsere Ernährung sichergestellt. Die Viehhaltung wies stark steigende Zahlen auf. Es wurden gehalten in Millionen Stück:

im Jahre	an Rindern	an Schweinen
1883	3,5	9,2
1892	17,6	12,2
1900	18,9	16,8
1907	20,6	22,1
1913	21,0	25,6
Zunahme	5,2	16,4 (fast 200 %)

Bringen wir diese Zahlen, um sie mit denen anderer Länder vergleichen zu können, auf einen Generalnenner und nehmen dazu die Flächeneinheit (1 qkm). Mit der Zahl der Rinder stehen wir an fünfter Stelle mit 35 auf 1 qkm, hinter den Niederlanden mit 50, Belgien mit 48, Dänemark mit 43 und Großbritannien mit 36. Mit der Zahl der Schweine haben wir die zweite Stelle erreicht mit 31 auf 1 qkm hinter Belgien mit 41. Alle anderen Länder folgen erst in weitem Abstand.

Auf der Grundlage dieser Leistungen der Landwirtschaft konnten wir das Volk mit dem höchsten Fleischverbrauch werden. Dazu wurde uns aber auch noch das Brot geboten. Gerade so außerordentlich konnte die Zunahme der Erntemengen in Getreide naturgemäß nicht sein. Aber auch hier weisen die Gesamterntemengen in Roggen, Weizen, Gerste und Hafer von 1900 bis 1913 eine ganz erstaunliche Steigerung auf. Die Gesamterntemenge an Körnerfrüchten betrug in 1000 Tonnen 1900: 22468, 1905: 24757, 1909: 27736, 1913: 50464. Zunahme 8 Millionen Tonnen = 35 %. Und die Hektarerträgnisse in 100 kg stiegen von 17,08 auf 17,10; 20,60; 21,7. Zunahme 462 kg je Hektar = 25 %.

An Kartoffeln betrug die Erntemenge in Millionen Tonnen: 40,58; 48,32; 46,71; 54,12 und das Hektarerträgnis in 100 kg 128,1; 145,7; 140,5; 158,6.

Also wohin wir sehen in der Landwirtschaft: steigende Erträgnisse, steigend der Ertrag auf der Flächeneinheit, noch mehr gesteigert aber der Gesamtertrag. Das bedeutet: es wurde mehr unter den Pflug genommen und es wurde mehr und mit besserem Wirkungsgrad gearbeitet.

Ganz reichte es zum Brot trotzdem noch nicht für unser Volk, knapp ein Zehntel unseres Bedarfs an Getreide mußte noch eingeführt werden. Das lag allerdings zum größten Teil an unserem übermäßig gesteigerten Fleischverbrauch, da besonders die Schweinehaltung viel fremde Gerste brauchte. Im übrigen aber stellte die Landwirtschaft unsere Nahrung sicher, sie schützte uns dadurch vor allzu großer Abhängigkeit vom Ausland und war dabei der beste Abnehmer unserer Industrie.

Nicht so günstig lagen die Verhältnisse bei unserer Kleidung. Hier waren wir stark von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe, Wolle und Baumwolle, abhängig. Unsere eigene Wollerzeugung ist ständig zurückgegangen. Die Zahl der Schafe betrug in Millionen Stück:

1873	1883	1897	1907	1913
25,0	19,0	11,0	7,7	5,5

Dazu mußten wir an Wolle einführen (1907) in 1000 Tonnen: 233,6 im Werte von 487,7 Millionen Mark; davon wurden wieder ausgeführt nach Bearbeitung: 68,7 im Werte von 338,6 Millionen Mark; 164,9 verbrauchten wir selbst und mußten dafür noch 149,1 Millionen Mark bezahlen. Das bedeutet, daß die Arbeit unserer Textilindustrie die Rohwolle so hochwertig machte, daß wir mit der Wiederausfuhr von knapp ein Drittel mehr als zwei Drittel dieser Einfuhr bezahlen konnten.

An Baumwolle führten wir 1907 ein in 1000 Tonnen: 538,5 im Werte von 608,4 Millionen Mark; davon wurden wieder ausgeführt nach Bearbeitung: 127,5 im Werte von 329,6 Millionen Mark; 411,0 blieben im Lande mit einem Restpreis von 278,8 Millionen Mark. Die Arbeit unserer Baumwollspinnereien und Webereien machte mit einem Viertel der Gesamteinfuhrmenge mehr als unseren Gesamtinlandsverbrauch an Rohbaumwolle bezahlt. Wir konnten uns kleiden, weil unsere Industrie die Zahlungsmittel schaffte. Freilich die Abhängigkeit von den ausländischen Rohstoffen konnte sie nicht beseitigen. Aber die steigende Erzeugung unserer Kolonien begann doch der schrankenlosen Ausnutzung unserer Abhängigkeit vom Auslande Grenzen zu setzen.

Die Industrie.

Wir waren ein wachsendes Volk. Am stärksten wuchs der Volksteil, der in der Industrie lebte und wirkte. Und gerade er verlangte immer besseres Leben und hat immer besser gelebt. Er hat sich immer besser genährt, besser gekleidet und hat immer besser gewohnt. Möglich war das nur dadurch, daß unsere Industrie die Werte schuf für bessere Nahrung, Kleidung und Wohnung.

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Jahre 1907 (dem letzten Jahr, über das eine genaue Berufszählung im Frieden vorliegt) auf 11,256 Millionen. Das bedeutete, daß rund 26 Millionen in unserem Volke unmittelbar von der Industrie lebten. Das waren nur 4 Millionen weniger als die Hälfte unserer Volkes.

Was schafften sie?

Stark ein Elftel waren im Bergbau, in Hütten und Salinen tätig. Sie schafften Kohlen und Eisen. Und auf Kohlen und Eisen beruht

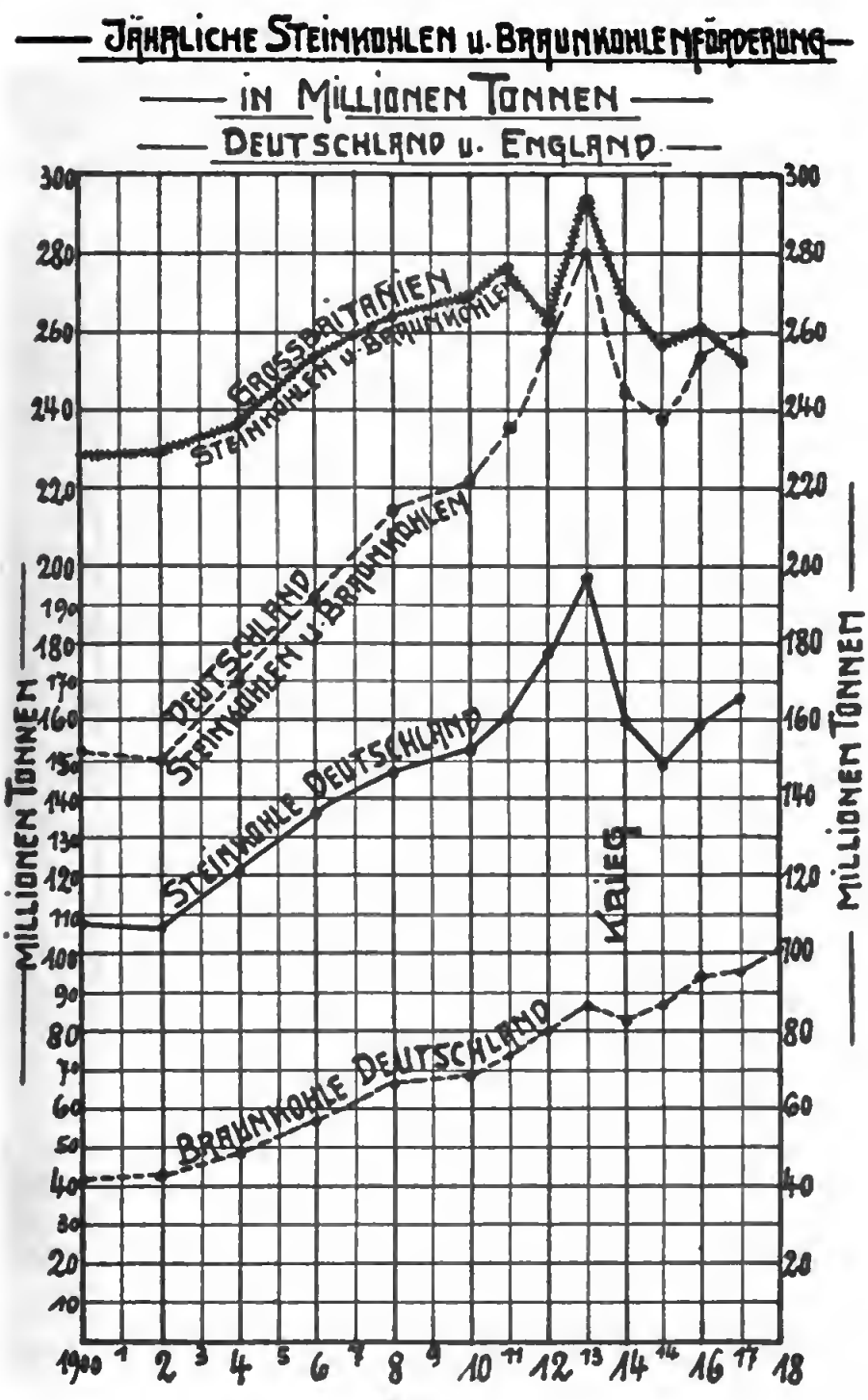
JÄHRLICHE STEINKOHLEN u. BRAUNKOHLENFÖRDERUNG
IN MILLIONEN TONNEN
DEUTSCHLAND u. ENGLAND
GROSSBRITANIEN STEINKOHLEN u. BRAUNKOHLEN
DEUTSCHLAND STEINKOHLEN u. BRAUNKOHLEN
STEINKOHLE DEUTSCHLAND
BRAUNKOHLE DEUTSCHLAND
KRIEG
MILLIONEN TONNEN
MILLIONEN TONNEN
1900 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18

Abb. 2.

alle Wirtschaft der Neuzeit. Da zeigt die Abbildung eine starke und ständig stärker werdende Grundlage unserer deutschen Wirtschaft. Und wir sehen, wie wir in unserer Steinkohlen- und Braunkohlenförderung die Grundlage der englischen Wirtschaftsstärke erreichen, und es war nur eine Frage der Zeit, daß wir sie dauernd überwanden (s. Abb. 2).

Überwunden hatten wir sie schon in der Roheisengewinnung (s. Abb. 3). Darum mußte der Krieg kommen.

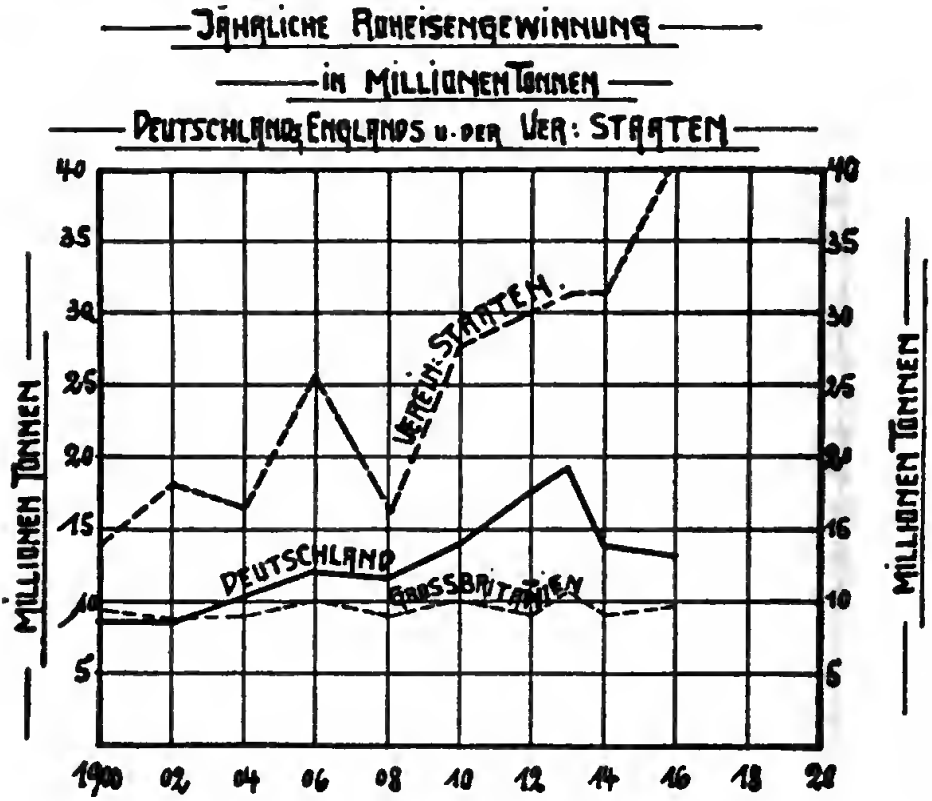

Abb. 3.

Vergleichen wir die Entwicklung der Roheisengewinnung bei uns mit der in Amerika, so finden wir dort eine noch viel gewaltigere Steigerung. Allerdings machen sich dort auch die Schattenseiten dieser jähen Aufwärtsentwicklung in starken Krisen als tiefe Einsenkungen bemerkbar. Dagegen verläuft die Entwicklung bei uns stetiger. Für die Gesamtwirtschaft und besonders für die in dem betreffenden Wirtschaftszweige Tätigen war die Entwicklung bei uns zweifellos gesünder.

Auf dieser Grundlage von Kohlen und Eisen baute sich nun unsere

ganze Veredelungs- und Verfeinerungsindustrie auf, und auf dieser wieder beruhte unsere Kaufkraft auf dem Weltmarkt. Wir haben im Verhältnis nur wenig Rohstoffe ausgeführt, darunter vor allen Dingen Kohle. Die größten Werte, die wir ausführten, waren Arbeitswerte, und zwar Hand- und Kopfarbeit. Und in jedem Fall Qualitätsarbeit, die wir uns bezahlen lassen konnten, weil wir darin keinen Wettbewerb zu scheuen brauchten.

Die Zahl der Beschäftigten in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie betrug 1907 2,093 Millionen, rund ein Fünftel aller in der Industrie Tätigen, das bedeutet mit Angehörigen rund 5 Millionen oder ein Zwölftel unserer damaligen Volkszahl. Unter ihren Händen wurden mit Hilfe der Kohlen Schienen und Profile, Drähte und Bleche. Aus Stahl und Eisen, Profilen und Blechen entstanden Schiffe. Aus Stahl und Eisen entstanden Werkzeugmaschinen zur Bearbeitung von Holz und Eisen, es entstanden Hebezeuge, Pumpen und Kraftmaschinen jeder Art für Dampf, Gas und flüssige Brennstoffe, Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen und alle Instrumente für wissenschaftliche und gewerbliche Zwecke, Spinnmaschinen und Webstühle. In innigster Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und auf ihr fußend schuf die Technik die optischen Instrumente, photographischen Apparate, die elektrischen Maschinen und Apparate, Uhrwerke und Meßinstrumente. Und wenn aus dem Stahlblock Uhrfedern geworden waren, dann hatte sich der Wert des Rohmaterials mehr als vertausendfacht durch die Arbeit. Die Werte, die wir so schufen, deckten unseren eigenen Bedarf, erleichterten und verschönerten unser Leben und standen uns darüber hinaus zur Ausfuhr zur Verfügung. Etwa ein Fünftel des Wertes unserer Gesamtausfuhr — 2080 Millionen von den 10182 unserer Gesamtausfuhr — wurde 1913 durch die Arbeit unserer Eisenindustrie geschaffen.

Auf der Kohle bauten wir eine Industrie auf, in der wir an der Spitze aller Völker standen, die chemische Industrie. Aus der Kohle gewannen wir den Teer, aus dem Teer die Öle, aus den Ölen schufen unsere Wissenschaft und Technik die Teerfarben, mit denen wir die ganze Welt versorgten. Und sie schufen dazu die Heilmittel, die in ihrer Güte und Zuverlässigkeit bisher von keiner Seite zu erreichen waren, obwohl man uns die Geistesarbeit, die darin steckte, zu stehlen versuchte. Die Zahl der in der chemischen Industrie Beschäftigten betrug zwar 1907 nur 159000, sie schafften aber 1913 ungefähr ein Zehntel des Wertes unserer Gesamtausfuhr — 956 Millionen von den 10182 — und diese Ziffer stieg von Jahr zu Jahr gewaltig.

In den anderen Hauptindustrien, die nicht unmittelbar auf der Kohle und dem Eisen beruhten, wenn sie auch stark von diesen Grundstoffen abhängig waren, waren 1907 beschäftigt:

Industrie	Berufstätige	Berufstätige mit Angehörigen
	Millionen	
Steine und Erden	0,72	1,8
Textil	1,06	1,94
Papier	0,21	0,44
Leder	0,22	0,53
Holz	0,79	2,00
Nahrungs- und Genußmittel	1,13	2,51

Für unsere Bekleidung arbeiteten 1,42 Millionen mit 2,64 Zugehörigen, für unser Wohnen 1,91 Millionen mit 4,85 Zugehörigen.

Bergbau, Metallindustrie, chemische Industrie, Kautschuk-, Papier-, Ton- und Glaswarenindustrie stellten zusammen 3953 Millionen Mark = fast 40% der Gesamtausfuhr. Der Wert der Ausfuhr übertraf auf diesen Gebieten den der Einfuhr um 1204 Millionen Mark. Im einzelnen sah das bei den Hauptindustrien folgendermaßen aus:

Ausfuhr und Einfuhr (Werte in Millionen Mark).

	1911	1912	1913
Bergbau.			
Ausfuhr	640	764	869
Einfuhr	900	963	1087
Überschuß: Ausfuhr über Einfuhr	— 260	— 199	— 218
Metallindustrie.			
Ausfuhr	1608	1858	2080
Einfuhr	847	968	1150
Überschuß: Ausfuhr über Einfuhr	+ 761	+ 990	+ 930
Chemische Industrie.			
Ausfuhr	755	821	356
Einfuhr	346	385	430
Überschuß: Ausfuhr über Einfuhr	+ 409	+ 436	+ 526
Kautschuk-, Papier-, Ton-, Glaswarenindustrie.			
Ausfuhr	489	571	648
Einfuhr	83	80	82
Überschuß: Ausfuhr über Einfuhr	+ 406	+ 482	+ 566

Handel und Verkehr.

Der Handel ermittelt die Stellen, die Überfluß haben und die Bedarf haben. Er bringt Angebot und Nachfrage zusammen und ist damit

die Grundlage und der Anreger des Verkehrs. Seine Hilfsmittel dabei sind das Nachrichtenwesen mit Post, Fernsprecher und Telegraph und das Verkehrswesen mit Eisenbahn und Schiffahrt.

Berufstätig waren darin 1907 2,5 Millionen, mit Angehörigen lebten also rund 7,5 Millionen Menschen davon. Die Zahl der Berufstätigen hatte sich seit 1895 fast verdoppelt.

Was schafften sie?

Der Gesamtwarenverkehr des Inlandes ist schwer zu erfassen. Denn da ist es oft schwer zu sagen, ob Handel oder Gewerbebetrieb vorliegt. Eine sichere Unterlage aber haben wir im Außenhandel. Hier zeigt sich nun die glanzvollste Entwicklung (s. Abb. 4).

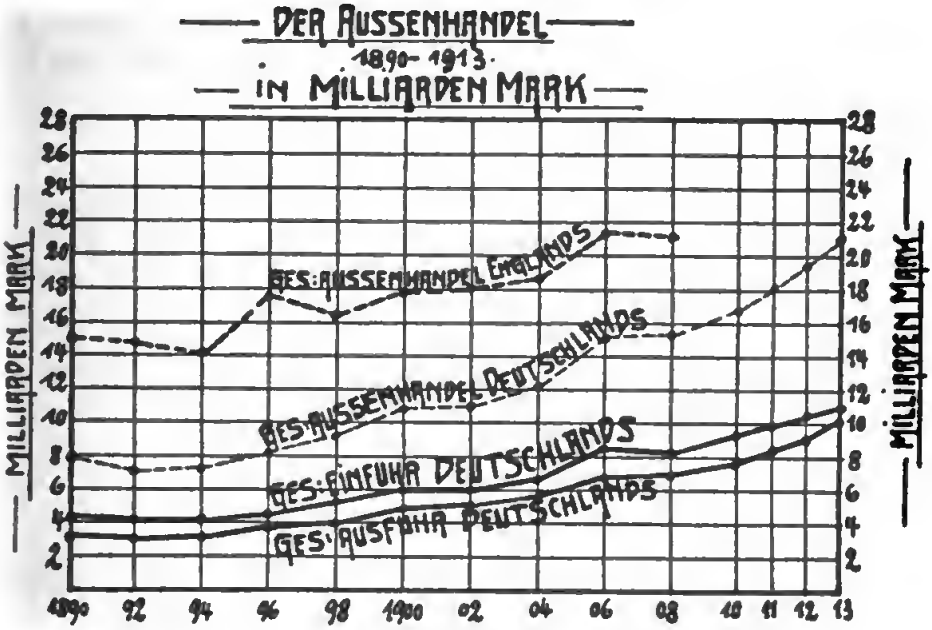

Abb. 4.

In einem Zeitraum von 13 Jahren, von 1900 bis 1913, hat sich der Wert unseres Außenhandels fast verdoppelt. Er stieg von annähernd 11 Milliarden Mark auf über 21 Milliarden. Er hatte damit im Jahre 1913 den Wert des englischen Außenhandels vom Jahre 1908 erreicht.

Was bedeuten diese Zahlen? Welche Mengen und Leistungen stehen dahinter?

1913 wurden 72,8 Millionen Tonnen eingeführt und 73,6 Millionen Tonnen ausgeführt, das bedeutet den Transport von 146,4 Millionen Tonnen insgesamt vom Ort der Erzeugung an den Ort des Verbrauchs.

Rund 68% davon gingen den Seeweg und beanspruchten Schiffsraum. Es waren also 100 Millionen Tonnen in den Hafenplätzen des Ausfuhrlandes zu sammeln, zu lagern, dann zu verladen, zu befördern, zu entladen, zu lagern und zu verteilen. Das geschah zum größten Teil auf deutschen Lagerplätzen, mit deutschen Verladeeinrichtungen, mit deutschen Schiffen und deutschen Menschen.

Diese stark aufsteigenden Schaulinien auf allen Wirtschaftsgebieten, die zeigen nüchtern und klar, warum der Krieg kommen mußte. Wer reich ist, hat weniger Neider als der, der reich wird.

* * *

Wir sind unterlegen durch eigene Schuld. Was für die andern die große Gefahr bedeutete, das sollte endgültig beseitigt werden. Daher ihr Kampf gegen unsere Wirtschaft als die Grundlage unseres Aufstiegs, daher die unsinnigen wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages.

Wie steht es jetzt um unsere Wirtschaft?

Es soll uns alles genommen werden, was die Grundlage unseres Wirtschaftsaufstiegs war. Die Volkszahl wird vermindert. Es bleiben uns 57,5 Millionen von ungefähr 65. Im besetzten Gebiete wohnen außerdem noch rund 6 Millionen, und die Gefahr des Verlustes durch Abstimmung besteht noch bei weiteren 2 Millionen. Wir verlieren damit Volkskreise, die besonders wichtig waren, im Osten für die Ernährung durch ihre Landwirtschaft, im Westen für die Kaufkraft unserer Wirtschaft durch Kohle und Eisen.

Von der Kohlenförderung im Jahre 1912 von 175 Millionen Tonnen verlieren wir jährlich 60 Millionen Tonnen = 34¼ %. Von dem Rest müssen wir unseren Feinden noch liefern, so daß uns nur rund ein Drittel unserer Friedensförderung bleibt. Es ist unmöglich, damit unsere Volkswirtschaft am Leben zu erhalten, sie muß dabei elend verkümmern. Noch größer ist der Verlust, wenn wir die Kohlenvorräte in der Erde betrachten. Von 410 Milliarden Tonnen werden uns 193 Milliarden Tonnen = 47% genommen. Um soviel werden unseren Kindern Lebensmöglichkeiten verkümmert, oder diesen Zahlen entsprechend werden sie auswandern müssen, wenn dem Rest der gleiche Anteil bleiben soll. Von der Förderung der Eisenerze 1913 von 35,9 Millionen Tonnen werden uns gar 28,6 Millionen Tonnen = 80% genommen. Und alle moderne Wirtschaft beruht auf dem Eisen. Aber nicht nur diese materiellen Grundlagen der Wirtschaft raubt man uns, man stiehlt uns auch die geistigen, indem man unser geistiges Eigentum, das durch Patente geschützt war, stiehlt.

Unsere Ernährung durch unsere heimische Landwirtschaft zerbricht

man, indem man uns den größten Teil unserer vier Ostprovinzen nimmt. Denn das waren Überschußgebiete. Von den 74,42 Millionen Tonnen unserer Ernte an Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Kartoffeln im ganzen Reich brachten sie allein 21,92 Millionen Tonnen. Das waren 29,4%, prozentual geht uns damit mehr als das Doppelte der Volkszahl verloren. In der Fettversorgung werden wir den Verlust am schmerzlichsten empfinden. Denn im Wirtschaftsjahr 1917/18 haben diese vier Provinzen an Butter 7740 t von 32700 des ganzen Reiches = 23,6% und von Ölfrüchten 28980 t von insgesamt 96000 t = 30,2% abgeliefert.

Unsern Handel zerstört man, indem man uns die Schiffe nimmt. Unsere Handelsflotte stieg stark und stetig (s. Abb. 5). Durch den

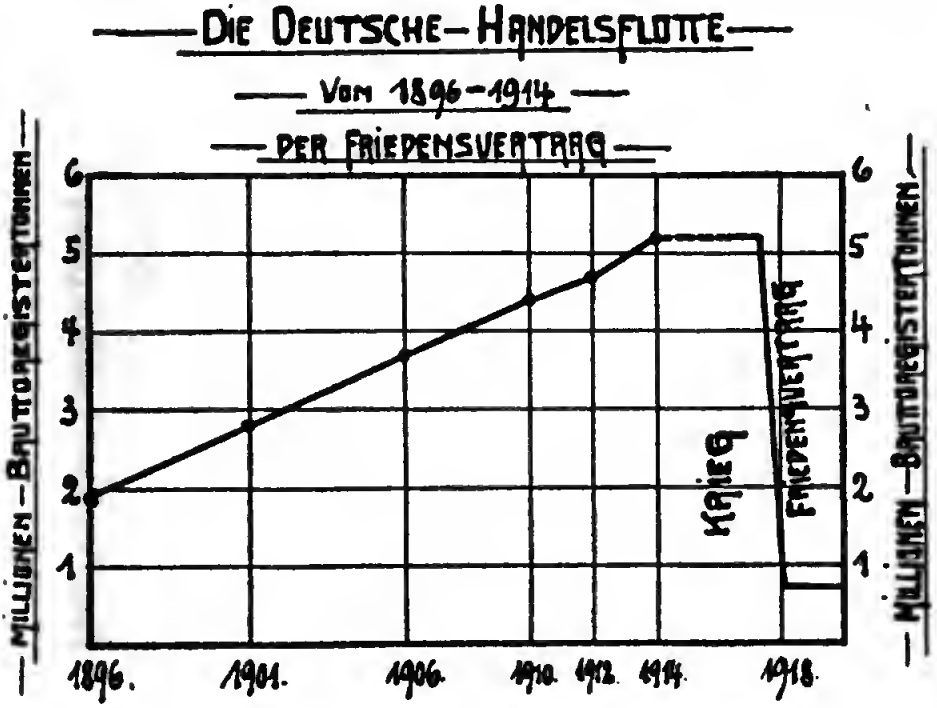

Abb. 5.

Friedensvertrag ist sie auf rund ein Achtel ihres Friedensstandes von 1914, auf rund ein Drittel ihres Standes von 1896 zurückgeschraubt. Das bedeutet, daß rund ein Drittel der Volkszahl von 1896 durch sie ihr Brot finden und durch sie versorgt werden kann. Damit wird unserem Außenhandel ein tödlicher Schlag versetzt. Um ihn für immer zu vernichten, soll ihm die Nachrichtenübermittlung ins Ausland unmöglich gemacht werden. Unsere Seekabel — 40847 km — müssen sämtlich den Feinden ausgeliefert werden. Unsere Kolonien werden

uns sämtlich genommen und damit Ernährung, Handel und Industrie zugleich getroffen. Denn schon trugen die Kolonien zu unserer Ernährung bei, lieferten Rohstoffe für unsere Industrie und waren Absatzgebiet für unsere Arbeitserzeugnisse, so daß sich der Gesamthandel mit ihnen schon auf über eine halbe Milliarde entwickelt hatte (s. Abb. 6).

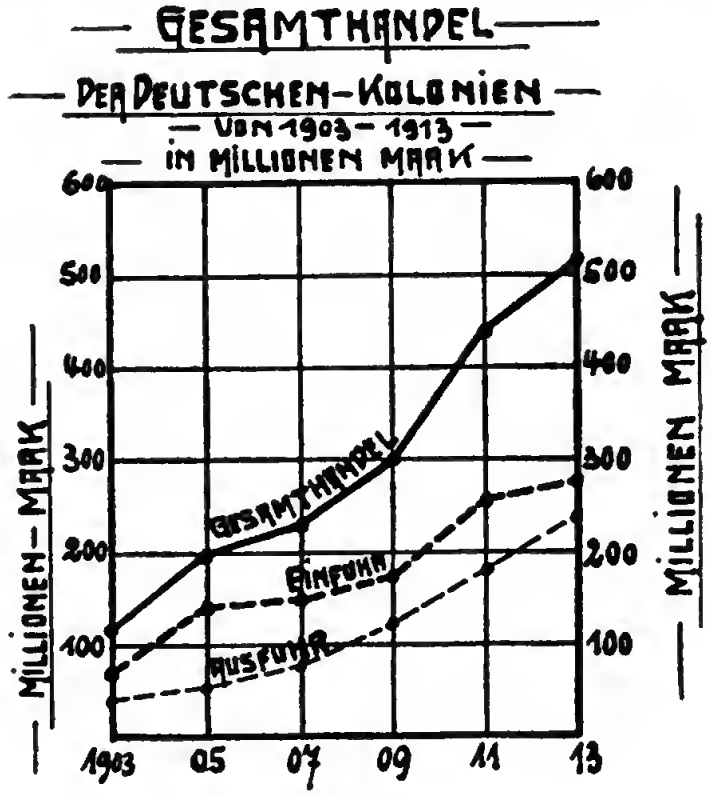

Abb. 6.

Und gründlich wurden unsere Handelsniederlassungen im Auslande zerstört, der deutsche Kaufmann vertrieben oder interniert, die Bücher vernichtet, alle Beziehungen zerrissen, damit die Versorgung unserer heimischen Industrie mit Rohstoffen, besonders der so wichtigen Textilindustrie, durch den deutschen Kaufmann für immer unmöglich gemacht würde.

So hat man uns alles genommen, Menschen und Nahrung, Kohlen und Eisen, Handel und Verkehr.

Das war der Zweck des Krieges.

* * *

Was soll daraus werden?

Hier ist es nötig, eine Vorbemerkung zu machen. Wenn der sog. „Friedensvertrag" in seinem ganzen Umfang bestehen bleibt, dann haben die folgenden Betrachtungen keinen Zweck. Denn darunter können wir nicht leben, darunter ist keine Arbeit und kein Aufbau möglich. Es muß daher außenpolitisch unsere wichtigste Aufgabe sein, ihn wenigstens so weit zu ändern, daß er uns Lebensmöglichkeiten läßt. Das wird möglich sein, da er an seiner inneren Unmöglichkeit scheitert. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden, stärker als der politische Haß, die Feinde zu Zugeständnissen zwingen.

Was ist uns dann noch geblieben, nachdem uns die Gegner fast alles genommen? Unsere Arbeitskraft — wenn wir sie nicht selbst in blindem Wüten zerstören oder im Starren nach einem Wolkenkuckucksheim der Glückseligkeit im Sozialismus begraben. Wenn wir, auf dieser Arbeitskraft fußend, uns wieder aufrichten wollen, dann müssen wir zunächst von unten und von innen heraus aufbauen. Wir müssen Lebensmut gewinnen, wieder ein wachsendes Volk zu werden. Wir müssen die Verzweiflung überwinden, daß doch alles keinen Sinn und keinen Wert habe. Wir müssen Hoffnungsfreudigkeit gewinnen, daß wir als Volk noch eine Zukunft haben trotz aller trüben Gegenwart.

Gewinnen wir den Glaubensmut dazu, dann sind uns wirtschaftlich die Unterlagen dazu trotz aller Erschwernisse gegeben. Wir haben vor allen Völkern eine besondere Begabung, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in der Technik anzuwenden. Diese Überlegenheit gilt es auszunutzen. Nicht das Volk ist das Volk der Zukunft, das viele Werte besitzt, sondern das, das viele Werte schafft.

Bringen wir die Wirtschaftsstützen auf die einfachste Formel.

Alles Leben beruht auf der Sonnenenergie. Sie steht allen Völkern zur Verfügung. Das Volk wird auf die Dauer den anderen überlegen sein, das am meisten aus ihr herausholt, das am besten die Technik des Sonnenmotors beherrscht. Der Südseeinsulaner kommt mit dem aus, was ihm die Sonne jedes Jahr an Nahrung und Kleidung liefert. Seine Bedürfnisse sind aber auch dementsprechend. Wir brauchen mehr. Wir kommen mit der gegenwärtig gebotenen Sonnenenergie nicht aus, wir brauchen dazu die Sonnenenergie von vor vielen tausend Jahren, die in unseren Kohlen aufgespeichert ist. Wir brauchen ferner dazu die Sonnenenergie, die wir in den von ihr gehobenen Wassermassen besitzen und in der Form von Wasserkraftwerken ausnutzen. Wir können damit auf einer anderen Kulturstufe leben als der Südseeinsulaner.

Zunächst und unmittelbar muß dazu die Sonnenenergie in der

Landwirtschaft ausgenutzt werden. So hoch wir auch im Vergleich mit früheren Zeiten und anderen Völkern schon die Ackererträgnisse bei uns getrieben haben, der Wirkungsgrad des Sonnenmotors muß in ihr noch in ganz anderer, bisher kaum für möglich gehaltener Weise gesteigert werden. Und das ist möglich.

Einmal müssen wir hochwertigere Nahrungsmittel in intensiverer Wirtschaft hervorbringen. Es gilt also, aus dem gebliebenen Boden Höchsterträgnisse an Nährwerten herauszuwirtschaften. Dazu ein Beispiel:

Keine andere Frucht unserer Felder kann aus der Flächeneinheit so große Mengen an Nährstoffen erzeugen, wie die Zuckerrübe. Außer dem Zucker selbst liefert sie wertvolle Futtermittel in den Rübenblättern, der Melasse und den Schnitzeln. Nehmen wir den Friedensverbrauch von 22 kg Zucker auf den Kopf der Bevölkerung an, dann bleibt bei unserer früheren Friedenserzeugung ein Ausfuhrüberschuß von rund 1 Million Tonnen, der heute einen Wert von etwa 20 Millionen Mark hat. Diese Summe würde den Erwerb der sechsfachen Menge Weizen gestatten, die auf der gleichen Bodenfläche bei uns zu erzeugen wäre. Damit wäre der Wirkungsgrad der Sonne bei uns auf das Sechsfache gesteigert. Intensive Arbeit, gestützt auf wissenschaftliche Forschung in Düngung und Schädlingsbekämpfung, ermöglicht das. Und wie auf diesem Gebiete lassen sich noch viele andere Möglichkeiten der Ertragssteigerung in der Landwirtschaft finden. Durch bessere Düngung, wozu uns die chemische Wissenschaft und Technik die Mittel unabhängig vom Auslande zur Verfügung stellt, läßt sich nach im großen durchgeführten Versuchen der Ertrag in vielen Feldfrüchten höchstwahrscheinlich verdreifachen. Durch umfangreiche Anwendung der Maschinenkraft, besonders der Elektrizität in der Landwirtschaft, lassen sich viele Arbeiten schneller und besser und vor allen Dingen alle Arbeiten zur rechten Zeit durchführen und damit die Erträgnisse verbessern. Dazu gehören keine großen Versuche mehr, keine kostspieligen Anlagen. Das ist direkt gewonnene Sonnenenergie.

Eine andere Form der Umsetzung der Sonnenenergie ist der großzügige Ausbau unserer Wasserkräfte. Was die Sonne gehoben hat an Wasser, das müssen wir ausnutzen, wenn es zu Tal fließt. Achtbare Anfänge dazu sind schon gemacht. Schon gewinnen wir aus den Wasserkräften bedeutende Stickstoffmengen für unsere Landwirtschaft, große Metallmengen, besonders Aluminium, das uns vom Auslande unabhängiger macht.

Ganz erheblich verbessern läßt sich auch noch der Wirkungsgrad der Sonnenenergie der Vergangenheit, die in unseren Kohlen aufgespeichert ist. Wenn man bedenkt, daß in der besten Dampfmaschine heute noch höchstens 15% der Kohle ausgenutzt werden, so wird einem klar, daß

sich hier noch ganz erhebliche Energiemengen gewinnen lassen, wenn großzügig gearbeitet wird. Wege dazu sind einmal die Vergasung der Kohle statt der Verbrennung. Dadurch gewinnt man zunächst die Wertstoffe — den Teer und seine Derivate — aus dem Brennstoff und nutzt nachher noch seine Heizkraft aus. Gerade auf diesem Gebiete der Großgaskraftmaschinen stehen wir unbestritten an der Spitze. Zum andern aber eine rationelle Wärmewirtschaft der Kohle. Da, wo in der Industrie neben Kraft noch Wärme gebraucht wird, läßt sich durch Abwärmeverwertung eine Ausnutzung der Kohle bis zu 80 % erreichen und ist an vielen Stellen, besonders in der chemischen Industrie, durch zweckmäßige Betriebsführung und Verkupplung von Betrieben schon erreicht worden. Auch die Kraftübertragung von der Krafterzeugung bis zum Kraftverbrauch, von der Antriebsmaschine bis zur Werkzeugmaschine oder dem Betriebsapparat, der „Kraftfluß", läßt noch erhebliche wirtschaftliche Verbesserungen zu. Das sind alles Gebiete, auf denen jetzt angestrengt gearbeitet wird und auf denen wir vermöge unserer besonderen Begabung auch schon erhebliche Erfolge erreicht haben.

Auch in der Organisation der Arbeit selbst geht die Entwicklung bei uns dahin, alle überflüssigen Hemmungen auszuschalten und mit den geringsten Mitteln den höchsten Erfolg zu erzielen, kurz, auch hier den höchsten Wirkungsgrad zu erreichen. Typung, Normung und Spezialisierung sind hier die Mittel. Da übernehmen Spezialfabriken die Fertigung eines ihnen ganz besonders liegenden Erzeugnisses, sie bauen nur bestimmte Typen einer Maschine. An dieser Maschine sind alle Teile normiert, so daß sie billig, schnell und mit größter Genauigkeit hergestellt werden können. Das ganze Gebiet aller Hilfsteile, z. B. im Maschinenbau alle Schrauben, Nieten, Splinte, Naben, Keile, wird genormt. Ja, man geht weiter und normt die ganze Maschine in ihrer Größenabstufung, normt das ganze Gebiet der Spannungen in der elektrischen Industrie, normt Schiffsteile und ganze Schiffe und baut da alles in Reihen. Große Werke schließen sich zu Verkaufsgemeinschaften zusammen, um alle unnötigen Unkosten auf dem Wege der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher auszuschließen. Die Erzeugerverbände arbeiten auf höchste Wirtschaftlichkeit ihres ganzen Gebietes hin im Einkauf, in der Erzeugung, in der Verteilung.

Ganz besondere Anregungen hat das Gebiet der chemischen Industrie durch die Not des Krieges erhalten. Hier haben vor allen Dingen Wissenschaft und Technik wunderbare Erfolge errungen. Unsere Stickstofferzeugung aus der Luft hat uns in diesem wichtigen Nährstoff unseres Bodens jetzt völlig unabhängig vom Auslande gemacht. Wir haben ferner gelernt, an vielen Stellen Aluminium statt Kupfer zu verwenden, und Aluminium ist ein Metall, das wir gelernt haben, aus

inländischen Rohstoffen zu erzeugen, und zwar in den Mengen, wie wir es brauchen.

Über all dem Organisieren und Schaffen steht bei uns der Gedanke der Qualitätsarbeit. Nur sie hat ihren besonderen hohen Preis, weil sie uns nicht leicht nachgemacht werden kann. Damit erreichen wir dann, daß wir nicht zum Lohnsklaven der anderen für schwere und schmutzige Arbeiten, zum Polen und Italiener der Weltgeschichte werden, sondern auf unserer hohen Stufe bleiben als Qualitätsarbeiter. Der schafft mit klugem Kopf und geschickter Hand Arbeit, die durch ihren Inhalt und ihre Art den mit ihr Beschäftigten höher hinauf entwickelt.

Zu all diesen Möglichkeiten der Arbeit gehört natürlich vor allen Dingen der Mensch mit dem Willen zur Arbeit. Hier sind innerpolitisch die Voraussetzungen zu schaffen, deren Entstehen sich schon ankündigt in den „Arbeitsgemeinschaften" der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und in einer großzügigen Siedlungspolitik, die in einer alle Teile befriedigenden Weise die Überwindung der Schäden des unterschiedslosen Achtstundentages ermöglicht. Denn daß wir mehr und nicht weniger arbeiten als früher, ist unbedingte Voraussetzung für die Erhaltung unserer Lebensmöglichkeiten.

Trotz aller trüben Zustände in der Gegenwart dürfen wir doch auch auf dem Gebiet der sozialen Versöhnung Hoffnung hegen als das Volk, das als erstes eine beispiellose Sozialversicherung geschaffen und damit der ganzen Welt ein Vorbild gegeben hat. Es ist möglich, daß es uns gelingt, Sozialismus und Liberalismus in den „Arbeitsgemeinschaften" und im Genossenschaftswesen zu versöhnen, und dem, was gesund ist an dem östlich entstellten Rätegedanken, Raum und Wirkungsmöglichkeit zu schaffen in dem deutschen Gedanken der Kammer der Arbeit. Das Volk wird zuerst die Folgen des Krieges überwinden und der endgültige Sieger dieser Zeitspanne der Erschütterungen sein, dem es zuerst gelingt, die Kämpfe in seinem Innern zu überwinden und zum Arbeitsfrieden zu kommen.

Erkennen wir so unsere Wirtschaftsziele, die, auf starken Grundlagen in uns selber ruhend, wohl in harter Arbeit zu erreichen sind, so sehen wir dahinter noch ein größeres Ziel, das unserer harten Alltagsarbeit den größeren Schwung der Hoffnung gibt. Wir Menschen wollen nun einmal mit einer großen Hoffnung leben. Es kündet sich etwas an, als ob die rein machtpolitische Herrschaftsform anfängt, ihre Unbedingtheit zu verlieren. Die wirtschaftlichen Interessen wollen an ihre Stelle treten. Daher trotz der politischen Unterdrückung doch wirtschaftliche Verhandlungen auch mit unserem wütendsten Gegner. Da bleibt uns nun die Hoffnung auf einen wirtschaftspolitischen Anschluß an das russische Wirtschaftsgebiet. Kämen wir hier in der Zukunft zu einer

Verständigung, dann würden wir trotz aller machtpolitischen Bedrückungen der Gegenwart in der Zukunft wirtschaftspolitisch unabhängig, unangreifbar und frei dastehen. Es würde ein von der politischen Weltherrschaft Englands unabhängiges Wirtschaftsgebiet und Wirtschaftsvolk entstehen können. Seine Glieder würden sich ohne die Gefahr von Interessenkonflikten auf das glücklichste ergänzen. Auf der einen Seite der Russe, der Naturmensch, der Naturerzeugnisse schafft, auf der anderen Seite der Deutsche, der Qualitätsarbeiter, der diese Erzeugnisse zu Qualitätsware, die die Welt braucht, verarbeitet. Wenn das auch noch eine ferne Zukunftshoffnung ist, wir brauchen eine Hoffnung und ein großes Ziel im mühevollen Wirken des Alltags.

So wollen wir, fest auf dem Wirklichkeitsboden stehend, mit Bekanntem und Erprobtem aufbauend, nicht zuviel in die Wolken schauen. Andererseits aber auch über den nächsten Zielen bei uns die Möglichkeiten um uns nicht aus den Augen verlieren. Das gehört zum rechten Verstehen der „Grundlagen und Ziele der deutschen Wirtschaft".

Der österreichische Anschluß als Lebensfrage des Deutschtums.

Von Dr. Maximilian Haberda.
(Alemannia-Wien.)

Wer vor etwa 15 Jahren österreichische Provinzblätter las, konnte wohl ab und zu die Nachricht finden, daß einige Gymnasialschüler aus „ihrer Anstalt ausgeschlossen" wurden, und sah man erstaunt nach, was denn die Ursache dieser schweren Strafe war, so konnte man allerdings ein Verbrechen feststellen: Kornblumen hatten sie getragen! Jene Kornblumen, die als Abzeichen derer galten, die im Verdachte standen, „alldeutsch" gesinnt zu sein. Und diese Gesinnung war ja ein Verbrechen in Österreich, und eigentlich nicht minder in Deutschland.

Noch im September des Jahres 1862 hatte Kaiser Franz Josef gelegentlich des Juristentages die Äußerung getan: „Ich bin vor allem Österreicher, aber entschieden deutsch und wünsche den innigsten Anschluß Österreichs an Deutschland" — eine Gesinnung, der das Erzherzog-Karl-Denkmal auf dem äußeren Burgplatze in Wien die Aufschrift verdankt: „Dem beharrlichen Kämpfer für Deutschlands Ehre"; aber das war zu einer Zeit, da man in Wien offiziell noch großdeutsch gesinnt war, d. h. der Meinung, Österreich gebühre der erste Platz in Deutschland. Doch die innerpolitische Entwicklung, durch die Annäherung an Ungarn beeinflußt, trieb ebenso dem Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zu, wie jene feudal-klerikale Kamarilla im Ministerium des Äußeren, welche in der Demütigung des protestantischen Preußen ihr Lebensziel sah. Nachdem aber die Schlacht bei Königgrätz geschlagen war, setzte in Österreich jener Kurs ein, der es bis zu seinem Ende beherrscht hat und dadurch „ausgezeichnet" war, daß die Hauptkunst der Regierung darin zu bestehen schien, eine der Nationen gegen die andere auszuspielen, wobei aber die Deutschen am schlechtesten wegkamen, da sie die Geduldigsten waren und daher für ungefährlich galten. In der äußeren Politik wurde ja unter dem Zwange der Verhältnisse Deutschland gegenüber die Maske des „befreundeten" Verbündeten aufgesetzt; aber nach innen betrachtete man jede Regung des deutschen Volksgefühles mit scheelen Augen.

Man schien zu fürchten, daß der Anschlußgedanke, den der Abgeordnete Schönerer im Dezember 1878 im Parlamente andeutete, Wurzel fassen und dem Hause Habsburg wie dem ganzen klerikalen Hochadel gefährlich werden könne; konnte man doch deutlich genug sehen, daß man sich ein einheitliches Deutschland unter Führung der verhaßten Hohenzollern vorstellte.

Während man offiziell mit Deutschland befreundet war, wurde nach innen nicht nur jede Regung des großdeutschen Gedankens unterdrückt, sondern man scheute sich nicht, insbesondere durch Vermittlung der Geistlichkeit, gegen den Verbündeten zu schüren; — selbst während des Weltkrieges, als die Heere gemeinsam in furchtbarem Kampfe gegen die Übermacht standen, hat diese Wühlarbeit nicht aufgehört. Da die Presse der Regierung fast durchwegs bedingungslos ergeben war, fehlte auch die Möglichkeit, den Anschlußgedanken auf diese Weise im Volke zu erhalten und zu verbreiten. So kam es, daß lange Zeit hindurch fast nur Studenten Träger dieser Ideen blieben. Sie hatten mit Begeisterung die Grundsätze der deutschen Burschenschaft in sich aufgenommen, wie sie in den Worten der Verfassungsurkunde vom Jahre 1815 ausgedrückt sind:

„Nur in der edlen Liebe, nur in dem großen Gedanken an ein gemeinschaftliches allumfassendes Vaterland, an den gemeinsamen deutschen Vaterherd kann sich der Deutsche groß und zu jeder Heldentat entschlossen fühlen; denn der Gedanke eines Brudervolkes, in dem sich alle einzelnen Stämme vereinen, das lebendige Bewußtsein, Kinder des einen großen mütterlichen Landes zu sein, umschlungen von den Banden des einen germanischen Volkes, erhebt zu jenen gewaltigen Empfindungen des wahren Gemeingeistes und Volkssinnes, welche die Wunder der Vaterlandsliebe in der Geschichte verrichten lassen."

Und es ist kein Zufall, daß gerade der burschenschaftliche Gedanke auf den Hochschulen der Ostmark festen Fuß faßte und die bestehenden österreichisch-patriotischen Korps verdrängte. Von den Studenten aber wurde der Gedanke der Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche auf die Turner übertragen, und Studenten und Turner waren lange Zeit fast die einzigen Vertreter der österreichischen Bevölkerung, unter denen das Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Deutschen im Reiche nicht erlosch, obwohl sie nicht nur keine Unterstützung hatten, sondern im Gegenteil verfolgt oder bespöttelt wurden. Es ist ein harter Leidensweg, den die Vertreter des Anschlußgedankens zu gehen hatten. Daß sie bei der österreichischen Regierung auf Widerstand stießen, ist erklärlich; aber unfaßbar schien es, daß sie im Reiche fast nirgends Verständnis fanden.

Tschechen und Polen suchten und fanden Unterstützung für ihre völkischen Pläne bei Rußland, die Südslawen wurden von Serbien

unterstützt, die Welschen von Italien gefördert, und durch Feste und Studienreisen wurde das Gefühl der Einheit der Völker allenthalben geweckt und belebt; nur die Ostmarkdeutschen fanden bei ihren Brüdern im Reiche kühle Aufnahme und mußten es sich immer wieder gefallen lassen, daß man von ihnen nichts wissen wollte und sie ihrem österreichischen „Vaterlande" preisgab.

Die Erklärung für diese sonderbare Tatsache dürfte nicht leicht sein und vollends von einem Österreicher kaum restlos gegeben werden können. Daß die reichsdeutschen Regierungskreise sich für den Anschlußgedanken nicht erwärmen konnten, ist schließlich zu verstehen. Man pflegte zur Regierung des Nachbarstaates „freundschaftliche" Beziehungen und konnte eine Bewegung nicht fördern, die den Bestand des Bündnisstaates gefährdete, zumal, da ja dieser Staat nach außenhin zum Großteil deutsches Gepräge trug.

Neben diesem ethisch-politischen Beweggrunde dürfte wohl auch der handelspolitische Kurs eine Rolle gespielt haben, den die deutsche Regierung verfolgte. Die Zukunft Deutschlands liege auf See, hieß es, und das Hauptinteresse wandte sich den überseeischen Kolonien zu. Mit Schweiß und Blut wurde afrikanischer Boden gedüngt, und Unsummen an Geld und eine Unmenge von Arbeitskraft wurden darauf verwandt, Sumpf- und Steppengegenden dem Deutschen Reiche zu erschließen, Negerstämmen aller Art Kultur zu bringen. So kam es, daß deutsche Arbeit überall im Auslande tätig war, in allen Weltteilen zum Nutzen Fremder mehr als zu dem des eigenen Volkes wirkte, während die eigenen Volksgenossen in verhältnismäßig nächster Nähe Schritt für Schritt anderen Nationen weichen mußten.

So sind uralte deutsche Siedlungen verloren gegangen. Wehmut ergreift den Deutschgesinnten, der durch Zufall in derartige Gebiete verschlagen wird. Wer weiß heute noch, daß am Südabhange der Tatra die Zips, ein urdeutsches Siedlungsgebiet, sich erstreckt. Deutsch ist die Anlage der Städte, deutsch waren durch Jahrhunderte die Bewohner, bis sie den Feinden erlagen, da sie von ihren Stammesbrüdern preisgegeben wurden. Daß es deutsches Gebiet war, können weder die alten Städtchen leugnen, die mit Kirche und Rathaus in altdeutschem Stile so wunderlieb an kleindeutsche Orte gemahnen, hinter denen sie mit ihren hochgiebeligen Schindeldächern, Schwibbogen und nicht zuletzt mit den zahlreichen Freskomalereien an den Häusern keineswegs nachstehen. Das Rathaus von Leutschau z. B. trägt reichen Bilderschmuck mit Inschriften aus dem Jahre 1615. Der Dom zu Kaschau vollends ist ein Meisterwerk deutscher Gotik. Und das Bild der deutschen Kleinstadt bleibt erhalten, wenn man durch die Straßen schlendert. Die Namen der Handwerkerschilder sind deutsch, deutsch auch die alten Inschriften auf dem Kirchhofe.

Dort spielen Kinder am Stadtbrunnen, blauäugig, blondhaarig; du sprichst sie an, doch verständnislos blicken sie dir entgegen — slowakisch sprechen die ärmeren, madjarisch die besser gekleideten Kinder. Deutsch sprechen nur noch Leute von fünfzig Jahren aufwärts.

Und wie es hier ist, so war es ähnlich im Banat, so in Westungarn, in Südsteiermark, so wird es einst in den Sudetenländern sein, wenn das deutsche Volk seine Kinder nicht zur Einheit zusammenschließt.

Sie alle würden deutsch geblieben sein, wenn wenigstens der kulturelle Zusammenhang mit dem Reiche erhalten geblieben wäre, wenn ab und zu ein deutsches Buch, eine deutsche Zeitung ins Haus gekommen wäre, wenn mitunter sich ein Deutscher in jenen Gegenden gezeigt hätte als Zeuge dafür, daß das Deutschtum nicht im Aussterben sei. Doch das deutsche Volk suchte seine Zukunft über See, was „nicht weit her war", galt nicht und mochte zugrunde gehen. — Mit wenig Teilnahme und ganz verschwindenden Mitteln wären jene Volksteile dem Deutschtum erhalten geblieben und hätten ihm vielfältigen Nutzen gebracht. Vorbei! Stück für Stück abgebröckelt und verloren!

Und heute, da das deutsche Volk seiner Flotte, seiner Kolonien beraubt ist, da die deutsche Normaluhr nach Bismarcks Ausspruch wieder einmal richtig gestellt ist, fragt es sich: wird Deutschland sich auf seine naheliegendsten Aufgaben besinnen oder wird es wieder in die Ferne schweifen?

Fast scheint es, als hätte sich trotz der furchtbaren Ereignisse nichts geändert. Als nach dem Umsturze in Österreich im November 1918 dem Volke der Weg frei wurde, da gab es nur ein Gefühl, das alle durchdrang: „Ans Vaterland, ans teure" sich anzuschließen. Es ist bezeichnend, daß es sich da nicht um einige wenige Schreier handelte, die vielleicht von „gewissenlosen Verführern" aufgehetzt waren, nein, gerade die breiten Massen der Arbeiter waren es, die den „Anschlußgedanken" mit Nachdruck verfochten. So sehr flackerte das lange zurückgehaltene Feuer auf, daß selbst jene politischen Parteien sich dagegen nicht stellen durften, deren selbstische Interessen dadurch gefährdet wurden. Sie wären hinweggefegt worden.

Und was tat Deutschland?

Das offizielle Deutsche Reich schwieg, und wenn es vertraulich sprach, so waren es nur Bitten und Mahnungen, das Reich durch derartige Kundgebungen nicht zu schädigen; denn, so hieß es, die Friedensverhandlungen würden dadurch gefährdet, die Friedensbedingungen erschwert. Selbst als die reichsdeutsche Presse nach und nach sich für den Anschluß einsetzte, blieb es bei theoretischem Entgegenkommen. — Die breite Öffentlichkeit stand der Frage mit nicht viel geringerer Teilnahmlosigkeit gegenüber als einst.

Waren es Bedenken politischer Art, war es Besorgnis vor religiösen Einflüssen, waren wirtschaftliche oder soziale Gründe maßgebend? Dem Ostmarkdeutschen schien es unfaßbar.

Denn selbst dann mußte ihm diese Stellungnahme unbegreiflich erscheinen, wenn er frei von nationaler Sentimentalität die Verhältnisse daraufhin überprüfte, welcher praktische Vorteil daraus dem Reiche allenfalls erwächst, und wenn er ihm die Nachteile gegenüber stellt, die aus dem Anschlusse erstehen könnten. Gerade bei solch kühler Berechnung, dächte man, müßte jedes Bedenken schwinden.

Deutschlands Entwicklung zum Industriestaate brachte es mit sich, daß der eigene Markt bald gesättigt war für die einheimischen Industrieerzeugnisse. Neue Absatzgebiete mußten erschlossen werden, um die Entwicklung nicht zum Stillstand kommen zu lassen. So lange ein Großteil des Weltmarktes im Bereiche Deutschlands lag, konnte diese Steigerung der industriellen Ausbildung fortgesetzt werden, ohne daß sich daraus Schwierigkeiten ergeben hätten. Nun aber, da der Weltkrieg in unblutiger Form im Handelswettbewerbe fortgesetzt wird und die Gegner ihre Vorteile rücksichtslos ausnutzen, kann die deutsche Industrie ihre Entwicklung nicht zurückschrauben, sie muß sich weiter entwickeln, wenn nicht das ganze Staatswesen in Gefahr kommen soll. Es besteht ja wohl kein Zweifel, daß der Markt nach Jahren wieder erobert werden wird, wie aber soll die Zwischenzeit überstanden werden?

Gewiß gehört heute Österreich nicht zu den besten und zahlungsfähigsten Käufern. Aber für die Übergangszeit ist der österreichische Markt aufnahmefähig, und es kann die Zahlungsfähigkeit Österreichs derart gesteigert werden, daß ein wirtschaftlicher Verlust durch diese Übergangswirtschaft nicht zu befürchten ist. Wer die Auswanderungszahlen vor dem Kriege betrachtete und feststellte, daß weit mehr Österreicher als Reichsdeutsche ihr Vaterland verließen, um in fremde Hörigkeit zu gehen, der wird auch nicht fehl gehen, wenn er diese Tatsache daraus erklärt, daß man in Österreich die Kräfte eben nicht genügend auszuwerten verstand. Man arbeitet in Österreich vielfach unrationell, könnte aber bei geeigneter Schulung ganz andere Erfolge erzielen.

Was da noch geleistet werden kann, mag ein Blick auf die Entwicklungsmöglichkeiten der chemischen Industrien zeigen, wobei nicht Schlagworte gebracht werden sollen, sondern durchaus ernst zu nehmende Überlegungen, wie sie von Hofrat Schlenk, Professor der Wiener Universität, in der ordentlichen Sitzung der Akademie der Wissenschaften vom 30. Mai 1919 vorgebracht wurden: „Deutsch-Österreich ist für die chemische Großindustrie eigentlich Neuland." Noch 10 Jahre vor Kriegsbeginn weist die wirtschaftliche Statistik dieses

Industriezweiges negative Erfolge, die erst im Jahre 1912 günstiger werden. Die Bergwerks- und Hüttenindustrie wird dabei nicht in Rechnung gestellt. Sie stellt einen ungemein günstigen Faktor dar. „Im steirischen Erzberg besitzt Deutschösterreich eine Lagerstätte für Eisenerz, die nicht nur alle gesteigerten Landesbedürfnisse zu decken vermag, sondern auf Grund der bestehenden Produktionshöhe Österreich in die Lage versetzt, Eisen als Exportgut zu produzieren. Einige Zahlen mögen das erläutern. Der Gesamtbedarf an Eisen stellte sich in der ehemaligen Monarchie im Jahre 1913 auf rund 27600000 q mit einem Schätzungswert von 220000000 K. Durch die Erzproduktion am steirischen Erzberg und deren Verhüttung wurden davon rund 74 v. H. gedeckt. Nachdem das heutige Österreich nur noch einen Bruchteil der ehemaligen Monarchie darstellt, ergibt eine Fortsetzung der Produktion im früheren Maßstabe bereits einen ganz beträchtlichen, dem Export zur Verfügung stehenden Überschuß — einen Überschuß, welcher geeignet ist, den fast völligen Mangel an den nächst wichtigen Metallen (Kupfer, Blei, Zink) wenigstens finanziell zu kompensieren.“ Wäre nun Österreich mit Deutschland ein Wirtschaftsgebiet, so ergäbe sich die Möglichkeit, das Rohprodukt durch die gemeinsame Industrie hochwertig zu verarbeiten und mit diesem Handelsfaktor eine Weltstellung zu erringen.

Von den chemischen Industrien wurde vorhin bemerkt, daß Österreich als Neuland bezeichnet werden kann. Dabei ist aber die natürliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung durchwegs günstig. Sind doch bisher die ungeheuren Wasserkräfte nur zum allergeringsten Teile ausgewertet. Wenn die deutsche Industrie sich diese zunutze macht, ergibt sich die Möglichkeit, viele chemische Betriebe durch Ausschaltung der Kohle in ganz ungeahnter Weise zu verbilligen. Ist doch die Entwicklung vieler chemischer Industrien viel mehr von der Tüchtigkeit der Erzeugung, ihrer technischen Hilfskräfte und der Arbeiterschaft, abhängig als von den äußeren Verhältnissen. So hat z. B. die Teerfarbenindustrie, die als der Glanzpunkt deutscher chemischer Industrie bezeichnet wird, nach Ansicht des Hofrats Schlenk geradezu nur unter der Voraussetzung des Anschlusses an Deutschland eine Zukunft.

Vorwiegend auf der durch Wasserkräfte verbilligten Kraft beruht vor allem die Karbiderzeugung, eine Industrie, welche durch Zusammenschmelzen von Koks und gebranntem Kalk im elektrischen Flammenbogen das Kalziumkarbid liefert, das bisher vielfach in Bosnien erzeugt wurde. Da nun aus Karbid nicht nur Azetylen entwickelt werden kann, sondern auch durch Erhitzen in einer Stickstoffatmosphäre Kalkstickstoff dargestellt wird und dieser der Ausgangspunkt für die ganze Kalkstickstoffindustrie ist, bei der nur auf

Stickstoffdüngemittel hingewiesen sei, so läßt sich leicht ermessen, welche Werte hier zu heben wären; der billige elektrische Strom schafft die Möglichkeit, die sogenannte Alkalielektrolyse zu einem bedeutenden Produktionszweig zu gestalten; nicht mindere Bedeutung könnte allenfalls eine Aluminiumindustrie erlangen. Daß der Holzreichtum der Alpen ausgewertet werden könnte, unterliegt wohl keinem Zweifel, eine ganze Reihe von Industrien könnte sich darauf gründen, von der Papierfabrikation und Kunstseidenerzeugung bis zur Pech- und Holzdestillationsfabrikation mit ihren mannigfachen Erzeugnissen.

Schon an diesem einen Beispiel, den Entwicklungsmöglichkeiten der chemischen Industrien, kann man ersehen, welche Bedeutung der Zusammenschluß haben würde. Von anderen Industriezweigen ist dabei noch gar nicht gesprochen, die von jeher in Österreich „bodenständig" waren, jedoch immer etwas patriarchalisch betrieben wurden und in ihrem Ertrag leicht gesteigert werden könnten.

Dabei stößt diese Entwicklung insofern auf keinerlei Schwierigkeiten, als vielfach die Vorbedingungen für eine dichtere Besiedlung nicht ungünstig liegen.

Das Land vermag heute seine Bewohner mit Ausnahme der Industriestätten zu ernähren, obwohl die Landwirtschaft noch größtenteils auf Kleinbetrieben aufgebaut ist und wenig lohnend betrieben wird. Durch Verwendung von Kunstdüngemitteln, die ja die chemische Industrie im Inlande erzeugen könnte, durch intensive Bodenbearbeitung und Zuhilfenahme von Maschinen könnte der Bodenertrag um vieles gesteigert werden. Die zahlreichen Hochflächen bieten günstige Gelegenheit zur stärkeren Entwicklung der Viehzucht, die bisher durch Einfuhr aus Ungarn geschädigt war.

Der Vorgang wäre also der, daß zunächst die Erwerbsfähigkeit des Landes zu heben sein würde. Dadurch wäre es für die nächste Zeit ein Absatzgebiet, um schließlich in dem deutschen Wirtschaftsgebiet aufzugehen und nach Steigerung der Produktionsfähigkeit mit ein Glied der deutschen Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Auf dem Gebiete des Handels würde sich bald das Vorteilhafte dieses Zusammenschlusses zeigen. Es wird zweifellos das Bestreben aller Gegner Deutschlands sein, in den Nachfolgerstaaten der ehemaligen Monarchie den Handel an sich zu reißen. Alle aber müssen manchen Aufwand mit in Kauf nehmen, der bei dem Österreicher entfällt, falls er eben etwas zu verkaufen hat. Denn die alten Geschäftsverbindungen und die Kenntnis der Verhältnisse machen es ihm trotz allfälliger Schwierigkeiten, die man zweifellos in den Weg zu legen versuchen wird, verhältnismäßig leicht, Beziehungen zu erhalten, die der Fremde erst im Laufe der Zeit gewinnen müßte.

Ganz Ungarn, die südslawischen Staaten und zum Großteil der Balkan bieten weite und gute Absatzgebiete.

Dazu kommt, daß die Donau im alten Österreich brach lag, obgleich sie als Wasserweg zweifellos für den Orienthandel ungeheure Bedeutung erlangen könnte. Auch Wien könnte zu einem Umladeplatz mit großem Erfolge ausgestaltet werden, wenn der deutsche Handel daran Interesse hätte. Durch das wirtschaftliche Übergewicht der großen Arbeits- und Handelsgemeinschaft würde sich wohl auch im Vertragswege eine Verbindung zur Adria herstellen lassen, wodurch wieder neue Handelsmöglichkeiten geschaffen wären.

Bei alldem aber hätte das deutsche Kapital ein weites Arbeitsfeld für sich, das reichen Ertrag liefern würde.

Läßt sich Deutschland diese Möglichkeiten der „Kolonisierung Österreichs", wie ich es nennen möchte, entgehen, so hat Österreich dadurch nichts gewonnen; denn darüber ist sich jedermann klar, daß es allein nicht leben kann.

Es wird vielmehr ein willkommenes Ausbeutungsobjekt des Auslandes sein, da es eben fremde Hilfe, fremdes Geld vor allem, zum Wiederaufbaue braucht und so in die Abhängigkeit, fast möchte man sagen Hörigkeit, fremder Völker gelangt. Damit aber sind große Wirtschaftsgebiete dem deutschen Volke verloren. Und außer diesen Handelsmöglichkeiten verliert das deutsche Volk das Kostbarste, was es haben könnte, Millionen von Volksgenossen, die entnationalisiert und fremden Interessen dienstbar werden. Diese Gefahr aber besteht und sie wächst mit jedem Tage. Noch glimmt in den breiten Massen der Anschlußgedanke, aber er wird und muß erlöschen, wenn er keine Nahrung erhält und sogar von Deutschland aus mißachtet wird.

Es mögen noch so viele Ideale dem Volke inne wohnen, dem wirtschaftlichen Drucke kann es auf die Dauer nicht standhalten, abgesehen davon, daß es gleichzeitig durch die volksfremde eigene Presse demoralisiert wird, wobei das früher feindliche Ausland ausgiebig mithilft. Gibt es doch schon in Wien französische, italienische, tschechische und madjarische Tagesblätter, die gewiß kein Interesse am Volkswohle haben und zielbewußt ihre Aufgaben verfolgen. Ist aber einmal das geschlossene Sprachgebiet Deutschösterreichs verloren, dann haben auch jene Tausende von Volksgenossen keine Hoffnung auf Erlösung mehr, die heute unter fremder Herrschaft schmachten. Trotz aller Verfolgungen und Bedrückungen, denen sie ausgesetzt sind, ertragen sie ihr Los in der festen Zuversicht, daß einst der Tag kommen wird, der sie mit ihren Brüdern vereint. Zähneknirschend müssen die Männer sich der Fremdherrschaft fügen, mannhaft ertragen die Frauen die rüdesten Anrempelungen des nord- oder südslawischen Mobs oder madjarischer Heißsporne, aber sie sind deutsch und wollen, daß

ihre Kinder ihr Deutschtum erhalten, obwohl man eine deutsche Schule nach der anderen sperrt. Und das deutsche Volk sollte all diese Opfer Wahnopfer sein lassen, wollte Millionen seiner Besten, gestählt im völkischen Kampfe, preisgeben?

„sô wê dir, tiuschiu zunge,
wie stêt din ordenunge,
... daz dîn êre alsô zergât
bekerâ dich, bekêre!"

So rief Walter von der Vogelweide einst, — stünde doch heute ein Dichter auf, der es verstände, dem deutschen Volke einzuprägen, welche Werte auf dem Spiele stehen!

„Singt das Lied der Nibelungen
Nicht von beiden im Verein?
Sprecht mit kindlich frommen Zungen:
Mutter Donau, Vater Rhein!"

So heißt es in einem bekannten Liede. Und fürwahr, der norddeutsche Geist hat eine hohe Kultur geschaffen, nicht minder aber das süddeutsche Gefühl — Vater Rhein braucht sich der Mutter Donau nicht zu schämen. Gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege begann sich eine eigene Dichtung in Österreich zu entwickeln, welche auch in Norddeutschland großen Anklang fand, da gerade damals manche der norddeutschen Schriftsteller einem Virtuosentum zu huldigen schienen, das auf blendende, oft rein sinnliche Effekte hinwirkte und das Gefühl vernachlässigte. Die Vereinigung Österreichs mit dem Mutterlande würde auch hier ausgleichend und ergänzend wirken. Österreich hat eine alte Kultur, die rein deutsch ist, vielleicht unter dem Einflusse der Nachbarvölker mitunter etwas zu gemütvoll wurde, aber doch der reichsdeutschen nicht nachsteht! Im Gegenteile, österreichische Musik und der Geschmack in Kunstgewerbe und Mode können manche Anregungen den Schwesterkünsten im Reiche bieten, nicht minder die Architektonik alter traulicher Nester, die wohl nur von reichsdeutschen Architekten ausgewertet und zu voller Geltung gebracht werden könnte, um rückwirkend wieder in Österreich ein reiches Betätigungsfeld zu finden.

Auch auf wissenschaftlichem Gebiete kann Österreich dem Reiche manch kostbaren Beitrag liefern. Wohl befindet sich die österreichische Wissenschaft heute in einer schweren Krise: die wirtschaftliche Schwäche des Staates erlaubt es nicht, die nötigen Instrumente anzuschaffen, ja sogar die Beschaffung von Büchern stößt bei dem Tiefstande der österreichischen Währung oft auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Diese Krise macht es gerade den besten Gelehrten schwer, im Lande

zu bleiben, zumal da ihnen ja der Staat nur geringe Bezüge gewähren kann. So kommt es, daß die wissenschaftliche Bedeutung Österreichs immer mehr zurückgehen muß, was seine Rückwirkung auf die deutschen Hochschulen ausüben wird. Ist es doch eine alte Erfahrungstatsache, daß Österreich viele Talente hatte und hat, daß sie aber erst der Norden ausbilden und zur Geltung bringen konnte, so daß der österreichische Anteil an der deutschen Wissenschaft weder geleugnet noch vermißt werden kann.

Da aber die Wissenschaft der Urquell wirtschaftlicher Aufwärtsbewegung ist, die sich in gleicher Weise auf eine gesunde Volkskraft stützen muß wie auf eine hochstehende Wissenschaft, so schließt sich die Kette der Erwägungen, die wir über die Bedeutung oder vielmehr die Notwendigkeit der Vereinigung aller Deutschen zu gemeinsamer Arbeit im Dienste des deutschen Volkes anstellten. Das Ergebnis einer Arbeit in diesem Sinne muß die Wiedergeburt des Deutschtums sein.

Nun fragt es sich aber, wie kann jeder Deutsche an dieser Aufgabe mitarbeiten?

Nicht Opfer an Geld oder Arbeit sind dazu erforderlich, sondern lediglich — Interesse.

Österreich wird heute noch im Reiche als Ausland angesehen, dessen innere Verhältnisse den Deutschen nichts kümmern, da es eben „Ausland" ist. Solange dieses „korrekte" Vorgehen geübt wird, wird eine gedeihliche Arbeit unmöglich sein. Der Deutsche im Reiche muß sich daran gewöhnen, sich bei allem, was in Österreich vorgeht, zu denken: „mea res agitur". Wie die Mehrzahl der Österreicher über die Verhältnisse und Vorgänge in Deutschland verhältnismäßig weit besser unterrichtet ist als die Deutschen über Österreich, so führt der umgekehrte Vorgang sicher zum Ziele. Das deutsche Geld muß seinen Weg nach Österreich finden. Wenn es für welsche und englische Banken lohnende Geschäfte zu machen gibt, so werden wohl auch die deutschen Anlagewerte untergebracht werden können. Statt französischer und amerikanischer Gesellschaften werden wohl auch deutsche Unternehmer Zweiggründungen errichten oder österreichische Fabriken übernehmen können.

Der deutsche Kaufmann wird aus Reisen durch das „unbekannte Österreich" nicht minder reichen Gewinn haben als der deutsche Student, der nicht nur manche wertvolle Anregung für die Zukunft in seinem Fache in seine Heimat mitbringen kann, sondern auch, was manchem Deutschen im großen Reiche verloren gegangen ist, deutsches völkisches Bewußtsein.

Will man ein übriges tun, so trage man ein Scherflein bei zur Unterstützung der Schutzvereine und schaffe, was am meisten not tut,

eine deutsche Presse. Statt der Millionen, die man einst für Propaganda im fernen, volksfremden Ausland vergebens aufgewandt hat, würde die Schaffung einer deutschen, deutsch gesinnten Presse verhältnismäßig geringe Beträge erfordern. Durch diese Maßnahmen könnte wohl in wirksamster Weise der Anschlußgedanke hüben wie drüben gefördert werden, könnten, wie es in der Urkunde vom 5. August 1919 über die Vereinigung der Burschenschaft heißt, „alle Stämme und Schichten mit dem Bewußtsein der Volkseinheit und mit deutschem Opfersinn" durchdrungen werden. Dann bestände „die Gewißheit, vorzubereiten und herbeizuführen ein einiges, großes deutsches Reich".

Das Deutschtum im Grenzland und Ausland.

Von Intendanturrat **Walter Wandersleben.**
(Gothia-Königsberg.)

Der zweite Hauptteil der neuen Reichsverfassung vom 11. August 1919 enthält die Grundrechte und -pflichten der Deutschen. Art. 112 gestattet den Reichsdeutschen Auswanderung, soweit sie nicht durch Reichsgesetz beschränkt ist, und sichert ihnen den Anspruch auf Schutz durch das Reich innerhalb und außerhalb des Reichsgebiets. Nach Art. 113 dürfen fremdsprachige Volksteile des Reichs durch Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien, volkstümlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch der Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und Rechtspflege beeinträchtigt werden.

In welchem Umfange diese Rechte der fremdsprachigen Reichsangehörigen auch für deutschsprachige Volksgenossen, die außerhalb des Reichsgebiets wohnen und nicht Reichsangehörige sind, in Anspruch genommen werden und wie das Deutsche Reich gegebenenfalls für die Wahrung dieser Rechte sich einzusetzen gedenkt, ist leider nicht in der Verfassung zum Ausdruck gebracht worden. Wenn das selbstverständliche Recht jedes Menschen auf Gebrauch seiner Muttersprache für den fremdsprachigen Reichsangehörigen in der Verfassung anzuerkennen notwendig war, hätte das gemeinsame Stammesbewußtsein dazu führen müssen, die Bereitschaft zum Eintreten auch für die Volksbelange der im Auslande lebenden Deutschen feierlich in der Verfassung zu erklären. Daß es nicht geschehen ist, tut bitter weh. Wer kerndeutsch fühlt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Belange des eigenen Volkstums in der neuen Verfassung weniger Wertung gefunden haben als die fremder Volksteile.[1])

Ins Volk sind diese Schmerzen deutscher Männer kaum gedrungen, auch noch nicht die Kenntnis von dem Heldenkampf, der um die deutsche Sprache und Kultur draußen ausgefochten wird. Achtlos gleiten die

[1]) Vgl. Deutschlands Erneuerung (1920) Heft 5 u. 6: „Die neue Reichsverfassung" von Prof. Dr. Merk.

Blicke der meisten über die schamhaft erscheinenden Zeilen, die von der unerhörten Behandlung unserer Brüder und Schwestern im Grenz- und Auslande reden. Bei wenigen regt sich das sorgende und schmerzende Mitgefühl der Stammesverwandtschaft und bei noch wenigeren der ernste Wille, zu helfen und nach besten Kräften daran zu arbeiten, das deutsche Volk wachzurütteln und ihm zu zeigen, wie seine völkische und nationale Ehre besudelt wird. Schamröte müßte uns Heimatdeutschen jedesmal in die Wangen steigen, wenn wir in deutschen Zeitungen des In- und Auslandes lesen, wie verlassen und mangelhaft vertreten die Auslandsdeutschen sich fühlen. Wer auf der ersten Tagung des deutschen Schutzbundes, Pfingsten 1920 in Berlin, die Schmerzensschreie der Volksgenossen aus den Grenzlanden und aus der Ferne gehört hat, wem aus der Presse bekannt ist, wie kulturell tief unter uns stehende Rassen alles, was deutsch denkt und fühlt, in der menschenunwürdigsten Weise behandeln, mit welchen rohen Gewaltmitteln der Kampf gegen die deutsche Sprache, Schule, Handwerks- und Kaufmannskraft geführt wird, dem krampft sich das Herz vor tiefem Weh über unsere tiefe Gesunkenheit zusammen, daß wir nicht einmal die Kraft aufbringen, die öffentliche Meinung für die Not unserer Volksgenossen zu interessieren, geschweige denn zu Gegenmaßregeln zu schreiten.

Es muß anders werden. Mag der Krieg noch so sehr an unserer körperlichen und sittlichen Kraft gefressen haben, wir müssen zur Selbstbesinnung kommen und daran denken, daß wir vor der Geschichte mitverantwortlich sind für das Tun und Lassen der Gegenwart. Dies tiefe Gefühl der Mitverantwortung muß das ganze politische und sittliche Handeln jedes einzelnen beherrschen. Dann wird an Stelle der Gleichgültigkeit Tatkraft, an Stelle der Korruption die alte deutsche Ehrlichkeit, an Stelle der Schablone die Souveränität des Charakters treten. Schleudern wir den Bannstrahl unserer Volkskraft gegen den fremden Geist, gegen Selbstsucht, Raffgier und Untreue, dann werden aus wahren Volksgenossen, frei von jedem fremden Rasseneinfluß, und darum auch frei von Klassenhaß, stolz dem Vorgesetzten und freundlich dem Untergebenen gegenüber, die Führergestalten entstehen, denen als Kindern des Landes die deutsche Volksseele ebenso vertraut ist wie die Geschichte ihres Volkes. Nationalinstinkt muß die Volksgenossen zusammenführen und -halten und in den hundert Millionen Deutschen der Erde das Gemeinschaftsgefühl erwecken, stärken und bewahren. Dann wird auch die erwähnte Lücke in der Reichsverfassung gefüllt werden, wenn man es nicht vorzieht, den Weg der früheren Verfassung zu beschreiten und die Grundrechte der Deutschen, die der Preußengeist so schlicht in die zwei Worte „Suum cuique“ kleidete, aus der Verfassung zu entfernen. Denn niemand

wird bestreiten können, daß sie früher bei ungeschriebenem Recht besser gewahrt wurden als jetzt, wo sie jeder die Schule verlassende Schüler schwarz auf weiß nach Hause trägt.

Durch die sog. Friedensverträge von Versailles und St. Germain sind viele Millionen Deutsche unter fremde Herrschaft gekommen. Sie werden nicht zu den Auslandsdeutschen gezählt, sondern man bezeichnet sie als Grenzdeutsche. Österreich, Südtirol, die Tschecho-Slowakei und Jugoslawien, das zu Polen geschlagene Westpreußen und Posen, Ostpreußen nördlich der Memel, das Baltenland, Nordschleswig und Elsaß-Lothringen gehören dazu. Ihre Vereinigung oder Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche muß von einer auf ethnographischen und geopolitischen Notwendigkeiten aufgebauten deutsch-völkischen Politik erstrebt werden.

Wenn man allgemein von Deutschstämmigen spricht, sind auch die Holländer, Flamen, Luxemburger und Ostschweizer dazu zu rechnen. Obgleich sie in den Grenzlanden wohnen, gehören sie doch nicht zu den Grenzdeutschen. Ihre Vereinigung mit dem Deutschen Reiche ist nicht zu erwarten, da ihre staatliche Gebundenheit großdeutsche Gedanken bisher nicht hat aufkommen lassen.

Der neue Freistaat Österreich ist bis auf Ausnahmen in den größeren Städten und an der Südgrenze rein deutsch. Deutsch-Südtirol, das durch den Friedensvertrag von St. Germain an Italien gefallen ist, ist zum weitaus größten Teil deutsch. Auch der Volksstamm der Ladiner, der außer in der Ostschweiz mit einem Teil südöstlich und mit dem anderen Teil südwestlich von Bozen in einer Stärke von etwa 20000 wohnt, empfindet deutsch. Er hat dies am 15. Januar 1920 in einer Versammlung in Brüneck feierlich zum Ausdruck gebracht. 250000 Deutsche stehen hier unter italienischer Herrschaft.

In Kärnten wird über 73000 Deutsche die Volksabstimmung entscheiden, ob sie zu Österreich oder zu Jugoslawien kommen. Die Deutschen in Krain gehen Österreich verloren, da sie ohne Abstimmung an Jugoslawien fallen.

In Böhmen wird das Tschechentum längs der bayrisch-sächsisch-schlesischen Grenze kranzförmig von Deutschen umgeben. Nur an der Südostseite, zwischen Olmütz und Brünn, zeigt der Kranz Lücken. Die Tschecho-Slowakei beherbergt 3,5—4 Millionen Deutsche, gegenüber 6,3 Millionen Tschechen und 2,6 Millionen anderen Nichttschechen.

Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien verspricht von Tag zu Tag günstiger zu werden, da die Anziehungskraft des kurz vor dem Zusammenbruch stehenden polnischen Staates immer mehr abnimmt. Über Südostpreußen und dem Rest Westpreußens wird beim Erscheinen dieses Aufsatzes endgültig die deutsche Fahne wehen. Die aus allen Teilen Deutschlands herbeigeströmten Söhne und Töchter

Ost- und Westpreußens werden bei der Abstimmung am 11. Juli 1920 die Treue und Liebe zu ihrer Heimatscholle bewiesen und dieses urdeutsche Land der polnischen Raubgier hoffentlich für immer entrissen haben. Daß Westpreußen überwiegend deutsch ist, hat die Öffentlichkeit genügend beschäftigt.[1]) In Posen stand der Prozentsatz der Deutschen ein wenig hinter dem der Polen zurück und ist jetzt durch Abwanderung und Ausweisung noch tiefer gesunken. In der Stadt Posen sollen sich jetzt nur noch 10000 Deutsche befinden, während vor der Revolution $^2/_5$ der Bevölkerung = 60000 deutsch waren.

Im Baltenland sieht es mit dem Deutschtum trübe aus. Es bestand in der Hauptsache aus akademischen Berufen, Kaufleuten und Großgrundbesitzern. Der Bolschewismus hat schrecklich aufgeräumt. Und doch hoffen die nach Deutschland geflüchteten Balten auf Rückkehr in ihre Heimat. Mögen ihre Hoffnungen nicht zuschanden werden.

Über den deutschen Charakter Elsaß-Lothringens, mit Ausnahme eines dünnen Streifens an der nördlichen Westgrenze, ist kein Wort zu verlieren. Wer durch die Reichslande gekommen ist, kann es bestätigen.

Dieser kurzen Übersicht über das Grenzlanddeutschtum mag eine kleine Skizze des Auslandsdeutschtums folgen.

Größere deutsche Sprachgebiete befanden sich in dem früheren Ungarn. Sie sind nur zum kleinen Teil im neuen madjarischen Staate geblieben. Die Siebenbürger Sachsen und ein Teil der südungarischen Schwaben, die um Temesvar, Arad, Neusatz, im Mündungsgebiet der Drau und längs der Donau, zerstreut von Duna Földvar bis Belgrad, in einer Stärke von etwa einer Million wohnen, sind unter rumänische Herrschaft gelangt. Die Tschecho-Slowakei hat im Nordwesten 207000 Deutsche erhalten, die westlich und nordwestlich Kaschau und um Kremnitz wohnen. An Jugoslawien sind der andere Teil der südungarischen Sachsen und die 157000 Deutschen aus Kroatien-Slawonien und Bosnien-Herzegowina gefallen.

In Rußland — abgesehen von den zum Grenzland gehörenden Baltenprovinzen — haben sich die Deutschen auf den Ruf Katharinas II. und Alexanders I. in Wolhynien, Podolien (120000) und im Süden, teils in Bessarabien, Taurien und Cherson (400000) und teils an der Wolga (400000) niedergelassen.

Das Deutschtum in der Dobrudscha wird bald verschwinden, da es hauptsächlich aus Bauern besteht und unter ihnen die kulturerhaltenden und führenden Intelligenzschichten fehlen. Der Wille zum Auswandern wächst sehr stark, nur fehlen noch Mittel und Ziele.

---

[1]) Vgl. Dr. Karl Hoffmann, Westpreußen als Sinnbild (Leipzig, Grunow, 1920).

Im übrigen Europa hat sich die Zahl der Auslandsdeutschen durch den Krieg sehr geändert. Teils ist sie gestiegen, wie in Spanien, Holland und in der Schweiz, teils heruntergegangen. In außereuropäischen Ländern, besonders in den unter dem Einfluß des Feindbundes stehenden, hat das Deutschtum verloren, soweit es beweglichen Berufen nachging. Die bodenständigen Landsiedlungen sind der Rachsucht der Feinde weniger zum Opfer gefallen.

Über die Stärke des Deutschtums in Amerika geben folgende Zahlen[1]) Auskunft:

Vereinigte Staaten	12000000
Kanada	400000
Mexiko	5000
Mittelamerika	2000
Westindische Inseln	5000
Kolumbien	3000
Venezuela	2000
Brasilien	450000
Uruguay	5000
Argentinien	40000
Paraguay	3000
Chile	14000
Peru	2000
Übriges Amerika	2000

Diese Zahlen werden teilweise überraschen. Sie stammen noch aus der Zeit vor dem Kriege und können nicht mehr den Anspruch auf unbedingte Richtigkeit erheben. Für die Vereinigten Staaten ist die Angabe sicherlich zu hoch, für Brasilien zu niedrig.

In Asien betrug vor dem Kriege die Zahl der Deutschen etwa 145000, davon in Sibirien annähernd 80000. In Australien und auf den Südseeinseln hielten sich 113000 Deutsche auf.

Bedeutende deutsche Bestandteile befinden sich in Südafrika. Neben den Buren, die aus Niederdeutsch-Holländern, Hochdeutschen und französischen Hugenotten im Laufe von zweieinhalb Jahrhunderten zu einem Volk verschmolzen sind, befinden sich noch etwa 33000 Hochdeutsche in Kapland, Natal, Transvaal und Oranje. Bemerkenswert ist, daß die Deutschen in der früheren Kolonie Südwest mit den Buren zu der Südwestvereinigung sich zusammengeschlossen haben, um die beiden Bevölkerungen einander näherzubringen. Und von höchster politischer Bedeutung ist der Ausfall der letzten Wahlen in Südafrika, aus denen die Nationalisten, deren Bestreben auf Loslösung von

[1]) Einhart, Deutsche Geschichte, S. 407.

England unter Aufrichtung der republikanischen Staatsform gerichtet ist, als die stärkste Partei hervorgegangen sind. Hier scheint die englische Weltmachtpolitik eine starke Wunde zu haben.

Könnte bei der Darstellung des Deutschtums in der Welt ins einzelne gegangen werden, so würde sich zeigen, daß es kaum einen wichtigen Weltpunkt vor dem Kriege gab, an dem nicht Deutsche lebten und deutscher wirtschaftlicher Einfluß sich geltend machte. Der Krieg hat auch hier viel Unheil angerichtet, aber verzweifelt ist die Lage trotz alledem nicht. Wenn es möglich wäre, die im Ausland tätige deutsche Kraft dem Deutschtum zu erhalten und für das Deutsche Reich wirtschaftlich und außenpolitisch arbeiten zu lassen, kann das Streben nach Wiedergewinnung des in der Welt verlorengegangenen deutschen Einflusses starke Stütze finden. Dazu aber ist notwendig, daß die Heimat für die große Wichtigkeit der auf Außenposten eingesetzten deutschen Volkskraft und für die Bedeutung deutscher Kulturarbeit Verständnis und Interesse zeigt. Vorläufig kann man mit Befriedigung hiervon noch nicht sprechen. Es werden ungeheure Geistes- und Nervenkräfte in dem klassenverhetzenden politischen Parteistreit verbraucht, ohne daß gedeihliche Arbeit für das große Ganze und für den einzelnen geleistet wird. Aber zum Eintritt in den Verein für das Deutschtum im Auslande (V. D. A.) haben von den 60 Millionen Reichsdeutschen erst 70000 sich bereit gefunden.[1])

Die Regsamkeit für die Auslandsdeutschen muß mehr ins Volk getragen werden. Alte und junge Burschenschafter würden sich ein unvergängliches Verdienst um die Zukunft unseres Volkes und Reiches erwerben, wenn sie durch Wort und Schrift, durch rege Betätigung in den Ortsgruppen des V. D. A. und durch eifriges Studium des deutschen Volkstums im Grenz- und Auslande (z. B. auf dem Auslandsinstitut in Marburg) dem Gedanken Verbreitung verschaffen, daß die Volksgenossenschaft nicht auf das Gebiet innerhalb der Grenzpfähle beschränkt ist, sondern überall da auf der Erde eine deutsche Heimstätte gefunden hat, wo das deutsche Herz schlägt und die deutsche Zunge klingt.

Die Heimat muß Fäden zwischen hüben und drüben spinnen und in der Hand behalten. Denn hier rieseln die Quellen der Kraft, die dem Auslandsdeutschen das Rückgrat stärken und seiner Arbeit als Pionier und Kulturträger die weltberühmte Stetigkeit und Gediegenheit verleihen. Von hier aus muß zunächst die Wahrheit in die Welt dringen von all dem, was über die deutsche militärische und politische Kriegführung an Lug und Trug durch die englische Northcliffe-Presse

[1]) Die Deutsche Burschenschaft gehört dem Verein für das Deutschtum im Ausland schon seit langen Jahren als körperschaftliches Mitglied an.
(Der Herausgeber.)

der Welt aufgetischt worden ist. Zeitungen müssen hinaus, deutsche Bücher gesammelt und den Auslandsvereinen zugesandt werden. Allerdings sind solche nicht willkommen, die von den Errungenschaften der Revolution, von Weltfrieden und ähnlichen Trugbildern reden. „Hinter der schwarz-weiß-roten Flagge", so schreibt nach dem „Auslandsdeutschen" ein Mitarbeiter aus Honduras den „Hamburger Nachrichten", „steht das deutsche Ansehen, hinter den neuen Farben nichts, für uns hier draußen höchstens ein Gefühl der Selbstentwürdigung." Der Hunger nach deutschem Lesestoff ist riesengroß. An den V. D. A. ist vor kurzem sogar die Bitte eines Negers aus Togo um Übersendung von deutschen Zeitungen gelangt. Fünf Jahre waren die Deutschen draußen hermetisch von jeder Nachrichtenquelle aus der Heimat abgeschlossen. In teuflischer Weise sucht auch weiter der Vertrag von Versailles jede Möglichkeit deutschen Einflusses auf die Nachrichtenübermittlung zu unterbinden, indem er nach Art. 244 Anl. VII Deutschland verpflichtet, auf seine wichtigsten Kabel zu verzichten.

Aber auch dies kann und wird nicht verhindern, daß die durch feindliche List und Tücke eingetrommelten Laufgräben zwischen deutschem Kulturboden hier und draußen wieder gangbar gemacht werden. Daß es bereits teilweise geschehen ist, zeigen die Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen, die Gründung von Hilfskomitees und das Erscheinen zahlreicher, bis dahin verbotener deutscher Zeitungen im Auslande. Zwar darf man sich nicht wundern, wenn vorläufig die giftige Druckerschwärze des Feindbundes noch trübe Ereignisse unter den Auslandsdeutschen zeitigt, wenn beispielsweise ein Mann namens Zörcher in Nordamerika, der sich zu den Freunden deutscher Demokratie zählt, sich eine öffentliche Pfründe ergattert und in einer Rede sagt, das Vaterunser, in deutscher Sprache gebetet, sei eine Gotteslästerung,[1]) oder wenn deutsch gedruckte Zeitungen in nicht deutschem Geiste schreiben, wie z. B. die deutsche „Neuyorker Staatszeitung", die vollständig in amerikanischem Fahrwasser schwimmt. Man kann aber auch Erfreuliches berichten. Eine Menge deutscher Zeitungen und Zeitschriften, deren Erscheinungszahl vor dem Kriege allein in Südbrasilien 25 betrug, ist uns erhalten geblieben. Die haben sich ihren deutschen Charakter bewahrt und schreiben in herzerfrischendem deutschen Sinne.

In Neusatz in Ungarn ist das „Deutsche Volksblatt" erschienen, das im April d. J. eine Auflage von 6200 hatte. In Budapest wird die Wochenschrift „Deutsche Arbeit in Ungarn", in Siebenbürgen die „Deutsche Tagespost" herausgegeben. In Rußland sind die Verhältnisse noch gänzlich ungeklärt. Brasilien weist verschiedene Zeitungen

[1]) „Volk und Heimat" XX, S. 106.

auf, in Sao Paulo die „Germania“ und die „Deutsche Zeitung“, in Joinville die „Kolonialzeitung“ und „Joinvillenser Zeitung“, in Ponta Grossa den „Volksboten“ (Wochenschrift), in Rio Grande del Sul die „Neue deutsche Zeitung“; in Blumenau im Staate St. Catharina erscheint zweimal wöchentlich der antisemitische „Urwaldsbote“, in Curityba „Die Zeit“. Von anderen deutschen Zeitungen Südamerikas wären zu erwähnen in Argentinien das demokratische argentinische „Tageblatt“, die deutsche „La-Plata-Zeitung“ und die Halbmonatsschrift „Unser Deutschland“. in Chile die „Deutsche Zeitung für Chile und Santiago“, die seit 5. Januar 1920 mit der „Deutschen Presse“ vereinigt ist, in Paraguay die „Deutsche Zeitung für Paraguay und Asuncion“. Über die deutschen nordamerikanischen Zeitungsverhältnisse waren genauere Nachrichten noch nicht erhältlich. Erfreulich ist auch die Herausgabe einer Wochenschrift „Der Südwester“ in Swakopmund, die den schon erwähnten Annäherungsbestrebungen der deutschen und holländischen Afrikaner dient.

Die deutsche Presse in den Grenzlanden zu beleuchten, überschreitet den Rahmen dieser Arbeit. Wenn man sie aufmerksam verfolgt, wird man finden, daß gerade hier die lautesten Schmerzensschreie über Vergewaltigung der deutschen Sprache, Schule und evangelischen Religion ertönen. Polen und die Tschecho-Slowakei betätigen sich hier besonders deutschfeindlich. Wenn diese Gewaltpolitik augenblicklich auch großen Schaden an deutschen Kulturgütern anrichtet, so bewirkt sie doch andererseits, daß das Deutschgefühl endlich erwacht und die Deutschen zu Volksbünden sich zusammenschließen. Bedauerlicherweise braucht der Deutsche solche Peitschenhiebe aus fremder Rassenhand, um aus seiner spießbürgerlichen Gleichgültigkeit aufgerüttelt zu werden.

Vom deutschen Schulwesen hört man Günstiges und Ungünstiges. Polen führt erbitterten Kampf gegen das deutsche Schulwesen. In der Stadt Posen z. B. gibt es nur noch ein amtliches deutsches Gymnasium, das aber von einem polnischen Direktor geleitet wird. In Siebenbürgen sind die deutschen Schulen durch Rumänien anerkannt, nur die Beschaffung der Unterhaltungsmittel ist vorläufig noch sehr schwierig. Bisher wurden die Kosten durch die Einkünfte aus dem Kirchengut zum größten Teil gedeckt. Infolge der durch die rumänische Agrarreform vorgenommenen Enteignung des Grund und Bodens über 200 Joch und infolge Anlage des Kirchenvermögens in ungarischer Kriegsanleihe ist das Kirchengut aber fast gänzlich verlorengegangen. Etwa ein Drittel der Schullasten trägt jetzt der rumänische Staat, der Rest muß durch Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden. Die Schwaben des Banats (Südungarn), die bisher keine deutschen Schulen hatten, richten jetzt solche ein.

Von sonstigen Nachrichten tragen einstweilen nur die aus Brasilien trüben Charakter. Dort werden besonders im Staate St. Catharina gegen das deutsche Schulwesen Regierungsmaßnahmen erlassen, die scharf deutschfeindlich sind und nur aus der maßlosen Verhetzung durch die englische Presse sich erklären lassen. Aus den übrigen Ländern lauten die Nachrichten nicht ungünstig. An der Oberrealschule in Barcelona in Spanien, die auf eine Arbeitszeit von 25 Jahren zurückblicken kann, hat im Juni 1918 die erste Abiturientenprüfung stattgefunden. In Südamerika ist der Schulbetrieb, soweit er im Kriege unterbrochen war, wieder aufgenommen. In Argentinien, Chile, Paraguay, Uruguay und Peru befinden sich 169 Schulen mit 465 Lehrkräften und rund 10800 Kindern. Auch das Schulwesen in Mexiko entwickelt sich günstig. Besonderes Gewicht wird hier auf die körperliche Ertüchtigung der Jugend gelegt. In der Stadt Mexiko besteht die deutsche Schule aus Oberlehrerschule, Realschule, höherer Töchterschule mit Studienanstalt, Mittelschule, Vorschule und Kindergarten. Besonders bemerkenswert ist der Fortschritt des Schulwesens in unserer früheren Kolonie Südwest. Unter dem Schutz der deutschfreundlichen Kapregierung sind die ehemals staatlichen Schulen der Kolonie den örtlichen Schulvereinen übergeben worden und entwickeln sich überall in erfreulichem Maße.

Allgemein wird in den Auslandsschulen über Mangel an Lehrern und vor allem an deutschen Schulbüchern geklagt. Wenn der Nachschub hierin ins Stocken gerät, wird der Schulbetrieb draußen aufs schwerste gefährdet. Es ist Aufgabe heimatlicher Kreise, denen die Erhaltung des deutschen Schulwesens im Auslande am Herzen liegt, auf die Schwierigkeiten und Gefahren immer wieder hinzuweisen, mit denen unsere Auslandschulen zu kämpfen haben und dafür zu sorgen, daß den für das Ausland bestimmten Lehrern durch besondere Lehrgänge die notwendige Schulung für bestimmte Länder zuteil wird.

Bei der Bewertung deutschen Kultureinflusses darf die Tätigkeit der evangelischen und katholischen Missionen nicht übergangen werden. Ihre Arbeit dehnte sich über alle Erdteile aus und hat unkultivierten Ländern reichen Segen gebracht. Während des Krieges waren sie in den uns feindlichen Ländern vollständig zur Untätigkeit verurteilt. Der Friedensschluß hat ihnen nur teilweise die Möglichkeit verschafft, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die englischen Kolonien und auch andere Länder suchen den gefürchteten Wettbewerber auszuschalten, indem sie sein Wirken verbieten. In der Heimat und draußen wird aber trotz aller Hemmungen mit frischem Mut daran gearbeitet, die zerstörten Werke deutscher Missionstätigkeit wieder aufzubauen.

Mit gleichen Schwierigkeiten hat die deutsche Auswanderung zu kämpfen. Der dem Deutschen angeborene Wandertrieb in die Fremde

wird durch das Daniederliegen von Industrie, Handel und Wandel und die dadurch geschaffene geringe Arbeitsmöglichkeit bedeutend verstärkt. Das gegen das Deutschtum verhetzte Ausland sträubt sich aber, Deutsche aufzunehmen, zum Teil auch aus Furcht vor eindringenden bolschewistischen Elementen. Selbst in Ländern, die vor dem Kriege sehr die deutsche Einwanderung begünstigten, wie z. B. Brasilien, wird ganz erheblich gegen die deutsche Einwanderung und besonders gegen die Niederlassung geschlossener Siedelungen Front gemacht. Am günstigsten scheinen die Verhältnisse in Paraguay zu liegen. Gelernte Landwirte und Handwerker finden eher Unterkommen, als Arbeiter und Leute, die Farmer werden wollen und nicht von Beruf Landwirte sind. Für akademische Berufe ist das Auswandern nur dann ratsam, wenn durch Vertrag eine bestimmte Stellung gesichert ist. Die im Auslande geschaffenen Volksbünde tuen ihr Möglichstes, um durch Herausgabe von Schriften die deutsche Öffentlichkeit aufzuklären.

Auf dem ungeheuren Trümmerfeld deutscher Macht und Größe fängt es an einzelnen Stellen zu grünen an. Die deutsche Volksseele sitzt einsam am Webstuhle der Zeit und webt aus Volkskraft und Volkswillen vorwärtsstrebende Tat. Sie brauchen wir. Eiserne, unermüdliche Arbeit heißt die Losung. Es nützt nichts, daß wir eine große Vergangenheit und hervorragende Männer hatten. Wir müssen das geschichtlich Gewordene zu nutzen verstehen, aus der Vergangenheit lernen und den Männern nacheifern. Dann wird es auch wieder besser werden. Stein um Stein muß herbeigeschleppt werden, um die Grundfesten wieder aufzurichten. Die größten, wuchtigsten, festesten Eckquadern an dem Neubau bilden die im deutschen Volkstum ruhenden sittlichen, unsterblichen Kräfte, die den deutschen Kulturboden so blühend gedeihen und den feindlichen Bauer vor Neid und Haß schier bersten ließen, wenn er die goldwogende Ernte darauf sah. In ihnen besitzt die deutsche Volksgemeinschaft unermeßliche Reichtümer, die ihr niemand rauben kann, auch nicht ein Vertrag von Versailles, wenn sie nur ihre Seele rein hält, Artfremdes ablehnt und den Glauben nicht verliert, daß nicht durch Phrase, sondern durch deutsche Gründlichkeit die Welt genesen wird. Das Ziel der deutschen Volksgemeinschaft muß der Aufbau des Deutschen Reiches sein, ihr Wirken und Walten darf aber nicht auf den Bannkreis deutscher Staatshoheit beschränkt bleiben, sondern muß überall da sich betätigen, wo Deutsche auf der Erde deutsches Kulturgut verwalten. Auch dort kämpft deutsche Kraft bitteren Kampf um ein Stück Vaterland. Möge der deutsche Burschenschafter dies nie vergessen, wenn er in feierlicher Stunde singt: Brausend laßt den Ruf erschallen: Ehre, Freiheit, Vaterland.

Die Grundzüge der auswärtigen Politik.

Von Dr. **Karl Mehrmann.**
(Allemannia-Heidelberg.)

Der Völkerbund ist heute nur erst eine Idee. Oder in dem gegenwärtigen Versuch, eine Idee zu verwirklichen, die Fratze eines gutgemeinten Gedankens.

Es ist ein weiter Weg zwischen der Zeit, in der der Angehörige eines fremden Volkes als Barbar erschien und selbst der Kaufmann an überseeischem Gestade gewärtig sein mußte, als Seeräuber in den Tod oder in die Sklaverei geschleppt zu werden, und unserer Generation, in der die drei Internationalen sich mit der Jubelhymne zu überbieten suchen: Seid umschlungen, Millionen! Die Gegensätze liegen auch heute noch nahe beieinander. Der große Weltkrieg und seine Nachwirkung im sog. Frieden des Versailler Vertrages lehrt uns täglich, daß der „Boche" für die Franzosen der „Barbar" ist, der eigentlich keine Lebensberechtigung hat, und für den Engländer der „Hunne", der einer nicht gleichberechtigten Welt angehört. Gerade in die Gefühlsseiten dieser beiden Ententestaaten, die vorgeben, Vorkämpfer der modernen Idee des Völkerzusammenschlusses zu sein, ragen atavistische Empfindungen hinein, die von Menschenverbrüderung noch meilenweit abseits liegen. Es ist die antike Anschauungsweise, die den Friedensvertrag zu Versailles diktierte, und die von der völligen Vernichtung des deutschen Volkes nach dessen Niederwerfung nur deshalb absah, weil der eigene Nutzen der siegenden Staaten diesen die Schonung der besiegten Nationen so weit gebot, daß diese ein Sklavenleben zum Nutzen der Sieger weiterführen durften.

Denn das war die Gefühlsweise und die Auffassung der vorchristlichen Völkerschaften noch weit bis in die hellenische Zeit hinein, daß der einzelne Staat allmächtig sei und in seiner Machtäußerung gegenüber dem Nachbarstaate nur durch die Rücksicht auf den eigenen Vorteil beschränkt sei. Er erkannte keinen Willen über sich an; er war souverän, wie nach innen so nach außen — bis dahin, wohin sein Schwert reichte. Unter der Gewalt seiner Waffe verlor der besiegte Feind sogar seine

Persönlichkeit und wurde zur Sache, die sich verkaufen lassen, zur Maschine, die für den Herrn arbeiten mußte. Erst das Christentum, das gerade die Schwachen in den Schutz des alles Menschliche überragenden und die Menschen in die Gotteskindschaft aufnehmenden Weltschöpfers einbezog, brachte in die Wertschätzung des Nationalfremden eine grundstürzende Revolution hinein. Aber auch nur insoweit, als der Angehörige einer fremden Nationalität christlichen Glaubens war. Der Mohammedaner und der Heide blieben bis ins 19. Jahrhundert hinein im Zustand der Nichtgleichberechtigung; die endgültige Befreiung vom Sklaventum und die Überführung aller Menschen aus dem Sachen- ins Personenrecht vollzog erst das Zeitalter, in dem die Handarbeit überwiegend durch die Maschine ersetzt wurde.

Allerdings hatte sich auch der souveräne Staat der Antike, gerade aus Eigennutz, aus dem Selbsterhaltungsdrang heraus, zu weitgehenden Zugeständnissen in der Richtung der Vergesellschaftung verstehen müssen. Die kleinen Stadt- und Landschaftsstaaten beispielsweise in Griechenland hatten erkennen müssen, daß sie für sich allein nicht imstande waren, der gewaltigen Übermacht des persischen Weltstaates Widerstand zu leisten. Auch war in ihnen trotz aller Verwässerung des Blutes doch die Erinnerung an ihre gemeinsame Abkunft lebendig. Das Gefühl der religiösen und kulturellen Verwandtschaft verhalf ihnen zu dem losen Zusammenschluß des Amphiktyonenbundes. Der Nationalkampf der Perserkriege schuf auch — vorübergehend — stärkere politische Bindemittel. Und selbst über den Kreis der hellenischen Welt hinüber entstand im 4. Jahrhundert v. Chr. zur Zeit des kimonischen Friedens sogar ein Etwas wie eine internationale Staatengesellschaft. Es kam zeitweilig zu einer Art Anerkennung des gegenseitigen Besitzstandes und zu einem Zustand, den man fast als ein System des Gleichgewichts zwischen der griechischen und persischen Welt bezeichnen kann, ein System, das durch den Eroberungszug Alexanders des Großen nur zeitweilig durchbrochen wurde und nach dem Tode des großen Mazedoniers sofort in der hellenistischen Periode wieder auflebte und eine sorgfältigere Ausbildung fand. Das gegenseitige Mißtrauen des staatlichen Selbsterhaltungstriebes spielte einen Nachbarn gegen den andern aus und führte zur Selbstbeschränkung des Vernichtungsdranges und zu einem gewissen Maß internationaler Duldsamkeit.

In diese Entwicklung brach der Welteroberungswille des Römertums verheerend ein. Er benutzte seinerseits die Gegensätze im Gleichgewichtssystem, die zwischen Hellenen und Puniern, später zwischen europäischen und asiatischen Griechen der nachalexandrinischen Zeit

bestanden, um als lachender Dritte ein Imperium aufzurichten, das das gesamte Mittelmeerbecken umfaßte und, in drei Erdteilen liegend, vom Indischen bis zum Atlantischen Ozean reichte. Aber er konnte nicht verhüten, daß sich sogleich an seinen Grenzen zwei andere Mächte erhoben und behaupteten, ja schließlich seinen eigenen Herrschaftsbestand zerstörten und dadurch die Befreier der Menschheit, die Retter der Staatensouveränität wurden: die Germanen und die Neuperser. Sie beide bilden beim Übergang aus dem Altertum in die Neuzeit mit der Römerherrschaft das Gleichgewicht der Staatenpolitik, und die Dreiheit des Gleichgewichtssystems schob sich durch das ganze Mittelalter hindurch, insofern sich die drei Weltreiche der weströmisch-deutschen, der oströmisch-byzantinischen Christenheit und des Islams gegenüberstanden.

In großen Klumpen hingen die weltbewegenden Mächte des abendländischen und orientalischen Christentums sowie des Mohammedanismus aneinander. Die schlechten Verkehrsverhältnisse des weiten Raumes, den diese drei Kulturfaktoren ausfüllten, machten das Gleichgewichtsspiel in dieser ungelenken Staatengesellschaft äußerst schwerfällig. Die Geschichte des feinnervigen modernen Mächtesystems beginnt im Italien der Renaissance. Das Postwesen und der Warenaustausch verzweigten sich in früher abseits liegende Straßen und Kanäle; die Diplomatie hatte an allen Hauptorten in ständigen Vertretungen ihre Horchposten; die Entdecker- und Abenteurerlust schuf zwischen allen zivilisierten Völkern und darüber hinaus neue Beziehungen; die mächtig aufflammende Begeisterung für die wiederentdeckte antike Kunst, das gewaltige Interesse an der hellenischen Wissenschaft, die aus dem von den Türken eroberten Konstantinopel nach Italien strömte, sowie der heftige Geisteskampf, den die Reformation zwischen dem germanischen und romanischen Christentum entfesselte, und schließlich die Buchdruckerkunst, die neben den bisher leitenden, zahlenmäßig geringen Schichten auch die bürgerlichen und bäuerlichen Massen in die allgemeine Kulturbewegung hineinzog, all das bewirkte eine Interessenverflechtung und Interessengegensätzlichkeit zwischen den verschiedenen Ländern, die in diesen eine Empfänglichkeit für politische Neigungen jeglicher Art und von bisher nicht gekannter Stärke erzeugten. Vor allem aber: während im Mittelalter jeder der drei Faktoren des Gleichgewichtssystems in mehr oder weniger loser Form die verschiedenartigsten Völkerschaften unter einer Herrschaftsgewalt zusammenfaßte, erwachten jetzt die nationalen Unterschiede zu kraftvollster Lebensäußerung. Das byzantinische Kaiserreich verschwand unter dem Druck des türkischen Sultanats vollständig; der Islam schob sich bis an die Grenzen Mitteleuropas vor und entzündete den religiösen Gegensatz zwischen Abend- und Morgenland

aufs neue wie in den Zeiten der Kreuzzüge. Aber während damals die ritterliche Achtung und die Wertschätzung der gegenseitigen Bildungsschätze noch ein wenn auch lockeres Band der Kulturbewertung zwischen Okzident und Orient geschlungen hatten, versank mit dem Vordringen der Türkenherrschaft der europäische Osten für den Westen vollständig in Unkultur. Er hatte, nachdem sich die mohammedanische Offensive an den Mauern Wiens gebrochen hatte, nur noch den Wert eines rücksichtslos zu erobernden Kolonialbodens. Nicht viel anders wie die Länder, die jenseits der großen Meere von den Portugiesen und Spaniern aufgefunden worden waren. Nur Franz I. von Frankreich fand in seiner großen Bedrängnis durch die habsburgische Weltmacht den Galgenmut, mit den Türken politische Beziehungen anzuknüpfen, die ihm zwar sehr verdacht wurden, aber den dünnen Faden bildeten, an dem sich schließlich doch Abend- und Morgenland wieder zur Vergesellschaftung zusammenfinden sollten.

In derselben Zeit, in der das byzantinische Kaisertum unter den Stößen der Türken zu Boden sank, befand sich schon das heilige römische Reich deutscher Nation in langsamer Auflösung. Frühzeitig hatte sich der französische Staat von der Herrschaft der deutschen Könige und Kaiser losgemacht und sein Selbstgefühl in den Verteidigungskriegen gegen die erobernden Engländer ausgeprägt. Die Spanier hatten am Ausgang des Mittelalters ebenfalls ihren Einheitsstaat vollendet. Den Italienern war ein gleicher Erfolg ihres nationalen Bestrebens trotz aller Anstrengungen seit den Kämpfen der Mailänder gegen die Hohenstaufen, Anstrengungen, die sich in der Renaissance verzehnfachten, aber ebenso sehr zersplitterten, nicht beschieden. Und so wurde die politisch zerrissene Apenninenhalbinsel der Spielball der drei abendländischen Großmächte, die auf italienischem Boden um Gebietsgewinn und Vorrang kämpften. Es hat sich immer wiederholt, daß ein Land, das nicht zu staatlicher Geschlossenheit kommen kann, der Wetterwinkel ist, in dem das politische Barometer andauernd auf Sturm steht. In den Kämpfen der Deutschen, Franzosen und Spanier auf italienischem Boden bildete bald die eine bald die andere Großmacht den Faktor in der Wage, der bei der Gebietsverteilung das Gleichgewicht der Kräfte herstellte. Auf der Apenninenhalbinsel wurde die erste moderne Staatengesellschaft gegründet, die, weil sie Deutschland, Frankreich und Spanien umfaßte, die westeuropäische genannt werden kann.

Der Zusammenschluß Deutschlands und Spaniens unter der habsburgischen Krone brachte einen neuzeitlichen Imperialismus hervor, der weit über die europäischen Grenzen hinausging, weil er, zum erstenmal, in die Übersee hinüberreichte. Diesem alle früheren Weltreiche überragenden Machtgebilde (in dem „die Sonne nicht unter-

ging") vermochte die französische Monarchie unter Franz I. nur etwas halbwegs Gleichwertiges entgegenzustellen, indem sie sich mit dem osmanischen Orient verbündete, der sich gleichfalls über mehrere Kontinente erstreckte. Aber ins Gleichgewicht geriet die Wage doch erst wieder, als auch England als atlantische Kolonialmacht in die Abwehr der habsburgischen Weltherrschaftsbestrebungen eintrat und so in die westeuropäische Staatengesellschaft als nunmehr dritter Faktor hineinbezogen wurde.

Das 17. Jahrhundert brachte den Zerfall der Kaisergewalt auf deutschem Boden. Wie im 16. um die Mündung des Po, so suchte sich nunmehr um die Mündungen der Maas, des Rheins, der Weser, Elbe und Oder ein mitteleuropäisches Staatensystem zu kristallisieren. Die Großstaaten, die hier miteinander um die Oberherrschaft rangen, waren Frankreich, das habsburgische Kaisertum in Belgien-Österreich und die neuentstandene Ostseemacht Schweden. Der Westfälische Friede begründete eine mitteleuropäische Staatenordnung, die auf der Nord-Ostseeküste aufgebaut war. Von diesen Großmächten aber gehörte Schweden zugleich einer nordosteuropäischen an, in der neben Polen auch Rußland Geltung verlangte. Und als Schweden sich in der Folge seiner vielen Kriege bei seiner Bevölkerungsarmut langsam verblutete, nahm Brandenburg-Preußen seine Stelle ein, das dann durch seine wenn auch geringfügigen Besitzungen am Rhein das Bindeglied zwischen dem west-, mittel- und nordosteuropäischen Staatensystem herstellte. Als Friedrich der Große im Hubertusburger Frieden den Verteidigungskampf um Preußens Großmachtstellung im 18. Jahrhundert siegreich beendet hatte, war auch der romanische Westen, die deutsche Mitte und der slawische Nordosten Europas zu einer nicht mehr auszulösenden europäischen Staatengesellschaft zusammengeschmiedet.

Das 19. Jahrhundert hat sich dann damit beschäftigt, auch den südlichen Osten Europas endgültig in die gesamteuropäische Völkerfamilie hineinzufügen. Aus dem Nordosten des Festlandes sprangen das russische Reich, aus der Mitte die österreichische Monarchie als verbindende Glieder vor. Indem beide die Türkenherrschaft mehr und mehr in die Balkanecke zurückdrängten, riefen sie zuletzt den Westen Europas auf den Plan zur Verteidigung des Restbestandes des Osmanenreiches am Bosporus. Der Pariser Friede des Jahres 1856 sah Frankreich-England in Gegnerschaft zu Rußland den Versuch zur Lösung der orientalischen Frage machen. Auf dem Berliner Kongreß von 1878 waren alle Großmächte des gesamten Festlandes unter der ehrlichen Maklerschaft des führenden Staates Mitteleuropas, des Deutschen Reiches, zu dem gleichen Zweck vereinigt. Die europäische Staatengesellschaft, der nunmehr auch die politischen Gebilde

des nahen Orients angehörten, hatte einen interkonfessionellen Charakter erhalten. Sie hatte ihr rein christliches Gepräge der alten Zeit verloren.

Die orientalische Frage freilich ist damals ebensowenig endgültig gelöst, wie sie vorher in Paris gelöst worden war und wie sie jetzt in Versailles gelöst worden ist. Aber sie blieb nicht mehr das allein beherrschende Problem. Mit der Ausbreitung des Verkehrs durch Dampf und Elektrizität erweiterte sich die europäische zur Weltpolitik. Die Großmächte Europas brauchten für ihre in fabelhafter Geschwindigkeit sich entwickelnde Industrie Rohstoffe und Absatzmärkte auch in der Übersee. Sie suchten sich beides zu sichern, indem sie sich der Gebiete kulturunterlegener Völker durch Kolonisation bemächtigten. Die Großstaaten traten in einen Wettlauf ein, sich zu Kolonialreichen und Weltwirtschaftsmächten zu entwickeln. Afrika wurde wie Südasien aufgeteilt; Australien und Neuseeland entwickelten sich unter englischem Schutz ebenso wie Kanada zu ziemlicher Selbständigkeit. In Ostasien erstrebte Rußland die Vorherrschaft und stieß hierbei auf den Widerstand Japans, das sich im Bunde mit England, das für seinen vom Zarenreich bedrohten indischen Besitz fürchtete, stark genug fühlte, der ausgedehntesten Landmacht der Erde entgegenzutreten. Das britisch-japanische Bündnis führte Ostasien in die politisch anerkannte Stellung eines Mitgliedes der Gemeinschaft der Weltkulturvölker. Die Verbindung mochte noch nicht sehr straff sein, aber die Brücke von der vorhandenen europäischen zur sich entfaltenden Weltstaatengesellschaft war geschlagen.

Noch aber stand das große amerikanische Festland abseits. Zwar führten Verbindungen von den europäischen Kolonialstaaten zu den Resten ihrer amerikanischen Besitzungen immer noch hinüber; aber gerade diese Überbleibsel hatten den Vereinigten Staaten Anlaß gegeben, eine Theorie auszubilden, durch die Nord- und Südamerika als eine Geschlossenheit gegenüber dem europäischen Festland zusammengefaßt worden waren. Durch diese Monroelehre wurde der europäischen Staatengesellschaft gleichsam eine gesamtamerikanische gegenübergestellt. Im Spanisch-Kubanischen Krieg durchbrach zwar die Washingtoner Politik aus eigenem Willen den Zaun der Selbstabsonderung. Indem sie Besitz von den Philippinen ergriff, sprang sie über den Stillen Ozean bis an die asiatische Küste hinüber. Aber indem sie sich hier unmittelbar unter den Augen Japans festsetzte und so mit diesem den diplomatisch-wirtschaftlichen Kampf um die Vorherrschaft im Großen Weltmeer eröffnete, stellte sie sich in unverkennbaren Gegensatz zu dem mit dem ostasiatischen Kaiserreich verbündeten England, das seinerseits durch die Einkreisungspolitik Eduards VII. gegen das seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf

dem industriellen und dem Verkehrsgebiet gefährdenden Deutschland die Eroberung der Weltheg emonie ins Auge gefaßt hatte. Das deutsche Bestreben, das deutsche Volk aus seiner europäischen Enklavenstellung durch gleichzeitige Entwicklung einer Flottenmacht in der Nordsee und durch eine Bündnispolitik in Mitteleuropa längs der Donau mit dem türkischen Reich auf der anatolischen und Bagdadbahn bis an den Indischen Ozean herauszuführen und seine Machtgeltung am Indischen Weltmeer durch ein zusammenhängendes Mittelafrikareich zu sichern, rief die Besorgnis der Londoner Politik vor einer Bedrohung der britischen Inselage und einer Flankierung des englischen Seeweges nach Indien wach. Die britische Diplomatie fand den sofortigen Anschluß der französischen Revancheluft und des panslawistischen Ausdehnungstriebes, der sich auf österreichischem und deutschem Boden zu bereichern gedachte und durch die Verbindung Deutschlands-Österreichs seine Hoffnungen auf Beherrschung des Balkans, der Dardanellen und des Südufers des Schwarzen Meeres durchkreuzt fühlte. Italien, das nach der Alpengrenze schielte und sich die Adria zu sichern bemühte, um seine Mittelmeerstellung zu befestigen, schlug sich nach kurzem Zögern auf die englische Seite, nachdem sich Japan schon gleich zu Anfang durch Festhalten am Bündnis mit Großbritannien seinen Vorteil auf Schantung ergattert hatte, um sich die handelspolitische Vormacht im Stillen Ozean zu erwerben.

Der anfangs für die unter dem Namen Entente bekannte Verbündetengruppe unglückliche Krieg führte auch die Vereinigten Staaten aus ihrer Absonderung in die Reihe der alliierten und assoziierten Mächte. Wilson, der für die Gerechtigkeit und das Völkerrecht zu fechten vorgab, hat später selber erklärt, daß Amerika sich auch ohne den deutschen U-Boot-Krieg am Kampfe beteiligt haben würde. Einfach deshalb, weil damals in den Vereinigten Staaten das britische Blut gegen die Deutschen durch Verleumdungen aufgepeitscht worden war; dann weil die von der Entente an Amerika geschuldeten Summen bei einem deutschen Siege auf dem Spiele standen; und schließlich, weil Wilson den Ehrgeiz hatte, Oberrichter der Welt zu werden, was stark in Frage gestellt wurde, wenn eine der beiden sich bekämpfenden europäischen Parteien den entscheidenden Sieg ohne seine Mithilfe davontrug. So wählte er den Anschluß an die englische Sache.

Damit stand die ganze Welt im Kampf mit Deutschland. Auf den Schlachtfeldern hatten sich alle Völker der Erde ein Stelldichein gegeben. Es schien eine Selbstverständlichkeit zu sein, aus dem militärpolitischen Zusammenstoß die Gesellschaft der Weltstaaten auch für die Friedenszeit heraus zu organisieren. Wilson hat den Versuch unternommen, diese Organisation in der Form des Völkerbundes zu bewerkstelligen. Aber indem im Versailler Frieden die besiegten

Staaten aus dieser Organisation vorläufig ferngehalten wurden, indem sich ferner in der Heimat des Urhebers des Völkerbundwerkes, in den Vereinigten Staaten, ein lebhafter Widerwille bemerkbar machte, die Souveränität der nordamerikanischen Staaten zu beschränken, ergab sich bald, daß der Wilsonsche Völkerbund eine untaugliche Form für die Weltstaatengesellschaft war.

Der ursprüngliche Trieb des Einzelstaates ist sein Selbsterhaltungswille, und dieser Selbstbehauptungsdrang geht bis zur Verneinung jeder übergeordneten Gewalt. Es sei denn, ein Staat werde entweder durch militärische Einwirkung oder anderen Zwang oder durch die Erkenntnis, sonst noch mehr zu verlieren, aus Selbsterhaltung heraus zur Aufgabe bestimmter Rechte veranlaßt. In der Theorie aber behauptet jeder Staat, souverän zu sein. In der Praxis freilich sieht sich mancher zu Zugeständnissen genötigt.

Jeder Staat hat das Bestreben, alle blutsverwandten Glieder seines Volkes zu einer Einheit, zum Nationalstaat zusammenzufassen. In voller Reinheit erscheint jedoch ein Nationalstaat selten. Es ragen meistens Überschüsse fremder Völkerschaften in den scheinbar geschlossensten nationalen Einheitsstaat hinein. Treitschke hat schon darauf hingewiesen, daß dadurch eine Verklammerung von benachbarten Staaten und mithin ein Bindeglied in der Staatengesellschaft herbeigeführt wird. Umgekehrt aber wirkt auch die nicht-erfüllte Sehnsucht abgesplissener und unter der Fremdherrschaft befindlicher Völkerreste auflösend und zerstörend auf die zufällig bestehende Staatenfamilie. Selbst ein so einheitlich gefügter Nationalstaat wie der französische fühlt doch noch leise Zuckungen fremder Bestandteile an der savoyischen Grenze und wird sie nach dem Versailler Frieden in verstärktem Grade in Elsaß-Lothringen zu spüren bekommen. Das zaristische Rußland ist schließlich an seinem Nationalitätencharakter zugrunde gegangen.

Aber nicht bloß Völkerunterschiede, sogar schon Stammesverschiedenheiten vermögen einem Staate ein besonderes Aussehen zu geben. Das deutsche Volk nach dem Wiener Kongreß sollte, seines Selbstbestimmungsrechtes beraubt, sich mit einem lockeren Zusammenschluß der deutschen Stammesstaaten in einem Staatenbund, dem Deutschen Bund, zufrieden geben. Die Beschränkung der Souveränität der deutschen Einzelstaaten in diesem von der europäischen Staatengesellschaft des Wiener Kongresses erzwungenen Zustand genügte jedoch dem Nationalgefühl in Deutschland nicht. Es kam die Katastrophe von 1866 und der friedliche Zusammenschluß des 18. Januars 1871. Das Deutsche Reich, das damals in Versailles entstand, bedeutete die freiwillig erzwungene Teilabdankung bisher souveräner Staaten zugunsten eines sie allumfassenden Bundesstaates. Zweifellos war

damit ein Zustand geschaffen, in dem die deutschen Einzelstaaten minorisiert wurden, insofern sie in ihrer Souveränität gegenüber dem Ausland beschränkt waren. Aber zugleich wurden sie in des Wortes anderer Bedeutung majorisiert, weil sie durch den Zusammenschluß zu einem großen Nationalstaat einen weit über ihre isolierte Kraft hinausreichenden Anteil an der auswärtigen Politik in der Staatengesellschaft gewannen.

Noch deutlicher als an diesen Beispielen wird die Beschränkung des Souveränitätsanspruches bei den Staaten, die aus historischen oder geographischen Gründen sich zum Verzicht auf jegliche äußere Politik verstehen und mit der Anerkennung ihrer dauernden Neutralität zufrieden geben müssen. In dieser Lage befindet sich beispielsweise die Schweiz. Noch auffälliger ist die Souveränitätsminderung oder der Souveränitätsverlust bei denjenigen Staaten, die, wie weiland Bulgarien in den Anfängen des Fürsten Ferdinand von Koburg, in einem gewissen Vasallitätsverhältnis zu einem Suzerän, z. B. Bulgarien zur Türkei, standen. Der Weltkrieg hat eine Reihe neugeschaffener Staatsgebilde, wie beispielsweise Hedschas, in das Verhältnis des Protektorats des englischen Weltreichs gebracht.

Auf jeden Fall aber ist das sichtbar, daß ein Unterschied zwischen den Staaten auch in bezug auf ihre Souveränitätsbehauptung nach ihrer Größe, nach ihrer Bevölkerungsdichtigkeit und nach ihrer geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit besteht. Die Souveränitätsminderung braucht durchaus nicht besonders durch Vertragsformulare festgelegt zu sein wie in dem Fall der Festsetzung eines Suzeränitäts- oder Protektoratsverhältnisses; in Wirklichkeit hat ein Klein- oder Mittelstaat doch nicht dieselbe Bedeutung und daher auch nicht die gleiche Selbstbehauptungskraft wie ein Großstaat oder eine Weltmacht, wobei als Großstaat dasjenige politische Gebilde gilt, das vor dem Kriege dem Rat der obersten Mächte Europas angehörte oder ihnen, wie Japan nach dem Erfolg bei Mukden, gleichgeachtet wurde. Während als Weltmacht der Staat in Frage kam oder den Ehrgeiz auf Weltmachtstellung bekundete, der, in Europa als Großstaat anerkannt, durch ausreichenden Kolonialbesitz in der Übersee seine überschüssige Kraft über das europäische Festland hinaus bezeugte.

England hat frühzeitig seine Weltmachtstellung begründet und sie auch dann festgehalten, als sie andere europäische Großmächte wie Frankreich und Spanien in Amerika verloren und in Afrika erst neu wieder begründen mußten. Es hat Zeiten gegeben, sie liegen noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in denen die Überseestellung europäischer Großmächte diesen kein Übergewicht über rein europäische Festlandsstaaten verlieh. So hat zweifellos das viktorianische

England nach 1871 nicht so viel zu bedeuten wie das mitteleuropäische Reichsdeutschland Bismarcks. Der Grund dieser Tatsache lag in der damaligen Beschränktheit des Verkehrs, die das exotische England einfach als Außenseiter bewerten ließ. Die Rangstufe eines Staates, wo immer er sich befinden mochte, richtete sich in der Bismarckschen Zeit einzig und allein nach der Antwort auf die Frage, welche Stellung ein Staat im europäischen Mächtekonzert einnahm. Dieses Mächtekonzert war die lose Erscheinungsform der politischen Leitung der europäischen Staatengesellschaft. Ihm gehörten die Großmächte an, die sich zwanglos, oder durch die Ereignisse gezwungen, zu Botschafter- oder sonstigen Staatsmännerkonferenzen vereinigten, um über die Geschicke und die Gestaltung Gesamteuropas wie auf dem Wiener, dem Pariser oder Berliner Kongreß zu entscheiden. Das Charakteristische dieses Konzerts der Mächte war seine formelle Unverbindlichkeit; den Zwang zur Teilnahme an den Kongressen oder Konferenzen und zur Unterwerfung unter die Beschlüsse dieses Senates, zu dem die Klein- oder Mittelstaaten nur in eigenen Angelegenheiten Zutritt hatten, übte einzig und allein der Selbstbehauptungstrieb jedes Einzelstaates, der durch die Gleichgewichtspolitik der entscheidenden Mächte seines Eigenwillens beraubt oder in seinem eigennützigen Streben beschnitten wurde.

Es liegt in der Natur der Sache begründet, daß der Einzelstaat die Möglichkeiten des Gleichgewichtsspiels nach Kräften für sich auszunutzen bemüht ist. Um so mehr, je gefährdeter er seine militärische Lage aus geographischen oder sonstigen Gründen erachtet. Bismarck hat nach 1871, wie der russische Botschafter, Graf Schuwalow, richtig bemerkte, unter dem „cauchemar des coalitions", unter dem Alpdruck der Bündnisse gelitten. Er hat die Wiederkehr der Kaunitzschen Koalition, die zum Siebenjährigen Kriege führte, gefürchtet. Er hat zum Schutze das deutsch-österreichisch-ungarische und zur Ergänzung das Bündnis mit Italien geschaffen. Er hat sich darüber hinaus nach einem Rückhalt an Rußland umgesehen, gegen das doch das reichsdeutsch-habsburgische Bündnis als ein Verteidigungsmittel gerichtet war. Er hat zeitweilig sogar an eine Allianz mit England gedacht, ohne bei Salisbury Verständnis zu finden. Sein Nachfolger löste auch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland und schuf dadurch den russisch-französischen Zweibund, der sich durch Verständigung Englands mit Frankreich über Ägypten-Marokko und Großbritanniens mit Rußland über Persien zur Entente und damit zur Einkreisungspolitik gegen Deutschland auswuchs, das das Unglück hatte, an der Nordsee, als dem Zentrum der festen Erdoberfläche, in Hamburg einen mit London konkurrierenden Hafen zu besitzen. Die Zerreißung des Konzerts der europäischen Mächte durch die

beiden großen Bündnisgruppen — Entente und Mitteleuropa — verschaffte den Vereinigten Staaten die Gelegenheit, sich im letzten Drittel des Weltkrieges zum Weltrichter, zum arbiter mundi, aufzuwerfen.

Das Mittel dazu sollte der Wilsonsche Völkerbund werden. Er ist es in seiner heutigen Gestalt noch nicht geworden. Es hätte im Interesse der Vereinigten Staaten gelegen, Deutschland so stark zu erhalten, daß es als einflußreicher Gegenspieler gegen England in die amerikanische Rechnung noch hätte eingesetzt werden können. Nachdem sich Deutschland in der Revolution selbst seiner Armee und damit Amerika des Beistandes beraubt hatte, erlag Wilson zunächst dem stärkeren Willen Clemenceaus und Lloyd Georges. Es gelang ihm einzig und allein, die Rheinlande vor der ausgesprochenen Annektierung durch Frankreich zu bewahren. Als dann der Friede zu Versailles förmlich geschlossen war, erwachte zunächst das lebhafte Gefühl im Senat, daß mit der Auslieferung Schantungs an Japan die Interessen der Vereinigten Staaten in Ostasien nicht genügend gesichert seien; auch fürchtete man die Beschränkung der staatlichen Selbständigkeit durch den internationalen Überstaat. Zugleich aber begriff auch Wilson, daß die in Paris-Versailles geschaffene Weltordnung weit davon entfernt sei, ihm die erwünschte Oberherrschaft in der Welt zu verschaffen. Und während sich der nordamerikanische Senat vom Versailler Friedenswerk abzusondern gedachte, stellte sich Wilson zu gleicher Zeit mitten in die europäische Politik und in ausgesprochenen Gegensatz zu der Adriapolitik Italiens, indem er Partei für die Südslawen ergriff. Er machte, indem er den traditionellen Bundesgenossen Großbritanniens im Mittelmeer, im wichtigsten Stück der Verbindungsstraße zwischen der englischen Inselwelt und ihrem indischen Kaiserreich, angriff, zum erstenmal deutlich, daß der die künftige Weltpolitik beherrschende Gegensatz zwischen England und Nordamerika in der Entwicklung begriffen ist.

Es ergibt sich von selbst, daß Deutschland aus der fortschreitenden Entfaltung dieses Konfliktes für sich Nutzen zu ziehen haben wird. Schon jetzt, kaum einige Monate nach der Ratifizierung des Versailler Schmach- und Versklavungsfriedens, läßt sich eine gewisse Umwerbung des deutschen Volkes durch die englische Politik bemerken. In dem durch den Versailler Frieden balkanisierten Mitteleuropa erscheint auch in seiner militärischen Ohnmacht das Deutsche Reich immer noch als der eigentliche Schutzdamm gegen die bolschewistische Hochflut. Die kleinen Deiche der Randstaaten, die der Friede errichtet hat, selbst mit Einschluß Polens und Rumäniens, bieten dem sorgenden Auge der britischen Weltpolitik keine Festigkeitsgewähr. Das weltrevolutionäre Sowjetrußland aber hat nach seinen zweifel-

losen Erfolgen über seine inneren Gegner mit unverkennbarem Weitblick die imperialistische Tradition des Zarenreiches in Mittelasien wieder aufgenommen und ist in London bei seinem Vordringen durch Persien und Afghanistan als ein mit dem türkischen Nationalismus den Islam Asiens und selbst Nordafrikas aufpeitschendes und damit Indien gefährdendes Element erkannt worden. Das große Ringreich, das sich England im Weltkrieg mit der Eroberung Arabiens, Palästinas und Mesopotamiens um den Indischen Ozean gezimmert hat, ist in Gefahr, von der russisch-türkischen Opposition gegen die Weltherrschaft Englands durchbrochen zu werden; wie sich der amerikanisch-südslawische Widerspruch gegen die englisch-italienische Interessenwirtschaft im Mittelmeer übrigens zu einer Flankenstellung zu dem von der britischen Inselwelt nach dem Indischen Weltmeer führenden Verbindungsweg ausbauen läßt. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß der amerikanisch-südslawische Konflikt mit den europäischen Großmächten des Mittelmeeres einen friedlichen Ausgleich findet. Es ist das um so wahrscheinlicher, je mehr der Einspruch Wilsons gegen die englisch-italienische Lösung der Adriafrage zunächst noch als eine überwiegend persönliche Angelegenheit des Präsidenten der Vereinigten Staaten erscheinen mag. Aber der amerikanisch-englische Konflikt hat zum erstenmal, und zwar an einer der verwundbarsten Stellen der britischen Weltmachtstellung, das Haupt erhoben. Es ist die Frage, ob sich die amerikanische Opposition gegen den englischen Weltherrschaftsanspruch mit dem bolschewistisch-russischen Imperalismus und dem türkischen Nationalismus vereinigen wird. Amerika wird diese Vereinigung um so schneller suchen, je dichter sich Japan an England aus Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und vielleicht auch zu dem doch immer wieder nach freier Entfaltung am Großen Ozean gierenden Rußland herandrängen wird.

In einem amerikanisch-englischen Streit um die Vorherrschaft in der Welt wird Deutschland nicht neutral bleiben können. Es wird für es darauf ankommen, sich diesmal weniger bankerotte Bundesgenossen zu wählen als vor dem Weltkrieg. In Englands Dienst wären wir in der von Bismarck so gefürchteten Rolle eines Festlandsdegens gegen Rußland; an Amerikas Seite kämen wir wahrscheinlich wieder in die vom Reichsgründer stets erstrebte freundschaftliche Fühlung mit Rußland. Dieses repräsentiert sich gegenwärtig freilich in der Form des staatlich organisierten Bolschewismus, von dessen unser Kulturleben bedrohenden Gefahr uns sicherlich ein Sieg im Bunde mit England befreien würde. Aber die Befestigung der britischen Weltherrschaft bedeutet auch die Verewigung der Enklaven- und Sklavenstellung Deutschlands.

Was uns not tut, ist zweierlei: einmal die Abschüttelung der den

Reichskörper verstümmelnden und ihn militärisch entmannenden Bedingungen des Versailler Friedens. Schon heute macht sich Revisionsstimmung, so vorsichtig bremsend auch noch die offizielle Haltung Lloyd Georges ist, in England fühlbar. Nicht minder aber auch in Amerika, wo schließlich doch die gesamten Senatskämpfe, so sehr sie auch vom innerpolitischen Interesse der dortigen Parteien und von dem außenpolitischen Egoismus der Vereinigten Staaten diktiert sind, auf nichts anderes als auf die Revision des Friedens- und Völkerbundvertrages hinausgehen. Was wir aber über diese Befreiung von den Versailler Fesseln wünschen müssen, das ist das Recht, uns mit den Deutschösterreichern zu einem Großdeutschland zusammenzuschließen und zwischen Nordsee und Indischem Meer, dem Lauf der Rhein-Donaulinie entsprechend und der von deutscher Unternehmungslust gebauten anatolischen und Bagdadbahn folgend, eine Weltwirtschaftsorganisation zu errichten, die sich als feingegliederte Einheit in die künftige Weltstaatengesellschaft hineinfügt und als solche unter deutscher Führung neben den anderen Weltmächten eine von diesen anerkannte Gleichberechtigung bekommt.

In dieser Weltstaatengesellschaft der Zukunft, mag man sie nun Völkerbund oder anders nennen, muß die Souveränität der Staaten so wenig als möglich beschränkt werden. Da die republikanische Mehrheit des Senates in Washington in gleicher Richtung zielt, so ergeben sich auch in diesem Punkt Berührungen zwischen Deutschland und Amerika. Der Völkerbund, wie er in Versailles beschlossen worden ist, stellt sich als nichts anderes, denn als eine Allianz im alten Sinne, als ein Versicherungsbündnis der um die Behauptung ihres Erfolges bangenden Sieger dar. Die künftige Weltstaatengesellschaft baut sich auf dem Verkehr, dem Ausgangspunkt und dem Zielpunkt jeglicher Politik, auf. Es müssen in ihr alle Organisationen des Weltverkehrs zu einer Zentrale zusammengefaßt und ausgebaut werden. Es muß in ihr ein oberstes Amt zur Entwicklung und zum Schutz der Verkehrsbeziehungen geschaffen; es wird zu dem Zweck auch ein Weltschiedsgericht eingesetzt werden; es werden, ausgehend von den gemeinsamen Verkehrsinteressen, die politischen Beziehungen berührt und durch eine ständige Diplomatenkonferenz von allen irgendwie möglichen Belastungen und Störungen befreit werden. Aber das letzte Heil, das höchste jedes Staates liegt in seiner souveränen Entschließung.

Namen- und Sachverzeichnis

Abkürzungen:

Bv. = Buchveröffentlichung; ff. = folgende Seiten; fg. = folgende Seite; s. a. = siehe auch; vgl. = vergleiche; Zs. = Zeitschrift.

Abbe, Ernst 124.
Abendland 175 fg.
Absolutismus 31, 87 ff.
Abstimmung (über Staatszugehörigkeit) 144, 165 fg.
Achtstundentag 107, 150.
Adler, G. 37.
Adria 159, 179, 183 fg.
Afghanistan 184.
Afrika 154, 167, 178 fg., 181.
Agidi, Karl Ludwig 42.
Agrarsozialismus 104.
Ägypten 182.
Akademie der Wissenschaften, Wiener 156.
Akademiker, wirtschaftliche Notlage derselben, 65 ff., 108 fg., 160 fg.
„Akademische Zeitung", Zs. 45.
Akademischer Hilfsbund 66.
Akkordarbeit 107, 113.
Akkumulationstheorie 106.
Alexander der Große 174.
Alexander I. von Rußland 166.
Alkalielektrolyse 158.
Alldeutsch 152.
Alldeutscher Verband 52.
Allgemeiner Studentenausschuß (Asta) 68 ff., 73 fg.
Aluminium 148 fg., 158.
Amerika 133 ff., 140, 161, 167, 169, 178 ff., 183 ff.
Amphiktyonenbund 174.
Anarchismus 104.
„Der Anfang", Zs. 80.
Angelsachsentum 38 (vgl. England, Großbritannien, Amerika).
Anschlußgedanke 52, 98, 153, 155 ff., 162, 185 (s. a. Großdeutsche Idee).
Antike 173 fg.
Arabien 184.
Arad 166.
Arbeiterausschüsse 107.
Arbeiterbildungskurse 52.
Arbeiterbildungsvereine 114.
Arbeiterkammern 119.
Arbeiterlebensversicherung 117.
Arbeiterschutz 105, 114.
Arbeiterwohnungsbau 114.
Arbeiterzwangsversicherung 115.
Arbeitgeber 108, 123, 128 ff., 150.
Arbeitnehmer 118, 123, 128 fg., 131 fg., 150.
Arbeitsämter, akademische 66.
Arbeitsaustauschbank 106.
Arbeitsgemeinschaft 92, 113, 123, 128 fg., 150.
Arbeitsgemeinschaften, nationale 81.
Arbeitslosenhilfe 111.
Arbeitslosenversicherung 117.
Arbeitsschutz 126.
Arbeitsteilung 114, 129.
Argentinien 167, 170 fg.
Aristokratisierung, geistige 5, 102.
Aristoteles 104.
Arminenpartei 35, 38 fg.
Arminia a. d. B.-Jena 47 (s. a. Burgkeller-Jena).
Arndt, Ernst Moritz 24, 26.
Ascher, Saul 32.
Asien 167, 178 fg., 184.
Atlantischer Ozean 175.
Auerbach, Felix 124.
Aufsichtsrat 118.
Außenhandel 143.
Ausfuhr 141 ff., 146.
Ausländerfrage 59, 67 ff., 76.
„Der Auslandsdeutsche", Zs. 169.
Auslandsdeutschtum auf deutschen Hochschulen 67.
Auslandsinstitut in Marburg 168.

Australien 167, 178.
Auswanderung 109, 163, 171 fg.
Azetylen 157.

Babeuf 106.
Bach 32, 40.
Baden 96.
Bader, Karl 30.
Bagdadlinie 179, 185.
Balkanstaaten 133 fg., 159, 179; vgl. 177.
Baltenland 165 fg.
Bamberg 32.
Banat, das 155, 166, 170.
Bankwesen 161.
Barcelona 171.
Bartholomäi 45.
Bau, Schlacht von — i. J. 1848: 42.
Baugewerbe 125.
Baumwolle 138.
Bayern 35, 66 fg., 72 fg., 96.
Bazard 106.
Beamtenschaft 128.
Begabtenauslese 109.
Belgien 137, 177.
Bellamy 106.
Below, G. von 30.
Bender, H. 32.
Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten 112.
Bergbau 135, 138, 142, 157.
Berlin 30, 42, 44, 56 fg., 77, 81 ff., 164.
Berliner Kongreß 177, 182.
Berufsbildung 9.
Berufsgenossenschaften 114, 116 fg.
Berufstätigkeit (Zahlenverhältnisse derselben) 136, 141 ff.
Beschlüsse vom 18. Oktober 1817: 16 fg.
Bessarabien 166.
Bestimmungsmensur 45, 84.
Betriebsbilanz 118.
Betriebsrätegesetz 92, 107, 117 ff., 124 ff.
Bevölkerungspolitik 116, 136.
Bezirksarbeitsgemeinschaften 125.
Bezirkswirtschaftsräte 118.
Bildung, humane 9; vgl. 11.
Bildungsgang 12, 14 ff.
Bildungsideal 7, 9, 12, 14, 17.
Bildungsprogramm 12 ff., 19, 21.
Bildungsstoff 12, 16 ff.
Bismarck 12, 45, 48, 94, 97 ff., 106, 155, 177, 182, 184.
Blanc, Louis 40.
„Blätter für literarische Unterhaltung", Zs. 38.
Blei 157.
Blumenau (St. Catharina) 170.
Bochholz, Graf von 30.
Bodenreform 110.
Böhmen 165.
Bolschewismus 81, 106, 166, 172, 183 fg.
Bonn 28, 37.
Börner, P. 42.
Bosnien 157, 166.
Bosporus 177.
Böttger, Hugo 43, 48, 49 fg.
Bovensiepen 106.
Bozen 165.
Brasilien 167, 169 ff.
Breslau 28, 32, 35, 40, 44.
Britisches Reich, siehe England und Großbritannien.
Brüggemann 36.
Brüneck 165.
Brünn 165.
Bubenruthia-Erlangen 42, 47.
Büchner, Georg 37.
Budapest 169.
Bulgarien 133 fg., 181.
„Bund der Geächteten" 37.
„Bund zur Hebung des nationalen Gedankens" 81.
Bundesakte, deutsche 24.
Bundesrat 100.
Bundesstaat 31, 96, 180 fg.
Bundesstaatliche Auffassung 93 fg., 97 ff.
Bundestag 27, 34.
Bundeszentralbehörde von 1833: 38.
Bunsen 36.
Bureaukratie 90, 95, 103.
Buren 167 fg.
Bürgerliches Gesetzbuch 114.
Burgkeller-Jena 39, 41 (s. a. Arminia a. d. B.-Jena).
Burschenbund, Allgemeiner deutscher, von 1850: 44.
— Eisenacher, von 1863: 46.
Burschenschaft s. a. Urburschenschaft.
— Allgemeine deutsche, von 1818. 27 fg., 32.
— als Korporation 14 ff.
— Vereinigung der, am 5. August 1919: 162.

„Burschenschaftliche Blätter", Zs. 32, 42 fg., 44, 46, 49 fg.
— — Gründung derselben 49.
— — Neuer Leitplan der, von 1893: 50.
„Burschenschaftliche Bücherei", Bv. 50 fg.
Burschenschaftliche historische Kommission 49, 51.
Burschenschaftliche Verbände, siehe Burschenbund, Deputiertenkonvent, Kartelle, Verschmelzung.
Burschentag von 1894: 50.
— von 1918: 82.
— von 1819: 83; vgl. 162.
— Bamberger, von 1827: 32, 35.
— Dresdener, von 1820: 32.
— Frankfurter, von 1831: 35 fg.
— Stuttgarter, von 1832: 36.
Byzantinisches Reich 175 fg.

Cabet 106.
Campanella 106.
Carové 31 fg.
Cauchemar des coalitions 182.
Charlottenburg 63.
Chemische Industrie 141 fg., 149, 156 ff.
Cherson 166.
Chile 167, 170 fg.
Christentum (politische Bedeutung desselben) 174 fg.
Christlich-föderalistische Liste 96.
Clémenceau 183.
Conrad 105.
Considerant 106.
Curityba 170.

Dänemark 137; vgl. 28 und 42.
Dardanellen 179.
Darlehnskassen, studentische 66.
Demagogenverfolgung 29, 37 fg.
Demokratie 5, 34, 44 fg., 87, 95, 100, 102.
— internationale 18, 38.
Deputiertenkonvent, Allgemeiner (A. D. C.) 47 ff.
— Eisenacher 47.
Deutsche Freie Studentenschaft von 1900: 78.
„Deutsche Gesellschaften" von 1814: 26.
Deutsche Studentenschaft 57 ff., 75 ff.
Deutscher Bund 180.
„Deutscher Burschenschafter", Zs. 40.
Deutscher Hochschulverband von 1920: 67, 73.
Deutsches Reich (heiliges römisches) 175 fg.
Deutschkatholische Bewegung 40.
„Deutschlands Erneuerung", Zs. 163.
Deutschpolen 67 (s. a. Ostprovinzen).
Diederichs, Eugen 96.
Dietz, E. 32, 37, 42 fg.
Diktatur des Proletariats 106.
Disziplinarrecht, akademisches 74.
Dobrudscha 166.
Donau, die 159, 166, 179, 185.
Dortmund 52.
Dozentenfrage 63, 66, 68, 74.
Drau, die 166.
Dreibund 182.
Dresden 32, 50 fg., 71 ff., 75, 77.
Duna Földvar 166.
Düngung, chemische 148, 158.

Eduard VII. von England 178.
Ehrengerichtswesen 74, 83.
Ehrentreich 28.
Einfuhr 142 fg., 146.
Einhart 167.
Einheitsschule 62, 109.
Einkaufsgenossenschaften, studentische 66.
Einkindschaftssystem 116.
Einkreisungspolitik 178 fg., 182.
Eisen, siehe Roheisengewinnung.
Eisenach 42 fg., 55 fg.
Eisenerze, Förderung der 144, 146, 157.
Eiseninduſtrie 141, 157.
Elbe, die 177.
Elektrische Industrie 149.
Elektrizität in der Landwirtschaft 148.
Elsaß-Lothringen 25, 67, 165 fg., 180.
Elternbeiräte 92.
Enfantin 106.
Engels, Friedrich 38, 106.
England 140, 143, 151, 161, 168, 171, 173, 176 ff., 181 ff. (s. a. Großbritannien).
Entente 179, 182 fg.
„Entwurf über die Bildung von Studentenschaften usw." (des Ministeriums Hänisch) 69 ff.
Erbschaftssteuer 111.
Erlangen 35, 38, 57, 63, 70 ff., 75.
Erntemengen 134 fg., 137.
Erwerbslosenunterstützung 108, 117.

Erzberger 95.
Essen 52.
Europäische Völkerfamilie 177 (s. a. Staatengesellschaft).
Europäisches Mächtekonzert 182.
Existenzminimum 107 fg.

Facharbeitsgemeinschaft 126, 129.
Facharbeitsnachweise 117.
Fachgruppeneinteilung der Deutschen Studentenschaft 60.
Februarrevolution 41.
Fein 37.
Feißkohl, K. 44.
Ferdinand von Bulgarien 181.
Fettversorgung 145.
Feuerbach, Ludwig 40.
Fichte 105.
Fichte-Hochschulgemeinde 81.
Finkenschaft, Leipziger, von 1896: 78.
Fischer, Karl 79.
— Theobald 51.
Flamen 165.
Flandern 25.
Fleischverbrauch 137.
v. Florencourt 38.
Flotte 145, 155, 179.
Föderalismus 86, 93, 95 ff., 100 fg.
Föderalistenbund, Deutscher 96.
Follen, Karl 26 fg., 29, 31, 34.
Fourier 40, 106.
Fränkel, H. 31, 34.
Frankfurt 35 ff., 56.
Frankfurter Parlament 29, 43.
— Wachensturm von 1833: 36.
Frankonia-Heidelberg 42.
Frankreich 24 ff., 31, 38, 161, 173, 176 fg., 180 ff. (s. a. Revolution, französische).
Franz I. von Frankreich 176 fg.
Franz Josef von Österreich-Ungarn 152.
Freiburg 28.
Freideutsche Jugend 79 ff.
Freie Berufe 128.
Freie Schulgemeinde 80.
Freiheitsbegriff 89 ff.
Freischaren, akademische 79 fg.
Freistudententum 48, 78 fg.
Freiwilligenwehren 75 fg.
Fremdsprachige Reichsangehörige 163.
Freundt, Friedrich 122.
Friedensverhandlungen 155, 183.
Friedensvertrag von St. Germain 165.
— von Versailles 107, 144 ff., 165, 169, 171 fg., 173, 179 fg., 183, 185.
Friedrich der Große 177.
Fries 26, 32.
Führertagung zu Jena von 1919: 81.

„Gartenlaube", Zs. 44.
Gaueinteilung der Burschenschaft 52.
„Der Geächtete", Zs. 37.
Geheimbünde 30, 34, 37.
— französische und italienische 34.
Gemeindeeigentum 105.
Gemeinschaftsleben, siehe Organisches —, Korporation, Selbstverwaltung, Staatsidee.
Generalstab, Großer 62.
Genossenschaftswesen 150.
Germanen 175.
Germanenpartei 35 ff., 44 fg.
Germania-Erlangen 47.
— -Gießen 45.
— -Jena 41 fg., 45 fg., 49.
— -Leipzig 42.
Gesamteigentum 104 fg.
Geschichtsauffassung, materialistische, siehe Historischer Materialismus.
Geschlechtskrankheiten 111 fg.
Gesellschaft der Menschenrechte 37.
Getreide 137, 145.
Gewerbefreiheit 114.
Gewerbeordnung 114.
Gewerkschaften 106, 117, 119, 123.
Gewerkschaftsbund 124.
Gießen 29, 31 fg., 37.
Gießener Geheimbund 37.
— Schwarzen, die, 26 fg., 28 ff.
Gilde 89.
Gladbach, Brüder 37.
Glaswarenindustrie 142.
Gleichgewichtssystem 174 ff., 182.
Gneisenau 31, 34.
Goethe 111.
Gonorrhöe 112.
Gotik 154.
Göttingen 37, 57 fg., 61, 74, 79, 81.
Greifswalder „Gesellschaft der Volksfreunde" 37.
„Grenzboten", Zs. 130.
Griechen 38, 174.
Großbritannien 137, 140, 179, 182 fg. (s. a. England).
Großdeutsch-bündischer Gedanke 95 ff.

Großdeutsche Idee 48, 53, 58, 98, 152 ff., 165, 185; vgl. 69 (s. a. Anschlußgedanke).
Großer Ozean, siehe Stiller Ozean.
Großgaskraftmaschinen 149.
Großstaat 181 fg.
Grund und Boden, Sozialisierung von 110.
Grundsätze und Beschlüsse vom 18. Oktober 1818: 28.
Gruner 31.

Haasler, E. 43.
Habsburg 153.
Habsburgisches Reich 98, 176 fg., 182 (vgl. Österreich).
„Hallische Jahrbücher", Zs. 40.
Hambacher Fest von 1832: 36.
Hamburg 79, 182.
„Hamburger Nachrichten" 169.
„Handbuch für den deutschen Burschenschafter", Bv. 49 fg.
Handel 107, 126, 135, 142 ff., 154, 156, 158 fg., 169, 172.
Handelsflotte 145.
Handelsgesetzbuch 114.
Handelskammern 119.
Handwerk 126.
Handwerkskammern 119.
Hänisch, siehe „Entwurf über die Bildung von Studentenschaften usw."
Hannover 96.
Hase, Karl 32 fg.
Haupt, Hermann 26, 31 fg., 37, 46, 50.
Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Studentenschaft 60 fg., 70.
Haushaltungsschulen 114.
„Hebungsbund" siehe „Bund zur Hebung des nationalen Gedankens".
Hecker 43.
Hedschas 181.
Heer, G. 32, 34.
Hegel 40.
Heidelberg 31 fg., 36 fg., 41.
Heilige Allianz 27.
Heiliges römisches Reich deutscher Nation 175 fg.
Heim, Dr. 96.
Held 105.
Hellenische Periode 173 fg.
Hellenistische Periode 174.
Hengstenberg, Ernst Wilhelm 30.
Henke, E. L. Th. 32.
Herbst, Ferdinand 32 fg.
Herwegh 40.
Hessen 27, 96.
Historischer Materialismus 106.
Hochheimer, Burschenschaft der 42.
„Die Hochschule", Zs. 26.
Hochschulreform 33, 44, 61 ff., 68.
Hochschulring deutscher Art 77 fg., 81, 84.
Hochschulverband, siehe Deutscher Hochschulverband und Verband deutscher Hochschulen.
Hoffmann, Karl 95, 121, 166.
— W. 44.
Hoffmannscher Geheimbund 27, 31.
Hofmann, Friedrich 44.
— Heinrich Karl 31.
Hohenstaufen 176.
Hohenzollern 153.
Hoher Meißner 80.
Holländer 165, 167.
Holzindustrie 142; vgl. 158.
Honduras 169.
Hubertusburger Friede 177.
Hugenotten 167.

Jahn 24.
Jähne, Fritz 121.
„Jahrbuch der Deutschen Burschenschaft", Bv. 50.
Jakobinertum 27.
Japan 178 fg., 181, 183 fg.
Idealismus, philosophischer 18.
Jena 24, 26, 28 fg., 31, 34 fg., 38 fg., 41, 57, 81 ff., 124.
Jenaische Burschenschaft (alte) 24, 30.
Ilse, L. F. 37.
Imperialismus 176 fg., 184; vgl. 178 fg. und 183.
Indien 178 fg., 183 fg.
Indischer Ozean 175, 179, 184 fg.
Industrie 107 fg., 111 ff., 117, 119, 126, 135, 138 ff., 149, 156 ff., 172, 178.
„Internationale Wochenschrift", Zs. 30.
Internationalismus 38, 77, 80.
— außenpolitischer 174 ff.; vgl. 18.
Invaliditätsversicherung 115, 117.
Joinville 170.
„Journal für moderne Philosophie", Zs. 40.
Islam 175, 184.

Italien 38, 154, 165, 175 fg., 179, 182 ff.
Juden 32, 58 fg., 78, 80.
Jugendfürsorge 116.
Jugendlichen, Schutz der 114.
Jugendpflege 52.
Jugendtag, erster freideutscher von 1913: 80.
Jugoslawien 165 fg.
Julirevolution 31, 33 ff.
Jungdeutscher Bund 81.
Junges Deutschland 37, 40.
Junges Europa 37.
Jünglingsbund 31, 34 fg.

Kabel 145, 169.
Kaisertum 31, 43, 99, 106, 177.
Kalkstickstoffindustrie 157 fg.
Kammer der Arbeit 92, 121 ff., 150.
Kanada 167, 178.
Kapitalabfindungsgesetz 110.
Kapitalabgabegesetz 111.
Kapitalismus 115.
Kapitalzins 109.
Kapland 167, 171.
Karbiderzeugung 157.
Karl August von Weimar 25.
Karlsbader Beschlüsse 29 fg.
Kärnten 165.
Kartell, norddeutsches oder germanistisches 44 ff.
— rotes 47.
— süddeutsches 47.
Kartensystem 107.
Karthago, siehe Punier.
Kartoffelerzeugung 137, 145.
Kaschau 154, 166.
Kasematten-Wolff, siehe Wilhelm Wolff.
Kassel 52, 96.
Katharina II. von Rußland 166.
Katheder-sozialisten 105.
Katholische Verbindungen 39, 56.
Kaunitzsche Koalition 182.
Kautschukindustrie 142.
Keil, Brüder 44.
Kerschensteiner 13.
Kiel 28, 42.
Kimonischer Friede 174.
Klassenkampftheorie 106.
Kleidung 138, 142.
Kleindeutsch 48, 69, 98.
Kleinkinderbewahranstalten 114.
Kleinstaat 181 fg.
Koch, Robert 112.
Kohle, Ausnutzung der 148 fg.
— Sozialisierung der 110.
Kohlenförderung 134, 139 fg., 144, 146.
Kolleggelderfrage 66 fg.
Kolonien 138, 145 fg., 154 fg., 178, 181; vgl. 167 und 169 ff.
Kolonisierung Österreichs 159.
Kolumbien 167.
Kommunismus 37 fg., 105 fg.
Königgrätz, Schlacht bei 152.
Konservativismus 30, 45, 50.
Konstantinopel 175.
Konstitutionalismus, süddeutscher 38.
Konsumtibilieneigentum 105.
Konsumvereine 106, 114, 128.
Konzentrationstheorie 106.
Konzert, europäisches, siehe Europäisches Mächtekonzert.
Körner (Burschenschafter) 37.
— Theodor 23.
Körnerfrüchte 134 fg., 137, 145.
Korporation 15 fg., 77.
Korps 35 fg., 41 fg., 43, 47, 83 fg., 153.
Kösener S. C. 48, 82.
Kosmopolitismus 18, 38 (vgl. Internationalismus).
Krain 165.
Krankenkassen 117.
Kränzchen, burschenschaftliche 15 fg., 27, 35 fg., 40, 45, 50.
Kreiseinteilung der Deutschen Studentenschaft 60.
Kremnitz 166.
Kreuzzüge 176.
Krieck, Ernst 88.
Kriegsgewinnler 109.
Kriegsteilnehmerverbände, akademische 66.
Kriegsverletztenfürsorge 116.
Krimkrieg, siehe Orientalische Frage.
Krisentheorie 106.
Kubakrieg 178.
Kühn, H. 26.
Kunstseidenerzeugung 158.
Kupfer 149, 157.
Küster, Konrad 48.

Ladiner 165.
Landbund 92.
Landesversicherungsanstalten 117.
Landgemeinden und Landkreise, Verbände der 128.

Landsmannschaften 24, 26 fg., 34 fg., 41 fg., 82, 84.
Landwirtschaft 113, 126, 135 ff., 144 fg., 148, 158.
Lang, W. 31, 34.
Lassalle, Ferdinand 40, 106.
Lauensteiner Tagung von 1919: 81.
Lebensideal, burschenschaftliches 11 fg., 14, 18.
Lebensversicherungsanstalten 112.
Lederindustrie 142.
Legitimitätsprinzip 31.
Lehnsverfassung 87 fg.
Lehrerbildung 62 fg.
Leibesübungen 63, 72.
Leininger 37.
Leipzig 30, 32, 44, 78.
Leipziger Völkerschlacht 26.
Lenin 106.
Lenz, M. 42.
Leo, Heinrich 30.
Leutschau 154.
Lexis 105.
Liberalismus 27, 34, 38, 150.
Liebenam, W. 40, 46.
„Liga der unbedingten Demokraten aller Länder" 34.
Lloyd George 115, 183, 185.
Lohnfrage 107, 113 fg.
Lokalkartelle 82.
London 179, 182, 184.
Löning 29.
Luden 24, 28.
Lungentuberkulose 112.
Lustig, G. 40.
Luther 25.
Lützowsche Freischar 24.
Luxemburg 165.

Maas, die 177.
Mädchenheime 114.
Madjarisch 155, 159, 166 (vgl. Ungarn).
Magdeburg 52.
Mailänder 176.
Manifest, kommunistisches 37, 106.
Marburg 168.
Marburger Abkommen von 1914: 82 fg.
Marokko 182.
Marx, Karl 37, 106.
Marxismus 106.
Maschinenindustrie 141, 149.
Materialismus 43, 45, 75, 106.
Mazzini 37.
Mechanistische Staatsgesinnung 87 ff., 99, 102.
Mechs 46.
Mehring, F. 37, 40.
Mehrwerttheorie 106.
Memel, die 165.
Merk, Prof. Dr. 163.
Mesopotamien 184; vgl. 179 und 185.
Metallindustrie 125, 141 fg.
Methner, A. 40.
Metternich 29, 38, 70.
Mexiko 167, 171.
Missionen 171.
Mittelafrikareich 179.
Mittelalter 175 fg.
Mittelasien 184.
Mitteleuropa 175, 177, 179 ff.; vgl. 185.
Mittelmeer 175, 183 fg.
Mittelpartei, burschenschaftliche 46.
Mittelstaat 181 fg.
Mittelstand und akademischer Nachwuchs 65.
Mohammedaner 174 ff.
Monroelehre 178.
Morelly 106.
Morus, Thomas 106.
Moskau 24.
Mukden, Schlacht bei 181.
München 52, 80.
Müsebeck, E. 26.
Mutterschaftsversicherung 116.
Mutterschutz 115.

Nahrungs- und Genußmittelindustrie 142.
Natal 167.
Nathan, H. 40.
Nationalstaat 180.
Nationalverein 45.
Neger 154, 169.
Neuperser 175.
Neusatz 166, 169.
Neuseeland 178.
Neutralität 181.
„Neuyorker Staatszeitung" 169.
Neuzeit, Beginn der 175.
Niederlande 137, 167.
Niederländisch-flämisch 50.
Niedersachsen 96.
Nietzsche 111.
Nordafrika 184.
Nordmarkenverein 52.
Nordschleswig 165.

Nordsee 179, 182, 185.
Nordslawen 159.
Normung der Arbeit 149.
Northcliffe-Presse 168.

Oberschlesien 165.
Ochlokratie 5.
Oder, die 177.
Olmütz 165.
Onken, H. 40.
Oppermann 37.
Oranje 167.
Organisation des Weltverkehrs 185.
Organisches Gemeinschaftsleben 87 ff., 90 fg., 100 ff.
Orient 175 ff.
Orientalische Frage 177 fg.
Orienthandel 159.
Orthodoxie 30.
Ortsarbeitsgemeinschaften 125.
Osmanisches Reich, siehe Türken.
Ostasien 178, 183.
Österreich 25, 29, 50, 52, 59, 72, 152 ff., 165, 177, 179, 182, 185 (s. a. Habsburgisches Reich).
— Dichtung und künstlerische Kultur 160.
— Handel 156, 158 fg.
— Industrie 156 ff.
— Landwirtschaft 158.
— Presse 159, 162.
— Währung 160.
— Wissenschaft 160 fg.
Ostmark 52 fg., 153 ff. (s. a. Deutschpolen, Österreich, Ostprovinzen, Posen).
Ostpreußen 165 fg.
Ostprovinzen 52, 145, 165 fg.
Ostschweizer 165.
Owen 106.

Pädagogik, politische 12.
Palästina 184.
Panslawismus 179.
Papierindustrie 142; vgl. 158.
Paraguay 167, 170 ff.
Paris 33, 37, 41, 178, 183.
Pariser Friede von 1856: 177.
— Kongreß 182.
Parlamentarisierung der Wirtschaft 117 fg., 122 fg.
Parlamentarismus 87, 90, 92, 95.
Parteiparlament 122 ff.
Parteipolitik 10, 59, 70 ff., 75 fg.
Parteisozialismus 95.
Partikularismus 96 fg., 130; vgl. 92 und 101.
Patriotismus 17 ff.
Paulskirche 43 (s. a. Frankfurter Parlament).
Perserkriege 174.
Persien 182, 184.
Persisches Reich, altes, siehe Perserkriege.
Persönlichkeitsideal 11 fg., 14.
Peru 167, 171.
Pestalozzi 6.
Pfitzer, Paul 31.
Philippinen 178.
Pietismus 30, 45.
Plato 104.
v. Plehwe 30.
Plutokratie 5.
Po, der 177.
Podolien 166.
Polen 36, 38, 153, 165 fg., 170, 177, 183.
Politik 18 ff.
Ponta Grossa 170.
Portugal 176.
Posen 165 fg., 170 (vgl. Ostprovinzen und Deutschpolen).
Prag 52.
Presse, englische 168, 170.
— Wiener 159.
Preßvereine 36.
Preuß, Hugo 95.
Preußen 25, 27, 29, 31, 66, 69 ff., 101, 152, 177.
Preußengeist 164.
Privateigentum 104 fg., 109 fg.
Produktionsgruppen 125.
Produktionsmittel 104 fg.
Produktivgenossenschaften 114.
Progreßbewegung 39 ff., 55.
Proletarische Jugendbewegung 81.
Prostitution 112.
Protektoratsverhältnis 181.
Proudhon 105.
Punier 174.

Qualitätsarbeit 150.
„Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung", Bd. 51.

Randstaaten 183.
Rätegedanke 92, 117, 123, 125, 150.
Räterepublik 80 fg.
Räteschule 119.
Rationalismus 38.
Ratschek, Breslauer Burschenschaft der 40 fg., 45 fg.
Reformation 175.
Reformburschenschaftliche Bewegung 48.
Reh, Theodor 29.
Reichenbach, Graf Eduard von 40.
Reichsarbeiterrat 125.
Reichsarbeitsgemeinschaft 125 fg., 129.
Reichsschulkonferenz 62.
Reichstag 43, 128.
Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920: 96.
Reichsverfassung 61 fg., 68, 75 fg., 97, 115 ff., 126, 163 fg.
Reichsversicherungsordnung 116 fg.
Reichswirtschaftsrat 118, 122, 126 ff.
Renaissance 175 fg.
Republik 31, 51.
Revolution, französische 26, 86, 88 fg. (s. a. Februarrevolution und Julirevolution).
— von 1848: 41, 43.
Revolutionsgewinnler 109.
Rhein, der 177, 185.
Rheinland 96, 183.
Riemann 25 fg., 55.
Ringleb, A. 130.
Rio Grande del Sul 170.
Rodbertus-Jagetzow 105.
Rödiger 25 fg.
Roheisengewinnung 134, 140.
„Der Roigel"-Tübingen 39.
Römerreich 174 fg.
Ronge 40.
Rost, B. 44.
Roter Verband 50.
Rückversicherungsvertrag 182.
Ruge 40.
Rumänien 133 fg., 166, 170, 183.
Rußland 133 fg., 150 fg., 153, 166, 169, 177 fg., 180, 182 ff.

Saint-Simon 106.
Salinen 138.
Salis, Joh. Georg von 42.
Salisbury, Lord 182.
Salzburger Hochschulkurse 52.
Sand, George 40.
— Karl Ludwig 29, 34.
Sao Paulo 170.
Säuglingsheime 114.
Säuglingsschutzversicherung 116.
Savoyen 180.
Schantung 179, 183.
Schapper, Karl 37.
Schiebertum 109, 111.
Schillerfeier von 1859: 44.
Schleichhandel 111.
Schlenk, Hofrat 156 fg.
Schmidt, H. 37.
Schmoller, G. von 105.
Schneider, Gustav Heinrich 37, 40, 43, 49 fg.
— H. 29, 44.
Schönerer 153.
Schulfrage 62, 80, 160, 170 fg.
Schulverein 52.
Schulwesen, deutsches, im Ausland 160, 170 fg.
Schulz, W. 27.
Schulze, F. 40, 43.
Schutzbund, Deutscher 164.
Schützenvereine 45.
Schuwalow 182.
Schwarzburgverbindungen 39, 84.
Schwarzes Meer 179.
Schweden 177.
Schweiz 34, 37, 165, 167, 181.
Schwemer, R. 34.
Schwörer, Ignaz 30.
Scriba, Eduard 37.
Selbstverwaltung 86 fg., 89, 92, 95 fg., 99 ff., 122, 127.
— studentische 72, 74.
Separatismus 92; vgl. 96.
Serbien 133 fg., 153.
Sibirien 167.
Siebenbürgen 67, 166, 169 fg.
Siebenjähriger Krieg 182.
Siedlungspolitik 150, 158.
Skandinavisch 50.
Slawentum 52.
Slowakisch 155.
Soldan, Brüder 37.
Sombart 104, 106.
Sonnenenergie 147 ff.
Sonnenschein, Dr. 59.
Souveränität, siehe Staatssouveränität und Volkssouveränität.
Sowjetrußland 183 fg.

Sozialdemokratie 64, 95, 105 ff., 115.
Sozialisierung 105, 107, 110, 119.
Sozialismus 18, 37, 40, 102, 104 ff., 118, 147, 150.
Sozialistische Studentengruppen 75 fg.
Sozialpolitik 108.
Sozialversicherung 113 ff., 150.
Sozialzwangsversicherung 115.
Spanien 167, 171, 176, 178, 181.
Sparkassen 114.
v. Sprewitz 34.
Szymank, P. 40, 43.
Staatenbund 96, 180.
Staatengesellschaft, europäische 177 fg., 180, 182.
— Welt- 178 ff., 185.
— westeuropäische 176 fg.
Staatsidee 86 ff., 99 ff., 173 fg., 180.
— absolutistische 87 ff.
— französische 86, 91.
— mechanistische 87 ff., 99, 102.
— organische 87 ff., 100 ff.
Staatssouveränität 173 ff., 180 fg., 185.
Staatssozialismus 105.
Städtetag, deutscher 128.
„Stahl und Eisen", Zs. 122.
Stahl, Julius 30.
Stammesbewegung, deutsche 92, 94, 96, 101.
Ständischer Gedanke 87 ff., 92, 101, 121 ff.
St. Catharina 170 fg.
Steglitz 79.
Steiermark 155, 157.
Steine und Erden (Industrie) 142.
Stern, A. 37.
St. Germain 165.
Stier, Rudolf 30.
Stiller Ozean 178 fg., 184.
Stipendienwesen 66 fg., 74.
Straßburg 37.
Studentenküchen 66.
Studentenrecht 68 ff.
Studentenschaft, s. Deutsche Studentenschaft, Freistudentum usw.
Studententag, Dresdener, von 1920: 59 fg., 71 ff., 75.
— Eisenacher, von 1905: 56.
— Erster allgemeiner, zu Würzburg, von 1919: 57 ff., 63, 67 ff.
— Frankfurter, von 1917: 56.
— Göttinger, von 1920: 58, 61, 74, 81.
— Jenaischer, von 1918: 56 fg., 82.
Stuttgart 36, 57.
Südafrika 167 fg.
Südamerika 170 fg.
Sudetenländer 59, 72, 155.
Südseeinseln 167.
Südslawen 153, 159, 183 fg.
Südtirol 165.
Südwest (Kolonie) 167, 170 fg.
Suzeränitätsverhältnis 181.
Swakopmund 170.
Syphilis 112.

Tarifverträge 118.
„Die Tat", Zs. 96.
Tatra, die 154.
Taurien 166.
Teerfarbenindustrie, österreichische 157.
Temesvar 166.
Terzi, A. O. von 40.
Teutonia-Berlin (alte) 42.
— -Erlangen 35.
— -Jena 41 fg., 46 fg.
— -Kiel 47.
Texaner 38.
Textilindustrie 125, 138, 142, 146.
Thüringen 101.
Togo 167.
Tonwarenindustrie 142.
Transportverband 125.
Transvaal 167.
Treitschke 180.
Tripper 112.
Trotzki 106.
Tschechen 153, 165.
Tschecho-Slowakei 165 fg., 170.
Tuberkulose 112.
Tübingen 31, 38.
Türken 175 ff., 179, 181, 184.
Turner 45, 153.
Turnerschaften 82, 84.

Überfremdung 59.
Übergangswirtschaft 156.
U-Bootkrieg 179.
Ullmer, F. 37.
Unfallverhütungsvorschriften 114.
Unfallversicherung, studentische 66.
Ungarn 152, 155, 158 fg., 166, 169 fg., 182.
Unitarismus 31, 86 ff., 91 fg., 95, 98 fg., 101.
Universität, Demokratisierung der 109.
Universitätsreform, siehe Hochschulreform.

Unterstützungskassen 114.
Urburschenschaft 6, 16 fg., 22, 24 ff., 30, 39, 47 fg., 76 fg., 153.
Urkunde vom 5. August 1919 über die Vereinigung der Burschenschaft 162.
Uruguay 167, 171.
Utopisten 106.
Uttenruthia-Erlangen 39, 42.

Valutafrage 68, 111, 113; vgl. 160.
Vaterländische Arbeitspflicht der deutschen Studentenschaft 75 ff.
Vaterländischer Arbeitsausschuß der Deutschen Burschenschaft 52.
Vaterlandsverein (Preß- und Vaterlandsverein) 36.
Venedey, Jakob 37, 40.
Venezuela 167.
Verarbeitungsindustrie 141 fg.
Verband deutscher Hochschulen von 1905: 56, 67.
Verbraucherinteressen 128.
Verein deutscher Studenten (V. d. St.) 56.
Verein für das Deutschtum im Ausland 168 fg.
Vereinigte Staaten 167, 178 ff., 183 ff. (s. a. Amerika).
Vereinigung alter Burschenschafter (V. a. B.) 51 fg.
Verelendungstheorie 106.
Verfassung, siehe Reichsverfassung.
— der Deutschen Burschenschaft von 1919: 48.
— der Deutschen Studentenschaft 57 ff., 69, 76.
Verfassungsurkunde der Urburschenschaft von 1815: 24, 153.
Vergesellschaftung der Produktionsmittel 104 fg.
— der Staaten 174 ff., 185.
Verhüttung 157.
Verkaufsgemeinschaften 149.
Verkehr 126, 135, 142 ff., 175, 178, 185; vgl. 159.
Vermögensabgabe, siehe Kapitalabgabegesetz.
Vermögensbeirat 73 (vgl. Studentenrecht).
Versailles 144, 165, 169, 172, 173, 178 ff., 183, 185.
Verschmelzung der drei burschenschaftlichen Verbände 52.
Verwaltungsgericht, Oberstes 71, 73.
Verwaltungsrat 69 ff. (vgl. Studentenrecht).
Viehhaltung 136 fg.; vgl. 158.
Viktorianisches Zeitalter 181 fg.
Vilmar, Aug. Fr. Chr. 30.
„Volk und Heimat", Zs. 169.
Völkerbund 173, 179 fg., 183, 185.
Volksbünde 170, 172.
Volkshochschulen 64 fg., 109.
Volksschullehrer, Studium derselben, 62 fg.
Volkssouveränität 86 ff.
Volksversicherungen 117.
Volkszahlen 133 ff., 144 fg.
Vorort des Gesamtverbandes der V. a. B. 52.
Vorschußklassen 114.
Vorstand der Deutschen Studentenschaft 60 fg., 68 fg., 71.

Waffenring, Allgemeiner deutscher (A. D. W.) 82 ff.
Waffenstudententum 53, 82 ff.
Wagner, Adolf 105.
Wahlrecht 90.
Waldeck 45.
Walter von der Vogelweide 160.
Wandervogel 79 ff.
Wärmewirtschaft, rationelle, der Kohle 149.
Wartburgfest 25 ff., 55.
Wartburgtagung von 1848: 42, 55.
Washington 178, 185.
Wasserkraftwerke 147 fg.; vgl. 157.
Weidig 37.
Weil, Br. 32.
Weimar 41.
Weimarer Verfassung, siehe Reichsverfassung.
Weinheimer S. C. 83.
Welfentum 96.
Welsche 25, 154, 161.
Welthegemonie 179.
Weltmacht 178, 181, 185.
Weltpolitik 178 fg., 183 ff.
Weltschiedsgericht 185.
Weltstaatengesellschaft, siehe Staatengesellschaft.
Weltwirtschaftsorganisation 185.
Wendland 42.
Wentzke 24, 28 ff., 32.
Werkgemeinschaft 123, 125, 129.

Werttheorie 106.
Weser, die 177.
Westeuropa 176 fg.
Westindische Inseln 167.
Westmarken 52.
Westpreußen 165 fg. (vgl. Ostprovinzen und Deutschpolen).
Wickersdorf 80.
Wiegand, H. 43, 46.
Wien 42, 152, 156, 159, 176.
Wiener Kongreß 25, 180, 182.
— Ministerkonferenzen von 1834: 38.
Wiener, H. 37.
Wilson 179 fg., 183 fg.
Wiltberger, O. 37.
Wingolf 39, 42, 84.
Wirtschaft, Parlamentarisierung der 117 fg., 122 fg.
Wirtschaftsform, individualistische 104.
— kollektivistische 104.
Wochenhilfe 115 fg.
Wöchnerinnenheime 114.
Wohnungsämter, akademische 66.
Wohnungsfürsorge 116.
Wohnungsnot 111 fg.
Wolff, Wilhelm 40.
Wolgadeutsche 166.
Wolhynien 166.
Wolle 138.
Württemberg 96.
Würzburg 28, 30, 44, 57 ff., 63, 67 ff., 77.
Würzburger Verfassung, siehe Verfassung der Deutschen Studentenschaft.
v. Wydenbrugk 41.
Wyneken 80 fg.

Zeiß, H. 40.
Zeißwerk (Karl Zeiß) zu Jena 124.
„Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens", Zs. 40.
Zeitungswesen, s. a. Presse.
— deutsches, im Auslande 169 fg.
Zentralarbeitsgemeinschaften 126.
Zentralismus 86 ff., 95, 97, 102.
Ziegler, Th. 34.
Ziehkinder 116.
Zink 157.
Zips, die 154.
Zörcher 169.
Zuckerrüben 148.
Zunft 89.
Zusammenbruchstheorie 106.
Zweibund, russisch-französischer 182.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

H. Hauske: Burschenschaft und politische Bildung 5

H. Haupt: Die politische Stellung der deutschen Burschenschaft im ersten Jahrhundert ihrer Entwicklung 24

E. Stelzner: Hochschulfragen und Studentenpolitik 55

K. Hoffmann: Reichseinheit und organische Staatsgesinnung 86

A. Fischer: Soziale Zeitfragen 104

K. Riccius: Kammer der Arbeit und berufsständischer Gedanke 121

F. Jähne: Grundlagen und Ziele deutscher Wirtschaftspolitik 133

M. Haberda: Der österreichische Anschluß als Lebensfrage des Deutschtums 152

W. Wandersleben: Das Deutschtum im Grenzland und Ausland . . 163

K. Mehrmann: Die Grundzüge der auswärtigen Politik 173

Namen- und Sachverzeichnis 186

Die politischen Schriften

von

Dr. Karl Hoffmann

und Anzeigen über weitere, für den Burschenschafter und Akademiker wertvolle Werke

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Dr. Karl Hoffmann

Das Ende des kolonialpolitiſchen Zeitalters

4. bis 7. Tauſend. 150 Seiten auf holzfreiem Papier

Steif broſchiert M. 5.—

*

Im Zuſammenhang damit erſchien:

Der kleineuropäiſche Gedanke

200 Seiten auf holzfreiem Papier

Steif broſchiert M. 6.—

„Im Kriege nahm das Buch Friedrich Naumanns ‚Mitteleuropa' den Lauf ſeiner Wirkung. Es erfuhr großen Widerhall bei Freunden und Gegnern. Der mitteleuropäiſche Gedanke, im weſentlichen wirtſchaftspolitiſch oder zielpolitiſch gedacht, ſeine aktuelle Herleitung aus dem Kriegsgeſchehnis, in das die mitteleuropäiſchen Staaten gemeinſam hineingeriſſen waren, konnte nicht genügen, um ihm die Anerkennung allgemeiner Geltung zu verſchaffen. Jetzt iſt von Mitteleuropa nur ein Chaos übrig, und nur mühſam ringt ſich vorerſt in Deutſchland die Erkenntnis durch, daß mit dieſem zerſplitterten Mitteleuropa, welches auf allen Seiten feindlicher Einwirkung eigener europäiſcher Nachbarn ausgeſetzt iſt, ein großes Gut in die Gefahr des Unterganges gerät, das man die abendländiſche Kultur, beſſer vielleicht das gemeineuropäiſche Kulturerbe bezeichnen könnte. Auf viel realerem Gebiet liegen hier die Bedrohungen des Abendlandes, als ſie Spengler in ſeinem großen Buche ſieht. Daß wir eine große und tiefe Verpflichtung haben, für die Erhaltung dieſes Kulturerbes einzutreten, und hierfür auch Wege und Mittel ſuchen müſſen, erſcheint ſelbſtverſtändlich. Dazu iſt aber not, daß ſich die junge Generation klar wird, welche große Not nicht nur über Deutſchland, ſondern über den geſamten europäiſchen Kontinent hereingebrochen iſt. Nicht nur die äußere, ſondern vor allem die innere Not, auf der es vielleicht beruht, daß ſich Europa ſo lange ſchon und noch heute zerfleiſcht. Rudolf Pannwitz ſchrieb ſein Buch von der ‚Kriſis der europäiſchen Kultur', Oswald Spengler vom ‚Untergang des Abendlandes', Karl Hoffmann die beiden Bücher vom ‚Ende des kolonialpolitiſchen Zeitalters' und vom ‚Kleineuropäiſchen Gedanken'. Sind Pannwitz und Spengler im weiteren Sinne innerpolitiſche Denker, ſo iſt Karl Hoffmann gleich weit gefaßt ein außenpolitiſcher Denker, der aber bislang nicht die Anerkennung gefunden hat, die ihm gebührt.

Hoffmanns Bücher ſind vor dem Zuſammenbruch, ſind vor der Revolution geſchrieben. Und doch ſtehen die Grundgedanken ſeiner Behauptungen noch heute feſt. Er ſieht den Wendepunkt, an dem heute die ‚Weltgeſchichte' ſteht, die bisher nur

vom europäischen Kontinent aus gesehen wurde. Jetzt erst wird wirklich ‚Weltgeschichte' beginnen, deren Schauplatz eben die ‚Welt' sein wird. Und in ihr werden drei große Lebens- und Kultureinheiten miteinander ringen: die ostasiatische, die angelsächsische und die alteuropäische. Politisch gesehen wird diese Entwicklung das Schicksal Englands erfüllen, wie sie das Schicksal Europas und des alteuropäischen Kulturkreises entscheiden wird: ob Untergang oder neuer Aufgang. Der Doppelcharakter Englands, ‚gleichzeitig Kolonialreich alten Stils und Machtausdruck einer weißen, vom bloßen und echten Europäertum sich freimachenden Menschheitsgruppe überseeischer Volkseinheiten', läßt das englische Weltreich als Übergangserscheinung deuten, die ‚aus der endenden Geschichtsperiode in eine neue hineinragt'. Daraus wird ein notwendiger Lebensgegensatz Englands zu den Gesamtkräften des europäischen Festlandes klar. Hier sieht man in tiefste Ursachen des Krieges hinein, denn das kaiserliche Deutschland war nichts anderes als der Anfang eines so geeinten, wenn auch durch tausend Fernabenteuer geschwächten kleineuropäischen Kontinents, den England zerschlagen mußte.

Der Idee der Nationen steht die Idee der Menschheit gegenüber. Von ihr sagt Hoffmann, sie ‚beansprucht den schlechterdings höchsten Mehrwert an ethischer Allgemeingültigkeit und vermag ihn doch nicht erlebbar zu machen . . . als lebendigen geschichtlichen Wert, als aktive Innenkraft und praktisch wirksame Entwicklungsidee gibt es überhaupt keine Menschheit'. Im Grunde meint, wer von Menschheit spricht, in symbolischer Überspringung und Vorwegnahme damit den übernationalen Kulturkreis des Abendlandes. Das ist ein erlebbares Ziel. Denn es ist stets das Schicksal der Sozialerscheinungen innerhalb einer Kulturgemeinschaft gewesen, eigenen geistigen und seelischen Besitz ‚an die größere Lebenseinheit' hinzugeben, sich dann auch im konkreten Leben vom nationalen zum übernationalen Gebilde umzugestalten und in das ‚Imperium' einzugliedern. Ein solches Imperium aber ist für Hoffmann: Kleineuropa. So gewinnt der Imperialismus als übernationale Lebensform, ‚aus sozialem Schöpferdrange', aus dem Sinn und Wesen der Nation selbst eine ganz andere, ideengebundene Deutung, als er bislang finden mußte. ‚Die Idee des Imperiums bedeutet, daß ein einheitliches und vollentwickeltes Wertsystem an Kulturkräften als in sich geschlossene Machteinheit auftritt oder auftreten möchte.' Der moderne Imperialismus mußte in seiner unorganischen Machttendenz kolonialpolitischer Richtung, begünstigt durch die glänzende Entwicklung interkontinentaler Verkehrsmittel, infolge seines Bruches mit der langsam und natürlich wachsenden Aufschließung seiner inneren und äußeren Kräfte, die Voraussetzung des ‚organischen Wuchses zu imperiumartiger Vollendung' zerschneiden. Das Wesen der kolonialpolitischen Entwicklung, an deren Ende wir stehen und die bisher so etwas wie einen gemeineuropäischen Scheinimperialismus über die ganze Welt ausgeübt hat, ist es gewesen, das echte Imperialismen nicht zustande kommen ließ. Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters, das aus dieser Erkenntnis gesehen wird, bedeutet aber für den Kontinent Kleineuropa die Schaffung solchen organisch zusammenwachsenden Imperiums in föderalistischen Formen.

Gibt man die Grundgesinnungen als richtig zu, so wird man Hoffmann auch im großen und ganzen in seiner Beweisführung recht geben können, vor allem in seinen ausgezeichneten historischen wie welt- und kulturpolitischen Begründungen. Es waltet in diesen Büchern eine fast phänomenologische Wesenserkenntnismethode der Objekte, ihrer Schicksale und Geschichte, die man in politischen Untersuchungen höchstens bislang in soziologischen Arbeiten engeren Gegenstandes finden kann. So groß die Gefahr bei solcher Betrachtung auch ist, zuviel in den Zusammenhängen und Hintergründen und zuwenig auf die Ereignisse und die offenbare Wirklichkeit zu sehen, so ist doch gerade dieser Versuch der Wesenserörterung und Auslegung der großen Politik bedeutsam, vor allem in pädagogischem Betrachte. Hoffmann hat sich von diesem Gesichtspunkt der Öffnung des Interesses und der Witterung für die Dinge der äußeren Politik das größte Verdienst erworben, vor allem, weil bei ihm von geistig-politischer Grundlage her klar und deutlich eine größere, wenn auch noch so ferne Aufgabe gerade deutscher Politik aufgedeckt wird." Die Hochschule.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Westpreußen als Sinnbild

von

Dr. Karl Hoffmann

8.—10. Tausend / Steif broschiert M. 3.50

„In wundervoller Knappheit und klar in der Darstellung wird ein großes, wichtiges Kapitel: Ostmarkenfrage aufgerollt. Kulturzustände Kulturzusammenhänge stehen in scharfer Beleuchtung da, und es wird erwiesen, was Kurbrandenburg und die Herrschaft des deutschen Ordens für die gesamte Ostmark bedeuten. Darüber hinaus bietet die Darstellung in wundervoller Kräftestrahlung Aufschlüsse gebende Hinweise, wie sie in dieser Zeit nicht wertvoller gegeben werden können."

Kreuzzeitung.

„Die meisten Broschüren, welche das Ostproblem behandeln, gehen entweder von rein historischen Voraussetzungen aus oder rücken die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund. Hoffmann geht einen anderen, durchaus selbständigen Weg. Seine Darstellung fußt auf den neuesten Errungenschaften der Staatswissenschaft und politischen Geschichte. Eingangs formuliert er die zwingenden Gesetze staatlichen Werdens und politischen Geschehens noch einmal in wenigen, unvergleichlich klaren Sätzen und baut auf diesem unverrückbaren Fundamente seine geistreiche Darstellung auf. Er zeichnet mit knappen Strichen das Bild der geschichtlichen Entwicklung Westpreußens und prüft dann an der Hand der augenblicklichen Grundsätze des Friedensvertrages das Verfahren unserer Feinde. Die westliche Demokratie hat scheinbar dem Nationalitätenprinzip zum Siege verholfen. Überzeugend aber weist Hoffmann nach, daß dieses Prinzip nur da durchgeführt worden ist, wo es gegen uns ausgespielt werden konnte, daß es dagegen sofort beiseitegeschoben wurde, wo man es vielleicht hätte für uns sprechen lassen müssen. Da hat man einfach Grundsätze der Raumpolitik oder aber geschichtliche Präzedenzien herangezogen, um das Recht unserer Feinde zu beweisen. So wird an dem Sinnbilde Westpreußen die ungeheure Lüge des Versailler Friedensvertrages gezeigt. — Niemand sollte es versäumen, aus dem Munde eines unserer feinsten politischen Köpfe zu vernehmen, wie alle Faktoren der Entwicklung dazu zwingen, mehr Außenpolitik zu treiben. Die Schrift ist über den Einzelfall hinaus eine bedeutsame Einführung in außenpolitische Gedankengänge. Darum ist sie besonders wertvoll."

Das junge Ostpreußen.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Das
Doppelgesicht der Revolution

von

Dr. Karl Hoffmann

64 Seiten auf holzfreiem Papier

Broschiert M. 2.—

„Die letzte Ursache der starken innerlichen Kraft der proletarischen Bewegung ist das tiefe, mit der wachsenden Kultur immer stärker werdende Sehnen nach einem lichteren Dasein; dies mag man Klassenrevolution nennen. In diesem klassenrevolutionären Ethos erschöpft sich der Gedankeninhalt der Revolution aber nicht. Auch ein nationalpolitischer Gedankengang wirkt in ihr. Es ist wissenschaftlich hochinteressant, an der Hand einer Broschüre von Dr. Karl Hoffmann diesem zwiespältigen Charakter nachzuspüren. In außerordentlich scharf pointierter Weise wird namentlich der nationalpolitische Gedankenzug der Revolution herausgearbeitet, und dies ist um so dankenswerter, als die Öffentlichkeit diesem Teil der revolutionären Bewegung ihr Augenmerk fast gar nicht zuwendet. So vermag diese historisch und kritisch tief nachschürfende Broschüre allen denjenigen, die ein inneres Verhältnis zur Revolution aus eigenem Denken gewinnen wollen, ein vortrefflicher erster Führer zu werden."

Deutsche akademische Zeitschrift.

„Die Schrift unterscheidet sich durch die Schärfe der Gedanken, die Fülle der Kenntnisse und das wohlüberlegte Urteil sehr erheblich von der Flut der Revolutionsflugschriften. Hoffmann erkennt in der Revolution zwei verschiedene Revolutionen, die einander durchkreuzen. In dieser Doppelgesichtigkeit der Revolution liegt ihre Unfruchtbarkeit, ihr Mangel an einer geraden Linie begründet."

Der Tag.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

1. bis 20. Tausend:

Die deutsche Revolution

von

Dr. Ferdinand Runkel

Geheftet M. 6.— **Gebunden M. 10.—**

Ein bedeutendes Werk liegt hier vor, in dem der Verfasser bei erschöpfender und fesselnder Schilderung eine historisch-getreue, objektiv-klare Darstellung der Revolutionsereignisse, ihrer Anlässe und Folgen in Deutschland gibt. Nichts wird beschönigt, aber ein wohltuend versöhnlicher Geist erhebt die Darstellung in den reinen Äther welthistorischer Betrachtung.

„Der Nutzen dieses Buches wächst erheblich über das Nur-Dokumentarische hinaus. Es zwingt zu einem Überblick, zur Sammlung des Erlebten. Aber, und das ist das eigenste geistige Verdienst des historisch und philosophisch empfindenden Verfassers, auch die logische Linie, der Sinn dieses Schicksals beginnt sich zu enthüllen. Und so sieht man deutlich die vielen Umwege und Kraftvergeudungen im Gange der Revolution . . ." B. Z. am Mittag.

„Neben sachlicher Darstellung der Wille, durch Klärung zum Aufbau beizutragen. Und das muß für das Buch entscheidend sein: Es will helfen, die von den Geschichtschreibern späterer Tage zu suchende ‚große Synthese der Geschehnisse' als objektives, reiches Quellenwerk vorzubereiten, und es stellte sich auf das ‚höchste Menschheitsideal', die große innere Völkerfreiheit, im Dienst des Vaterlandes ein." Die Warnung.

„Der Verfasser hält sich bei erschöpfender und fesselnder Schilderung der Zeitereignisse streng an die Tatsachen und an die Wahrheit. Überaus reich ist der vorliegende Band an Dokumenten und Aktenstücken, die zum guten Teil im Original vernichtet sind." Berliner Morgenzeitung.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Soeben ist erschienen:

Die Schuld am Weltkriege

von

Hermann Martin
Rechtsanwalt in Leipzig

Buchschmuck von Joe Loe

Geheftet M. 29.— **Gebunden M. 36.—**

Das Buch stellt den Versuch eines Leipziger Rechtsanwalts dar, die Frage der Schuld am Weltkriege vor das Forum eines Strafgerichtshofes zu ziehen. Angeklagt sind die europäischen Großmächte. Den Ausfall des Urteils wird man im allgemeinen unterschreiben können: Rußland schuldig, den Krieg gewollt zu haben, ohne sich in Notwehr zu befinden; Österreich nicht schuldig in bezug auf die Kriegsunternehmung gegen Serbien überhaupt, wohl aber — mutatis mutandis — in bezug auf die besondere Art seines Vorgehens dabei. Frankreich, England und Deutschland sind von dem Vorwurf, den Krieg absichtlich zum Ausbruch gebracht zu haben, freizusprechen.

„Wie man auch im einzelnen denken mag, das Buch empfiehlt sich durch übersichtliche Gliederung des gewaltigen Stoffes, die sich aus dem juristischen Verfahren von selbst ergibt, und wird durch die Vollständigkeit des Materials allen willkommen sein, die sich über diese für uns außen- und innerpolitisch auch in der Zukunft so lebenswichtige Frage ein eigenes Urteil bilden wollen."

Der Tag.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Ein Standardwerk der politischen Literatur:

Bismarck

Tagebuchblätter von Moritz Busch

3 Bände. 1800 Seiten auf holzfreiem Papier

Geheftet M. 30.—

„... So ist denn diese Ausgabe von Buschs Tagebuchblättern schlechtweg als ein neues und weit vollkommeneres Werk zu bezeichnen als die englische Ausgabe und als die weitaus wichtigste von allen seit dem Tode des großen Kanzlers erschienenen Bismarckpublikationen nächst den Gedanken und Erinnerungen."

Literarisches Zentralblatt.

Ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes:

Friedrich der Große

Denkwürdigkeiten aus seinem Leben nach seinen Schriften, seinem Briefwechsel und den Berichten seiner Zeitgenossen.

Zusammengestellt von Franz Eybenhardt

Neu bearbeitet und ergänzt von Georg Winter

2 Bände.

In Kunsthalbfranz gebunden M. 50.—

Trotz der umfangreichen Literatur über Friedrich den Großen gibt es kein Werk, das ein gleich lebendiges Bild dieses einzigen Menschen erweckt. Kein anderes führt uns so das Tages- und Seelenleben des Königs vor Augen, denn er selbst ist es, der hier ausspricht, was ihn in frohen und trüben Stunden bewegt und beschäftigt, der uns seine schöne Seele enthüllt. Es ist eine unerschöpfliche Fundgrube zur Erkenntnis und Beurteilung des großen Friedrich. Die Denkwürdigkeiten sind denn auch in der Tat eine geistreiche, psychologisch hochinteressante Darbietung geworden und liefern reichen Stoff für die Geschichtschreibung und Beurteilung eines der interessantesten Charaktere aus der Geschichte des 18. Jahrhunderts.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Carl Jentsch
Eine
populäre Volkswirtschaftslehre

50. bis 70. Tausend

(Sechste, neubearbeitete und erweiterte Auflage)

Geheftet M. 11.50 Gebunden M. 18.—

„Volkswirtschaftlich denken und leben, nicht schlagwortmäßig, sondern auf Grund natürlicher Einsicht und etwas Wissen ist in unserer um- und aufgewühlten Zeit, die sich anscheinend nicht zu finden und zu festigen versteht, nachgerade ein Ruf der Stunde geworden. Wird er nicht gehört, sind Staats- und Volkswagen des Abgrundes sicher. Darum sollte Carl Jentschs populärwissenschaftliche Volkswirtschaftslehre heute überall in Hand und Kopf der Deutschen dringen."

Rheinisch-Westfälische Zeitung.

Gesamtverzeichnis
der Werke Carl Jentschs wird auf Verlangen kostenfrei zugesandt

Eine treffliche Charakteristik des großen Publizisten und Volkslehrers:

Carl Jentsch

Von ihm selbst, nach seinen Werken

Eine Lese, zusammengestellt von

Dr. Alois Mühlan (Glatz) und Dr. A. H. Rose (Breslau)

Geheftet M. 6.50 Gebunden M. 10.—

„Der weitblickende Alte von Neiße, Carl Jentsch, ist unglaublich aktuell geworden, und fast prophetisch mutet sein Weitblick an. Das Buch charakterisiert trefflich den ganzen vielseitigen Jentsch, diesen ureigenen, keiner Partei angehörigen Menschen, der immer nur er selbst war."

Breslauer Morgenzeitung.

Fernruf:
137 Überlingen

Postscheck:
16187 Karlsruhe

Wir empfehlen den Herren Akademikern unser

reichhaltiges Bücherlager

aus allen Wissensgebieten, insbesondere Fachliteratur, Studentenwesen und völkisches Schrifttum

Stetiger Eingang wichtiger Neuigkeiten
des deutschen Buchhandels. Alle Bestellungen auf nicht vorrätige Bücher, Zeitschriften usw. werden schnellstens erledigt.

Als burschenschaftlicher Verlag empfehlen wir:

Verzeichnis der Alten Herren der Deutschen Burschenschaft
Preis M. 18.— (kein Teuerungszuschlag)

Taschenbuch der Deutschen Burschenschaft
Erscheint Ende 1920. Preis etwa M. 10.—

Deutscher Burschenschafter
Monatsschrift / Bezugspreis halbjährlich M. 7.50

Wir empfehlen besonders:

Die Kriegsjahrgänge 1914/15—1917/18 des „Deutschen Burschenschafters“
(4 Jahrgänge) zum Gesamtpreis von M. 10.—, einzeln M. 3.—
Diese Kriegsjahrgänge sind eine wertvolle Erinnerung für die Kriegsteilnehmer des R. V., denen sie in erster Linie zu dem günstigen Preise empfohlen werden.

Noch vorrätig:

Handbuch des Rüdesheimer Verbandes Deutscher Burschenschaften
Preis M. 3.—

Benz & Gen.

Buchhandlung und Verlag

Überlingen am Bodensee

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED
LOAN DEPT.
This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed. Renewals only:
Tel. No. 642-3405
Renewals may be made 4 days priod to date due.
Renewed books are subject to immediate recall.

York Univ.
INTER-LIBRARY
LOAN

MAR 5 1971

LD21A-60m-8,'70
(N8837s10)476—A-32

General Library
University of California
Berkeley

Berkeley
LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA